

БТОРНИК 10 МАРТ 2009 Г.  
 MARTES 10 DE MARZO DE 2009  
 ÚTERÝ, 10. BŘEZNA 2009  
 TIRSDAG DEN 10. MARTS 2009  
 DIENSTAG, 10. MÄRZ 2009  
 TEISIPÄEV, 10. MÄRTS 2009  
 TPITH 10 MAPTIOY 2009  
 TUESDAY, 10 MARCH 2009  
 MARDI 10 MARS 2009  
 MARTEDI' 10 MARZO 2009  
 OTRDIENA, 2009. GADA 10. MARTS  
 2009 M. KOVO 10 D., ANTRADIENIS  
 2009. MÁRCIUS 10., KEDD  
 IT-TLIETA, 10 TA' MARZU 2009  
 DINSDAG 10 MAART 2009  
 WTOREK, 10 MARCA 2009  
 TERÇA-FEIRA, 10 DE MARÇO DE 2009  
 MARȚI 10 MARTIE 2009  
 UTOROK 10. MARCA 2009  
 TOREK, 10. MAREC 2009  
 TIISTAI 10. MAALISKUUTA 2009  
 TISDAGEN DEN 10 MARS 2009

---

**VORSITZ: MECHTILD ROTHE**  
*Vizepräsidentin*

## **1 - Eröffnung der Sitzungsperiode**

**Die Präsidentin.** – Ich erkläre die Sitzungsperiode 2009–2010 des Europäischen Parlaments für eröffnet.

## **2 - Eröffnung der Sitzung**

*(Die Sitzung wird um 9.05 Uhr eröffnet.)*

## **3 - Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Bekanntgabe der eingereichten Entschließungsanträge): siehe Protokoll**

## **4 - Beschluss über die Dringlichkeit**

**Die Präsidentin.** – Als nächster Punkt folgt die Abstimmung über die Anwendung des Dringlichkeitsverfahrens für den Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Aufstellung eines mehrjährigen Wiederauffüllungsplans für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer.

2-010

**Philippe Morillon, président de la commission de la pêche.** – Madame la Présidente, mes chers collègues, la demande d'urgence qui nous est présentée ce matin, en exécution de l'article 134 de notre règlement, nous a été soumise la semaine dernière par le Conseil et elle porte, comme vous l'avez dit, sur la proposition de règlement du Conseil établissant un plan pluriannuel de reconstitution des stocks de thon rouge dans l'océan Atlantique oriental et la Méditerranée.

Cette proposition vise à mettre en œuvre le nouveau plan de reconstitution, recommandé pour ces régions par la Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'Atlantique lors de sa réunion de novembre dernier.

Comme l'a rappelé le Conseil dans sa demande d'urgence, ce règlement devra entrer en vigueur avant le début de la principale campagne de pêche, le 15 avril prochain, ce qui implique que la consultation obligatoire de notre Parlement soit menée dès cette session plénière afin d'ouvrir la voie à un accord politique au sein du Conseil dans les prochaines semaines.

Consciente de cette contrainte et de la nécessité pour l'Union européenne de respecter ses engagements internationaux et de prendre sa part des efforts indispensables pour remédier à la crise aiguë du thon rouge, la commission de la pêche du Parlement européen s'est prononcée à l'unanimité en faveur de cette demande d'urgence. Je vous invite, par conséquent, à confirmer cet avis favorable par votre vote de ce matin.

2-011

*(Das Parlament beschließt die Dringlichkeit.)*

\*\*\*

2-012

**José Ribeiro e Castro (PPE-DE).** – Senhora Presidente, trata-se de um breve ponto de ordem sobre a agenda desta semana. O dia 11 de Março é o Dia Europeu em Memória das Vítimas do Terrorismo. Esse dia foi, em primeiro lugar, proposto por este Parlamento numa votação que teve lugar no dia 11 de Março de 2004. Estávamos, então, a debater um balanço do espaço de liberdade, de segurança e justiça. Esse foi o dia dos trágicos atentados em Madrid. A proposta inicial era que fosse o dia 11 de Setembro, mas atendendo à tragédia que ocorreu nesse mesmo dia, o Parlamento votou que seria no dia 11 de Março.

O Conselho Europeu, dias depois, em 25 de Março, se a memória me não falha, adoptou esta data como Dia Europeu em Memória das Vítimas do Terrorismo. Ora, nós temos amanhã uma sessão plenária, dia 11 de Março, e eu vi na agenda que não há sequer nenhuma evocação. Gostaria de saber se alguma coisa está prevista nesta matéria na sessão desta semana.

2-013

**Die Präsidentin.** – Herr Kollege! Nach meiner Kenntnis ist es so, dass der Präsident morgen bei Eröffnung des Plenums eine Erklärung zu diesem Tag und zu den Besonderheiten abgeben wird. Insofern wird das eine Rolle spielen.

2-014

## **5 - Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich ihrer allgemeinen Sicherheit (Aussprache)**

2-015

**Die Präsidentin.** – Als nächster Punkt folgt der Bericht von Andreas Schwab im Namen des Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates für die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich ihrer allgemeinen Sicherheit [KOM(2008)0316 - C6-0210/2008 - 2008/0100(COD)] (A6-0482/2008).

2-016

**Andreas Schwab, Berichterstatter.** – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte hier nicht der guten Ordnung halber, sondern weil es mir ein ernsthaftes Anliegen ist, zunächst einmal Ihnen, Herr Kommissar Verheugen, und der Kommission, ihren Mitarbeitern, der tschechischen Ratspräsidentschaft, die heute leider noch nicht da sein kann, aber auch unseren Mitarbeitern im Ausschuss herzlich für die gute und konstruktive Zusammenarbeit bei diesem Dossier danken.

Wenn man sich anschaut, wie klimafreundliche Maßnahmen für Automobile getroffen werden können, dann wundert es einen manchmal, dass so viel Aufsehen um andere Maßnahmen gemacht wird. Ich glaube, dass wir hier gemeinsam als Parlament, als europäische Organe einen wichtigen Schritt nach vorne gemacht haben, der in der Öffentlichkeit und in der politischen Diskussion seine Bedeutung bisher nicht wirklich hat zeigen können.

Diese vorliegende Verordnung, die wir heute verabschieden, ist umweltfreundlich, denn sie ist als Teil des CO<sub>2</sub>-Pakets ein wichtiger Beitrag der europäischen Politik zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von Kraftfahrzeugen. Aber sie trägt gleichzeitig – und das nenne ich eine kluge Umweltpolitik – dazu bei, dass Verbraucherinnen und Verbraucher, Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer weniger bezahlen und gleichzeitig Umweltschutz betreiben, denn sie führt zu erheblichen Einsparungen, nicht nur bei CO<sub>2</sub>, sondern auch beim Verbrauch von Benzin und Diesel. Sie führt des Weiteren – und das ist auch ein wichtiger Punkt, der dem Parlament, den Kolleginnen und Kollegen besonders wichtig war – zu einer Verbesserung der Sicherheitslage auf europäischen Straßen, und zwar nicht nur bei Lkws, sondern gerade auch bei Pkws.

Ich möchte die einzelnen Punkte der Verordnung nicht stichpunktartig durchgehen, aber ich denke, es gibt einige wichtige politische Signale, auf die wir an dieser Stelle eingehen sollten:

Der erste Punkt ist, dass wir durch die Einführung eines zwingenden Reifendruckkontrollsystems bei Kraftfahrzeugen erreichen, dass der Reifendruck in Verbindung mit einer verbesserten Laufeigenschaft von Reifen, die durch die Reifenindustrie erreicht werden kann, die Autofahrerinnen und Autofahrer in Europa bis zu 5% weniger Sprit verbrauchen lässt, ohne dass die Kosten dafür wesentlich in die Höhe schießen werden. Ein heute bereits auf dem Markt verfügbares Reifendruckkontrollsystem liegt bei ungefähr 100 Euro, teilweise auch deutlich darunter, und die Kosteneinsparungen für die Verbraucher, die damit zustande kommen, liegen erheblich darüber.

Der zweite Punkt, der aus meiner Sicht besondere Aufmerksamkeit verdient, ist die Tatsache, dass es uns gelungen ist, die verpflichtende Vorsehung eines Stabilitätssystems, des sogenannten ESP-Systems, in den Kraftfahrzeugen schon zum Jahre 2011 hinzubekommen, und zwar nicht gegen die europäische Automobilindustrie, sondern mit deren ausdrücklicher Beteiligung und Zustimmung, weil dadurch ein erheblicher Sicherheitszuwachs auf europäischen Straßen gelingen wird. Es ist leider nicht gelungen – weil die technischen Spezifikationen dafür noch nicht ausreichend vorhanden waren –, auch den Notbremsassistenten und den Spurhalteassistenten – ich entschuldige mich für diese etwas technischen Ausdrücke, die nicht generell in der öffentlichen Diskussion vorkommen – ebenfalls für das Jahr 2018 zwingend insbesondere für Lkws vorzusehen. Dadurch wird ein erheblicher Zuwachs an Sicherheit auf den europäischen Straßen, insbesondere auf den Autobahnen, erreicht werden. Ich darf Ihnen nur sagen, dass die Zahl der bei Unfällen getöteten oder verletzten Personen damit um ca. 35 000 Personen reduziert werden kann.

Zu guter Letzt – und da gibt es noch einige Bewertungsunterschiede – haben wir auch erreicht, dass die Reifen durch diese Verordnung erheblich weniger Lärm ausstoßen. Das bringt gewisse Kosten mit sich, das ist richtig, und deswegen war es uns besonders wichtig, in diese Verordnung auch einen Passus aufzunehmen, wonach die Verringerung der Lärmemissionen des Kraftfahrverkehrs nicht allein die Aufgabe der Reifenhersteller und mittelbar der Verbraucher sein kann, sondern eben auch eine Verantwortung der Mitgliedstaaten bei der Beschaffung von Straßenbelägen ist, und ich bin außerordentlich dankbar, dass der Rat diese Forderung am Ende noch aufgenommen hat.

Ich bedanke mich bei Ihnen für die gute Zusammenarbeit und freue mich auf eine interessante Diskussion.

2-017

**Günter Verheugen, Vizepräsident der Kommission.** – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Auch ich möchte damit beginnen, dass ich einen Dank ausspreche, in diesem Fall an den Berichterstatter, Herrn Schwab, und an die Mitglieder des Hauses, die sich an der Vorarbeit beteiligt haben, für eine wirklich konstruktive und engagierte Zusammenarbeit, die eine Einigung in erster Lesung erst möglich gemacht hat.

Es handelt sich hier in der Tat um eine scheinbar sehr technische Vorschrift, es ist aber eine Vorschrift mit großer und weitreichender politischer Bedeutung. Was wir heute beschließen wollen, ist ein Meilenstein in Bezug auf die Verbesserung der Verkehrssicherheit. Diese Verordnung macht das europäische Auto sicherer. Sie ist ein Meilenstein, was die Umweltverträglichkeit europäischer Fahrzeuge angeht, denn Umweltverträglichkeit wird ja nicht nur dadurch erreicht, dass wir kraftstoffärmere Motoren herstellen, sondern das Auto bietet noch ganz andere Möglichkeiten der Kraftstoffeinsparung und der Schadstoffsenkung. Schließlich ist sie auch ein wichtiger Beitrag zu unserer Politik der besseren Rechtssetzung, denn sie führt zu einer wirklich drastischen Vereinfachung des gesamten Regelungsumfeldes.

Lassen Sie mich beginnen mit dem Sicherheitsaspekt, der hier auch der wichtigste Aspekt war. Verkehrssicherheit ist in Europa immer noch ein Thema, das uns ernsthaft beschäftigen muss und das uns große Sorgen bereitet. Die Vorschriften, die hier gemacht werden und die ab 2011 dann in europäischen Autos Standard sein werden, werden dazu führen, dass wir im europäischen Straßenverkehr pro Jahr 35 000 weniger Tote und Schwerverletzte haben werden. Insbesondere die Einführung des elektronischen Stabilitätsprogramms für Personenkraftwagen und für Nutzfahrzeuge kann jährlich fast 3 000 Leben retten und 25 000 Menschen vor schweren Verletzungen bewahren. Das ist ja eine Sicherheitseinrichtung, die insbesondere bei Nutzfahrzeugen, die häufig an schweren Unfällen beteiligt sind, bisher nur selten zu finden ist. Die Kosten für die Hersteller werden durch den zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen Nutzen bei weitem aufgewogen.

Das Maßnahmenpaket leistet einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der europäischen Strategie zur Verringerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen von Personenkraftfahrzeugen und leichten Nutzfahrzeugen. Es macht rollwiderstandsarme Reifen

verbindlich und schreibt den Einbau von Reifendruckkontrollsystemen und von Schaltpunktanzeigen vor. Diese Massnahmen werden die durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen um 6 bis 7 g CO<sub>2</sub> pro km reduzieren. Das ist also wirklich ein sehr bemerkenswerter Beitrag. Ich möchte auch nicht versäumen, darauf hinzuweisen, dass dieser Vorschlag die Lärmbelästigung durch den Verkehr deutlich verringert, denn die Verringerung des Rollgeräuschs von Reifen wird hier die Situation deutlich verbessern.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit noch einmal hervorheben, dass wir nachhaltige Mobilität in Europa nur dann erreichen, wenn wir im Rahmen eines integrierten Ansatzes die Potenziale aller Faktoren einbeziehen, die hier eine Rolle spielen, also das Fahrzeug selber – darüber reden wir heute –, aber es muss auch über die Verkehrsinfrastruktur und auch über das Verhalten der am Verkehr beteiligten Menschen gesprochen werden. Ich freue mich sehr darüber, dass das Europäische Parlament das genauso sieht.

Was die Rechtsvereinfachung angeht, so wird diese Verordnung das Regelungsumfeld auf beeindruckende Weise vereinfachen wird. Mit dieser einzigen Verordnung werden 50 bestehende Richtlinien aufgehoben und, wo immer möglich, durch internationale Regelungen ersetzt. Niedrigere Verwaltungskosten, eine verbesserte Transparenz und eine verstärkte internationale Harmonisierung werden dazu führen, dass für die Industrie bemerkenswerte Einsparungen entstehen, und das trägt zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit bei. Gleichzeitig profitieren die Mitgliedstaaten von geringerem Verwaltungsaufwand.

Wenn wir über Autos reden, ist es kaum möglich, darüber zu schweigen, dass sich die europäische Automobilindustrie im Augenblick in einer sehr schweren Krise befindet, der schwersten seit Jahrzehnten. Natürlich kann man sich die Frage stellen, ob es zu diesem Zeitpunkt richtig ist, technische Vorschriften in Kraft zu setzen. Lassen Sie mich dazu ganz klar sagen: Das, was wir heute beschließen wollen, ist eines der Ergebnisse des *CARS-21*-Prozesses, bei dem wir zusammen mit den Herstellern, mit den Mitgliedstaaten, mit der Zivilgesellschaft intensiv daran gearbeitet haben, wie die Rahmenbedingungen für die europäische Automobilindustrie der Zukunft aussehen sollen und wie wir uns das europäische Auto der Zukunft vorstellen. Ich möchte mit großen Nachdruck sagen, dass auch in der Krise – und gerade in der Krise – die europäischen Hersteller nicht nachlassen dürfen, die Autos zu entwickeln und auf den Markt zu bringen, die den Anforderungen am Anfang dieses Jahrhunderts entsprechen, und die Anforderungen sind ganz eindeutig. Die Verbraucher wollen verbrauchsärmere, umweltfreundlichere und sicherere Fahrzeuge.

Was *CARS 21* im Ergebnis als Vision für das europäische Auto der Zukunft herausgearbeitet hat und was die gemeinsame Linie aller Beteiligten für die Zukunft dieser Industrie ist, ist genau das: Wir wollen, dass Europa nicht nur die qualitativ besten, sondern auch die verbrauchsärmsten, die umweltfreundlichsten und die sichersten Autos in den internationalen Wettbewerb schickt, und ich bin fest davon überzeugt, dass die europäische Industrie mit solchen Produkten ihre führende Stellung auf dem internationalen Automarkt behalten wird. Herzlichen Dank.

2-018

**Jorgo Chatzimarkakis**, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Zunächst einmal möchte ich dem Kollegen Schwab gratulieren zu dem Kompromiss, den er hier auch gemeinsam mit dem Rat ausgearbeitet hat. Zwar wurden nicht alle Punkte berücksichtigt, aber so ist das nun mal bei Kompromissen.

Begrüßenswert ist insbesondere die Einführung der verpflichtenden Sicherheitssysteme für Fahrzeuge. Durch die verpflichtende Einführung neuer Sicherheitstechnologie wie etwa ESP kommen künftig nicht nur die Käufer von Premiumautos in den Genuss eines höheren Sicherheitsstandards im Straßenverkehr, sondern eben auch die Fahrer von Volumenfahrzeugen. Damit leisten wir einen entscheidenden Beitrag für die Sicherheit Europas. Dies muss ohne Wenn und Aber auch für die Sicherheit der Reifen gelten.

Es ist richtig, die Nasshaftung und damit die Sicherheit der Reifen in ihrer Bedeutung eindeutig höher einzustufen als den Rollwiderstand, der zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung beiträgt. Der Rollwiderstand der Reifen verursacht je nach Fahrsituation und Geschwindigkeit zwischen 20 und 30 % des Kraftstoffverbrauchs. Da liegt es nahe, dass aufgrund der aktuellen Umweltdiskussion und auch im Sinne sinkender Benzinkosten eine Reduzierung erreicht werden soll. Jedoch muss man sich dessen bewusst sein, dass ohne Rollwiderstand, der durch Verformung des Reifens und die elastischen Eigenschaften entsteht, ein sicheres und komfortables Fahren unmöglich wäre. Deswegen müssen wir hier Sicherheit auch anders sehen. Die neuen Entwicklungen der Reifenhersteller zeigen, dass Sicherheit und Verringerung des Rollwiderstands möglich sind. Dadurch erreichen wir auch, dass die europäische Automobilindustrie weltweit eine Vorreiterrolle einnimmt und behält.

Die morgen zur Abstimmung stehenden Kompromissanträge liefern ein klares Signal gegen die CO<sub>2</sub>-Hysterie hin zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr.

2-019

**Malcolm Harbour, on behalf of the PPE-DE Group.** – Madam President, on behalf of my group I would like to thank my colleague Andreas Schwab for handling a very complex dossier very skilfully. We should also perhaps say in the absence of Council that the negotiations there have been tough but fair, and we have a very good outcome.

I would like to pick up on a number of points built on what the Commissioner said. I am privileged to have been part of the Cars 21 initiative from the very beginning, and we are now seeing the impact of that integrated approach. This is important terminology and a classic example of how a number of different provisions have been brought together in a rolling update of the regulatory framework affecting motor vehicles, but one which the industry is expecting.

We set down a road map in Cars 21 about the environmental and safety challenges that we expected the industry to meet, and the crucial thing there is to give them stability and knowledge so that they can plan and design their new products in a sensible and sequenced way, albeit with demanding deadlines and targets. We do not want to resile from those challenging targets, but to give them that stability. As Günter Verheugen pointed out, with the industry in such a dire position at the moment because of lack of demand, that regulatory stability is crucially important.

I would like to highlight two points. Firstly, the agreement to bring in electronic stability control systems at the earliest possible date is a very major contribution to safety and I very much welcome that. Those of us who have had the opportunity to test those systems will understand their efficiency. Secondly, I want to highlight issues around the international framework, the repeal of the EU directives and their incorporation into national legislation. I welcome that, but I think it is now more important than ever, Commissioner, that that process becomes much more transparent about the line the Commission is taking on negotiating those directives which are being done in another body, a UN body, and not within this House.

2-020

**Gary Titley, on behalf of the PSE Group.** – Madam President, let me begin by congratulating Mr Schwab on his report and thanking him for his extremely cooperative approach to this whole matter.

Last Thursday night, a colleague of ours, Linda McAvan, was involved in a very serious car accident. Her car was destroyed, but she walked away relatively unhurt. This was because the car she was driving had the most modern safety features and this enabled her not to be seriously injured. That is the context in which we are discussing this report. Road safety saves lives, as Commissioner Verheugen commented, and is so important to the well-being of many families in the European Union. We should not lose sight of that, even in these very difficult times.

That is why I was determined to oppose those people in this Parliament and in the Council who wanted to weaken this Commission proposal. I believe the original Commission proposal is a very good one, and we were determined to resist changes to it.

There was one main weakness, however, in that proposal, which is that there was no provision for the selling-off of tyres that did not meet the new requirements after the implementation date. I believe that to be a major flaw. That is why I proposed to the committee – and the committee accepted – an amendment stating that tyres that did not meet the standards after the implementation date should be sold off after 12 months.

However, in the current circumstances of the car industry, given that cars are not being sold, it was quite clear in the discussions we had with the Council that, in fact, 12 months was probably unrealistic, and we had to consider the serious environmental consequences of getting rid of tyres that are perfectly good and sound. Therefore, we were prepared to accept, in the trialogue, 30 months after the implementation date as being the period before which tyres not meeting the requirements should be sold off. However, thanks to the intervention of Mr Schwab, if the Commission believes that there could be an earlier date, that is provided for in the comitology procedure. This was an important area of strengthening.

I would also draw attention to the important environmental measures – particularly tyre pressure monitoring systems – which will not only save on CO<sub>2</sub> but also make cars safer, because under-inflated tyres are a cause of many accidents. We have reduced rolling resistance and included gear shift indicators in this proposal, which was not in the original proposal. This will not only benefit the environment but also save motorists money – it is cash in people's pockets, which is very important at this time.

The point about safety has been well made. As I say, tyre pressure monitoring systems are very important, because under-inflated tyres – much to my shame the United Kingdom is one of the worst culprits for having under-inflated tyres – are a cause of accidents. Lane departure warning systems and electronic stability control are also important. I congratulate Mr Schwab on bringing the implementation of these forward by a year, because they will be of major advantage in terms of safety.

As Mr Harbour and the Commissioner have pointed out, simplification is part of this proposal and that is very important.

Finally, I would draw attention to what we have done in terms of demanding greater emphasis, in road services, on reducing noise. This is because road traffic noise is a cause of stress, and stress is a cause of ill health and, indeed, of fatalities, and it is therefore important to address that issue.

2-021

**Olle Schmidt, för ALDE-gruppen.** – Fru talman, herr kommissionär! Detta är ett bra betänkande med tydliga miljö- och säkerhetsmål. Utskottet var tydligt vad gäller buller och hälsa. Så många som 210 miljoner européer utsätts idag för trafikbuller, som enligt WHO är direkt hälsofarligt. Buller från däck är inte det enda sättet att minska trafikbuller, men bästa resultat uppnås med en kombination av åtgärder, där bullerutsläpp från däck är en viktig del.

Vissa, också här kanske, säger att det finns en motsättning mellan bullerutsläpp och däckens egenskaper vad gäller säkerhet. För detta finns det inga belägg i någon av de djupgående och oberoende studier som gjorts. Därför är vi besvikna över att kompromissen inte reflekterar det vi röstade fram i utskottet. Vad gäller lastbilar uppfyller redan 90 procent av däckens bullernivåer som finns i kompromissen. Detta är inte vad vi kallar en hög ambitionsnivå, tyvärr.

2-022

**Seán Ó Neachtain, thar ceann an Ghrúpa UEN.** – A Uachtaráin, ba mhaith liom fáilte a chur roimh an tuarascáil seo agus tréaslú leis an Uasal Schwab as ucht an tuarascáil a thabhairt chun cinn.

Rud ar bith a dhéanann an bóthar níos sábháilte, caithfimid fáiltiú roimhe. Ar ndóigh, is é an fheithicil féin an ghné is tábhachtaí de seo mar aon lena chinntiú go bhfuil an caighdeán a bhaineann le feithiclí níos sábháilte.

Mar a dúirt an Coimisinéir, seo táthú nó cur le chéile ar bhreis is 50 rialacha eile. Fáiltim roimh an simpliú seo, mar tá sé ag teastáil trasna na hEorpa go mbíonn an caighdeán is airde ag na feithiclí a dhéantar agus go mbeidh freagracht ar tháirgeoirí feithicilí an caighdeán sin a bhaint amach – ní hamháin maidir le boinn an chairr ach na gnéithe eile a léiríodh anseo ar maidin, cosúil le smacht leictreonach agus gnéithe nua-aimseartha eile, a chinntíonn go mbíonn na gluaisteáin agus na feithiclí a chuirimid ar an mbóthar den chaighdeán is fearr.

2-023

**Heide Rühle, im Namen der Verts/ALE-Fraktion.** – Frau Präsidentin! Auch ich möchte mich beim Berichterstatter und bei den Schattenberichterstattern, besonders bei Herrn Titley und bei der Kommission, für die gute Vorlage bedanken.

Mein Dank an die tschechische Ratspräsidentschaft fällt allerdings ambivalenter aus. Ich muss schon sagen, wir sind in diesem Trilog durch den Rat stark unter Druck gesetzt worden, und der Rat hat wenig Ambitionen gezeigt, im Gegenteil: Er hat uns am Anfang davor gewarnt, zu große Ansprüche zu stellen, damit wir in einer wirtschaftlichen Krise nicht die Hersteller gefährden. Ich sehe das völlig anders, und ich denke, die Mehrheit hier im Saal sieht das auch anders: Gerade in einer wirtschaftlichen Krise brauchen wir klare Standards und muss die europäische Industrie motiviert werden und Anreize bekommen, auf hohe Standards zu setzen und Modelle für die Zukunft und nicht für die jetzige Situation zu entwickeln. Da spielen natürlich Energieeffizienz und CO<sub>2</sub>-Ausstoß eine ganz wichtige Rolle.

Wichtig ist natürlich auch die Frage der Sicherheit, und nicht zu vernachlässigen ist die Frage des Lärmschutzes, die in der Diskussion etwas zu kurz kam. Denn an Lärm erkranken immer mehr Menschen, was auch hohe gesellschaftliche Kosten verursacht. Deshalb ist es ebenfalls wichtig, dass diese Verordnung einschlägigen Standards entspricht.

Insgesamt haben wir einen guten Kompromiss erreicht. Wir haben das *first reading agreement* nicht unterzeichnet, weil wir das Verfahren und auch den Druck der tschechischen Ratspräsidentschaft kritisiert haben, aber wir können mit dem Kompromiss leben, und wir werden ihm als Fraktion zustimmen.

2-024

**Jim Allister (NI).** – Madam President, overnight we have had another terrorist murder in my constituency of Northern Ireland. Before turning to the subject in hand, let me take a moment to express condolences to the family of my policeman constituent who has been so brutally murdered by the IRA and to condemn this further act of gross terrorism.

In regard to the matter before the House, I would have to say that I am rarely lobbied in my constituency in favour of an EU regulation and I suppose I would have to say that on even fewer occasions am I persuaded. But on this occasion I was pleased to be persuaded, because this proposal contains provisions which both improve road safety and happily assist a company in Northern Ireland which is at the cutting edge of technology and production of tyre pressure monitoring systems. Thus a proposal which makes the fitting of such systems mandatory is not just good for road safety; it is good also for jobs in my constituency.

With devastating levels of road deaths across the EU, measures which make our cars – and thus our roads – safer have to be welcome. It is one area above all where regulation has a definite role to play. It should be sensible, rational and necessary regulation, not regulation for regulation's sake. But on this occasion I think that this report has got the balance right, and I congratulate the rapporteur on his report.

2-025

**Zuzana Roithová (PPE-DE).** – Paní předsedkyně, milí kolegové, oceňuji vysokou profesionalitu, díky níž kolega Schwab doplnil návrh nařízení Komise o opatření, která zvýší konkurenceschopnost evropského automobilového průmyslu a zároveň umožní členským státům účinně dohlížet na to, aby na trhu byly dodržovány požadavky pro schvalování typu motorových vozidel. Například kontrolou tlaku v pneumatikách snížíme spotřebu pohonných hmot a tím i emise, zavedením moderních systémů elektronické kontroly jízdy v roce 2011 snížíme již o rok dříve počet nehod na evropských silnicích, snížení hluku je dalším přínosem a jde jak o pneumatiky, tak o konstrukci silnic. Toto nařízení zmírní administrativní zátěž a zjednoduší právní předpisy v souladu s dohodou OSN o sjednocení požadavků na vozidla. Toto nařízení je výborným příkladem integrované legislativy a já jsem velice ráda, že české předsednictví bylo dobře připraveno, a proto již v prvním čtení dochází ke shodě mezi Parlamentem, kolegou Schwabem a Radou.

2-026

**Wolfgang Bulfon (PSE).** – Frau Präsidentin! Ein schwieriger Kompromiss wurde gefunden, und ich glaube, Herr Schwab hat hier ein Meisterstück abgegeben, deswegen ab jetzt für mich: Meister Schwab.

Um die Sicherheit der Autofahrer auf Europas Straßen zu erhöhen, ist die frühe Einführung des Antiblockiersystems ESP besonders zu begrüßen. Auch dass die Nasshaftungswerte der Reifen in Zukunft nochmals nachgebessert werden bzw. Reifendrucküberwachungssysteme, Spurhalteassistenten und vorausschauende Notbremssysteme für andere Fahrzeugkategorien angedacht werden sollen, kann man als positiv betrachten.

Kritisieren möchte ich schon die Tatsache, dass sich die Hersteller mit höheren Abrollgeräuschen für Lkws durchgesetzt haben, und genauso begrüße ich es nicht, dass andere Sicherheitsmaßnahmen außer dem ESP nicht bereits früher als vorgeschlagen eingeführt werden.

Weiterhin möchte ich festhalten, dass eine genaue Klassifizierung der Anforderungen hinsichtlich der Fahr- und Traktionseigenschaften für Winterreifen im Kompromiss mit dem Rat keinen Niederschlag gefunden hat. Dass man auf eine Festlegung der zu bewältigenden Fahrwerkeigenschaften z. B. bei Glatteis oder Matsch verzichtet hat, bleibt mir persönlich unverständlich.

Reifen der Klasse C1, C2 und C3, die nicht den Bestimmungen dieser Verordnung laut Anhang 1 entsprechen, dürfen nun aufgrund des Kompromisses zu den Übergangsfristen weiterhin 30 Monate lang verkauft werden. Das Parlament hatte für diesen Fall eine Übergangsfrist von 12 Monaten vorgesehen, die wäre hier notwendig gewesen.

Abschließend möchte ich noch einmal die Bauartgeschwindigkeit von 180 km/h in Erinnerung rufen, weil ich glaube, dass das eine sehr sinnvolle Maßnahme ist.

2-027

**Toine Manders (ALDE).** – Voorzitter, ik wil collega Schwab bedanken voor zijn inzet, want hij is tijdens de dialoog gewoon met de rug tegen de muur gezet. In de tijd dat ik Europees recht studeerde, was het medebeslissingsrecht kennelijk iets anders dan heden ten dage.

De deal in eerste lezing die er nu ligt en waarover is onderhandeld door vier collega's - waaronder ikzelf als schaduwrapporteur - wijkt enorm af van de door het Parlement aangenomen tekst. Deze wijkt af van wat de Commissie heeft voorgesteld, en de economische crisis is misbruikt om een ontzettend slecht voorstel neer te leggen. Iedereen klaagt er ook over dat er te weinig in staat, en toch wordt het blijkbaar geaccepteerd.

Wij zijn als Liberale Fractie van mening dat de democratie en de rol van het Parlement worden uitgehold. Als de in eerste lezing door het Parlement aangenomen tekst niet is meegenomen in de dialoogonderhandelingen, dan zal uiteindelijk een tweede lezing noodzakelijk zijn, want zo werkt het. We vinden het ook een slecht signaal dat wanneer vier leden in de dialoog ermee akkoord gaan, de tekst vervolgens ook door iedereen in dit Huis wordt gesteund.

De Liberalen zullen om principiële redenen tegen dit voorstel stemmen. Dit zal dan vooral om procedurele redenen zijn en niet omdat wij de inhoud slecht vinden; die zou in ieder geval een stuk beter kunnen.

2-028

**Avril Doyle (PPE-DE).** – Madam President, I want to raise a related matter. The Commission will know that three 'F' gases are among the six major greenhouse gases. I was rapporteur on the Mobile Air Conditioning (MAC) Directive relating to their use in mobile air conditioning.

It would appear that loopholes are being exploited between that legislation and type approval legislation, which was the tool chosen to implement the directive. I have been alerted over the last few weeks to plans by car manufacturers to avoid any refrigerant change at all, in 2011 and beyond, by applying type approval of certain components. This would mean that the deadline for prohibition of the use of R134a would now be 2017 rather than 2011. Hence, the avoidance of tonnes of CO<sub>2</sub> equivalent emissions will no longer happen.

National type approval authorities are ultimately responsible for the implementation of the MAC Directive. For example the VCA, which is the type approval authority in the UK, has recently stated that it will approve, after January 2011, new types of vehicles fitted with existing – already approved to Regulation (EC) No 706/2007 standards – MACs containing 'F' gases with a GWP greater than 150. As a consequence, we have evidence of car manufacturers delaying – if not stopping altogether – development and investment in innovative sustainable technology. Can the Commissioner please comment?

2-029

**Günter Verheugen, Vizepräsident der Kommission.** – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann jetzt eigentlich nichts anderes tun, als mich herzlich für die breite Zustimmung zu diesem Vorschlag von allen Seiten des Hauses zu bedanken. Natürlich ist es ein Kompromiss, und man kann sich immer etwas mehr wünschen. Ich darf auch sagen, dass ich selber und die Kommission dazu bereit gewesen wären, ein Stück weiter zu gehen. Aber das ist das, was wir erreichen konnten, und es ist ein großer Fortschritt.

Ich möchte insbesondere noch einmal sehr unterstreichen, was Frau Rühle gesagt hat. Das ist politisch der entscheidende Punkt, dass es gerade in dieser Situation darauf ankommt, die europäischen Fahrzeuge an den Stellen zu verbessern, die in Zukunft entscheidend sind. Denn eines ist ja auch klar: Die Krise bei der Nachfrage hat ja nicht nur etwas mit den allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen und der wirtschaftlichen Verunsicherung zu tun, sondern hat auch etwas damit zu tun, dass die Kraftfahrzeuge, die die europäischen Hersteller anbieten, möglicherweise in puncto Kraftstoffverbrauch, Umweltfreundlichkeit und Sicherheit nicht den Anforderungen des europäischen Marktes in den letzten Jahren genügt haben. Darum ist es so wichtig, dass das jetzt sehr schnell nachgeholt wird.

Lassen Sie mich bitte noch ein Wort sagen zu dem Problem, das Frau Doyle angesprochen hatte. Ich bin mir bewusst, dass es in einigen Mitgliedstaaten eine falsche Interpretation der Anforderungen bei der Typenzulassung gibt – darauf haben Sie mit Recht gerade hingewiesen –, aber es ist eine falsche Interpretation, die nicht dem Rechtsrahmen, den wir haben, entspricht. Die Kommission wird dafür sorgen, dass die notwendigen Klarstellungen erfolgen und dass die negativen Folgen, die Sie, Frau Doyle, dargestellt haben, nicht eintreten werden.

2-030

**Andreas Schwab, Berichterstatter.** – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich natürlich über die Glückwünsche, aber ich darf sagen, im Trilog ist man immer nur so stark oder so schnell wie die Kolleginnen und Kollegen, die dort mitarbeiten. Deshalb darf ich das Kompliment von Herrn Bulfon gerne an Sie alle weitergeben.

Ich darf aber – und das ist mir außerordentlich wichtig – sagen, dass ich mich von niemandem unter Druck gesetzt gefühlt habe und mich auch nicht unter politischem Druck gefühlt habe. Die einzige Schwierigkeit, die bei diesem Gesetzgebungsvorhaben bestand – und das will ich nicht verhehlen, es ist auch teilweise angesprochen worden –, war natürlich die, diese anspruchsvolle Gesetzgebung so auszugestalten, dass wir Arbeitsplätze in der Europäischen Union nicht verlieren, sondern sichern. Diese Balance war im Einzelfall nicht immer einfach zu finden. Ich glaube aber, dass wir am Ende eine sehr gute Mittelwegslösung gefunden haben, die alle Interessen befriedigt.

Dennoch muss man sagen, bei allen Verfahren, die wir jetzt in den letzten Monaten oder Wochen im Trilog gelöst haben, kam immer wieder die Kritik auf, es ginge zu schnell. Wir können gerne am Beginn einer Legislaturperiode einmal über diese Frage diskutieren und uns dann während der gesamten Legislaturperiode daran halten. Aber man sollte nicht am Ende – dann, wenn bestimmte Themen gelöst werden – von demokratisch unsauberen Verfahren sprechen, obwohl man drei Jahre lang hier im Hause diese Verfahren immer mitgetragen hat. Ich akzeptiere diese Kritik, aber ich denke, man müsste dieses Problem unmittelbar nach den Wahlen für die gesamte Wahlperiode lösen.

Es ist auch wichtig, dass wir diesen Vorschlag nochmals in Zusammenhang zu dem Vorschlag des Kollegen Sacconi stellen, der erfolgreich abgeschlossen wurde. Dort ging es darum, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Kraftfahrzeugmotoren auf 130 Gramm zu reduzieren und davon 10 Gramm für zusätzliche Maßnahmen vorzusehen. Ein Teil dieser zusätzlichen Maßnahmen ist nun geregelt worden. Ich bin gespannt, wie wir die restlichen noch offenen Gramm füllen werden und welche Vorschläge uns die Kommission nach der Wahl des Parlaments vorlegen wird.

Ich darf hinzufügen, dass wir bei der Frage des Übergangs einen wirtschaftlichen Mittelweg finden mussten. Wir haben die 30 Monate ja noch nicht abschließend geregelt, sondern die Kommission wird für jeden einzelnen Reifentyp nochmals ein *impact assessment* machen, auf dessen Grundlage wird dann pro Typ entschieden, wann die Frist ablaufen kann. Ich glaube, es ist wirtschaftlich am sinnvollsten, Reifen, die rechtmäßig in der Europäischen Union produziert wurden, möglichst schnell, aber eben dann erst aus dem Verkehr zu ziehen, wenn der Markt wirklich auch das entsprechende Potenzial dafür bietet. Deswegen am Ende noch einmal allen Beteiligten herzlichen Dank.

2-031

**Die Präsidentin.** – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet heute um 12.00 Uhr statt.



*Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)*

2-032

**Ioan Lucian Hămbășan (PPE-DE), în scris.** – Aș dori în primul rând să-l felicit pe domnul Schwab pentru raportul echilibrat pe care l-a întocmit. Acest raport vine în întâmpinarea nevoilor industriei, creând o legislație transparentă, simplificată, prin înlocuirea a nu mai puțin de 50 de directive de bază, reducându-se așadar povara administrativă. Venim astfel în întâmpinarea unei industrii auto competitive.

Este important pentru noi toți să creștem siguranța pe șoselele Europei, să reducem numărul deceselor și al persoanelor grav rănite, prin introducerea de dotări standard. Sistemul ESP trebuie să devină accesibil tuturor, să nu mai constituie o opțiune de lux. Bineînțeles, nu trebuie să uităm nici impactul asupra mediului pe care îl va avea noul sistem de monitorizare a presiunii pneurilor, efectul său de reducere a emisiilor de dioxid de carbon. Totodată, se va reduce zgomotul, poluarea fonică. Tehnologiile noi ne vor permite să avem mașini mai sigure și mai ecologice.

2-033

## **6 - Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) (Neufassung) (Aussprache)**

2-034

**Die Präsidentin.** – Als nächster Punkt folgt der Bericht von Holger Krahmer im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) (Neufassung)  
[KOM(2007)0844 - C6-0002/2008 - 2007/0286(COD)] (A6-0046/2009).

2-035

**Holger Krahmer, Berichterstatter.** – Frau Präsidentin! Sehr geehrter Kommissar, verehrte Kollegen! Wir stimmen jetzt gleich über die Richtlinie zur Vermeidung von Industrieemissionen ab. Der Umweltausschuss hat eine Reihe von Kompromissen mit großer Mehrheit angenommen. Ich hoffe, dieser gute Kurs wird beibehalten, denn mit diesen Regelungen vereinheitlichen wir die Umwelтанforderungen an Industrieanlagen in der EU. Das verbessert den Umweltschutz und sorgt gleichzeitig für fairen Wettbewerb.

Das europäische Sicherheitsnetz ist der Kernpunkt der Kompromisse. Dieses Konzept führt gemeinschaftsweite Grenzwerte für Schadstoffemissionen durch die Industrie ein. Diese definieren klare Anforderungen an die Zulassung der Anlagen. Um eine Genehmigung zu bekommen, müssen sie besser sein als die Vorgabe aus dem Sicherheitsnetz. Dieser Ansatz lässt genügend Spielraum, um auf individuelle Anforderungen einzugehen. Allerdings ist Schluss mit der Möglichkeit, diesen Spielraum zu missbrauchen und Anlagen mit schlechten Emissionswerten über Ausnahmeregelungen zu betreiben. Mit dem Sicherheitsnetz schaffen wir Klarheit und die nötige Flexibilität. Auf dehnbare und auslegbare Ausnahmen kann komplett verzichtet werden.

Als ich diesen Vorschlag gemacht habe, wurde mir vorgeworfen, ich sei ein "grüner" Aktivist. Das ist – ich sage das einmal etwas vorsichtig – übertrieben. Es geht hier um eine bessere Umsetzung von EU-Regeln, die seit Jahren in Kraft sind. Beste verfügbare Technik – und danach richtet sich das europäische Sicherheitsnetz – sollte seit Herbst letzten Jahren in jeder Industrieanlage in der EU Standard sein. Davon sind wir weit entfernt. Beste verfügbare Technik wird gerade einmal in drei Mitgliedstaaten vernünftig umgesetzt.

Stick- und Schwefeloxycide gehören zu den Hauptproblemen industrieller Umweltverschmutzung. Hier gibt es Reduktionspotenziale von 60 bis 80 %, wenn die beste verfügbare Technik konsequent eingesetzt würde. Das sagt die Europäische Umweltagentur. Diese Technik ist keine *Science-Fiction*, sie ist nicht aus dem Labor, sie ist nicht im Laborstadium, sie ist verfügbar, sie ist bezahlbar, und sie funktioniert. Trotzdem sparen sich viele Mitgliedstaaten den Aufwand, weil sich eben auch mit Dreckschleudern gut Geld verdienen lässt. Einige Mitgliedstaaten haben schlicht über Jahre hinweg Investitionen in die Modernisierung ihrer Anlagen links liegen lassen. Das verzerrt den Wettbewerb, schadet der Umwelt, und deswegen werbe ich für einen neuen Ansatz zur besseren Durchsetzung bestverfügbarer Techniken.

Die Kompromisspakete senken außerdem bürokratischen Aufwand, der nur Geld kostet, aber der Umwelt nicht hilft. Wir koppeln deswegen die Zahl der Berichte, die die Anlagenbetreiber an die Behörden schicken müssen, an das Risiko, das von der Anlage ausgeht und daran, ob die Betreiber ihre Auflagen einhalten. Gleiches gilt für die Inspektionen durch die Behörden. Wo es gefährlich werden kann, soll genauer hingeschaut werden, wo nichts passiert, muss auch nicht permanent überwacht werden.

Bodenschutz ist für viele Leute hier im Haus ein wunder Punkt. Eine konstruktive Debatte ist hier leider offensichtlich nicht mehr möglich. Trotzdem war es möglich, Kompromisse zu finden. Sie reduzieren den Bodenzustandsbericht auf das Wesentliche; der Zustandsbericht soll nicht umfassend und immer angefertigt werden. Stattdessen richten wir ihn auf das

tatsächliche Risiko aus, das von der Anlage ausgeht. Analysen sind dort fällig, wo tatsächlich mit gefährlichen Substanzen in relevanter Menge gearbeitet wird.

Darüber hinaus ist die Sanierung von Standorten auf den ursprünglichen Zustand unrealistisch. Deswegen spricht der Kompromiss jetzt von der Sanierung auf einen zufriedenstellenden Zustand. Das ändert nichts an meiner persönlichen Meinung, dass Bodenschutz kein Thema ist, das die EU regeln sollte. Es wäre bei den Mitgliedstaaten besser aufgehoben.

IPPC betrifft so gut wie jeden Industriezweig. Entsprechend gab es in den letzten Tagen sehr intensive Lobbyarbeit. An einigen Punkten waren Verbesserungen der ursprünglichen Kompromisse tatsächlich nötig, zum Beispiel bei der Landwirtschaft. Die Berechnung von Schwellenwerten für Hühnerfarmen ist zu bürokratisch. Statt der Differenzierung nach Spezies in Truthühner, Enten und Masthähnchen sollten wir bei dem Schwellenwert von 40 000 Plätzen für Geflügel bleiben.

Auch das Ausbringen von natürlichem Dünger, Gülle und Jauche gehört nicht in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie. Das Thema ist relevant, eine Regelung sinnvoll, aber bitte nicht in diesem Rechtsakt. Ein Acker ist keine Industrieanlage. Die Landwirte hatten noch viele weitere Punkte auf ihrem Wunschzettel, und die Entscheidung über diese beiden Punkte ist angemessen. Deshalb habe ich mich um Einvernehmen mit den Schattenberichterstattern an dieser Stelle bemüht.

Gleiches gilt für die Stromerzeugung aus Abfallgasen bei der Stahlherstellung. Dieser Prozess ist sehr effizient, aus einem ansonsten nutzlosen Nebenprodukt wird noch Energie gewonnen. Allerdings wäre nur mit großem finanziellen Aufwand die verlangte marginale Senkung der Schadstoffemission zu erreichen gewesen. Es ging hier darum, die Verhältnismäßigkeit zu wahren.

Auffällig und bedauerlich ist allerdings, wie die EVP-ED-Fraktion jetzt kurz vor der Abstimmung aus den Kompromissen aussichert und einmal quer durch den ganzen Bericht Änderungsanträge einstreut. Das ist nicht konstruktiv! Politische Entscheidungen zu finden, verlangt ein Mindestmaß an Verlässlichkeit und Zusammenarbeit. Ich habe Verständnis, dass sich die EVP-ED-Kollegen in den verschiedenen Kompromissen nicht ausreichend wiederfinden. Dazu kann ich allerdings nur sagen, dass ich gerne über ihre Vorschläge verhandelt hätte. Sie lagen allerdings zu keinem Zeitpunkt der Kompromissverhandlungen mit den Schattenberichterstattern auf dem Tisch. Deshalb ist jetzt mit unabgestimmten Aktionen in letzter Minute im Zweifel genau das Gegenteil erreichbar: Gute und richtige Vorschläge werden so aufs Spiel gesetzt.

Mein Dank gilt an dieser Stelle ausdrücklich den anderen Schattenberichterstattern, insbesondere Claude Turmes, Gyula Hegyi und Hans Blokland, die trotz inhaltlicher Differenzen immer verlässliche Verhandlungspartner waren.

Wir haben heute die Chance, ein Signal für besseren Umweltschutz und fairen Wettbewerb gleichzeitig zu setzen. Ich hoffe, wir nutzen die Chance für ein Konzept, das von wichtigen Wirtschafts- und Umweltverbänden gleichermaßen unterstützt wird. Bitte unterstützen Sie die Kompromisse! Danke.

2-036

**Σταύρος Δήμας, Μέλος της Επιτροπής.** – Κυρία Πρόεδρε, χαίρομαι που συζητάμε σήμερα την πρόταση για την αναδιτύπωση της οδηγίας για τις βιομηχανικές εκπομπές και θα ήθελα να ευχαριστήσω ιδιαίτερα τον εισηγητή κ. Krahmer και την Επιτροπή Περιβάλλοντος, Δημόσιας Υγείας και Ασφάλειας των Τροφίμων για την εξαιρετική εργασία τους σ' αυτό το φάκελο. Ευχαριστώ επίσης την Επιτροπή Νομικών Θεμάτων για τη θετική συμβολή της.

Τις τελευταίες εβδομάδες η Επιτροπή συγκέντρωσε αξιόπιστα στοιχεία που αποδεικνύουν ότι η ισχύουσα οδηγία για την ολοκληρωμένη πρόληψη και τον έλεγχο της ρύπανσης δεν εφαρμόζεται επαρκώς και ότι οι βιομηχανικές εκπομπές παραμένουν σε υπερβολικά υψηλά επίπεδα. Η κατάσταση αυτή έχει προκαλέσει σοβαρές αρνητικές επιπτώσεις στο περιβάλλον και στην υγεία των Ευρωπαίων πολιτών. Επιπλέον, προκαλεί στρεβλώσεις στον ανταγωνισμό μεταξύ των ευρωπαϊκών βιομηχανιών.

Αυτή η απαράδεκτη κατάσταση πρέπει να τερματιστεί. Κύριο συστατικό της ολοκληρωμένης προσέγγισης με βάση την οποία λειτουργεί η οδηγία αποτελούν οι βέλτιστες διαθέσιμες τεχνικές. Οι εν λόγω τεχνικές αποφέρουν σημαντικά περιβαλλοντικά και οικονομικά πλεονεκτήματα.

Κατ' αρχήν μειώνουν τις εκπομπές και περιορίζουν τη χρήση πόρων, συμβάλλοντας έτσι στη μακροπρόθεσμη βελτίωση της ασφάλειας του ενεργειακού εφοδιασμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Παρέχουν επίσης κίνητρα για οικολογική καινοτομία, απαραίτητη για να μπορέσει να ανταποκριθεί η ευρωπαϊκή βιομηχανία στη μελλοντική παγκόσμια ζήτηση για περιβαλλοντικές τεχνολογίες.

Για να εκμεταλλευτούμε στο έπακρο τα πλεονεκτήματα των βέλτιστων διαθέσιμων τεχνικών πρέπει να ενισχυθεί και να βελτιωθεί το πλαίσιο εφαρμογής τους. Αυτό επιδιώκει η πρόταση της Επιτροπής. Διασαφηνίζει και αναβαθμίζει στην εφαρμογή της νομοθεσίας το ρόλο των εγγράφων αναφοράς βέλτιστων διαθέσιμων τεχνικών, των λεγόμενων BREF. Με

τον τρόπο αυτό εξομοιώνονται οι όροι αδειοδότησης των επιχειρήσεων ανά την Ευρωπαϊκή Ένωση και κατ' επέκταση επιτυγχάνεται μεγαλύτερη σύγκλιση των συνθηκών ανταγωνισμού.

Τα BREF συντάσσονται μέσα από διαφανή διαδικασία με την ευρεία συμμετοχή των κρατών μελών, της βιομηχανίας και άλλων σχετικών φορέων. Οι προσπάθειες που απαιτούνται για την κατάρτιση και την έγκρισή τους είναι σημαντικές. Οφείλουμε να στηρίζουμε τη διαδικασία έγκρισής τους αλλά και το θεσμό των BREF γενικότερα. Έτσι θα μπορέσουν τα BREF να διαδραματίσουν μεγαλύτερο ρόλο στον καθορισμό των όρων χορήγησης αδειών λειτουργίας στις βιομηχανικές επιχειρήσεις, κάτι το οποίο θα έχει ως αποτέλεσμα ότι οι βιομηχανικές μας εγκαταστάσεις θα ανταποκρίνονται στις υψηλότερες δυνατές περιβαλλοντικές απαιτήσεις που θέτει η νομοθεσία της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Η πρόταση της Επιτροπής παρέχει την απαιτούμενη ευελιξία για αποκλίσεις από τα BREF, εφόσον βεβαίως αυτό δικαιολογείται από τις εκάστοτε τοπικές συνθήκες. Ωστόσο, είναι απαραίτητη η λεπτομερής αιτιολόγηση και τεκμηρίωση κάθε απόκλισης, ούτως ώστε να αποφεύγονται τυχόν καταχρήσεις. Παράλληλα, για ορισμένους κλάδους της βιομηχανίας που έχουν ιδιαίτερα σοβαρές επιπτώσεις στο περιβάλλον θα πρέπει να καθοριστούν ελάχιστες υποχρεωτικές απαιτήσεις σε επίπεδο Ευρωπαϊκής Ένωσης. Σχετικά άλλωστε ελάχιστα πρότυπα έχουν ήδη θεσπιστεί για κλάδους όπως οι μεγάλες εγκαταστάσεις καύσης ή οι αποτεφρωτήρες αποβλήτων.

Είναι γνωστό ότι το ζήτημα αυτό έχει απασχολήσει ιδιαίτερα τον εισηγητή και το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο. Αν και οι ελάχιστες υποχρεωτικές απαιτήσεις μπορούν να θεωρηθούν χρήσιμες όσον αφορά ορισμένους βιομηχανικούς κλάδους, δεν είναι βέβαιο ότι ο καθορισμός ελάχιστων προτύπων είναι απαραίτητος ή ενδεδειγμένος για όλους τους κλάδους. Ελάχιστα πρότυπα πρέπει να καθιερώνονται μόνον εάν και εφόσον είναι αναγκαία και δικαιολογημένα από περιβαλλοντική άποψη.

Χαρακτηριστικό παράδειγμα αποτελεί ο κλάδος των μεγάλων εγκαταστάσεων καύσης οι οποίες έχουν σημαντικό μερίδιο ευθύνης στη ρύπανση της ατμόσφαιρας. Οι βέλτιστες διαθέσιμες τεχνικές κάθε άλλο παρά εφαρμόζονται σωστά στο συγκεκριμένο αυτό κλάδο. Για το λόγο αυτό η Επιτροπή έχει προτείνει νέες ελάχιστες απαιτήσεις για τις μεγάλες εγκαταστάσεις καύσης με βάση τα συμπεράσματα του σχετικού BREF. Προβλέπεται να τεθούν σε εφαρμογή το 2016.

Πρόκειται για μέτρα που θα συμβάλουν σημαντικά στην επίτευξη των σχετικών στόχων της θεματικής στρατηγικής για την ατμοσφαιρική ρύπανση κατά τρόπο που θα είναι οικονομικώς συμφέρων. Επιπλέον, το καθαρό όφελος από τις εν λόγω απαιτήσεις τόσο σε επίπεδο Ευρωπαϊκής Ένωσης όσο και σε εθνικό αντισταθμίζει το σχετικό κόστος.

Τέλος, εκτός από τη βελτίωση της εφαρμογής της οδηγίας, βασικός στόχος της αναδιατύπωσής της είναι η απλούστευση της νομοθεσίας και η μείωση των διοικητικών δαπανών τόσο της βιομηχανίας όσο και των αρμόδιων αρχών, σύμφωνα πάντοτε με τις αρχές του προγράμματος βελτίωσης της νομοθεσίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Για το λόγο αυτό η πρόταση συγχωνεύει επτά ισχύουσες νομοθετικές πράξεις σε μια ενιαία οδηγία. Με τον τρόπο αυτό θα βελτιωθεί και η σαφήνεια και η συνοχή της νομοθεσίας τόσο για τα κράτη μέλη όσο και για τις επιχειρήσεις. Τα οφέλη από αυτή την απλούστευση είναι πολλαπλά.

Η μείωση της ρύπανσης που οφείλεται στις βιομηχανικές εγκαταστάσεις αποτελεί βασική προτεραιότητα και για περιβαλλοντικούς και για οικονομικούς λόγους. Με την πρόταση που έχει κατατεθεί θα απλουστευθεί η ισχύουσα νομοθεσία και ταυτόχρονα θα ενισχυθεί το πλαίσιο εφαρμογής των βέλτιστων διαθέσιμων τεχνικών. Αυτό θα συντελέσει περαιτέρω στη βελτίωση της προστασίας του περιβάλλοντος και στη βιωσιμότητα της ευρωπαϊκής βιομηχανίας. Περιμένω λοιπόν με ενδιαφέρον να ακούσω τις απόψεις σας σχετικά με τη σημαντική αυτή πρόταση και τον εποικοδομητικό διάλογο που θα ακολουθήσει.

2-037

**Marcello Vernola, a nome del gruppo PPE-DE.** – Signora Presidente, onorevoli colleghi, credo che, com'è stato detto, questa direttiva rappresenta il più importante strumento di controllo dell'inquinamento industriale che questo Parlamento ha discusso dopo il pacchetto Clima-energia.

Probabilmente il momento non è dei più fortunati, per la crisi finanziaria, che mette sotto pressione il sistema industriale e che quindi ha provocato una eccessiva attività di lobbying nei confronti dei gruppi parlamentari da parte delle imprese, preoccupate per le ripercussioni finanziarie di questa direttiva, come del precedente pacchetto Clima-energia. Ci conforta il fatto che siamo ancora in prima lettura e che quindi forse in seconda lettura alcuni correttivi e migliorativi sarà ancora possibile recuperarli.

Devo dire al relatore Krahmer: l'iter non è stato dei più facili. Il relatore Krahmer ha criticato la posizione del PPE, che ha rimesso in discussione alcuni compromessi. Ma io intendo sottolineare come sono stati presentati ben 60 emendamenti, di cui meno di un terzo a iniziativa di deputati del Partito popolare europeo. Quindi c'è una volontà diffusa, nel Parlamento europeo, di ridiscutere alcuni punti rilevanti di questa direttiva e purtroppo non c'è stata alcuna riunione fra il relatore e il relatore ombra in questi giorni per un confronto sui 60 emendamenti. Non dobbiamo dimenticare che la direttiva nasce

dalla constatazione che negli Stati membri, fino ad ora, la precedente direttiva, non è stata di facile attuazione. Abbiamo assistito ad una diversificazione eccessiva nel regime dei controlli e delle analisi che, come diceva Krahmer, necessitano dei correttivi. Però, anche da parte della Commissione europea serve uno sforzo maggiore.

I BREF hanno tempi troppo lunghi di elaborazione e quindi non garantiscono la trasparenza nell'applicazione della direttiva. È vero che c'è un processo molto forte di collaborazione e di coinvolgimento degli industriali, ma una più pronta approvazione periodica dei BREF garantisce anche maggiormente la tutela della salute dei cittadini. Poi vorrei aggiungere anche che sicuramente pochi sono stati gli investimenti degli industriali in passato: è necessario un maggiore richiamo, e credo che, poiché troppa gente in Europa si ammala e muore a causa dell'inquinamento atmosferico causato dalle emissioni industriali, sia necessario intervenire con adeguate azioni di disinquinamento e un regime forte di controlli e analisi.

2-038

### PRESIDENZA DELL'ON. LUIGI COCILOVO

*Vicepresidente*

2-039

**Guido Sacconi**, *a nome del gruppo PSE*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto devo chiarire che intervengo come "jolly", cioè in sostituzione del nostro relatore ombra che non ha purtroppo potuto partecipare, ma posso esprimere la posizione unitaria del nostro gruppo, che è di sostegno pieno al compromesso, che è il frutto di un lavoro durato più di un anno. Di questo va reso merito al signor Krahmer che ha davvero svolto un ruolo molto importante, ha manifestato una capacità di ascolto, anche rivedendo le sue posizioni iniziali. Questo compromesso porterà a un alto livello di protezione e darà sostegno all'industria europea, anche attraverso strumenti di flessibilità.

Come è già stato detto, il punto focale di questa sintesi, di questo accordo, consolida ed estende l'applicazione delle BAT, delle migliori tecniche disponibili, rinforzandone le regole e rendendole più trasparenti. I requisiti minimi proposti per le grandi installazioni di combustione devono essere rispettati per applicare a questo settore le BAT e i criteri qualitativi dell'aria. Ecco perché, per quanto ci riguarda, noi diciamo che non vanno sostenuti gli emendamenti presentati in plenaria e che tendono ad indebolire il compromesso, in particolare quelli volti a ridurre il campo di applicazione della IPPC, l'applicazione delle BAT e i requisiti per le grandi installazioni di combustione.

Voglio sottolinearlo: il nostro gruppo, sia pure dopo una discussione vivace al suo interno, ha deciso di non presentare alcun emendamento, quindi invitiamo anche gli altri a fare lo stesso, a non sostenere gli emendamenti presentati, per dare un forte e chiaro messaggio in prima lettura.

2-040

**Chris Davies**, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, the idea behind the Directive on Integrated Pollution Prevention and Control (IPPC) was to enable us to achieve maximum environmental benefit for minimum cost, giving much flexibility to industry and to Member States. However, as the Commissioner has pointed out, that principle is being abused: many Member States have interpreted best available techniques in manners not intended by the Commission.

Therefore, I very much support the rapporteur's idea of setting a minimum standard. The fact that our rapporteur is German perhaps has some involvement in this; Germany has a very good record in this instance. I do not see why a Member State that has invested in making sure that its industry is setting high environmental standards should be undermined competitively and environmentally by those Member States that are not prepared to make similar investments.

I want to turn also to the opportunity this recast directive gives us to amend the Directive on Large Combustion Plants. I am very keen on seeing emission performance standards introduced for large coal and gas plants, because of the huge quantities of CO<sub>2</sub> they emit. However, there is much debate taking place as a result of the concern we now have about global warming, concern which perhaps was not felt quite so acutely when we put this directive into law. To some extent there is a balance between old, traditional pollutants and the new concern of global-warming gases.

In my own country, it is quite likely that we are going to face severe electricity shortages from the end of 2015, with the closure of many old coal-fired power plants that have not been modernised in line with large combustion plant requirements.

Personally, I am prepared to see a trade-off. I am prepared at second reading to negotiate a derogation – an extension of the large combustion plant requirements – to keep old plants running so long as we do not end up building new coal-fired power plants, locking us into high emissions of CO<sub>2</sub> for decades to come. However, it has to be a genuine trade-off: there has to be a genuine commitment from Member States to make the changes necessary to reduce their CO<sub>2</sub> emissions in order to allow the continued pollution from existing plants for a few years longer.

2-041

**Claude Turmes**, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, firstly my thanks to Mr Krahmer, who has been a very constructive and well-organised rapporteur for this directive.

What are we doing here? We are promoting best available technologies in Europe for the sake of health, for the sake of the environment, but also for the sake of the competitiveness of European industry. We should be aware that, in much of industrial production in Europe, labour costs are smaller today than the material costs and the costs for electricity, water, resources. We will therefore gain enormously from this directive, which takes us away from looking only at end-of-pipe technologies to push through the best available documents and best technology already used by an industry. That is exactly where we have to go. This also strengthens our suppliers of green technology in Europe. There is a huge world market for green processing, and we should put Europe on the map.

As Greens, we are happy with this European safety net, which will reduce dumping possibilities for certain governments, and we have improved monitoring and access of documents for citizens.

It was a very good process but, unfortunately, I do not understand Mr Vernola. You have negotiated all these compromises with us in a good way. Life is about trust – as is politics – so I do not understand why, at the very end, you who have such a good knowledge of this dossier are now giving in to politicians like Mrs Jackson and other politicians who do not care for health or for competitiveness. I think this is a shame. It is a shame that the biggest political group in this House is no longer a reliable negotiating partner. We cannot negotiate for weeks and then have the compromises undermined at the very last moment. This is not a serious way of doing politics on such an important file.

2-042

**Roberto Musacchio**, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anche se si tratta di una rimessa insieme di più direttive, e quindi le possibili modifiche al testo legislativo sono limitate, questa nuova direttiva IPPC è uno strumento necessario, utile per favorire non solo una riduzione drastica di emissioni avvalendosi delle migliori tecniche disponibili, ma per favorire per tempo un nuovo indirizzo negli investimenti industriali.

Nel lavoro che abbiamo svolto con la precisione e la partecipazione di tutti i relatori ombra, in primis dello *staff* e dello stesso relatore, onorevole Krahmer, che ringrazio per la sua correttezza e la sua pazienza, abbiamo affermato la piena trasparenza nell'adozione delle BAT, lo scambio di informazioni, la pubblicazione delle conclusioni operative di tali documenti su Internet. Abbiamo assicurato la continuazione di un percorso partecipativo di consultazione sulla scia di quello individuato nel Forum di Siviglia. Questo percorso unitario non va disperso e io penso di rivolgere un appello a tutti i relatori perché venga mantenuta la coerenza che abbiamo dimostrato in mesi di discussione alla luce del sole.

Io stesso ho lavorato sulla direttiva sulla difesa dei suoli, direttiva su cui il Consiglio non si è ancora espresso, purtroppo, e direttiva che è indispensabile per mantenere in modo naturale l'equilibrio nel rilascio di carbonio nell'atmosfera, come sottolineato anche recentemente e giustamente dal commissario Dimas. Ebbene, alcuni emendamenti, anche nella proposta di direttiva IPPC vogliono minare gli obblighi al risanamento obbligatorio dei terreni industriali dismessi: non intendono legare le prescrizioni agli ulteriori obblighi che verranno dalla futura direttiva Suoli. Ritengo che tutto questo non sia accettabile, e non per spirito ambientale, ma per salvaguardare in termini di salute pubblica e per impedire ogni abuso delle risorse pubbliche, lo sviluppo delle attività e della vita dei cittadini dell'Unione. Troppi sono stati in passato anche nel mio Paese gli abusi nel derogare alle autorizzazioni già previste dalla precedente direttiva IPPC, e questo crea contraddizioni sia dal punto di vista ambientale ma anche delle regole industriali e di mercato. Il mio Paese ha pagato abbastanza per uno sviluppo industriale senza regole, che porta in nomi di Seveso, Eternit, ecc., con conseguenze sui territori e sulle popolazioni.

Positiva è infine la limitazione e l'inclusione delle prestazioni degli inceneritori, verso cui i controlli non vanno attenuati, per preparare il superamento di tale pratica per una società a produzione rifiuti zero. E sono giuste le modifiche discusse da tutti i gruppi per permettere limiti più stringenti sulle emissioni di furani e diossine. Io penso che da questo punto di vista dobbiamo consolidare con un voto d'Aula questa discussione. È una direttiva importante, dunque, di cui auspico l'approvazione.

2-043

**Johannes Blokland**, *namens de IND/DEM-Fractie*. – Voorzitter, onze industrie is belangrijk voor de economie, maar leidt ook vaak tot vervuiling van lucht, water en bodem. De Europese Unie pakt deze vorm van milieuvervuiling al decennia lang aan, en de afgelopen tijd gaat in milieuland alle aandacht uit naar CO<sub>2</sub> en klimaatverandering. Het lijkt er soms op dat dit het enige milieuprobleem is. Al Gore heeft zijn sporen duidelijk nagelaten.

Het gevaar hiervan is echter dat de milieuproblematiek wordt versmald tot klimaatverandering. In het milieubeleid staan we echter voor veel meer uitdagingen. De schepping wordt ook bedreigd door de uitstoot van luchtverontreinigende stoffen, die voor 40 tot 80% worden veroorzaakt door grote industriële installaties. Alle reden dus dat we met deze IPPC-richtlijn een goede bescherming van het milieu willen bereiken.

In de Milieucommissie hebben we de voorstellen uitvoerig behandeld en hebben we op veel punten een aanvaardbaar compromis bereikt. Alleen inzake de emissienormen voor grote stookinstallaties vind ik het verslag nog niet goed genoeg. Hier zijn juist de grootste milieuwinsten te halen.

Ik heb daarom een paar aanvullende amendementen ingediend. Zo moeten de uitstootnormen voor energiecentrales ongeveer even streng worden als die voor afvalverbrandingsinstallaties, zeker als we bedenken dat energiecentrales afval meeverbranden. Daarnaast stel ik voor om een maas in de wet te dichten. Vergassing, dat vergelijkbaar is met gewone verbranding, moet aan dezelfde uitstootnormen voldoen. Bij recente jurisprudentie is gebleken dat dit niet het geval is. Reparatie van de wetgeving is dus noodzakelijk.

2-044

**Christa Klaß (PPE-DE).** – Herr Präsident, Herr Kommissar Dimas, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein erklärtes Ziel dieser Richtlinie ist es, die geltenden Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Industrieemissionen zu vereinfachen und in einer einzigen Richtlinie zusammenzufassen und damit Bürokratie abzubauen. Davon allerdings kann ich im konkreten Kommissionsvorschlag wenig spüren.

Bürokratieabbau bedeutet für mich, dass nicht neue Berichtspflichten und komplizierte Verfahren geschaffen werden, sondern dass vor allem Doppelregelungen und unnötige Auflagen vermieden werden. Gerade für die Landwirtschaft bringt der Kommissionsvorschlag eine neue Bürokratieflut. Durch die Ausdehnung des Anwendungsbereichs würden damit auch solche Tierhaltungs- und Aufzuchtbetriebe unter den Geltungsbereich fallen, die in keiner Weise mit den Industrieanlagen zu vergleichen sind, auf die diese Richtlinie eigentlich zugeschnitten ist.

Darüber hinaus schlägt die Kommission Regelungen vor, die bereits Inhalt einer Nitratrichtlinie oder der Wasserrahmenrichtlinie oder der Grundwasserrichtlinie sind. Ich bitte um Unterstützung für unsere Änderungsanträge zur Vermeidung dieser Doppelregelungen. Die Berechnung der Obergrenzen bei der Tierhaltung muss auch bei Geflügel vernünftig und nachvollziehbar sein. Bitte stimmen Sie mit mir gegen das Aufsplitten in Masthähnchen, Legehühner und Truthühner! Das nennen wir in Deutschland Erbsenzählerei. Es darf auch keinen Versuch geben, das Thema Bodenschutz mit dieser Richtlinie durch die Hintertür wieder einzuführen. Bodenschutz ist wichtig. Hier müssen effiziente nationale Gesetze greifen.

Ausdrücklich begrüßen, Herr Berichterstatter, möchte ich persönlich wie auch andere in meiner Fraktion das Konzept des europäischen Sicherheitsnetzes. Das ist ein guter Kompromiss. Mit Emissionsobergrenzen, die die Mitgliedstaaten bei der Genehmigung von großen Industrieanlagen als absolute Obergrenze einhalten müssen, unterbinden wir die inflationäre Ausnahmepraxis, die in einigen Mitgliedstaaten bislang existiert. Wir garantieren damit ein hohes, gleiches Sicherheitsniveau. Mitgliedstaaten können sich damit nicht mehr auf Kosten der Umwelt einen Wettbewerbsvorteil verschaffen.

2-045

**Åsa Westlund (PSE).** – Herr talman! Detta är en väldigt viktig lagstiftning. Den har bl.a. lett till att vi har förbättrat ett väldigt stort problem i Sverige med försurade sjöar. Men det är också viktigt att inte tillåta ytterligare undantag eller längre tidsgränser i detta direktiv, för att vi ska kunna fortsätta denna positiva utveckling med mindre nedfall av farliga utsläpp över Europa. Det betyder att vi vill ta bort dessa möjligheter till ytterligare förlängning av undantagen.

Vi skulle också vilja se en tydlig gräns för koldioxidutsläpp. Utsläppshandeln är inte ett tillräckligt verktyg för att klara den klimatkris som vi står inför. Det kommer vi att se nu då vi går in i en lågkonjunktur, där vi automatiskt kommer att få väldigt många tillgängliga utsläppsätter. De kommer att säljas till ett väldigt billigt pris, vilket gör att vi missar flera år i den omställning som krävs för att vi ska klara detta på sikt och att vi efter denna lågkonjunktur kommer att stå sämre rustade och ha sämre möjlighet att klara denna utveckling om vi inte fastställer sådana kompletterande åtgärder som utsläppskrav på stora förbränningsanläggningar. Därför tycker jag att det är väldigt synd att man har bedömt dessa ändringsförslag som icke tillåtna i omröstningen.

2-046

**Fiona Hall (ALDE).** – Mr President, I support this measure and its aim of promoting best available techniques for environmental protection, but I do have concerns about Parliament's methodology on it. This is essentially a directive for regulating heavy industry, but buried in the text and in the annex are a number of paragraphs that directly affect farmers.

There was no opportunity for the Agriculture Committee to give its opinion and, unfortunately, some of the proposals that affect farmers are quite inappropriate. In particular, the requirements on manure and slurry duplicate the Nitrates Directive and the Water Framework Directive. The lower thresholds on poultry drag small family farms into a complex regulatory framework designed to control global industrial giants. This directive is not the place to regulate small farms.

2-047

**Urszula Krupa (IND/DEM).** – Panie Przewodniczący! W projekcie rezolucji legislacyjnej w sprawie misji przemysłowych rysuje się silna tendencja do ograniczania istotnych aspektów środowiskowych niniejszej dyrektywy przy próbach wprowadzania coraz bardziej rozbudowanych odniesień do efektu cieplarnianego.

Liczne propozycje poprawek drastycznie zaostrzają normy emisyjne dla związków emitowanych przez instalacje energetycznego spalania, które nie mają bezpośredniego toksycznego charakteru i, jednocześnie, inne projekty poprawek liberalizują albo tylko nieznacznie zaostrzają przepisy odnoszące się do spalania lub współspalania odpadów.

Emisje dwutlenku węgla nie są toksyczne, natomiast emisje dioksyn, furanu, chlorowodoru, fluorowodoru czy metali ciężkich oraz innych silnie szkodliwych związków są realnym i bezpośrednim zagrożeniem dla zdrowia ludzkiego i środowiska.

Istotnym warunkiem bezpieczeństwa termicznej utylizacji odpadów jest ścisły monitoring zarówno rodzaju spalanych odpadów, jak i substancji niebezpiecznych powstających w wyniku spalania. Wprowadzenie nieostrych określeń progowych warunkujących podjęcie odpowiednich działań zapobiegawczych w przypadku przekroczeń emisji może skutkować skażeniem środowiska i zagrożeniem zdrowia.

Całość proponowanego podejścia ukazuje nierówne traktowanie poszczególnych klas instalacji, ze szczególnie restrykcyjnym podejściem do instalacji energetycznego spalania opalanych paliwami konwencjonalnymi.

2-048

**Caroline Jackson (PPE-DE).** – Mr President, at the heart of this directive is the problem of control and of costing. How can we ensure that laws adopted by the EU as a whole are applied, and how can we legislate without knowing the cost of what we want? The rapporteur wants to bring in a universal system of uniform emission limits, which would have to be worked out in a huge bureaucratic exercise that would take at least eight years. No one knows how much it would cost – it is called the European safety net.

I tabled Amendment 134 on staying outside the high-emission industries with standards based on best available techniques, leaving the implementation of such measures to the discretion of the Member States. That is realistic and affordable and observes the principle of subsidiarity.

If the European safety net is adopted, I hope the Council and the Commission put pressure on Parliament to have an impact assessment done on the idea. The question is whether we have the will to make a uniform European Union-wide system – a European safety net – work. The answer is that all the evidence so far shows the Member States lack that will. They will not support a European environment inspectorate: they want to stick with national enforcement agencies. The right answer to our quandary is not to invent a huge new bureaucracy that will never spring into life, but to use our money to bring up the standards of morale of national enforcement agencies to do their job in helping to put EU law into practice.

I commend to you Amendment 129, which exempts standby generators in health-care facilities from pollution controls that would treat them as though they were operating 100% of their time. That amendment will save money at a critical time for health budgets. I commend to you the amendments on large combustion plants: unless we get these into the directive, my country will face power blackouts. People have enough to blame the EU for without that!

My final point concerns compromises and Mr Turmes's attack on me: the first reading is not a time for compromises, but rather a time when we fire off all our amendments and ideas and discuss them. We cannot have compromises that prevent discussion.

Finally, I commend to the future Parliament the current Rule 55, which would allow us to have a renewed first reading of this very important directive. It seems wrong to have the first reading in the old Parliament and the second reading, without a first reading, in the new one.

2-049

**Dorrette Corbey (PSE).** – Voorzitter, de nieuwe IPPC-richtlijn zorgt ervoor dat bedrijven alle grote installaties moeten uitrusten met de best beschikbare techniek. In sommige landen werd dit al verplicht gesteld, en het wordt nu tijd om één lijn te trekken en een gelijk speelveld te creëren. Dat is dus prima.

Maar, collega's, ik vraag speciaal jullie steun voor de amendementen die ertoe leiden dat er in de toekomst eisen gesteld worden aan kolencentrales. Er moet een emissieplafond komen voor kolencentrales, en dat kan door de toepassing van CCS of door het bijstoken van 40 tot 50% duurzame biomassa. Een emissieplafond voor CO<sub>2</sub> is de enige manier waarop we én kolen kunnen blijven gebruiken, én onze klimaatdoelstellingen kunnen halen.

Sommige collega's werpen tegen dat de elektriciteitssector onder het nieuwe handelssysteem valt, en dat daarom nieuwe eisen overbodig zijn. Maar die redenering klopt niet, want het ETS laat ruimte voor uitzondering voor kolencentrales en laat bovendien toe dat de energie-intensieve industrie de hogere kosten voor duurdere elektriciteit weer gecompenseerd krijgt. Daarmee is de prijsprikkel om CO<sub>2</sub> te verminderen, verdwenen.

Wie denkt dat het ETS alles oplost, hoeft geen eisen te stellen aan auto's, hoeft gloeilampen niet te verbieden en heeft geen richtlijn duurzame energie nodig. We moeten consequent zijn. Als we eisen stellen aan auto's en verlichting, dan moeten we ook zeker eisen stellen aan kolencentrales, want dat zijn de echte vervuilers. Feit is ook dat gemakkelijke CO<sub>2</sub>-reducties niet te halen zijn bij de staalindustrie of cementindustrie, maar in de energiesector.

2-050

**Avril Doyle (PPE-DE).** – Mr President, if there are any weaknesses in the Nitrates and Water Framework Directives, I think issues in relation to pig, poultry and dairy activities must be addressed there. I do think the compliance costs would outweigh the benefits of their inclusion in this particular piece of legislation. But there are other legislative vehicles for tackling these particular sectors and they must be looked at on that basis.

On the issue of large combustion plants, the EU ETS operation today does not safeguard against design lock-in of unnecessary pollution in many new high-cost and high-emitting installations, particularly in new coal-fired plants, which, when built, would expect to operate for over 40 years, thus making it difficult and more expensive to meet overall climate goals.

CO<sub>2</sub> emission performance standards would help ensure the electricity sector is decarbonised to a timetable consistent both with limiting increases in global average temperatures to less than 2°C and with bringing new, cleaner technologies on-stream. Industry needs, above all, legislative certainty to make investment decisions on these large, expensive, capital projects. A 350 g limit would ensure that only the most efficient state of the art gas-fired plants, for example, are built. CO<sub>2</sub> standards that apply from, say, 2020 would mean that new coal-fired plant stations could only be built after entry into force of this proposal, providing they use CO<sub>2</sub> capture equipment from 2020 onwards, by when we expect CCS to be commercially available. Existing installations would have a longer period to comply with the standard, either by adding CO<sub>2</sub> capture technology or, indeed, by closing down. Installations could also comply with the standard in other ways, for example by co-firing biomass or by using the heat from cogen techniques.

As rapporteur on the recent EU ETS review, I am concerned with the overall level of ambition across all our policies. The latest science shows us that we need to have stricter emission limits over a shorter timetable if we are to achieve the 2°C target which, by our vote on the climate and energy package in December, we as a Parliament accept as necessary for environmental, social and the economic future of society. The ETS alone will not be enough to cut electricity-sector emissions on the scale required.

To conclude, there is comfort in an ESN, but I am still worried that this may be an incentive to the lowest possible common denominator and minimal emission reductions – in other words a race to the bottom. Please convince me otherwise.

2-051

**Glenis Willmott (PSE).** – Mr President, although I support the aims of the proposals to simplify and clarify the requirements of the legislation and ensure better and more even implementation, I have three primary concerns. Firstly, the Commission has not only sought to simplify and ensure better implementation, it has also greatly increased the scope in certain areas. I think there is a balance to strike between environmental protection, on the one hand, and on bureaucracy and cost to industry and smaller installations, such as farmers and health-care installations, on the other hand.

Secondly, the minimum requirements for large combustion plants present significant problems for parts of the UK power sector. I am told these concerns are shared by Poland, France, Italy, Spain and some eastern and southern Member States. The requirements would mean that, without a time-limited derogation, the possibility for short-term continuation of national emissions reduction plans or energy security would be at risk.

Finally, I am greatly concerned by and opposed to the European safety net. I do not think this is a good idea. I find that the minimum emissions limit values would become the default values rather than focusing on full application of the more ambitious best available techniques, and could well reduce the level of environmental protection, whilst at the same time vastly increasing the costs of implementation. I would ask all Members to consider these points carefully before voting.

2-052

**Mairead McGuinness (PPE-DE).** – Mr President, as a member of the Committee on Agriculture I will restrict my remarks to the impact of this proposal on the farming sector across the European Union. I endorse the comments of other colleagues who have concerns about ‘spreading the net’ and dragging farmers into the coverage, as industrial polluters.

Agriculture must be monitored for its emissions, but I do not accept that we should do it in this way. I would suggest that the Nitrates Directive in its current form does much of what we are talking about. Perhaps we need to look at that directive, which is causing problems in many Member States, at how it is being implemented and at whether it is being effectively implemented.

In addition to that, there are concerns about dragging in poultry, in particular, because that European sector is under huge threat from imports from third countries, where no such restrictions apply. I would support amendments to the effect that this should not happen in the current proposals. Likewise, the inclusion of dairy farming is of concern, and I would support colleagues in my own group, and others, who have tabled amendments to take these sectors out of the current proposal.

I repeat my suggestion that, when it comes to agriculture, there is a myriad of directives covering emissions and pollution control in this sector, and so maybe it is time we looked at recasting all of those so that farmers who are required to



implement them can fully understand and appreciate what they are meant to do. It is one thing to draft legislation, as we do in this House, but we sometimes have no connection with how it is being implemented, and by whom it is being implemented, and whether that implementation is effective.

2-053

**Jutta Haug (PSE).** – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Richtlinie zu den Industrieemissionen zu überarbeiten, ist mehr als überfällig. Ein Gesetz, in dem alle wesentlichen Maßnahmen zur Verminderung der Umweltverschmutzung auf der besten verfügbaren Technik beruhen, sollte mindestens alle fünf Jahre angepasst werden und nicht erst nach dreizehn Jahren. Da ist die Entwicklung der Technik längst über uns hinweggegangen.

Gleichzeitig müssen wir gemeinsam konstatieren, dass trotz technischer Entwicklung unsere mit der damaligen Richtlinie verbundenen Ziele keineswegs erreicht worden sind. Deshalb halte ich viel von dem im Umweltausschuss gefundenen Kompromiss. Seine Umsetzung wird zielführend sein. Die Hysterie, wenn es um Bodenschutz oder um Wünsche der Bauernverbände geht, kann ich nicht nachvollziehen.

Die Sozialdemokraten wollen ökologische Ziele erreichen, ohne die ökonomischen Tätigkeiten zu vereiteln. Genau das ist zukunftsorientiert und nicht derart rückwärts gewandt wie das, was gerade die EVP-ED aufführt.

2-054

**Eija-Riitta Korhola (PPE-DE).** – Arvoisa puhemies, IPPC-direktiivin on valmisteltu aktiivisesti viimeisen vuoden aikana ja vaikka direktiivin lopullisella muodolla on valtava merkitys EU:n teollisuudelle ja kansalaisille, on se silti jäänyt ilmasto- ja energiapaketin jalkoihin. Tämä on sääli, sillä direktiivin taloudelliset vaikutukset yhdistettynä ilmastopaketin yhteydessä jo päätettyihin toimiin ovat huomattavat. Siksi niiden tulisi olla oikeassa suhteessa direktiivillä saavutettaviin ilmasto- ja ympäristöhyötyihin nähden.

Direktiivin tavoitteiden mukaisesti ehdotettujen parannustoimien tulee olla ennen kaikkea kustannustehokkaita. Muutoin tämä haastava seitsemän eri direktiivin yhdistäminen yhdeksi ei olisi kannatettavaa. Nykyistä byrokratiaan ja toimiin liittyviä kustannuksia on pystyttävä leikkaamaan, joskin pettymykseksi ympäristövaliokunnan mietintö ei sitä saa aikaan. Lupaviranomaisten tulee voida vapaammin harkita olemassa olevien laitosten päästömääräyksiä, ottaen huomioon laitoksen iän ja teknisen tason, ympäristövaikutusten ja ympäristön tilan sekä parannustoimien kustannukset. Näin taattaisiin riittävä jousto olemassa oleville energiantuotantolaitoksille, erityisesti huippu- ja varavoimaloille toimia pitoaikansa loppuun.

Vastaavasti *European Safety Netin* hyväksyminen esittelijän esittämässä muodossa olisi erittäin hankala asia useasta syystä. Ei ole tietoa, missä ja miten ESN asetettaisiin, mikä jo sinänsä on kohtuuton tilanne. Toiseksi paikallisella lupaviranomaisella on selkeästi paremmat edellytykset ottaa huomioon vallitsevat olosuhteet, esimerkiksi laitoksen ikä, sijainti ja vaikkapa vedenotto, joka takaa mahdollisuuden joustavuuteen joustamattoman ESN:n sijaan. Lupaehdot ovat jo nyt kaikkiaan varsin kovat. Niihin uusien lupien yhteydessä tehtävät tiukennukset aiheuttavat paljon kustannuksia ilman olennaista ympäristöhyötyä. Käytännössä tämä heikentäisi ympäristön suojelun tasoa. Olen iloinen, että ryhmäni tarkistuksessa selkeytetään tätä asiaa.

Haluan tässä erityisesti kiittää kollega Jacksonia hänen tarkistuksestaan 134, jota ryhmäni on lähtenyt tukemaan. Taas kerran näemme kokemuksen tuomaa viisautta käytännössä. Tarkistus löytää kompromissin suureen osaan vaikeimmista kysymyksistä.

2-055

**Anders Wijkman (PPE-DE).** – Mr President, since I have limited time, having thanked Mr Krahmer for his hard work, allow me to focus on Amendments 136-139, where some 40 colleagues, including myself, suggest that this directive should include an environment performance standard for large combustion plants, limiting CO<sub>2</sub> emissions in the future. At this very moment it is unclear whether these four amendments will be voted on later today.

A recast includes the provision stating that if new developments merit amendments and suggestions, going beyond the original proposal, then that should be possible. I believe that recent science is enough substantive evidence that we need to be more ambitious than we thought just one or two years ago, when it comes to climate change mitigation.

The Emission Trading System (ETS) is, in my opinion, not sufficient to reach the 2°C target that the EU has agreed on. As currently designed, the Emission Trading System will lead to a carbon-free power sector only after some 60-65 years. That is why we have tabled these amendments, where we call for all power plants that are built in the future to limit their emissions to 350 g CO<sub>2</sub> from 2020 and onwards and those which are already in existence should be retrofitted by 2025 or close down. The proposal is technology-neutral and can be achieved by different means. I would strongly urge the President to agree that we can vote on those amendments, and I encourage colleagues to give their full support.

2-056

**Zuzana Roithová (PPE-DE).** – Pane předsedo, trvale upozorňuji, že příliš nákladné zvyšování ekologických standardů pro evropské výrobce snižuje konkurenceschopnost a zhoršuje zaměstnanost, pokud se k podobným standardům nezaváží také Čína, Brazílie, USA a další ekonomiky. O to více mi vadí, že Komise neprovedla studii ekonomických dopadů na zaměstnanost, abychom informovaně a odpovědněji rozhodovali o nových požadavcích na jinak velice žádoucí snížení emisí oxidu dusíku. A já podporuji tlak na modernizaci továren. Dnes, kdy členské státy realizují protikrizové balíčky na snížení nákladů firem a továren, musím také ovšem upozornit, že návrhy z výboru ENVI by byly schopné naplnit pouze silné konkurenceschopné firmy, zatímco malé by omezily či uzavřely provozy a propouštěly zaměstnance. Budu hlasovat proti rozšíření působnosti této směrnice o snižování emisí na domácnosti a na malé provozy, malé farmy, a dokonce na školy, kostely apod. v době krize. To není přiměřené a je to proti zdravému rozumu. Děkuji kolegyni Jackson za pozměňovací návrhy.

2-057

**Robert Sturdy (PPE-DE).** – Mr President, I will stick specifically to agriculture. First of all I have to admit that I am a farmer but I do not have pigs, I do not have poultry, though I do have a greenhouse in the garden. I think it is very important that the Commissioner realises that, as has already been said, it is specifically designed for industry.

Commissioner, I beg that you rethink the situation when it comes to the directives on agriculture. We already know that agriculture is under huge pressure. We have heard many times in this Chamber the question of food security. Please reconsider the amendments which are particularly damaging to it. I think that many of the amendments that are not connected with agriculture are extremely good and I congratulate Mr Vernola on his report.

Commissioner, you talked in your presentation about distorting competition. I am going to ask you a simple question, and please try to answer it today. Will you put in place legislation to stop imports of foodstuffs coming into the European Union which are not reared to the same standards as we have in the European Union?

2-058

**Stavros Dimas, Member of the Commission.** – Mr President, I would like to thank all the Members who have participated in today's debate. They have made a constructive contribution to it. I would especially like to thank the rapporteur, Mr Krahmer, for his excellent hard work. Before I close, I would like to say a few words on some of the key amendments that have been discussed today.

Firstly, I welcome your broad support for the thrust of the Commission's proposal and, in particular, for the strengthening of the application of Best Available Techniques (BAT) and the status of the BREF documents. This is the cornerstone of the Commission's proposal.

There are many amendments that are acceptable to the Commission, at least in part or in principle. In particular, many of the amendments help to clarify the text of the Commission's proposal or to improve transparency in the development of the BREFs and in the permitting and enforcement practices of Member States. Better information and participation of the public in these decisions is very welcome.

I also share the concerns expressed on the need to avoid the misuse of flexibility in setting permit conditions. As I mentioned earlier, minimum requirements can be very useful and necessary tools to tackle specific problems where certain sectors have not taken the necessary steps to implement BAT. However, the systematic setting of minimum requirements is not necessary and risks creating an additional administrative burden for little environmental gain. Therefore, I consider that minimum standards should only be set where needed to achieve a better implementation of BAT.

In considering minimum requirements on large combustion plants, it is important to keep in mind the significant impacts that such operations have on the environment and on the health of European Union citizens. BAT for large combustion plants was agreed in 2006 and it is the Commission's view that the minimum criteria should be applied from 2016. We need to ensure that the measures put in place for the sector bring it into line with BAT at the earliest opportunity and facilitate the achievement of the objectives set out in the Thematic Strategy on Air Pollution.

Another key element to ensure that the legislation is effective in its objectives is that of the provisions for compliance and enforcement measures. In the past we have identified some shortcomings in this regard and it is, therefore, of paramount importance that the new legislation sets clear provisions to ensure the law is properly implemented. For this reason, the Commission's proposal introduces minimum provisions for inspection, review of permit conditions and reporting of compliance. These changes will ensure the proper implementation of BAT and reduce distortions in competition. The Commission will be extremely vigilant on this issue.

I would like to say a few words about the thresholds for intensive agricultural farms, mainly poultry. The same threshold is currently applied for all poultry, without taking into account the different types of species. The rearing of different species leads to different environmental impacts, in particular due to the different weight of the animals. The proposed new thresholds have been set on the basis of the environmental impact of the species concerned. The new thresholds would

include a limited number of additional farms compared to the current scope, and would reduce ammonia emissions in a cost efficient manner to meet the objectives of the Thematic Strategy on Air Pollution, in some areas.

I will provide Parliament's secretariat with a list detailing the Commission's position on the amendments.

2-059

### *Commission's position on amendments by Parliament*

*Krahmer report (A6-0046/2009)*

The Commission can support fully, in part, or in principle Amendments 1, 5-8, 12-14, 16, 18-21, 27, 34-37, 40, 42-44, 46, 48-56, 58-62, 64-66, 68, 69, 71-73, 75 and 79.

The amendments which the Commission cannot support are Amendments 2-4, 9-11, 15, 17, 22-26, 28-33, 38, 39, 41, 45, 47, 57, 63, 67, 70, 76-78, 80, 93, 97, 114, 115, 117, 129 and 133.

2-060

**Holger Krahmer, Berichtersteller.** – Herr Präsident! Ich will das ganz kurz machen. Ich danke sehr für die konstruktiven Debattenbeiträge, die ich hier gehört habe.

Ich möchte auch nur zwei Botschaften zum Schluss übermitteln: Erstens danke ich dem Kommissar ausdrücklich dafür, dass er sich nicht grundsätzlich gegen das Konzept der Mindestanforderungen des Sicherheitsnetzes ausgesprochen hat. Dieser Vorschlag ist kein Teufelszeug, und er ist auch kein bürokratisches Monster. Er ist ein Instrument zur Problemlösung, dem wir eine Chance geben sollten. Deswegen möchte ich an dieser Stelle einfach dafür noch einmal werben.

Das Zweite, was ich sagen möchte, richtet sich an meine britischen Freunde, nämlich *across all the parties*. Meine lieben britischen Freunde, ich verstehe doch Caroline, ich verstehe doch Euer Problem. Ich kann gut nachvollziehen, dass man die Energiesicherheit eines Landes für eine gewisse Zeit mal über die Einhaltung eines Luftschadstoffgrenzwertes setzt. Dafür habe ich großes Verständnis. Ich bin auch der Letzte, der Ihrer Majestät nicht zusätzlich Zeit geben würde, wenn es darum geht, neue Kohlekraftwerke zu bauen. Wir können doch darüber reden. Das Problem ist, wir haben genau das nicht getan. Dieses Gespräch hat während der letzten vier Monate nie stattgefunden.

Ich möchte Euch bitten - das ist jetzt der Ausblick auf die zweite Lesung -, an dieser Stelle noch einmal *open minded* zu sein und zu sagen: „Lasst uns an dieser Stelle über einen Kompromiss reden“ und dafür den aus meiner Sicht völlig irrationalen, wettbewerbsspolitisch und umweltpolitisch nicht begründbaren Widerstand, die Fundamentalopposition gegen die Mindeststandards aufzugeben. Ich glaube, hier kann man einen Kompromiss erreichen, von dem ich mir erhoffe, dass man ihn in der zweiten Lesung am Ende auch bekommt. Ich bin im Übrigen nicht der Meinung, dass wir in einer ersten Lesung keinen Kompromiss suchen sollten. Dafür ist diese Gesetzgebung zu komplex. Ich möchte nicht diese Legislaturperiode als Berichtersteller beenden und dem nächsten Parlament eine Gesetzgebung überlassen, bei der ein Gesetzestext diskutiert wird, der nicht konsistent ist, der unlogisch und widersprüchlich ist. Deswegen bitte ich um die Unterstützung für die Kompromisse, wenn wir in einer Stunde hier abstimmen!

2-061

**Presidente.** – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà martedì 10 marzo 2009.

### *Dichiarazioni scritte (articolo 142)*

2-062

**Rovana Plumb (PSE), în scris.** – Salut atât abordarea integrată (sinteza într-un singur text a șapte directive separate privind emisiile industriale), cât și înăsprirea la implementare a utilizării celor mai bune tehnici disponibile în vederea inovării în materie de producție mai puțin poluantă. Dezvoltarea unor produse mai puțin poluante implică participarea unor actori diferiți, cum ar fi întreprinderile, autoritățile competente și ONG-urile. Directiva oferă posibilități de cooperare între diferitele părți (administrații locale și întreprinderi), ceea ce le permite acestora să stimuleze inovarea. Există exemple bune în acest sens atât în Țările de Jos și Danemarca, cât și în țările est-europene – de exemplu în România.

Propunerea de directivă unică privind emisiile industriale, împreună cu toate opțiunile recomandate din pachetul de strategii, va eficientiza capacitatea legislației de a-și atinge obiectivele privind protejarea mediului și sănătății într-un mod cât mai eficient și mai rentabil, asigurând în același timp reducerea costurilor administrative inutile (cu o reducere netă estimată de 105-225 de milioane de euro/an,) și va minimiza denaturarea concurenței pe teritoriul UE, fără a afecta competitivitatea industriei europene.

2-063

**Daciana Octavia Sârbu (PSE), în scris.** – Deși rolul activităților industriale este unul fundamental în menținerea și creșterea bunăstării economice, trebuie să nu pierdem din vedere impactul pe care acestea îl au asupra mediului.

În cadrul revizuirii Directivei IPPC, privind prevenirea și controlul integrat al poluării, s-a pus foarte mult accentul pe stabilirea unor valori-limită pentru anumite instalații de ardere și folosirea celor mai bune tehnici existente, așa numitele BAT-uri, pentru a se asigura un nivel suficient de protecție a mediului. Am susținut introducerea, de la 1 ianuarie 2020, a unei valori-limită de 350 g de dioxid de carbon pentru instalațiile de ardere generatoare de electricitate mai mari de 500 MW, întrucât aceste instalații conduc la creșterea concentrației de dioxid de carbon în atmosferă și, implicit, la accentuarea fenomenului de încălzire globală.

Introducerea unei valori-limită ar acționa ca un stimulent în ceea ce privește investițiile în tehnici de reducere a emisiilor, urmând ca în anul 2025 toate instalațiile să respecte această valoare limită.

Consider că reducerea poluării provenind de la diferite surse industriale va ajuta Uniunea Europeană să își atingă obiectivul de menținere a temperaturii globale sub 2 grade Celsius, iar eficiența acestei directive se va reflecta în urma inspecțiilor ce vor fi efectuate pentru toate instalațiile de ardere și prin respectarea condițiilor de autorizare.

2-064

**Richard Seeber (PPE-DE), schriftlich.** – Im Zuge der Entscheidung über die integrierte Vermeidung und Verringerung der Umweltverschmutzung (IPPC) erhält Europa die Chance, einheitliche hohe Schutzstandards zu schaffen. Im sensiblen Bereich der Industrieemissionen ist es von Bedeutung, dass europäische Unternehmen einen Anreiz bekommen, die sauberste und effizienteste verfügbare Technologie einzusetzen. Das *Best-Available-Technique*-Prinzip sollte dazu künftig gestärkt werden. In der Umsetzung muss aber auch darauf geachtet werden, dass dieses wegweisende Projekt der IPPC-Richtlinie nicht noch einmal bürokratisch überfrachtet wird und die Mitgliedstaaten und Unternehmen vor unlösbare Aufgaben stellt.

Wir sollten daher genau abwägen, wie viel Berichterstattungspflicht tatsächlich erforderlich ist und wie viel der Durchführbarkeit des Konzepts eher abträglich wäre.

Weiters schießt eine unnötige Belastung der Klein- und Mittelbetriebe ebenso über das Ziel hinaus wie die Überreglementierung in Bereichen wie dem Bodenschutz, der in die Kompetenz der Nationalstaaten fällt. Konzentrieren wir uns daher lieber auf das Wesentliche: die Vereinheitlichung der Umweltstandards und die Verankerung eines hohen Umweltschutzes bei industriellen Tätigkeiten.

2-065

## **7 - Accesso del pubblico ai documenti di Parlamento europeo, Consiglio e Commissione (discussione)**

2-066

**Presidente.** – L'ordine del giorno reca in discussione la relazione Michael Cashman, a nome della commissione per le libertà civili, la giustizia e gli affari interni, sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio relativo all'accesso del pubblico ai documenti del Parlamento europeo, del Consiglio e della Commissione (rifusione) (COM(2008)0229 C6-0184/2008 – 2008/0090(COD)) (A6-0077/2009)

2-067

**Michael Cashman, rapporteur.** – Mr President, I look forward to this debate, and particularly to hearing from those who are not so keen on enhancing transparency and public access to documents.

I wish to begin by thanking the seven ministers from the EU who have declared their support for my report. In particular, they are, and I quote: 'therefore, glad to see that Parliament's Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs adopted a report on 17 February 2009 that shares our vision of a more transparent Union'.

I find it staggering that, when we are trying to reconnect to our citizens, people do not support transparency and openness. I find it equally staggering that, when we are trying to connect the institutions back to the public, there is a lack of willingness to enhance public scrutiny and accountability.

Some Members have raised doubts about whether all the amendments that my report proposes are within the scope of the legal basis of the regulation – Article 255 of the Treaty. I should like to set their minds at rest: the object of Regulation (EC) No 1049/2001 is: 'to give the public a right of access to documents of the institution which is as wide as possible. That right of public access to the documents of the institution is related to the democratic nature of those institutions.' Do not simply take my word for it – I am quoting verbatim from the Turco judgment of the Court of Justice. It is in the spirit of that judgment that we must interpret Article 255 of the Treaty.

Take our Amendment 44 on classified documents. It is simply disingenuous to say, as the Commission has, that the classification of documents as confidential has no link with public access to such documents. Under the present version of Regulation (EC) No 1049/2001, documents may only be classified in order to safeguard the essential interests protected under Article 4(1). So the link is already there. What we have done is to draw the logical consequences from that link and incorporate rules on the classification of documents into the regulation itself. These rules, which are carefully modelled on the rules the Council and the Commission already apply, define limits on the public's right to access to documents, just as Article 255 requires, and there is nothing in the Treaty to prevent the institutions adopting these in the regulation.

Take our Amendment 24, which refers to agencies and bodies created by the institution. Regulation (EC) No 1049/2001, as amended, will lay down the principles, conditions and limits of public access to the documents of those agencies, but it will not in itself create obligations for agencies.

If you read our Amendment 29, for example, you will see that the regulation applies only to documents held by the institutions, although it does set the standards that agencies will be expected to follow in adopting their own rules on public access to their documents, in accordance, I might add, with the joint declaration adopted by the Council, the Commission and Parliament on 30 May 2001.

Let me also point out for those who cannot witness it, the sadness that the Council is not here to attach the due importance to this extremely important report.

I know some of you were also concerned that we went too far in seeking to ensure that Member States did not undermine the level of transparency the regulation aims at. I believe I have come a long way to meet concerns, as you will see from compromise amendments that remind the Member States of their duties under Article 10 of the Treaty not to stand in the way of the achievement of the Community's objectives, including transparency and democracy.

The amendments by Mr Nassauer may bring some reassurances to his group and other MEPs who are concerned that some private information may get into the public domain. That will not happen and cannot happen under my report. There is still the space to think that personal and private data will remain protected, so I will listen with great interest as to why those who oppose this regulation do so.

2-068

**Margot Wallström, Vice-President of the Commission.** – Mr President, thank you for a very substantive report on the Commission's proposal for a recast of Regulation (EC) No 1049/2001 regarding public access to documents. This is a very important and cherished subject and I appreciate the enormous work that has been done by Mr Cashman, as rapporteur, and also many other active, interested and skilled people in this House.

This is a subject that touches upon fundamental and sometimes conflicting rights of citizens, associations and undertakings. We need to look very carefully at the necessary changes to be made to this Regulation and we need to remain focused on openness. All three institutions have agreed that, overall, Regulation (EC) No 1049/2001 has worked remarkably well for almost eight years now. Parliament, Council and Commission are much more open now than ever before. You could say that the change of rules led to a change of practice and to a change of minds and attitudes.

At the same time, Parliament, Council and Commission also agree that legitimate interests have received adequate protection. We should not forget that the EU institutions have granted access to a higher number of documents, while a decrease in the number and rate of refusals has been registered. So I hope you agree that Regulation (EC) No 1049/2001 has proven its value. For this reason a complete overhaul is not necessary.

Having said this, even a good tool can always be improved. The legal base we have as our starting point is Article 255 of the Treaty, as has already been mentioned by the rapporteur. Following that, the Regulation shall define principles and the limits governing the citizen's right of access to documents. As regards the report at hand, I note that some amendments go beyond the scope of Article 255 of the Treaty and therefore these amendments cannot be accepted. But – and this is an important 'but' – they point to important issues that may well be addressed in another context. The Commission will certainly look at that with a constructive, pragmatic and open mind.

It is good practice to assess from time to time whether legislation works well and achieves its objectives, and it is in this spirit that the Commission drafted its proposal for a recast of the Regulation. The use of the recast technique meets the objective of better lawmaking. Since this Regulation touches upon a fundamental right of citizens, it is of the utmost importance to adopt a single, clear and readable legal text.

The recast technique does not tie the hands of the legislator more than the traditional way of amending legislation. Irrespective of the choice of legislative technique, the Community legislator may not go beyond the aim of the proposal.

We are committed to continuing to enhance transparency and openness, and I firmly believe that this is a good way to do it. In this context, however, I have to mention that a number of the amendments concern provisions of Regulation (EC) No 1049/2001 which the Commission did not propose to amend. We are not in a position to accept them because they go beyond the scope of the Commission's proposal.

Having said this, the Commission is, of course, willing to take on board good ideas, although we are at the moment still in the early stages of the procedure. I would like to confirm that the Commission is willing to have discussions with the two co-legislators and that we want to try to find common ground in order to reach a balanced and workable compromise text. However, the Commission prefers to come forward with an amended proposal when the two co-legislators have stated their position. We cannot and will not prejudge or anticipate discussions or negotiations.

We should also bear in mind the changes that the Lisbon Treaty – if and when it enters into force – will bring about on this important issue. Regulation (EC) No 1049/2001 will then apply to all institutions, bodies, agencies and offices of the European Union, albeit to a limited extent for the Court of Justice, the European Central Bank and the European Investment Bank. For citizens, the Lisbon Treaty will mean real progress when all EU bodies will apply a common set of rules on access to documents. Such a single set of rules ensures consistency, but at the same time it must be tailored to fit the great number of bodies with very different mandates and competences.

I would also like to repeat what I have said on previous occasions in this House and elsewhere. Regulation (EC) No 1049/2001 is the cornerstone of a policy on transparency, but we also need to think about what we can do proactively outside the formal legislation. That is why I announced at the joint committee meeting of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs of 20 January that I am taking the initiative to prepare an openness action plan. Improved registers, greater user-friendliness and accessibility, active dissemination, and quicker publishing of documents are some examples of what I want to address in this action plan and, of course, continue to discuss with the other EU institutions. This is a pragmatic and efficient way to mainstream transparency into all our policies. We need to lead by example.

In this spirit, we should also look at ways to make our institutions and the way they operate more understandable to citizens. We need an active policy of informing citizens and making them aware of how Europe-wide policies affect their everyday life. Regulation (EC) No 1049/2001 is, of course, an important tool but, beyond the legal text, it is how we put this into practice that really counts.

To sum up the Commission's position on Mr Cashman's report at this stage of the procedure, I would like to say the following. There are some amendments the Commission cannot accept because they go beyond the legal base of Article 255 of the Treaty. There are other amendments we cannot accept because they go beyond the scope of the Commission's proposed changes, but in some cases such amendments nevertheless point to important issues that may well be addressed in another context. Also, the Commission is always willing to take on board good ideas in whatever context it may be. Once we have Parliament's and the Council's positions, you will have the position from the third corner in the institutional triangle.

I look forward to an interesting and thought-provoking discussion to come. The subject deserves that, and our citizens are entitled to expect clear and well-functioning legislation on public access to our documents.

2-069

**Monica Frassoni**, *relatrice per parere della commissione giuridica*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho un minuto per la commissione giuridica e uno per i Verdi, quindi cercherò di metterli insieme, anche perché le due cose sono abbastanza comuni in questo caso.

Presidente, noi alla commissione giuridica abbiamo discusso abbastanza di questa storia del *recast*. Dico subito che non ci piace per niente: pensiamo infatti che l'utilizzo del *recast* per questo tipo di atto è stata una decisione non particolarmente brillante, anche perché, come ha detto la Commissaria, il tema vero è quello di capire come un regolamento che ha funzionato abbastanza bene, ma che poteva essere perfezionato, può appunto essere migliorato. Ebbene, il risultato, sia attraverso l'utilizzo di questa procedura che attraverso le proposte concrete che sono state fatte, è sicuramente un passo indietro rispetto alla realtà. Quindi questo significa che noi dobbiamo in qualche modo correre ai ripari, e correre ai ripari con il *recast* è più difficile che con un mandato legislativo pieno.

La seconda cosa che volevo dire è che è inutile girarci intorno: io sono contenta che la Commissaria annunci delle simpatiche iniziative sulla trasparenza e sull'apertura, ma i fatti rimangono, e i fatti sono che la proposta della Commissione esclude dei documenti che oggi sono aperti e trasparenti dall'ambito dell'applicazione di questa legislazione. Questa è la realtà, tanto è vero che una serie di Stati membri, tra i quali il suo, lo hanno detto chiaramente, e hanno detto che questa cosa era inaccettabile.

Ora, il problema è che se noi vogliamo migliorare una legislazione non possiamo, noi qui tutti, metterci semplicemente in difesa dell'esistente, perché sennò noi corriamo dei seri rischi di essere meno trasparenti, meno comprensibili e anche, me lo lasci dire, meno democratici.

2-070

**Anneli Jäätteenmäki**, *perussopimus-, työjärjestys- ja toimielinasioiden valiokunnan lausunnon valmistelija*. – Arvoisa puhemies, avoimuus on demokratian perusta ja pohja. Valitettavasti Euroopan unioni ei voi kehua avoimuudellaan. Direktiivejä on muutettava, mutta myös asenteita, vai mitä sanotte siitä neuvoston lausunnosta, jossa neuvosto sanoo, että ulkopuolisille ei tule antaa lainsäätämismenettelyyn liittyviä oikeudellisia neuvonantoasiakirjoja. Siis kansalaisille, ulkopuolisille ei tule niitä antaa. En voi ymmärtää, että kansalaiset ovat Euroopan unionissa ulkopuolisia.

Siis asenteita on muutettava, on muutettava lainsäädäntöä, niin että sekä neuvoston, parlamentin että komission lainsäädäntöön liittyvät asiakirjat ovat avoimia, ja korostan sanaa lainsäädäntöön liittyvät asiakirjat. Jos vertaan tätä vaikkapa oman maani, Suomen parlamentin toimintaan, ei voitaisi kuvitellakaan, että Suomen eduskunnan perustuslakivaliokunnan lausunnot olisivat salaisia. Silloinhan se tarkoittaa sitä, että kansalaisille ei kerrota, mitkä ovat ne syyt, minkä vuoksi tämä ja tämä laki säädetään, ja neuvosto sanoo, että ei pidä sanoakaan, koska kansalaiset ovat ulkopuolisia.

Meidän tulee lainsäädännössä, direktiivien muotoilussa, kaikessa lähteä siitä, että avoimuutta lisätään, ja myös parlamentin äänestyskäyttäytymisessä on varaa parannuksiin. Meillä pitäisi olla koneäänestys...

(*Puhemies keskeytti puhujan.*)

2-071

**David Hammerstein**, *Ponente de opinión de la Comisión de Peticiones*. – Señor Presidente, señora Comisaria, ante este excelente informe no deberíamos desaprovechar la oportunidad de alcanzar un acuerdo en primera lectura —quiero decir, en esta legislatura— para crear una legislación que avance hacia la transparencia en el acceso a los documentos. No sirven las excusas, y espero que tengamos el tiempo y la sensatez para llegar a tal acuerdo sobre este excelente informe.

En el informe, y desde la Comisión de Peticiones, expresamos nuestra preocupación por el hecho de que en los procedimientos de infracción contra un Estado miembro, por ejemplo, un procedimiento iniciado por una petición ciudadana, un Estado miembro tenga derecho a negar el acceso a los documentos públicos que se utilizan dentro de ese procedimiento de infracción, cerrando así la puerta a la participación ciudadana.

También estamos bastante preocupados por la falta de interoperabilidad y por el bloqueo técnico que se constata en el Parlamento Europeo de cara a la utilización de documentos interoperables, documentos con estándares abiertos que no son compatibles con el *software*, con la plataforma técnica que el Parlamento Europeo utiliza en estos momentos, que es de una sola empresa.

Es cierto que actualmente las instituciones europeas no garantizan a los ciudadanos el acceso real al contenido de los documentos sin que haya una discriminación de carácter técnico. Esto es inadmisibile, porque no es posible acceder a los documentos que estamos creando. Mientras yo hablo ahora mismo, no se puede acceder a estas palabras sin una plataforma técnica de una empresa concreta que establece un monopolio sobre la información. Esto sí que va en contra de la transparencia y en contra del acceso a la información.

2-072

**Charlotte Cederschiöld**, *för PPE-DE-gruppen*. – Herr talman! Vi delar helt Cashmans intentioner och engagemang för öppenheten, men vi ska inte glömma att det finns en förordning som nu revideras. Vi har gemensamt drivit igenom den nuvarande öppenhetslagstiftningen. De fyra nordiska medlemsstaterna skriver till utskottet om denna förordning att den ökar medborgarnas förtroende för EU och att den ger vidast möjliga öppenhet. Cashman och jag har alltid haft det bästa samarbete men denna gång blev tiden lite knapp att sortera ut alla oklarheter. Det är med andra ord ganska tidigt i processen men jag välkomnar många av förslagen och ser fram emot mer samarbete.

När öppenhetsförordningen beslutades var EPP:s ja-röster avgörande för den segern. Även denna gång torde EPP-rösterna få betydelse för den slutliga utgången, som antagligen kommer i ett nytt parlament. EPP vill använda sina röster för att stärka rättssäkerhet, förutsägbarhet och tydlighet när reglerna formas i den fortsatta processen. Vi vill ha ökad öppenhet, medborgarna ska kunna följa med i den demokratiska debatten. Vi anser att ärendet tarvar mer förberedelser, så att det finns enhetliga konsekvensbedömningar när det gäller institutionernas funktionssätt, till exempel.

Ett antal ändringsförslag, 40–50 stycken, som kringgår kommissionens initiativrätt har orsakat en del diskussion. Det enda vi vill lägga till är att det inte ska orsaka mera oklarheter, för det skulle strida mot syftet med revideringen. Det som ligger på bordet idag kommer troligen att modifieras på andra sidan valet. EPP vill då nå fram till en öppenhet som kan få stöd av alla EU:s medborgare och medlemsstater. Det förutsätter att intressenterna vet vad som gäller – det som var syftet med förslaget. Sanktioner kan inte heller användas om det inte finns tydliga instruktioner. När det gäller sanktioner finns det

redan ett regelverk att ta hänsyn till. Vi ser således förslaget som en ännu inte färdig produkt, men vi håller helt med Cashman om att det ska leda till ökad öppenhet och det skriver vi också i våra ändringsförslag. Öppenhet är en viktig del av demokratin.

2-073

I have five minutes for the PPE-DE Group, so could I just say my last few words?

2-074

Vi säger ja till ökad öppenhet men vill undvika en naivitet som kan utsätta människor för fara eller missbruk.

2-075

Will the PPE-DE Group lose the three minutes, or what?

2-076

**Presidente.** – Non so risponderle. Nel nostro ordine dei lavori erano previsti due minuti ma sono certo che queste non saranno le sue ultime parole.

2-077

**Costas Botopoulos, on behalf of the PSE Group.** – Mr President, I will speak in English in honour of our rapporteur. With this very interesting report, Parliament is doing three things. First of all, it is taking realities into consideration. We are speaking now about privacy in the era of the Internet and not privacy as an abstract notion. We are taking into account the use of Regulation (EC) No 1049/2001, which has for some time been applied to problems but also with good use.

We are taking into account the Charter of Fundamental Rights, the proposals by the Ombudsman and other agencies, and the case-law of the Court. We are also taking into account the Commission's real proposal with its possibilities and its drawbacks – and I think there are some drawbacks.

The second point – and this is very interesting – is that this report is based on principles and not technicalities; a balance between access to documents and the safeguarding of private life; a generalised access to documents but with very precise rules; a very important distinction between public and private interests and this notion of European public interest which is very important to those of us who love Europe; a distinction between legislative and non-legislative procedures which is also interesting; parity between EU transparency and Member State transparency.

Lastly, the most important thing is that this report tries to establish a complete system of transparency – not transparency for every institution separately, but transparency on an interinstitutional basis where all the institutions are taken into account and where the principles of good administration and the Charter of Fundamental Rights are also taken into account. There is also a very common set of classified information, albeit with spy movie names such as EU Confidential, EU Top Secret, but it is important to have a common set of rules in this matter also.

What we are trying to achieve here is transparency as a general rule, with exceptions where those exceptions are justified by the protection of other rights, but to have a common set of rules whereby transparency is the most important one but other exceptions are also taken into account.

2-078

**Marco Cappato, a nome del gruppo ALDE.** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi scuso se non potrò sentire la replica del Commissario. Credo che ci sia un'assenza importante in questo dibattito ed è l'assenza del Consiglio, che è stata per la verità un'assenza durante tutto il dibattito anche di commissione. E questo è il punto fondamentale: esiste, in particolare all'interno del Consiglio, una concezione di Europa, per la quale l'Europa è la sommatoria di governi, di Stati nazionali e quindi, conseguentemente, quando questi governi discutono insieme, anche con potere legislativo, questi sono affari – diciamo così – confidenziali, i cittadini poi devono vedere il risultato finale di questo.

Ecco, questo è semplicemente intollerabile, quando sappiamo che esistono dei poteri di legislatori nell'Unione europea e il diritto di conoscere, per i cittadini, è durante tutta la fase del processo legislativo. Come la sentenza del caso Maurizio Turco ha verificato e dimostrato, c'è il diritto dei cittadini di sapere le posizioni delle delegazioni nazionali in seno al Consiglio e anche dei pareri giuridici. Ecco perché c'è il nostro pieno sostegno alla relazione di Michael Cashman, che è la traduzione di una concezione dell'Europa, di una concezione della democrazia europea.

Credo anche che sia da sostenere Michael nel tentativo di fare delle proposte che vanno al di là e oltre le proposte della Commissione. Sbaglierebbe la Commissione europea se ci chiedesse di limitare la nostra azione di legislatore soltanto alle proposte che la Commissione stessa ha portato. Credo che anche i trattati ci diano ragione su questo, sul nostro diritto di ampliare il mandato. Spero che Michael vorrà accogliere le nostre proposte di emendamento, in particolare su una maggiore trasparenza finanziaria, e credo anche che come Parlamento europeo dovremmo dare il buon esempio.

Leggo oggi dalle agenzie che la nostra decisione di pubblicare le presenze dei parlamentari – non ha a che vedere con questo rapporto – ma le presenze dei parlamentari, decisione che avevamo preso in plenaria, ora sembra che ci siano problemi tecnici per fare questo prima delle elezioni europee. Non esiste alcun problema tecnico, perché è un lavoro che si



può fare velocemente e facilmente, e spero che come Parlamento daremo anche su questo il buon esempio, oltre che sulle necessarie modifiche positive del relatore alla proposta della Commissione per un maggior accesso ai documenti e ci auguriamo che dalle sedie vuote del Consiglio prima o poi sentiremo qualcosa, almeno spiegare pubblicamente quali sono i motivi di resistenza alle nostre proposte, avere il coraggio di difendere pubblicamente un'idea di un'Europa che dovrebbe decidere in segreto sui propri testi legislativi, cosa che ritengo sarebbe assolutamente inaccettabile.

2-079

**Eva-Britt Svensson, för GUE/NGL-gruppen.** – Herr talman! Öppenhet och offentlighet i allt som rör lagstiftning och politiska beslut är en av de viktigaste faktorerna i ett demokratiskt samhälle. Öppenhet och offentlighet skapar delaktighet och tilltro till det politiska systemet. Motsatsen – sekretess och undanhållande av handlingar – skapar misstro att man inte känner sig delaktig, och kan ibland medverka till att skapa maktmissbruk och korruption.

Allt mer av den nationella lagstiftningen, med den offentlighetsprincip vi exempelvis har i Sverige, sker nu på EU-nivå. Besluten har förts över till EU-nivå, men öppenhet och offentlighet har inte följt med. Våra medborgare ser naturligtvis detta, och det är en orsak till varför vi har lågt valdeltagande i valen till Europaparlamentet. Medborgarna har svårt att tränga igenom och förstå beslutsgången i EU-systemet och upplever, med rätta, att beslut och lagstiftning tas på EU-nivån utan att de har haft en rejäl möjlighet att ta del av alla handlingar. Därför har de ingen möjlighet att diskutera, debattera och påverka beslutsfattarna.

Vi vill alla öka valdeltagandet till parlamentsvalet, men ska vi lyckas med det så räcker det inte med kampanjer och uppmaningar om att gå och rösta. För att det ska bli meningsfullt så måste vi göra allt för att medborgarna ska ha kunskap och information. Vi måste skapa dialog med medborgarna istället för en ensidig information uppiifrån. Offentlighet ska vara huvudprincipen, sekretess ska vara undantag och ska beslutas i en särskild ordning, och det ska finnas starka skäl för att tillåta sekretess.

Jag och Förenade vänstern har lagt ändringsförslag som innebär bl.a. att definitionen av handlingar breddas, att fler handlingar blir offentliga och att en enskild medlemsstat inte ska kunna lägga in sitt veto. Kommissionsen Wallström sa att ett bra instrument kan bli bättre. Tyvärr så leder detta betänkande faktiskt inte till förbättringar utan till försämringar men man kan göra det bättre genom att stödja mina och Förenade vänsterns ändringsförslag. Så för demokratis skull, rösta för Förenade vänsterns ändringsförslag och öka medborgarnas möjlighet att bli delaktiga.

2-080

**Hanne Dahl, for IND/DEM-Gruppen.** – Tak, hr. formand! Michael Cashman har skrevet en god betænkning, som jeg ønsker at udtrykke støtte til. Kommissionens revision af åbenhedsinitiativet fra 2008 gør offentlighedens adgang til dokumenter i EU vanskeligere. Hvis denne betænkning vedtages, rettes der op på meget. Der mangler dog stadig, at vi får indsigt i de rådgivende arbejdsgrupper i Kommissionen. Ifølge en opgørelse fra organisationen Alter-EU, der kom lige før jul, er der kun registreret fyldestgørende oplysninger om to tredjedele af medlemmerne af de arbejdsgrupper, der medvirker til at lave lovforslagene i EU. Dette er fuldstændigt uacceptabelt. Jeg er som borger nødt til at vide, om det er tobaksindustriens lobby eller sundhedsorganisationerne, der rådgiver Kommissionen, når der skal laves et initiativ til at forbedre folkesundheden. Ligesom at jeg er nødt til at vide om det er kemiindustrien eller miljøorganisationerne, der sidder med ved bordet, når der laves en vandmiljøplan i EU.

2-081

**Hans-Peter Martin (NI).** – Herr Präsident! Wir sind in die Globalisierungsfalle gefallen, gerade auch, weil es uns nicht geglückt ist, die Europafalle zu vermeiden. Die Europafalle besteht entscheidend darin, dass wir eben nicht nach den bewährten Prinzipien der Transparenz skandinavischer und anderer Staaten gehandelt haben und handeln.

Ich bin jetzt 10 Jahre in diesem Haus, und nicht durch Zufall habe ich, als ich hierher gekommen bin, – nicht mit dieser Absicht, aber doch ganz schnell gesagt Menschenskinder, Transparenz ist das entscheidende Problem, und deshalb bereits im Jahr 2000 die europäische Transparenzinitiative gegründet. Das wurde von der Kommission wortidentisch übernommen, nur der Inhalt ist weiterhin dürftig.

Frau Kommissarin, Sie können nachlesen, was ich schon Ihrer Kollegin aus Schweden, Anna Lindh, – damals in einer langen Rede zum Gipfel von Nizza – an dieser Stelle gesagt habe: Sie, als Schwedin, wissen doch, worum es geht. Sie wissen doch, was eigentlich zu tun wäre.

Aber in Wirklichkeit arbeiten wir hier in der Europäischen Union, was die Fragen der Transparenz betrifft, so wie mit einer Schneeschaufel zwischen einem Ort und einem anderen, an dem eine Lawine heruntergegangen ist. Da kommen wir nicht durch, und ständig kommt neuer Schnee hinterher. Um diese Europäische Union zu retten, gibt es nur eines: wirkliche Transparenz nach schwedischem Vorbild plus *Freedom of Information Act* der USA sofort und jetzt. Sonst werden Sie noch ganz andere Lawinen erleben, die dann allerdings auf bewohntes Gebiet abgehen werden.

2-082

**Manfred Weber (PPE-DE).** – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschließen auf europäischer Ebene Gesetze für viele hundert Millionen Menschen, und deswegen ist Transparenz geboten. Im Ziel sind

wir uns alle einig: Transparenz ist wichtig, und ich glaube auch, dass wir uns als Europäisches Parlament nicht zu verstecken brauchen. Wir sind unter Medienfokus, wir werden von Journalisten beobachtet, unsere Arbeit ist heute transparent.

Im Ziel sind sich alle einig, aber es darf erlaubt sein, über den Weg zu streiten. Und nicht jeder, der den Weg diskutiert und hinterfragt, ist gleichzeitig jemand, der alles im stillen Kämmerlein machen will, sondern jemand, der Fragen stellt. Bei uns in der EVP-ED-Fraktion gibt es viele kritische Fragen, z.B. zum Wettbewerbsverfahren im Rat, z.B. zur Frage, ob wir alle Dokumente des Juristischen Dienstes öffentlich machen müssen, z.B. auch zur Frage, ob die privaten Angelegenheiten eines Europa-Abgeordneten jetzt auch am öffentlichen Tisch erörtert werden sollen. Wir streiten für den Datenschutz unserer Bürger, aber die MdEPs sollen alles öffentlich machen. Solche Fragen zu stellen, ist erlaubt.

Der zentrale Punkt, warum es in unserer Fraktion auch viel Skepsis gibt, ist die Frage des legislativen Prozesses. Wenn wir namentlich abstimmen, kann jeder nachvollziehen, wie einzelne Abgeordnete abgestimmt haben. Jeder Abgeordnete muss auch verantworten, wie er abstimmt. Das ist heute schon nachvollziehbar. Aber in einem legislativen Prozess, im Trilog, wenn wir miteinander diskutieren, muss es auch Räume geben, wo wir Verhandlungen führen.

Wir wissen, wenn all das öffentlich ist, dann wird es die Form von Verhandlungen, die wir heute haben, nicht mehr geben, weil man gleich am Pranger steht, wenn man einmal versucht, politische Kompromisse zu finden und einzugehen. Deswegen herrscht bei uns nach wie vor große Skepsis zu diesem Vorschlag. Wir werden heute Abend in der Fraktion unsere endgültige Position klären.

Ich möchte aber für die Fraktion klarmachen: Transparenz ja, aber der Weg muss diskutierbar bleiben. Im Ziel sind wir uns auch alle einig: Wenn wir auf europäischer Ebene über die einzelnen Institutionen diskutieren, dann ist nicht das Parlament das Problem, sondern dann ist es der nicht anwesende Rat, der das Problem darstellt, weil wir leider Gottes überhaupt nicht wissen, was in den Arbeitsgruppen im Rat passiert.

2-083

**Inger Segelström (PSE).** – Herr talman, kommissionär Wallström! Jag vill börja med att tacka Michael Cashman och andra som medverkat att vi nu snart får ett nytt och efterlängtat steg för att göra vårt arbete mer tillgängligt för våra medborgare. Vice ordförande kommissionär Wallström har också kämpat intensivt och länge.

När Sverige blev medlem i EU var många oroliga över att handlingar skulle läcka ut via Sverige, som har en mycket stark offentlighetsprincip, men det har inte alls hänt. Det kan Michael Cashman berätta, för är man för offentlighet och tillgänglighet så vet man också var gränserna går för arbetsmaterial, sekretess och utlämnande.

I LIBE så la EPP ner sina röster. Jag hoppas ni nu är för att öka offentligheten i EU, så att det svenska ordförandeskapet med oss andra får utveckla denna så viktiga och centrala demokratifråga för alla EU:s medborgare. Men jag kan förstå att den konservativa gruppen är tveksam, ni var ju den grupp som såg till att vi påtvingades en hemlig omröstning då Turkiet skulle börja medlemsförhandla. Är det de som ni vill ha? Jag hoppas att parlamentet nu står enigt och att vi stolt kan säga till väljarna i EU-valet i juni att EU blir mer och mer öppet – att vi inte har några dolda agendor och vill bli granskade och bedömda för vad vi gör – och med en offentlighet som vi kan vara stolta över. Vi gör en massa bra saker och det vore bra om medborgarna bättre kunde följa det arbete vi gör.

2-084

**Bogusław Rogalski (UEN).** – Panie Przewodniczący! Jak wiadomo, instytucje i organy Wspólnoty muszą podejmować decyzje w sposób bardzo otwarty i jawny. Jest to podstawą demokracji. Obywatele i organy wybrane powinny mieć zgodnie z tą zasadą jak najszerszy dostęp do dokumentów będących w posiadaniu instytucji europejskich, również naszego Parlamentu. Tym samym umożliwi to rzeczywiste uczestnictwo obywateli w procesie politycznym oraz zwracanie się do władz publicznych o wyjaśnienie.

Mimo wysiłków podejmowanych przez instytucje europejskie w celu zwiększenia otwartości i przejrzystości, sytuacja ta pozostaje niestety daleko od zamierzonej. Komisja Petycji wyraża przekonanie, iż obywatele są świadomi wad oraz braku w stosowaniu tego prawa. Niezwykle ważne jest, aby obywatele podczas postępowania np. o naruszenie prawa, będącego często wynikiem petycji od obywateli, mieli zapewniony pełny dostęp do wszystkich dokumentów na każdym etapie dochodzenia swoich praw. Powinno to również dotyczyć dokumentów dostarczanych przez państwa członkowskie instytucjom europejskim. Z tym był duży problem, choćby w Komisji Petycji, przy tzw. sprawie niemieckiego Jugendamt, gdzie dostęp do informacji, wydawałoby się publicznych, był bardzo ograniczony.

Na sukces europejskiej inicjatywy na rzecz przejrzystości powinien się składać sprawny dostęp wnioskodawcy do potrzebnych informacji – raz jeszcze chcę to podkreślić. Tego wymagają zasady demokracji.

2-085

**Andreas Mölzer (NI).** – Herr Präsident! Man ist sich in der EU der Entfremdung der Bürger gegenüber der Politik offenbar bewusst, daher versucht man ja auch immer wieder Bürgerfreundlichkeit zu demonstrieren. Dazu zählen auch

regelmäßig wiederkehrende Ansätze, den Zugang zu den Dokumenten von Parlament, Rat und Kommission einfacher zu gestalten.

Da ist das Internet natürlich ein einfaches und kostengünstiges Mittel. Die Homepage der EU wurde zwar überarbeitet und ist immerhin logischer und übersichtlicher geworden als Vorgängervarianten. Bei ihrem Internetauftritt hebt die EU auch die Bedeutung der Vielsprachigkeit als wesentlichen Faktor für größere Transparenz, Legitimität und Effizienz der Union hervor. Sie trägt aber leider dem eigenen Ansinnen nicht wirklich Rechnung. In der Praxis könnte man nämlich bei konsequenter Anwendung der drei Arbeitssprachen Deutsch, Englisch und Französisch einen Großteil der Bevölkerung erreichen.

Auch der Internetauftritt des aktuellen Ratsvorsitzenden, der auf Englisch, Französisch und Tschechisch erstellt ist, nimmt nicht darauf Rücksicht, dass Deutsch mit einem Anteil von immerhin 18% die am meisten gesprochene Muttersprache innerhalb der EU ist und von 14% der EU-Bürger als Fremdsprache beherrscht wird. Es ist meines Erachtens Zeit, diesem Umstand endlich stärker Rechnung zu tragen!

2-086

**Sirpa Pietikäinen (PPE-DE).** – Mr President, access to information is one of the cornerstones of democracy. People have to have the widest possible access to all information at the early stages of the decisions taken by the institutions, or on the background to these decisions, so that they can fully participate in the formulation of policies.

The EU aspires to be more democratic and accessible to its citizens, so granting the widest possible access to EU documents is crucial to the Union's efforts to increase citizens' confidence in its institutions and to the whole legitimacy of this institution. That is why I was rather disappointed at the Commission's proposal regarding this regulation, although I would like to congratulate the rapporteur on the very good, dedicated and skilful work he has done in this context.

I would also like to thank Mrs Jäätteenmäki for her great efforts in this matter. Both of them have held to the guiding principles of openness and transparency where denying access to any document held by an institution is a definite exception. Such exceptions are in some cases necessary, but they should be limited to the smallest number on a clearly-defined basis.

I also welcome the initiatives to push for the more proactive and clear disclosure of documents through improved internet databases. Accessing documents is also a question of finding them. Often information exists online but is hiding behind complex databases, and there we certainly need a lot more further development.

Colleagues, we are defenders of democracy and, therefore, should have been more active already. We have to be very bold in defending broad access and transparency to all documents. I think that this is not the time to start compromising, or else we may compromise our status as good decision-makers in the eyes of our voters as well.

2-087

**Andrzej Jan Szejna (PSE).** – Panie Przewodniczący! Na wstępie chciałbym pogratulować panu Michaelowi Cashmanowi znakomitego sprawozdania, które dotyka jednego z najważniejszych aspektów europejskiej demokracji.

Unia Europejska podlega systematycznym zmianom i transformacjom. Niestety w dużej mierze komunikacja pomiędzy Unią a obywatelami za tymi zmianami nie nadąża. Podobnie jest w dziedzinie dostępu do dokumentów i informacji, których ostatecznymi użytkownikami są właśnie obywatele.

Zasada przejrzystości jest podstawową zasadą Unii Europejskiej, wyrażoną w art. 255 Traktatu ustanawiającego Wspólnotę Europejską. Każdy obywatel Unii, każda osoba fizyczna lub prawna mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w państwie członkowskim ma prawo dostępu do dokumentów Parlamentu Europejskiego, Rady i Komisji.

Zainteresowanie obywateli Europą oraz zaufanie, jakim obdarzają oni instytucje Unii oraz polityków europejskich i krajowych można budować jedynie dzięki pełnej oraz rzetelnej informacji. Naszym obowiązkiem jest zatem maksymalne zwiększanie przejrzystości i wydajności instytucji Unii Europejskiej. Powinniśmy skoncentrować się na ułatwieniu użytkownikom dostępu do informacji, dalszym upraszczaniem systemu oraz jego narzędzi.

Rozporządzenie, którego dotyczy niniejsze sprawozdanie to dobre podstawy prawne, które jednak wymagają udoskonalenia i uporządkowania. Dlatego ubolewam, że Komisja nie uwzględniła wniosku sprawozdawcy z 2006 r. dotyczącego przejrzystości.

2-088

**Mairead McGuinness (PPE-DE).** – Mr President, access to documents is one part of the process of transparency, but there are many other issues. The use of documents and information is key, and one of the big problems we have – and we acknowledge it, and the Commissioner in the Chamber currently is one of the best practised – is to get knowledge of the EU's decision-making process out there, because people do not understand the process. During the Lisbon Treaty debate in

Ireland people came up to me and said: 'you are urging us to vote "yes" and you are going to lose your job'. They thought I was the Commissioner – perish the thought!

It is not enough to say that we give people loads of information, because in one sense that would lead to a lack of transparency: it just covers things up with mountains of paper but no clarity. I would prefer that people fully understood how this place works and therefore could engage with it. I dare say that there are many in this House who do not fully know how this place works. I rest my case.

2-089

**Danutė Budreikaitė (ALDE).** – Mėgindama spręsti Baltijos šalių energetinių salų problemą, ypač padidėjančią grėsmę Lietuvos energetiniam saugumui po Ignalinos atominės jėgainės uždarymo šių metų pabaigoje Europos Komisija parengė Europos Sąjungos Baltijos jūros strategijos projektą. Aš kreipiausi į Europos Komisijos Energetikos ir Transporto direktoratą, kad jis suteiktų galimybę susipažinti su dokumentu. Man buvo atsakyta, kad su aukšto lygio grupe, rengiančia projektą, nebuvo diskutuota galimybė pateikti informaciją ir dokumentus viešumai, kaip buvo suformuluota atsakyme: *Sharing with outside world*. Europos Parlamentas vadinamas išoriniu pasauliu, kuriam informacija neteikiama. Apie kokias galimybes visuomenei susipažinti su Europos institucijų dokumentais mes kalbame nebe pirmą kartą? Jei piliečiams atstovaujantis Parlamentaras neturi tokios teisės? Tai yra tiesiog katastrofa.

2-090

**Margot Wallström, Vice-President of the Commission.** – Mr President, I should like to thank the Members for an interesting debate and for their many valuable comments.

Regulation (EC) No 1049/2001 will now be updated to 'version two', one might say. It is important to point out again that we are not starting from scratch: we already have a good basis, and it is just a matter of improving on that. This will also be a version for the age of the Internet, as was mentioned in the debate. Electronic registers will now be included, and add to that active dissemination, as examples of these improvements.

The ideal situation would, of course, be for us to disseminate information so actively that no requests for access have to be made since everything is already out there – with some exceptions, of course. I can give you one example of what can be done, which is that I have already made my own correspondence register available on the Internet, so you can see my correspondence and documents.

It is not possible for me to go through all the comments that were made during the debate, but I want to comment briefly on a few crucial points, one of which concerns the definition of documents under Article 3. This is one of the articles of the Commission's proposal that have been most discussed and, I admit, most criticised.

We maintain that the current definition leads to ambiguity and a risk of unpredictability and bad practice. Is this Post-It note a document, for example? Mr Cashman is saying it is, and according to the wide definition in the Regulation, it could very well be so – as could the other scribbles I have here. Sometimes it is not helpful to make a definition too broad. We still maintain a wide definition, but we will reduce the discretionary non-disclosure of documents. The definition that we propose is much wider than the notion of official documents often used in national legislation. It comes very close to the concept of information in the UK Freedom of Information Act and in the Dutch law on transparency, for example. The registration of documents is an obligation under internal Commission rules, but these do not determine whether a document falls within the scope of the regulation. So we clarified and helped with the definition of documents. This will also help citizens to know what is it you can and should ask for in order to get full information. A more precise definition of documents means safer administration and more clarity for citizens.

The Court has ruled that documents relating to an ongoing investigation are manifestly covered by an exception to the right of access and, therefore, that those files are currently not acceptable and this does not constitute additional restriction of the right of access. In no Member State do citizens have access to the files of the competition authorities – I just wanted to make that point.

I also acknowledge that we could have explained and phrased things better in Article 3. I believe we share the same goal, and thus it should also be possible to find a clear and unambiguous wording. This is an example of an area where we should be able to achieve a good compromise text.

Another fiercely discussed point is Article 5(2) concerning access to Member States' documents. Let me be clear that the Commission's intention has been to implement what the European Court of Justice has ruled, and Member States must effectively justify why they refuse access to one of their documents, just as the institutions do regarding all other documents. The bottom line will always be the rules in Regulation (EC) No 1049/2001.

However, it is equally important that the Commission can have correspondence with Member States, for example in the field of infringements of EU law. We need to have the possibility to quickly find satisfactory solutions from the

perspective of both the Commission and EU citizens, as codified by EU law. Those kinds of contacts need to remain confidential, and that is also what the Court has said.

Finally, I shall just comment on the 'space to think' under Article 4(3). If we think carefully, I guess most people would agree that Parliament, as well as the Commission and the Council, needs a certain space to think. Documents related to decisions that have not yet been taken, or reflecting internal discussions, are not the same as other documents. What about the records of political group meetings or preparations? You have yourselves identified a number of problems and limitations arising from refusing a space to think, considering, again, what would benefit citizens most and what would be most helpful.

I must say that I would have preferred the Council to be here – as many of you have said – just as I would have preferred a fuller House, because these are absolutely crucial issues for all of us. The big task for us all in the next few weeks or months is to find common ground. That is also true within this House, and today's debate has shown that it is not always that easy. The more divisions there are, the more difficult it will be when the three institutions hold discussions. Parliament, the Council and the Commission each have their role, which should be respected, and I hope Parliament will speak with one strong voice, because that will benefit us all and benefit the end result, which I hope will be a balanced and workable compromise text.

2-091

**Michael Cashman, rapporteur.** – Mr President, those were interesting remarks, but I am afraid they have very little to do with the contents of my report.

I would point out that we have nothing to fear from public scrutiny and we have absolutely everything to fear as institutions from hiding information. We become more vulnerable. Commissioner, it is official documents which are accessible. Go back and look at the report. The space to think. Official documents. Within the notion of a space to think, that will not be official. Go back to the report. Accept our principles.

It has been an interesting debate but I have to say that the recast – which you defend – is not in the spirit of the interinstitutional agreement and it is not enough. You say it has worked well, but I am afraid the recast ignores vital jurisprudence on what actually needs to be done.

My reasons for delaying the final vote are so that we have absolutely maximum flexibility to negotiate with the political parties and with the institutions. I would further point out that there is nothing to prevent the Commission from amending its proposal at any time after the vote tomorrow, except perhaps institutional and political reluctance.

I find it somewhat patronising to be told that we will get action plans. Commissioner, I do not doubt your personal commitment to openness and transparency, but I do not want action plans for our citizens. I want rights enshrined in law which cannot be taken away – not gifts, but rights.

Parliament must therefore put political pressure on the Presidency to negotiate and it may be that we will have to negotiate without the Commission. Yes, Commissioner, I know the Council is not here, but I do not give up on one Council. I have been in politics long enough to know that you fight and you fight.

Let me finally quote this President, if you will allow me: 'My Administration is committed to creating an unprecedented level of openness in Government. We will work together to ensure the public trust and establish a system of transparency, public participation and collaboration. Openness will strengthen our democracy and promote efficiency and effectiveness in Government'. So said Barack Obama on 21 January 2009. I await a comparable announcement from the Commission or, indeed, from President Barroso.

2-092

**Presidente.** – La discussione è chiusa.

La votazione avrà luogo mercoledì 11 marzo 2009.

Suspension 11.45 - 12.5

#### *Dichiarazioni scritte (articolo 142)*

2-093

**Στάυρος Λαμπρινίδης (PSE), γραπτώς.** – Οι τροπολογίες του Ευρωκοινοβουλίου στον Κανονισμό για την πρόσβαση των Ευρωπαίων πολιτών στα Έγγραφα των Ευρωπαϊκών Θεσμών -- και ιδιαιτέρως σε έγγραφα που αφορούν στη νομοθετική διαδικασία -- αποτελούν καταλυτικό βήμα προς την κατοχύρωση της διαφάνειας και της συμμετοχικής δημοκρατίας στην Ευρώπη.

Ιδιαίτερα σημαντική κατά τη γνώμη μου είναι η απαίτηση για τη δημοσιοποίηση κάθε πρωτοβουλίας ή εγγράφου που αποσκοπεί στο να επηρεάσει με οποιονδήποτε τρόπο τη διαδικασία λήψης αποφάσεων.

Είναι γνωστό ότι τα διάφορα "λόμπι" επιχειρούν συχνότατα να επηρεάσουν τη νομοθετική διαδικασία, προωθώντας τα επιχειρήματά τους. Οι Ευρωπαίοι πολίτες έχουν κάθε δικαίωμα να γνωρίζουν αυτά τα επιχειρήματα και αυτές τις παρεμβάσεις. Πρέπει να μπορούν να κρίνουν την ουσία τους αλλά και να αξιολογούν την τελική στάση που τηρούν οι κυβερνήσεις τους, η Ευρωπαϊκή Επιτροπή και, φυσικά, οι ευρωβουλευτές τους.

Το ίδιο τουλάχιστον επίπεδο διαφάνειας, θα έπρεπε να παρέχεται και σε εθνικό επίπεδο από τα κράτη μέλη προς τους πολίτες τους, βάσει ρητής απαιτήσεως της έκθεσης του Ευρωκοινοβουλίου. Μια προτροπή, την οποία εύχομαι πολύ σύντομα να υιοθετήσουν οι Κυβερνήσεις και τα εθνικά Κοινοβούλια.

2-094

**IN THE CHAIR: Edward McMILLAN-SCOTT**  
*Vice-President*

2-095

## 8 - Voting time

2-096

**President.** – Before we start the vote, I should like to inform Members that we are today introducing a new information system for the votes in the Chamber. The main feature is the display, on one of the large screens, of the official voting list prepared by the Tabling Desk. The display will highlight each single vote as it is announced, thereby making it easier for all Members to follow the vote.

The next item is the vote.

*(For the results and other details on the vote: see minutes.)*

2-097

**Graham Watson, on behalf of the ALDE Group.** – Mr President, I seek clarification. Is it the case that the President has ruled that we will apply the recast procedure to the vote on the Krahmer report today and the vote on the Cashman report tomorrow? If that is the case, my group requests that we delay the vote on the Krahmer report until tomorrow, so that we can investigate the implications of the application of the recast procedure to that vote.

2-098

**President.** – The President is considering these two points. When we get to the Krahmer report we will take your procedural motion.

2-099

**Thomas Mann (PPE-DE).** – Herr Präsident! Ich beglückwünsche das Parlament zu diesem neuen Informationssystem. Offenbar scheinen ein paar Informationen im Alltag jedoch nicht zu funktionieren.

Ich freue mich sehr, dass es mittlerweile gelungen ist, dass viele von uns heute zum 50. Jahrestag der Besetzung Tibets durch die Chinesen die tibetische Flagge zeigen. Ich habe aber erfahren, dass das Präsidium vorher gesagt hat, bestimmte Fahnen dürften nicht aufgestellt werden, so dass Abgeordnete sie an diesem wichtigen Tag nicht zeigen können. Gibt es dazu eine aktuelle Information?

2-100

**President.** – I understand that there has been some confusion about this point, but the President has said that for the sake of good order today – and I am pleased to see so many flags in the Chamber; I am actually wearing one in my pocket here – the Tibetan flag may be displayed.

This gives me the opportunity to welcome to the Chamber Mr Tashi Wangdi, the representative of His Holiness the Dalai Lama.

*(Sustained applause)*

2-101

**Zbigniew Zaleski (PPE-DE).** – Mr President, I would like to say a few serious and important words, if you will allow me. We have just passed the anniversary of the barbaric murder, by a shot in the back of the head, of 20 000 Polish officers and intelligentsia in Katyn in 1940 on the order of the 'Father of Nations', Joseph Stalin. This meant the elimination of the leaders and elites of a nation fighting for its own, and Europe's, freedom.

Four years ago I asked for a minute's silence to commemorate them, but the House refused. Therefore, I will not ask for this today and will free the presidency from what appears to be such a difficult decision. Instead, I want to remind us of

this tragedy and to express the wish that our common efforts can prevent genocides of this kind on the European continent in the future.

*(Applause)*

2-102

**President.** – Thank you, Mr Zaleski – the applause speaks for itself.

2-103

**8.1 - EC-Armenia agreement: air services (A6-0049/2009, Paolo Costa) (vote)**

2-104

**8.2 - Agreement between the EC and Israel on certain aspects of air services (A6-0059/2009, Paolo Costa) (vote)**

2-105

**8.3 - Additional protocol to the Agreement between the EC and South Africa, to take account of the accession of Bulgaria and Romania to the EU (A6-0073/2009, Josep Borrell Fontelles) (vote)**

2-106

**8.4 - Next steps in border management in the EU (A6-0061/2009, Jeanine Hennis-Plasschaert) (vote)**

2-107

**8.5 - Cross-borders transfers of companies' registered offices (A6-0040/2009, Klaus-Heiner Lehne) (vote)**

2-108

**8.6 - Future of the European Common Asylum System (A6-0050/2009, Giusto Catania) (vote)**

2-109

**8.7 - Commission action plan towards an integrated internal control framework (A6-0022/2009, Gabriele Stauner) (vote)**

2-110

**8.8 - Cooperation between the courts of the Member States in the taking of evidence in civil or commercial matters**

2-111

**8.9 - Implementation of Directive 2006/43/EC on statutory audits of annual accounts and consolidated accounts (A6-0014/2009, Bert Doorn) (vote)**

2-112

**8.10 - Equal treatment and access for men and women in the performing arts (A6-0003/2009, Claire Gibault) (vote)**

2-113

– *Before the vote:*

2-114

**Claire Gibault, rapporteur.** – Monsieur le Président, chers collègues, les carrières artistiques ne sont pas épargnées par la persistance de fortes inégalités entre les hommes et les femmes.

Ayant des responsabilités artistiques, c'est un sujet qui me tient à cœur, tant la discrimination à l'égard des femmes dans les arts du spectacle vivant est encore prégnante, surtout pour les postes à haut niveau de responsabilité. Il y a si peu de femmes directrices de théâtre, de troupes chorégraphiques ou d'opéras...

Par exemple, il est important de généraliser l'usage de l'audition derrière un paravent pour le recrutement des musiciens d'orchestre, à l'instar de ce qui se pratique déjà dans les entreprises, qui ont recours au curriculum vitae anonyme, d'une part, parce que c'est le seul moyen pour les femmes d'accéder au poste de soliste d'orchestre et, d'autre part, parce que cela permet de lutter contre les discriminations raciales.

Par ailleurs, l'articulation entre les engagements professionnels et familiaux affecte plus encore les femmes dans ce secteur en raison des horaires de travail atypiques, liés à l'exercice de leur profession. D'où la nécessité de créer des horaires spécifiques d'ouverture de crèches, en adéquation avec les métiers artistiques.

Mes chers collègues, l'Europe, terre ancestrale de culture, ne peut pas rester inerte devant ce désordre qui la pénalise!

2-115

### **8.11 - Type-approval requirements for the general safety of motor vehicles (A6-0482/2008, Andreas Schwab) (vote)**

2-116

### **8.12 - Integrated pollution prevention and control: industrial emissions, titanium dioxide industry, use of organic solvents, incineration of waste, large combustion plants (A6-0046/2009, Holger Krahmer) (vote)**

2-117

– *Before the vote:*

2-118

**Graham Watson**, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, if I understood you correctly, you are indicating that the presidency does wish to apply the recast procedure to the Krahmer report today and the Cashman report. In that case, my group requests that we delay the vote until tomorrow so that we can study the implications of this.

2-119

**Guido Sacconi**, *a nome del gruppo PSE*. – Signor Presidente, dicevo che io intervengo a favore di questa proposta, anche se ci tengo a sottolineare che se non fossero stati presentati degli emendamenti per l'Aula, che in qualche modo sono andati al di là di quanto approvato sulla base di un compromesso generale in sede di commissione ambiente, questo problema non si sarebbe posto, perché gli emendamenti di compromesso hanno pienamente rispettato la natura di questa revisione, e cioè di una rifusione. Per questo noi avremmo potuto votare anche oggi, però accettiamo questa idea perché è ragionevole.

2-120

**Caroline Jackson**, *on behalf of the PPE-DE Group*. – Mr President, it behoves Mr Watson, if he is making a suggestion that we should consider the recast implications, to explain to us now what the recast implications are. He might like to have a word with Mr Corbett before answering.

I am fairly relaxed about this, but it would be much more sensible, since we are teed up to vote on this and we are unlikely to change our opinion on the actual voting – plus, minus or abstention – in the light of the recast procedures, to vote now when we have the time rather than hurry and add this vote to the list tomorrow when we have a lot of other things to do. Therefore, I am opposed to moving it.

2-121

**Holger Krahmer**, *Berichterstatter*. – Herr Präsident! Ich freue mich sehr, dass der Präsident auch den Berichterstatter zu dem Thema endlich zu Wort kommen lässt. Das ist schon sehr überraschend!

Wir üben im Moment noch ein wenig mit den Neufassungsregeln. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, dass die Anwendung dieser Regeln keine Überraschung ist, auch nicht kurz vor einer Abstimmung. Wir haben diese Regeln schon im Ausschuss konsequent angewendet, und es ist nur logisch, dass sie im Plenum konsequent angewendet werden.

Wenn wir jetzt abstimmen, käme kein einziger Änderungsantrag und kein einziger Kompromiss zur Abstimmung, über den nicht diskutiert worden wäre. Alles hat einen Hinweis auf der Abstimmungsliste. Es gibt mit der gleichen Begründung wie der von Guido Sacconi, nur mit einer anderen Schlussfolgerung überhaupt keinen Grund für eine Verschiebung. Wir können jetzt abstimmen!

*(Beifall)*

2-122

*(Parliament rejected the request)*

2-123

**Avril Doyle (PPE-DE)**. – Mr President, as we have decided to vote, maybe you could indicate why so many amendments were ruled to be inadmissible. That is the problem, and that is the point originally raised in relation to the recast versions under review. We do not understand why some amendments are inadmissible. Could you clarify that as we proceed to the vote?

2-124



**President.** – I know in general terms what the issue is about, but I regret that I am unable to inform you of the specifics. We are now, however, voting on amendments which have gone through committee, which are regarded as admissible, which are substantive and which may or may not represent the view of the House.

2-125

**Monica Frassoni (Verts/ALE).** – Signor Presidente, solamente per dire che questo episodio di oggi dimostra chiaramente che l'accordo sul *recast*, sulla rifusione, non funziona e va a colpire i nostri poteri di autorità sovrana. Questo è il problema di questa procedura, come abbiamo ben dimostrato in questo momento.

2-126

**Anders Wijkman (PPE-DE).** – Mr President, I am sorry to prolong this discussion, but may I build on what was just said by my colleagues, Mrs Doyle and Mrs Frassoni? As one of the authors of several of the amendments, I was in contact with the President's office until 11.50 and could not obtain a clear 'yes' or 'no' as to whether the amendments we tabled – 136 to 139 – would be voted upon or not. It was unclear, and the last word was that the vote would probably be postponed. As Avril Doyle said, we simply cannot understand why these amendments are inadmissible. In the interests of clarity, we should have some more time and have clarification from the President's office.

2-127

**President.** – I am advised that it has been ruled on and only certain amendments have been declared admissible, as is normal in any House. I think it might be helpful if a statement is made tomorrow by the President taking the vote so that there is clarification. But we must proceed to the vote now. I am sorry for those who are disappointed.

– *Before the vote on Amendment 88:*

2-128

**Christopher Heaton-Harris (PPE-DE).** – Mr President, on most of our voting lists Amendments 88 and 89 are down as inadmissible and there is no indication as to how we should vote. Whilst you might well be wanting us to vote, we have a small problem with this, because we do not know what we are voting on and we do not know which way we should be voting.

May I suggest that some more thought be given to this new procedure we are using for recast, because there seems to be a lack of coordination and communication around the different political groups.

2-129

**Holger Krahmer, *Berichterstatter*.** – Herr Präsident, werte Kollegen! Ich kann Ihnen auf die Sprünge helfen und auch den Präsidenten darauf hinweisen, was er selbst entschieden hat. Wir haben jetzt die Änderungsanträge 106, 139, 88 und 89. Der Präsident hat den Änderungsantrag 88 für zulässig erklärt. Dafür haben Sie auch alle einen Hinweis in der Abstimmungsliste. Wenn dem nicht so ist, müssen Sie sich an Ihr Fraktionspersonal wenden. Das tut mir Leid.

2-130

– *After the vote:*

2-131

**Chris Davies (ALDE).** – Mr President, some of the amendments you ruled inadmissible were also ruled inadmissible by the Chair of the Committee on the Environment, Public health and Food Safety under the recast procedures. This Parliament has no right to introduce legislation. Its chance of influence is in amending legislation put before us. It seems that, in the way we have interpreted the recast procedures, we have castrated ourselves. Could you inform the President that if this Parliament is to demonstrate its true virility, we need to review these?

2-132

### **8.13 - Statute for a European private company (A6-0044/2009, Klaus-Heiner Lehne) (vote)**

2-133

– *After the vote:*

2-134

**Zbigniew Zaleski (PPE-DE).** – Mr President, in my judgement, the introduction of this beautiful high technology here was intended to save our time and increase our efficiency. You know my respect for the manner in which you preside here, but could you spare us the enumeration of the results in such detail. You can declare 'adopted' or 'not adopted'. This is enough. We have everything on our screens.

2-135

### **8.14 - Guidelines for the 2010 budget procedure - Section III, Commission (A6-0111/2009, László Surján) (vote)**

2-136

– *Before the vote on paragraph 13:*

2-137

**László Surján, rapporteur.** – Mr President, for the sake of conciliation I should like to table an oral amendment, which has been distributed, to paragraph 13. The text should read: '[...] as well as internal security, particularly the fight against terrorism; immigration, demographic challenges [...]', instead of the old version '[...] as well as internal security, meaning particularly immigration, the fight against terrorism, demographic challenges [...]'].

I would ask Parliament to support this oral amendment.

2-138

**Anne E. Jensen (ALDE).** – Mr President, in the text on the voting list there is a comma between 'terrorism' and 'immigration', when we had agreed a semi-colon. You could not hear this when Mr Surján read his text. We would like to have that semi-colon between 'terrorism' and 'immigration'.

2-139

*(The oral amendment was accepted.)*

– *Before the vote on Amendment 16:*

2-140

**Hannes Swoboda, im Namen der PSE-Fraktion.** – Herr Präsident! Hier sprechen wir von „*diversified gas transport routes*“, und ich würde hinzufügen: „*and resources*“. Denn:

2-141

It is not only the gas routes, but also the gas sources that should be differentiated, and that would include here. If this amendment is rejected, that should be included in the original text.

2-142

**László Surján, rapporteur.** – Mr President, I have no objection to this oral amendment by Mr Swoboda, which refers to the original text. In any case, I was told by the Tabling Office that this amendment is valid only for the amended one. If that is not so, I am in favour of this oral amendment being part of the original. Therefore, those who are following my advice will vote against the first part in this fifth vote and then we shall have an extra vote, which is not on the voting list, on this oral amendment, which I support.

2-143

**Hannes Swoboda (PSE).** – Mr President, the oral amendment applies in both cases, but I know that the PPE-DE Group will vote differently on the split vote, so that does not change anything; I agree.

2-144

*(The oral amendment was accepted.)*

2-145

**László Surján (PPE-DE).** – Mr President, we were not voting on Mr Swoboda's oral proposal, so if Parliament wishes to support his oral amendment, we should vote that this is still valid for the original text. Otherwise we will have had four votes and rejected it, which requires five votes.

2-146

**President.** – The oral amendment was incorporated in the first of the four votes. That is what it says on the voting list. It was incorporated in the first of the split votes and was rejected.

2-147

**László Surján (PPE-DE).** – Mr President, no: in the voting list without the oral amendment we were voting on the first part of the PSE Group amendment and that was rejected. In addition to the original PSE Group amendment, Mr Swoboda tabled putting the word 'sources'. I am neither against nor for. I am not complaining if the PSE Group is not complaining. I just want to clarify that according to my knowledge the word 'sources' is not in the text.

2-148

**President.** – That is correct.

2-149

**László Surján (PPE-DE).** – Mr President, so we should have had a vote on whether we wanted it or not.

2-150

**President.** – No. I asked if there were any objections to the oral amendment. There were none so it then formed part of the amendment which was voted on in the first roll-call vote and was rejected. That is the situation.

– *Before the vote on paragraph 31:*

2-151

**László Surján (PPE-DE).** – Mr President, that will be very simple. I suggest replacing 'fears' in the original text with the word 'concerns'.

2-152

*(The oral amendment was accepted.)*

2-153

### **8.15 - Guidelines for the 2010 budget procedure - Sections I, II, IV, V, VI, VII, VIII et IX (A6-0057/2009, Vladimír Maňka) (vote)**

2-154

— *Before the vote:*

2-155

**Christopher Beazley (PPE-DE).** — Mr President, we do need to make progress, but I see that there has been the most absurd inflation of roll-call votes. The last report to be voted – the Herczog report – has a roll call on every single amendment. Could we call upon Mr Corbett and other luminaries to devise some rationing system so that we can actually get to lunch?

2-156

### **8.16 - Integrity of online gambling (A6-0064/2009, Christel Schaldemose) (vote)**

2-157

### **8.17 - Ensuring food quality: harmonisation or mutual recognition of standards (A6-0088/2009, Maria Petre) (vote)**

2-158

### **8.18 - Commission Reports on Competition Policy 2006 and 2007 (A6-0011/2009, Jonathan Evans) (vote)**

2-159

### **8.19 - Small Business Act (A6-0074/2009, Edit Herczog) (vote)**

2-160

— *Before the vote on paragraph 8:*

2-161

**Alexander Alvaro (ALDE).** — Mr President, I just want to point out – since hungry Mr Beazley made a point about the roll-call votes – that, on the following report, every roll-call vote was requested by the PPE-DE Group. So much for that one!

2-162

**President.** — And Mr Beazley is a very devout member of the PPE-DE Group!

*(Laughter)*

That concludes the vote.

2-163

## **9 - Explanations of vote**

2-164

### **Oral explanations of vote**

2-165

#### **- Report: Klaus-Heiner Lehne (A6-0040/2009)**

2-166

**Daniel Hannan (NI).** — Mr President, it is curious that, whatever the crisis, the answer in this House always seems to be greater European integration. Most people beset by the economic squalls we have had in the past six months respond by seeing the situation as scary and possibly painful. However, in this House we see it as an opportunity for more regulation, more unification and more harmonisation at EU level, as this report shows.

The problem with this is that the people making that decision will be shielded from the consequences of it. Living in their palaces and chancelleries, surrounded and cocooned in their motorised convoys, their chauffeured cars and their official banquets, they will not be paying the price that our constituents will as a result of these economic policies. It seems to me axiomatic that we should respond to the economic crisis with more flexibility and by allowing countries to tailor their interest rates to suit their needs. Instead, we are doing precisely the opposite.

2-167

**- Report: Giusto Catania (A6-0050/2009)**

2-168

**Simon Busuttil (PPE-DE).** – Jiena vvutajt favur dan ir-rapport għaliex jagħmel enfasi kbira fuq l-importanza tas-solidarjetà, li politika komuni dwar l-ażil għandha tkun mibnija fuq is-solidarjetà. Però nixtieq naċċenna li hemm ċertu partijiet minn dan ir-rapport li huma xorta waħda paragrafi li jiena ma nistax naqbel magħhom u li kieku kellna vot individwali fuqhom kont nivvota kontra tagħhom. B'mod partikolari nixtieq naċċenna dwar politika dwar id-detenzjoni. Jiena jidhirli li rridu noqgħodu attenti hafna dwar il-kwistjoni ta' politika ta' detenzjoni ta' persuni li jkunu qed ifittxu ažił għaliex mhux faċli li tgħid li d-detenzjoni għandha tispicċa darba għal dejjem għal kulhadd. Ikun hemm ċertu ċirkostanzi importanti li fihom huwa importanti u jibqa' importanti li jibqa' jkun hemm politika ta' detenzjoni.

2-169

**Frank Vanhecke (NI).** – Voorzitter, ik heb tegen het verslag-Catania gestemd, omdat ik het compleet en totaal oneens ben met de recente voorstellen die door de Commissie inzake asielbeleid zijn ingediend en die door de rapporteur in dit verslag worden toegejuicht.

Met name vrees ik dat de nieuwe richtlijn, waardoor asielzoekers nog gemakkelijker toegang krijgen tot de arbeidsmarkt en bovendien ook een pak zakgeld zouden krijgen, een vergelijkbaar aanzuigeffect zal creëren, zoals destijds de collectieve regularisaties van Spanje, Nederland, België en Italië. De gevolgen daarvan waren zonder meer funest.

Ik wil er trouwens aan herinneren dat wij volgens recente tellingen in de Europese Unie nog altijd meer dan 20 miljoen werklozen hebben, inmiddels allicht reeds 25 miljoen, zodat nog meer asielzoekers aantrekken eigenlijk een soort collectieve zelfmoord is. Bovendien vind ik dat dit alles een strikte bevoegdheid van de lidstaten moet blijven.

2-170

**Philip Claeys (NI).** – Voorzitter, ik heb tegen het verslag-Catania gestemd, omdat dit verslag duidelijk blijk geeft van een extreem linkse vooringenomenheid die erop gericht is om elk efficiënt systeem van asielbeheer gewoon onmogelijk te maken. Elk misbruik van de bestaande systemen in de lidstaten wordt goedgepraat en, indien mogelijk, in regelgeving vastgebetonneerd.

Denk maar aan het gedogen van nepasielzoekers die minderjarige kinderen misbruiken om een verblijfsvergunning in de wacht te slepen, of aan het verzet tegen gesloten opvangcentra voor mensen die niet voldoen aan de voorwaarden om erkend te worden als vluchteling en die in de illegaliteit vluchten als ze worden losgelaten. Alles wordt blijkbaar in het werk gesteld om illegalen en potentiële illegalen het leven makkelijker te maken.

De rapporteur verheugt zich erover dat het Hof van Justitie een lijst van veilige landen afwijst, hoewel zo'n lijst juist essentieel is om de stroom van vluchtelingen onder controle te houden. De strategie van links is er dus op gericht om het systeem zodanig te overbelasten dat elke mogelijke efficiëntie onmogelijk wordt gemaakt. Welnu, dit is niet wat de meerderheid van de Europeanen wil, en wij zullen dat ook prominent laten meespelen in de verkiezingscampagne.

2-171

**Hubert Pirker (PPE-DE).** – Herr Präsident! Ich bin für eine gemeinsame Asylpolitik in der Europäischen Union, die zu raschen und sicheren Entscheidungen führt. Ich bin aber gegen diesen Bericht, weil er Punkte enthält, die absolut inakzeptabel sind: beispielsweise die Ausweitung des Flüchtlingsbegriffs weit über das hinaus, was gegenwärtig in der Genfer Konvention steht, oder die Ablehnung der Regelung sicherer Drittstaaten, worüber wir uns schon positiv verständigen konnten, oder Aufgabenstellungen für Frontex, mit denen Frontex absolut nichts zu tun hat, oder für Asylbewerber die freie Wahl des Landes, welches für das Verfahren zuständig sein sollte – das ist eine Auflösung der Dubliner Konvention – oder den erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylbewerber. Wir wollen rasche Verfahren und nicht die Integration von Asylbewerbern, die womöglich nach 14 Tagen wieder die Europäische Union verlassen müssen, weil sie ohnehin keinen Flüchtlingsstatus erhalten.

Insgesamt verläuft die Entwicklung in der Union positiv in Richtung gemeinsamer Verfahren, aber es ist absolut kontraproduktiv, was hier in diesem Bericht vorgeschlagen wird. Ich habe daher gegen den Bericht gestimmt.

2-172

**Daniel Hannan (NI).** – Mr President, and so the European Union carries on acquiring one by one the attributes and trappings of nationality: a legal system, common external borders and now a common policy on who is allowed to cross those borders and settle within its territory. One by one, it has taken on all of the characteristics that international law recognises as definitive of statehood.

I wanted to compliment you, Mr President, on your ruling that it was acceptable for MEPs to demonstrate – as my neighbour did – little Tibetan flags on their desks. It stands in marked contrast to the way we had our placards snatched off us when we dared to display the word 'referendum' in this Chamber. I would like to ask you – because I know you, and other Members of this House, are interested in this subject – to ponder the hypocrisy of being in favour of national self-determination in Tibet but against national self-determination within the European Union. If you think I am being extreme

by drawing a parallel between an authoritarian State in China and the European Union, prove me wrong by putting your Treaty to the people in the referendums that you promised. *Pactio Olisipiensis censenda est!*

2-173

**- Report: Andreas Schwab (A6-0482/2008)**

2-174

**Mairead McGuinness (PPE-DE).** – Mr President, I shall be brief. I voted in favour of this report because anything that improves road safety has to be welcomed.

I have an additional point. We have concerns in Ireland about road-safety issues. When roads are being maintained by local authorities we have had some terrible tragedies on these roads, and this is an issue that perhaps needs to be looked at from a European point of view and standards put in place.

2-175

**James Nicholson (PPE-DE).** – Mr President, first of all I would like to welcome the report and thank the rapporteur for his good work. I have to admit that it is very rare for me to be lobbied, in Northern Ireland, to vote on an EU directive in a positive way, but I was on this one, and I was delighted to see such a positive vote today. For once it will bring some good news to my province, which certainly needs it.

Better safety and more environmentally sensitive and sensible proposals are always welcome. In the longer term, I hope it will also save existing jobs and maybe create new ones in the area. This is something that we can all welcome as far as Europe is concerned, being positive, good thinking, rather than holding the economy back.

2-176

**- Report: Holger Krahmer (A6-0046/2009)**

2-177

**Mairead McGuinness (PPE-DE).** – Mr President, amid all the confusion about casting and recasting, this was a very difficult vote for many Members. In the end I abstained on this vote because of my concerns about soils in particular. The Committee on Agriculture and Rural Development has concerns about a soils directive and this is an issue that needs to be carefully examined. We made some progress in the amendments in relation to agricultural issues in general, but my vote in the end was to abstain, rather than vote against, because there is much in this report around the environment, about power generation and emissions, of which I am in favour.

2-178

**Anja Weisgerber (PPE-DE).** – Herr Präsident! Ich begrüße ausdrücklich das Kernstück des Kramer-Berichts, das europäische Sicherheitsnetz. Es werden Emissionsobergrenzen festgelegt, die die Mitgliedstaaten bei der Genehmigung von großen Industrieanlagen als absolute Obergrenze einhalten müssen. Es gibt dann einen groben Rahmen, in dem sich alles flexibel bewegt und damit ein *Level Playing Field* entsteht. Damit wird die inflationäre Ausnahmepraxis, die in einigen Mitgliedstaaten bislang existiert, unterbunden. Das bedeutet Wettbewerbsgleichheit in ganz Europa. So können wir gemeinsam einen hohen Standard auf europäischer Ebene etablieren.

Allerdings muss ich auch ausdrücklich sagen, dass ich die Regelungen zum Bodenschutz nachdrücklich ablehne. Ich bin der Meinung, dass dem Subsidiaritätsprinzip mehr Rechnung getragen werden sollte. Bodenschutzregelungen haben keine grenzüberschreitende Wirkung. Bodenschutz ist kein grenzüberschreitendes Problem. Ich bin darum nach wie vor der Meinung, dass die Mitgliedstaaten selbst den Bodenschutz regeln sollten.

Hier wird aber versucht, durch die Hintertür der IVU-Richtlinie Teile der Bodenschutzrichtlinie einzubringen, die wir vorher erfolgreich bekämpft haben. Ich bedauere ausdrücklich, dass meine Streichungsanträge dazu mit sehr knapper Mehrheit, teilweise mit nur sechs Stimmen, abgelehnt wurden. Aus diesem Grund habe ich mich entschlossen, den Bericht insgesamt abzulehnen, obwohl ich das europäische Sicherheitsnetz ausdrücklich begrüße.

2-179

**Neena Gill (PSE).** – Mr President, I am not entirely happy with this report and the manner in which we dealt with it here today, but I did nevertheless vote for the report because I believe it reduces red tape. Industrial installations make a significant contribution to pollutant emissions in Europe, but heavy industry is one of the drivers of our economy and needs to be encouraged to produce greener emissions.

This is a major issue for my region of the West Midlands, which is one of the most industrialised in the UK. The integrated approach is welcome, but the stringent rules in this report are of concern, and I am concerned that the implementation costs should not be so heavy that they undermine the environmental protection provisions.

We need checks on the European safety net and we need to look at issues such as the spreading of manure and slurry which, I believe, would be disproportionate to the environmental benefits we get.

Administrative burdens and costs have to be proportionate to the environmental benefits, because if that is the case we will have a win-win situation which would help businesses meet their environmental commitments, bring significant support in the fight against climate change, and have the potential to improve health conditions for young and old people across my region.

2-180

**James Nicholson (PPE-DE).** – Mr President, I voted against his report. While there may well be good points in it, it eventually went too far. I am in favour of streamlining European Union regulations, but not if you make it more bureaucratic, difficult to operate and unfavourable to industry.

The attempt to bring agriculture into this legislation is, to me, totally unacceptable and is a step too far. It must be rejected. To bring in soil protection is not the responsibility of the European Parliament, nor can it be done throughout the whole of the European Union. That should be the responsibility of the national governments.

I have to ask why the Committee on Agriculture was not consulted on this particular issue. You cannot bring in regulations that are destructive and make pig and poultry farmers go out of business. The truth is that we are bringing in regulations in Europe, and restricting production in Europe, whilst allowing imports into the European Union that are not produced to the same standards as they are in Europe. I cannot accept that.

2-180-001

\*\*\*

2-181

**Richard Corbett (PSE).** – Mr President, there was some controversy about the recasting procedure and my name was mentioned in this context. I would like firstly to point out that the rapporteur who introduced this into our Rules of Procedure was Marylène Renault, not me.

Perhaps a word of explanation is necessary concerning the correct actions of the President of the Parliament. We often have pieces of legislation amending for the 15th, 16th or 17th time some existing pieces of legislation. That is very confusing for people who have to deal with this legislation. We have, rightly, embarked on a procedure for codifying such legislation – putting it in a single, readable, manageable text. We frequently have that before us and, because it does not change the substance, we have a simplified procedure for that.

However, when it comes to recasting, we have a difficulty. There, the Commission is putting forward a proposal to change one element of a package of existing legislation and to simply codify the rest without changing it. We have voluntarily restricted ourselves to tabling amendments of substance only to the part that the Commission is proposing to modify, and not to use the codification of the remaining part as an opportunity to reopen the substance. Maybe we should, as has been suggested by one of our colleagues. However, there would be a problem under the Treaty with regard to the demarcation of the right of initiative between us and the Commission. It is certainly not, however, an issue where colleagues were right to complain about the actions of the President. Under our existing Rules – which we gave ourselves as a Parliament and which we approved by an absolute majority of our Members – the correct procedure has been followed.

2-181-001

\*\*\*

2-182

**Jim Allister (NI).** – Mr President, I voted against this report because of its attempts to totally unnecessarily entwine agriculture into the huge burden of regulation which it would import. I recently met with some producers in my constituency. I saw the paperwork that has been heaped upon a particular producer because he is already within the ambit of these regulations. I shudder to think what is going to happen to ordinary producers of very modest proportions when they, too, are subjected to this huge and totally unnecessary burden of regulation.

I think it is a report that takes us very much in the wrong direction and, at the very least, I am happy that I was here to vote against it.

2-183

**- Reports: László Surján (A6-0111/2009), Vladimír Maňka (A6-0057/2009)**

2-184

**Christopher Heaton-Harris (PPE-DE).** – Mr President, I did not ask to give an explanation of vote on the Maňka report, because I was going to combine it with this one, because the two deal with how we are going to look at the budget in the following year, and I am not going to be here in the following year because I am disappearing off in June. I know that there is great upset across the other side of the Chamber about this matter.

I just wanted to lay down a few ground rules that have been ignored so far in these reports. We should watch out for how much money we are funding NGOs and agencies, where huge problems exist with how European taxpayers' money is

being spent at this time. I give the example of the European Fundamental Rights Agency, which is currently under investigation by OLAF.

In general terms, at a time of huge economic downturn and hardship, maybe we should be looking at ourselves to tweak our budget so we can send more monies back to national exchequers where it is desperately needed and where the pain is being felt. And certainly at this time when big – almost irrational – decisions are being made by businesses and government departments around the world in employment matters, we should concern ourselves with having only one seat for this Parliament.

2-185

**Koenraad Dillen (NI).** – Voorzitter, ik heb tegen dit verslag gestemd, maar het is wel positief te noemen dat de illegale immigratie en de strijd tegen het terrorisme als prioriteiten naar voren worden geschoven en dat dit Parlement de Commissie eindelijk oproept om ook nauwlettend toe te zien op de besteding van gelden in Kosovo en de Balkanlanden, de overhaaste uitbreiding naar Bulgarije en Roemenië indachtig. Maar er worden jammer genoeg geen consequenties aan verbonden en ook geen voorwaarden.

Mijn partij pleit trouwens voor een uitbreidingsstop na de toetreding van Kroatië - dit even terzijde. Maar even terug naar het verslag. Waarom heeft dit Parlement niet eens de moeite genomen - er is zojuist al naar gerefereerd - om te pleiten voor een afschaffing van enkele van die overbodige ngo's en Europese agentschappen die aan geen enkele democratische controle zijn onderworpen, hun bevoegdheden vaak te extensief interpreteren en voor niets op het geld van de Europese belastingbetaler een beroep doen?

2-186

**Philip Claeys (NI).** – Voorzitter, het is een uitstekende zaak dat dit Parlement hamert op de gelijke toegang tot taalkundige faciliteiten voor alle leden van dit Parlement. Het Parlement moet in de toekomst echt meertalig zijn. Het mag inderdaad ook eens gezegd worden dat de arbeidsomstandigheden van werknemers van outsourcing-bedrijven in overeenstemming moeten zijn met de taalregelgeving.

Anderzijds laat dit Parlement na om in het hoofdstuk over de gebouwen duidelijk stelling te nemen over het maandelijks reizende circus naar Straatsburg, dat per jaar ongeveer 200 miljoen euro kost. Dit is geen goed signaal naar de Europese burgers, naar de belastingbetalers. Dat is dan ook een van de redenen waarom ik tegen dit verslag heb gestemd.

2-187

**Richard Corbett (PSE).** – Mr President, in relation to the two budgetary votes, may I point out that a lot of people are asking: what contribution can the European budget make in terms of a fiscal stimulus in times of economic crisis? The answer is: very little. The whole of the European Union's budget amounts to less than 1% of GDP and it has been a declining proportion of GDP in recent years. It is, in macroeconomic terms, a very small budget and this is something that many of the Eurosceptics would do well to remember.

On the other hand, in certain areas it can be of huge structural significance and gradually improve the structure of Europe's economy. On research and development, on some aspects of regional fund spending and social spending, we can help prepare our economy for the recovery.

I am glad that those aspects of the budget are gradually representing a greater proportion of the budget, and agriculture and some others are declining. However, I think that trend needs to be accelerated and we need to continue much more rapidly in that direction of shifting resources to where they can make a real difference.

2-188

**- Report: Christel Schaldemose (A6-0064/2009)**

2-189

**Simon Busuttil (PPE-DE).** – Jiena vvutajt favur il-mozzjoni alternattiva ta' dan ir-rapport u astjenejt dwar il-mozzjoni prinċipali. M'hemmx dubju li l-integrità fis-settur tal-‘online gaming’ hija importanti ħafna. Huwa importanti li niżguraw li niġġieldu l-attività kriminali li tista' tmiss lil dan is-settur. Izda dan ma jfissirx li għandna nduru għall-protezzjoniżmu. Irridu niftakru li l-libertà ħielsa li nipprovdur servizzi fl-UE hija prinċipju ta' bażi tal-UE, prinċipju rikonossut, u għaldaqstant ma għandnix induru għall-protezzjoniżmu. Irrid infakkar ukoll li l-Internet, ladarba qed nitkellmu fuq l-‘online gaming’ diġà qed jipprovdur ħafna miżuri ta' sigurtà li wieħed jista' jibni fuqhom pereżempju, obbligi ta' registrar qabel wieħed jibda jilgħab jew inkella intraċċar ta' attività li tista' tkun attività ta' frodi jew saħansitra identifikazzjoni tal-credit cards li jintużaw. Għaldaqstant, iva għall-integrità, le għall-protezzjoniżmu.

2-190

**Zuzana Roithová (PPE-DE).** – Milí kolegové, růst hazardních her a sázení přes internet je nový fenomén, který nezná hranice států, a k jeho negativním důsledkům se musíme včas postavit čelem, a to jednotně v celé Evropské unii, pokud jde o účinnou ochranu dětí a mladistvých. Členské státy by měly co nejdříve zavést společnou regulaci plateb včetně ověřování identity a věku. Klíčová je samozřejmě prevence, a proto usiluji o celoevropský zákaz reklamy na hazardní hry a sázení, pokud jsou cílené na mladistvé, podobně jako to máme u tabáku a alkoholu. Je také nutné monitorovat další

negativní dopady tohoto zábavního průmyslu, jako je praní špinavých peněz a vůbec organizovaný zločin. A tady v těchto věcech já volný trh zásadně nepodporuji.

2-191

**Carlo Fatuzzo (PPE-DE).** – Signor Presidente, sulla relazione sull'integrità del gioco d'azzardo via computer dell'onorevole Schaldemose ero incerto su come votare e perché. Allora ho chiesto un po' ai miei pensionati. Ho incontrato ieri il pensionato Ugo Rossi, un pensionato artigiano. Mi ha detto: "Ah, il gioco d'azzardo su Internet, ho perso 10 000 euro". Poco dopo ho incontrato una donna pensionata, Lucia Annone. Mi ha detto: "Ma non me ne parlare, questo gioco d'azzardo con il computer, ho perso 100 000 euro". Ma mi sono deciso come votare quando anche mia mamma, di 94 anni, mi ha detto: "Mi avete regalato il computer, ho perso tutta intera la mia pensione del mese di marzo 2009: 450 euro". Eh no, Presidente, a quel punto ho deciso che dovevo – per protesta contro il gioco d'azzardo e perché sia eliminato in tutta Europa – dovevo votare contro questa relazione per questo motivo.

2-192

**Miroslav Mikolášik (PPE-DE).** – Mr President, in the case of online gambling there must be clear and unambiguous laws that serve to limit, control and account for the nearly EUR 3 billion in annual gross revenue realised by the gambling industry. However, according to Mrs Schaldemose, that EUR 3 billion is only 5% of the total gambling market in the European Union.

Therefore, the importance and influence of this industry is obvious – as are its dangers. Gambling is often correctly associated with crime at international level, and cross-border gambling rings which are much easier to run via the Internet jeopardise the laws of various nations and harbour risks to national sovereignty.

It is also important to note the negative effects on health associated with gambling. As a medical doctor, I am well aware of the damaging characteristics of obsessive or addictive gambling. These are not issues that the European Parliament can underestimate.

When it comes to tackling fraud, criminal behaviour and financial and medical issues that correspond to online gambling, I call on the European Parliament to vote repeatedly on better and better solutions in future.

2-193

**Christopher Heaton-Harris (PPE-DE).** – Mr President, I voted in the same way as Mr Busuttil on this particular report, and was concerned at the level of argument. In fact the bilge that was coming up in this debate was unbelievable, exemplified by my colleague who has just left, Mr Fatuzzo. It is complete rubbish to say that, because three old people lose some money in a voluntary way, then we have got to ban online gambling across a continent.

This debate showed up many national differences, and there was no honesty in the debate at all. The Committee on the Internal Market and Consumer Affairs commissioned a study which showed that online gaming had no more damaging effect than ordinary gaming in a place run by a national lottery. There was one reasonable part, which was the part about fair return to guarantee integrity in sport. Alas, this debate has driven the online gamblers and the sporting governing bodies further apart than they have ever been before, rather than drawing them together to try and work out a common solution. It has absolutely shown the need for some forum where those two groups can come together and discuss this matter. Alas, this is obviously not that place.

2-194

**Syed Kamall (PPE-DE).** – Mr President, we all know that gambling is a very emotive subject. You only have to listen to the speeches that have been made before me. There are those who believe that gambling is the work of the devil and that those who take part deserve to be cast into hellfire and deserve all the losses they have on this earth and in the afterlife. Now that is an extreme view, granted, but if you were to look at some of the language used in this report – the issues of a transparent sector that safeguards the public and consumer interests, tackling fraud and other criminal behaviour, prevention of consumer detriment – those same emotions are expressed, albeit in a far more toned-down way, in this report when it comes to online gambling.

But consider the hypocrisy of this report. It talks about online gambling in this negative and detrimental way, but it says nothing about the state monopolies that are hiding behind the emotive language to continue to drive out private innovative competitors. Let us be honest in this debate as to what it is all about. It is about keeping state monopolies, and we know where that leads to: it leads down the road to serfdom.

2-195

**- Report: Maria Petre (A6-0088/2009)**

2-196

**Jim Allister (NI).** – Mr President, quality food is not an aspiration in Europe: it must continue as a reality. But its production requires a fair and competitive return. Our agricultural producers must be able to earn enough to cover the extra cost generated by EU food-safety, animal-welfare and environmental requirements. When faced with cheap and inferior imports, the competitive advantage that quality should give is often not enough: hence the role that needs to be played by



CAP funding in keeping our producers competitive. That has to be the quid pro quo for meeting the high costs imposed by EU regulation.

I also deplore the continuing exploitation of producers by the major distributors who now dominate the European food markets. Their abuse of their position of dominance continues, with producers exploited at every turn, even to the point of having to pay for their promotions.

2-197

**- Report: Jonathan Evans (A6-0011/2009)**

2-198

**Syed Kamall (PPE-DE).** – Mr President, thank you for giving me this opportunity to explain how I voted. It may come as no surprise to you that I actually voted in favour of this report, given that the author was a very good Conservative, British colleague of mine.

What we need to be wary of in these times of economic difficulties is the call for ever more protectionism and the call to suspend our normal rules on competition and state aid. We see the call for protectionism from President Sarkozy, arguing that taxpayers' money should be used to protect the French car industry. We see similar packages in America. I was interested when I saw an advertisement the other day in an American magazine sponsored by the American car companies, which said, 'You did not want to buy our cars. Therefore we are going to take your money anyway through your taxpayers' money to keep our companies alive'. This is what it seems to have come down to. Because the companies were not supplying the goods and services that consumers wanted to buy, we are now throwing aside rules on state aid and keeping up companies that may not survive in the long term. We understand the importance of jobs, but let us make sure that we are making good economic decisions.

2-199

**- Report: Edit Herczog (A6-0074/2009)**

2-200

**Zuzana Roithová (PPE-DE).** – Pane předsedo, malé a střední podniky bohužel stále ještě netvoří páteř hospodářství, zejména v nových členských státech, a přesto jsou nadějí pro určitou jistotu zaměstnanosti. Potřebujeme samozřejmě flexibilnější zákoníky práce, aby i ty malé podniky mohly flexibilně reagovat na novou poptávku, aby mohly snadněji obměňovat odborníky podle nových cílů. Potřebujeme, aby měly snazší přístup k zakládání podniků, ale také i k jejich likvidování. A co je nejdůležitější, potřebujeme také mít snazší přístup nejen k úvěrům, ale i k čerpání finančních prostředků z evropských fondů. Toto všechno víme. Hodně práce jsme udělali za těch pět let tady v Evropském parlamentu, ale je na členských státech vzít tyto věci vážně a nejenom o nich mluvit, ale skutečně přiložit ruku k dílu. Teď v době krize je naprosto zřejmé, co všechno zejména nové členské státy v této oblasti zanedbaly. Podpořila jsem zprávu paní kolegyně Herczog, ale pokud členské státy nebudou pracovat, je to zcela marné.

2-201

**Milan Gaľa (PPE-DE).** – Pán predseda podporil som správu pani Herzog. V Európskej únii máme 23 miliónov malých a stredných podnikov. Predstavujú až 99 % všetkých podnikov a poskytujú prácu pre viac ako 100 miliónov občanov únie. V súčasnej kritickej dobe tak zohrávajú kľúčovú úlohu v hospodárskom raste, sociálnej súdržnosti a hlavne pri tvorbe pracovných miest. Malé a stredné podniky sú dynamické a majú najvyššiu schopnosť inovovať a rozvíjať sa. Významne prispievajú k realizácii lisabonských cieľov.

Hlavný zdroj financovania malých a stredných podnikov v Európe naďalej pochádza z úverov a pôžičiek. Fakt, že malé a stredné podniky sú vo väčšine prípadov považované za rizikovejšie, im sťažuje prístup k financovaniu. Je obzvlášť potrebné, aby sa pripravili priaznivé podmienky pre prístup MSP k finančným zdrojom, tak z pôžičiek, ako aj z fondov Európskej únie a zabezpečila sa tak dlhodobá udržateľnosť ich podnikateľských aktivít.

2-202

**Neena Gill (PSE).** – Mr President, I supported this report because – as we have already heard – small businesses are the backbone of our economy. Many Member States' plans for economic recovery stress the important role small businesses can play in bringing us out of the present crisis.

Ninety-nine point two per cent of my region's businesses employ fewer than 49 people. The West Midlands has the highest proportion of small businesses of any region in the UK. Providing that proper consideration is made of Member States' competencies in areas such as collective bargaining rights, this report will go a long way towards making sure that we all think small first.

I especially welcome the emphasis in this report on the difficulties that small businesses are facing in accessing credit, time and resources for education and training, and – most importantly – for research. National borders, increasingly, are irrelevant to small businesses, which are doing more business with partners across Europe. However, we do need to protect them when they engage in cross-border trading through measures such as my recovery of debtors' assets report.

The EU also has a key role to play in ensuring that SMEs have access to funding, which means we should ensure that non-bank microcredit is made available. We can do this by using structural funds and developing microcredit institutions without taking money from the taxpayer. This initiative can curb unemployment and restart our economy.

2-203

**Gary Titley (PSE).** – Mr President, I welcome this report, with just one or two small reservations. We have heard from my colleague, Mrs Gill, how important small businesses are to the economy and how they are bearing the brunt of the difficulties at the moment. The trouble is that the European Union is geared entirely for big businesses, whether it is about legislation, access to markets or funding.

We often talk about better regulation, but what we really need is proportionality. We have to ensure that our legislation is proportional to the problems we are dealing with, and particularly in the IPPC, which we have talked about today, it is really about big business not about small businesses and we should reflect that.

I welcome initiatives like JASMINE, which I think are moving us in the right direction, but we need to think in terms of funding, market access and legislation and about the specific needs of small business.

Let me make one particular plea: we have a single market but we do not have a single Community patent. We have been at this for years and years now, and it really is a disgrace that we cannot sort out this problem. It could by itself be the biggest help for businesses in the European Union. Let us have some action.

2-204

**Christopher Heaton-Harris (PPE-DE).** – Mr President, I should like to thank the interpreters for staying around, because they did not have the option that Mr Beazley took a long time ago of going for lunch.

I should explain that being in a big group is not everything it seems. It is very difficult to get speaking time in some of the key debates if you are not in agreement with the big group's line, without either dramatically compromising your position or kissing backside in endless mind-numbingly boring meetings, and that is why, for people like me, explanations of vote are very important.

I suppose, in general terms, I should be welcoming the Small Business Act, or indeed any attempt to recognise the needs of small business. In fact, it was bad regulation when I was running my own small business that got me into politics in the first place – just trying to change one particular thing.

However, I am pretty sure that any regulation that comes from this place will certainly be creating more small businesses. Alas, they tend to be big businesses at the moment, which, when you add a lot of European regulation, gradually turn into small businesses employing smaller numbers of people, because they reduce their turnover because of that regulation and move jobs from our continent. We in this House have to be very careful that we encourage individuals to start up new businesses and do not encourage jobs to move continents because we are regulating jobs out of existence.

2-205

**Syed Kamall (PPE-DE).** – Mr President, like the previous speaker, I would also like to thank all the interpreters for having to listen to our speeches. I am sure it gives you much less pleasure than it gives us.

Two of my personal mottoes, for reasons which may not be obvious, are 'small is beautiful' and 'size does not matter'. I represent London, which I think is the greatest city in the world, capital of the greatest country in the world. Even though we no longer have our smokestack industries, we are full of small, innovative businesses in the creative industries and fashion industry, creating jobs all the time in a real growth area.

As the previous speaker said, we see a lot of European regulation aimed at supposedly helping business, but quite often it is the result of lobbying by large businesses who want to keep small businesses out. There was one notable large business I had dinner with a few years ago that described small businesses as freeloaders. It is that sort of attitude that we need to tackle. We also need to help small businesses when it comes to public procurement and competing with large businesses but, especially in the current times, in dealing with the shortage of credit to make sure that viable businesses continue to grow and create wealth and jobs in the European Union.

2-206

#### **Written explanations of vote**

2-207

#### **- Report: Paolo Costa (A6-0049/2009)**

2-208

**Luca Romagnoli (NI), per iscritto.** – Signor Presidente.

Esprimo il mio voto favorevole alla relazione dell'onorevole Costa sulla modifica di alcune disposizioni degli accordi bilaterali in vigore relativi ai servizi aerei tra gli Stati membri e la Repubblica di Armenia. Trovo opportuno inserire una

clausola di designazione al fine di evitare discriminazioni tra i vettori comunitari e quelli dello Spazio economico europeo e della Svizzera. Inoltre, sostengo la modifica, inserita nell'articolo 5, relativa alle tariffe di trasporto aereo, in base alla quale i trasporti interamente effettuati nello spazio della Comunità europea debbano essere soggetti alla legislazione della stessa Comunità europea. Credo che tali modifiche vadano a vantaggio delle imprese operanti nel settore aereo e anche dei cittadini, tramite uno snellimento burocratico delle procedure e la risoluzione dei conflitti legislativi che normalmente si verificano nei casi di compresenza di regolamenti interni alla Comunità e accordi bilaterali.

2-209

**- Report: Paolo Costa (A6-0059/2009)**

2-210

**Glyn Ford (PSE), in writing.** – I realise that the Costa report deals with technical aspects of air services between the Union and Israel. Nevertheless, I voted against the report as a sign of my protest at the Israeli Government's outrageous actions in Gaza, even if there is no excuse for the rocket attacks on Israeli settlements orchestrated by Hamas militants and one can understand that Israel reacts.

The problem is that the recent invasion of Gaza was totally disproportionate and largely indiscriminate, with casualty rates one hundred times higher amongst innocent Palestinian men, women and children than amongst the Israeli army.

2-210-500

**Bogusław Liberadzki (PSE), na piśmie.** – Głosuję za przyjęciem sprawozdania w sprawie wniosku dotyczącego decyzji Rady odnośnie zawarcia umowy między Wspólnotą Europejską a państwem Izrael dotyczącej pewnych aspektów przewozów lotniczych. Zgadza się z wnioskiem sprawozdawcy o zawarcie powyższej umowy.

Uważam, że zmiany dotyczące kwestii klauzuli wyznaczania, opodatkowania paliwa lotniczego czy ustalania cen są zmianami słusznymi w stosunku do obecnie obowiązujących umów dwustronnych. Wyrażam nadzieję, że opieranie się na wzajemnym zaufaniu do systemów drugiej strony będzie sprzyjało realizacji powyższej umowy.

2-211

**Luca Romagnoli (NI), per iscritto.** – Signor Presidente, esprimo il mio voto favorevole alla relazione dell'onorevole Costa sull'accordo tra Comunità europea e Israele su alcuni aspetti relativi ai servizi aerei. Concordo con il relatore nel ritenere che sia opportuno incentivare la cooperazione economica con lo Stato di Israele in taluni servizi, come quello aereo, non solo per una questione di reciproci vantaggi ma di externalità positive per tutta l'area circostante. Io stesso sono relatore della relazione sullo sviluppo di uno spazio aereo comune con Israele, nel quadro della proposta della Commissione relativa ad un accordo globale nel settore dell'aviazione con questo importante partner dell'Unione europea in Medio Oriente e nel contesto della politica europea di vicinato e uno dei principali partner commerciali nell'area Euromed.

Inoltre, Israele è da lungo tempo parte dell'Organizzazione internazionale dell'Aviazione civile, ne rispetta gli obblighi e adotta politiche coerenti con la regolamentazione internazionale in tale ambito, soprattutto in materia di sicurezza e di protezione ma anche di tutela dell'ambiente e di trattamento sociale dei dipendenti delle compagnie aeree: tutto ciò rende opportuno realizzare il suddetto accordo globale a livello comunitario, pur ponendo grande attenzione alle conseguenze ambientali del traffico crescente e alla parità di condizioni di accesso.

2-212

**- Report: Joseph Borrell Fontelles (A6-0073/2009)**

2-213

**Călin Cătălin Chiriță (PPE-DE), în scris.** – Am votat în favoarea Protocolului adițional la Acordul dintre UE și Africa de Sud, care are menirea de a lua în considerare aderarea României și Bulgariei la UE.

Ca urmare a aderării României și Bulgariei la UE, Parlamentul European își va da avizul conform cu privire la proiectul de decizie a Consiliului privind încheierea unui protocol adițional la Acordul privind comerțul, dezvoltarea și cooperarea între Comunitatea Europeană și statele sale membre, pe de o parte, și Republica Africa de Sud, pe de altă parte, pentru a ține seama de aderarea Republicii Bulgaria și a României la Uniunea Europeană.

Consider că este deosebit de important ca toate acordurile încheiate de UE cu țări terțe să includă și România, ca membru al UE. România face parte din familia europeană ca membru cu drepturi depline, iar acest lucru trebuie să fie cuprins în toate documentele relevante ale UE. România trebuie să aibă toate drepturile și obligațiile de stat membru UE.

2-213-500

**Luca Romagnoli (NI), per iscritto.** – Egregio Presidente, onorevoli colleghi, mi astengo dalla votazione per quanto riguarda la relazione presentata dal collega Borrell Fontelles sul protocollo addizionale all'accordo CE/Sudafrica per tener conto dell'adesione della Bulgaria e della Romania all'UE. Ritengo, infatti, di non essere totalmente d'accordo con il lavoro svolto dal mio collega.

2-214

**- Report: Jeanine Hennis-Plasschaert (A6-0061/2009)**

2-215

**Alessandro Battilocchio (PSE)**, *per iscritto*. – Grazie Presidente. Dall'applicazione del trattato di Schengen sono stati fatti molti passi in avanti. Il trattato ha radicalmente cambiato la vita di molti europei portando alla ribalta una nuova idea di gestione delle frontiere.

Nel 2002 ha preso avvio la nuova fase dedicata alla gestione integrata delle frontiere, che ha portato alla realizzazione di un corpus legislativo comune, un sistema comune di concertazione, di cooperazione operativa, una valutazione comune ed integrata dei rischi, personale formato e una ripartizione degli oneri fra gli stati membri nella prospettiva di un Corpo europeo di guardie di frontiera.

Oggi che questa fase può dirsi conclusa è ora di guardare avanti per ottenere una gestione delle frontiere realmente integrata, per realizzare il duplice obiettivo di migliorare la sicurezza e facilitare le procedure di viaggio per i cittadini dei Paesi terzi. A tal fine mi dichiaro favorevole alle proposte che la Commissione ha presentato al Parlamento, molte delle quali già affrontate nella mia relazione sul codice comunitario relativo al regime di attraversamento delle frontiere. In questo frangente appare inevitabile proseguire in questo percorso, dando il nostro parere positivo alla creazione di un sistema di registrazione degli ingressi/uscite, facilitando l'attraversamento delle frontiere per i viaggiatori e l'introduzione di un sistema elettronico di autorizzazione di viaggio.

2-216

**Carlos Coelho (PPE-DE)**, *por escrito*. – Os Estados-Membros continuam responsáveis pelo controlo das respectivas fronteiras, mas só uma abordagem global e política comum permitirá enfrentar os desafios fundamentais da gestão das fronteiras e dos fluxos migratórios.

Um espaço sem fronteiras internas não pode funcionar se não existir uma repartição de responsabilidades e uma solidariedade na gestão das fronteiras externas, principalmente se tivermos em conta que as fronteiras externas da UE são atravessadas, todos os anos, por mais de 300 milhões de viajantes.

Uma verdadeira gestão integrada das fronteiras deve poder dar resposta a dois objectivos fundamentais: reforçar a segurança e facilitar a passagem nas fronteiras das pessoas que pretendam entrar de forma legal e por motivos legítimos.

Não podemos, porém, continuar a aprovar novas iniciativas avulsas sem um plano director pormenorizado para a estratégia da UE em matéria de fronteiras. Importa também avaliar os sistemas existentes, de forma a ponderar se existe uma necessidade efectiva de se criarem instrumentos novos, bem como a sua viabilidade, fiabilidade, interoperabilidade e custos, e se a protecção dos direitos fundamentais dos indivíduos é tida em conta da forma mais adequada.

2-217

**Gérard Deprez (ALDE)**, *par écrit*. – Je soutiens le rapport de Jeanine Hennis-Plasschaert, qui traite de l'avenir de la gestion de ses frontières extérieures par l'Union européenne.

L'enjeu étant de parvenir à la fois à renforcer la sécurité intérieure tout en facilitant les déplacements des ressortissants de pays tiers, trois solutions sont proposées par la Commission: enregistrer les entrées et sorties, essentiellement afin de lutter contre le phénomène de dépassement de la durée de séjour autorisée; faciliter le franchissement des frontières pour les voyageurs "de bonne foi"; instaurer un système électronique d'enregistrement de voyage, à l'instar de ce qui se fait aux États Unis depuis janvier de cette année. Sur ce dernier point, j'insiste sur l'importance de l'étude prospective de la Commission pour analyser l'efficacité, l'impact et la faisabilité pratique d'un tel système: nous devons pouvoir évaluer objectivement son utilité et sa valeur ajoutée réelle et non présumée.

Avant de mettre en place cet imposant dispositif, rappelons deux préalables: l'accélération de la mise en œuvre du SIS II pour rendre possible le contrôle biométrique des passeports et visas, et la mesure de l'impact du système sur la protection des données personnelles, pour rester dans l'ordre de la proportionnalité.

2-218

**Carl Lang (NI)**, *par écrit*. – Ce qui est rare mérite d'être souligné. Ce rapport d'initiative concernant le futur de la gestion des frontières extérieures de l'Union est raisonnable et empreint d'un certain réalisme en ce qu'il propose comme première étape à une réflexion sur la gestion des frontières de l'Union une analyse critique et en profondeur du fonctionnement et de l'efficacité des systèmes existants ainsi que de leurs interactions respectives.

Sans être crédules, soyons optimistes, ce débat aura peut être lieu!

Pour l'anecdote, et pour comprendre l'état d'esprit des rédacteurs de ce texte, voici deux passages qui en sont issus.

Dans le premier il est reconnu "que l'équilibre à trouver entre l'assurance de la libre-circulation d'un nombre croissant de personnes par delà les frontières et l'assurance d'une sécurité accrue pour les citoyens européens est un exercice complexe...". Certes, et que lit-on à un autre passage: "que les mesures visant à renforcer la sécurité aux frontières doivent

aller de pair avec des mesures visant à faciliter les flux de passagers et la promotion de la mobilité dans un monde de plus en plus globalisé".

Un tel niveau de schizophrénie nous dépasse.

2-218-500

**Roselyne Lefrançois (PSE), par écrit.** – En tant que *shadow* socialiste sur ce dossier, j'ai dès le départ formulé de sérieuses réserves quant à l'utilité et à l'efficacité du système d'entrée-sortie évoqué par la communication de la Commission européenne. La mise en place d'un tel dispositif, directement inspiré du "US-VISIT" américain, supposerait en effet des investissements colossaux pour des résultats très incertains à la fois en matière de lutte contre l'immigration illégale et de la lutte contre la criminalité. C'est en tout cas ce qui ressort de l'expérience menée outre-Atlantique.

De plus, les mesures envisagées, qui reposent sur la collecte massive de données personnelles, présentent à mon sens des risques en matière de protection de la vie privée, un avis partagé par le contrôleur européen de la protection des données.

L'adoption d'un certain nombre de mes amendements, qui visaient à mettre en avant les doutes concernant la nécessité et la proportionnalité du système et à critiquer la culture de la méfiance qui imprègne de plus en plus les décisions relatives à la gestion des frontières extérieures, m'a amenée à soutenir le rapport en plénière.

À l'heure où l'économie mondiale est plongée dans la crise, il y a sans doute d'autres priorités pour le budget européen.

2-219

**Marian-Jean Marinescu (PPE-DE), în scris.** – Raportul de inițiativă privind gestionarea frontierelor UE este important deoarece va servi drept ghid pentru legislația pe care CE o va propune în 2009. În calitate de raportor al PPE-DE, consider că textul trebuia să constituie un suport mai clar pentru pregătirea următoarelor etape ale gestionării integrate a frontierelor.

Referitor la sistemul UE de intrare/ieșire, o parte dintre datele necesare pentru crearea acestuia a fost deja colectată de sisteme precum VIS, SIS, EURODAC. Comisia trebuie să gestioneze interconectarea și să extindă funcționalitatea lor, pentru eficientizarea costurilor.

Posibilitatea ca cetățenii UE să folosească porți automate, în cadrul programului călătorilor înregistrați „bona fide”, este binevenită deoarece facilitează accelerarea fluxurilor de călători și previne aglomerația. Am propus însă schimbarea termenului de „călător bona fide” în „persoane care călătoresc frecvent” pentru a evita considerarea restului călătorilor ca fiind „mala fide”.

Crearea Sistemului Electronic de Autorizare a Călătoriilor este nejustificată financiar; de aceea am sugerat înlocuirea sa cu obligativitatea utilizării pașapoartelor biometrice la intrarea în UE a cetățenilor terți care nu au nevoie de viză.

Pentru realizarea obiectivelor strategice ale Uniunii, Comisia nu ar trebui să lanseze crearea de la zero a noi instrumente până când cele existente nu devin pe deplin operaționale și fiabile.

2-220

**Alexandru Nazare (PPE-DE), în scris.** – Siguranța frontierelor externe este un capitol asupra căruia nu ne-am aplecat îndeajuns, nici noi, cei din Parlamentul European, nici cei din alte instituții comunitare. Am susținut acest raport pentru că sunt convins că relevanța unei mai bune evidențe a resortisanților din țări constă nu doar în aceea că va ține persoanele care nu ar trebui să intre în afară ci, mai degrabă, în aceea că accesul celor care călătoresc legitim va putea fi mai facil.

Din multiplele recomandări și observații necesare pe care le face acest raport doresc să mă opresc, în particular, asupra importanței existenței unui plan director global privind gestionarea frontierelor. Chiar dacă, pe moment, alte priorități dictează transformările instituționale ale Uniunii, devine imperativ să integrăm multiplele programe frontaliere, propuse sau existente, pentru a evita suprapunerile și costurile inutile.

De asemenea, vreau să subliniez importanța coordonării acestui potențial plan cu experiența și obiectivele spațiului Schengen, care constituie în modul cel mai clar tipul de spațiu deschis european pe care ni-l dorim cu toții. Nu ne sunt necesare proceduri temporare, cu atât mai mult o multitudine de mecanisme mutual incompatibile.

2-221

**Nicolae Vlad Popa (PPE-DE), în scris.** – Am votat în favoarea acestui raport deoarece consider că eliminarea controalelor la frontierele interne ale UE reprezintă o mare realizare a procesului de integrare europeană, dar presupune și apariția unor probleme de care trebuie să ținem cont.

Apreciez inițiativa Comisiei de a pregăti pentru 2009-2010 propuneri legislative privind introducerea unui sistem de intrare/ieșire, a unui Program al călătorilor înregistrați (PCI) și a unui Sistem electronic de autorizare a călătoriilor

(SEAC). Deși consider că aceste programe trebuie implementate cât mai curând și să funcționeze cât mai eficient, este necesar să fie bine pregătite.

Funcționarea corectă a sistemului de intrare/ieșire va depinde atât material, cât și operațional, de succesul sistemelor VIS, SIS II și Eurodac. Consider că este absolut esențial să se realizeze un plan director global care să stabilească structura generală a strategiei UE privind frontierele și să se asigure o coordonare și cooperare între diferitele sisteme și autorități cu responsabilități în domeniu.

Trebuie să ținem cont și de experiența SUA în această privință. Sunt de acord cu autoarea că un program precum US VISIT poate funcționa din punct de vedere tehnic și că programul ca atare nu este, prin definiție, un obstacol în calea fluxului normal de călători.

2-222

**Luís Queiró (PPE-DE), *por escrito*.** – Um sistema legal permeável à fraude, de difícil imposição e com frequência não executado, é um convite à violação - quando não à simples ignorância - da lei. Tendo em conta os dados disponíveis, é de crer que essa é uma das dificuldades das diferentes legislações europeias em matéria de imigração. Ora, é bem sabido que o efeito dissuasor de uma norma legal depende mais da probabilidade da sua aplicação do que das sanções que lhe estão associadas. Estas preocupações implicam o reconhecimento da necessidade de as autoridades europeias colaborarem no sentido da aplicação da legislação existente e, também, no sentido de procurar adequar os enquadramentos legais à realidade descrita em diversos relatórios.

Por último, tanto em nome da solidariedade, como em nome da justiça equitativa, é de sublinhar a necessidade de ser tido em conta o encargo que a gestão das fronteiras externas representa para os Estados-Membros em causa.

2-223

**Bogusław Rogalski (UEN), *na piśmie*.** – Zagłosowałem dzisiaj za sprawozdaniem na temat kolejnych etapów rozwoju zarządzania granicami w Unii Europejskiej udzielając warunkowego poparcia zawartym w nim tezom. Pragnę jednak zwrócić uwagę na kilka ważnych aspektów, które powinny być w przyszłości wzięte pod uwagę.

Obszar bez granic wewnętrznych nie może funkcjonować bez odpowiedzialności za zarządzanie nimi. Ważnym elementem powinno być zwiększenie bezpieczeństwa granic, które musi iść w parze z ułatwieniem przepływu ludności w coraz bardziej unifikującej się Europie. Ostatecznym celem zaś powinno być osiągnięcie równowagi między zapewnieniem swobodnego przepływu osób, a zagwarantowaniem większego bezpieczeństwa obywateli Europy.

Elementem kluczowym powinno się stać podejście oparte na dążeniu do ochrony prywatności po to, aby nie nadużywać danych osobowych podróżujących, oraz na zaufaniu wobec organów będących w ich posiadaniu. Wykorzystywanie danych osobowych daje korzyści w sferze bezpieczeństwa publicznego. Pamiętajmy jednak, że zaufanie społeczeństwa do działań władz powinno być podstawą wszelkich działań prawnych w tym zakresie. Aby tak się stało konieczne jest bezwzględne zabezpieczenie danych oraz właściwy nadzór nad nimi.

2-224

**Luca Romagnoli (NI), *per iscritto*.** – Signor Presidente.

Intendo sostenere la relazione della collega Hennis-Plasschaert sull'importante questione del percorso futuro nella gestione delle frontiere nell'Unione europea e sulle analoghe esperienze nei paesi terzi. Mi associo alla relatrice nel ritenere che sia fondamentale procedere alla valutazione e all'analisi delle misure esistenti in ambito di gestione delle frontiere prima di procedere all'investimento di ulteriori risorse e allo sviluppo dei sistemi che la Commissione sembra voler privilegiare, quali quello di ingresso/uscita per tutti i cittadini di paesi terzi, un programma per i viaggiatori registrati aperto anche ad essi (RTP) e un quadro per lo sviluppo di regimi locali per viaggiatori registrati e controlli di frontiera automatizzati. Tali procedimenti hanno grandi potenzialità ma bisogna sottolineare, e per questo mi compiaccio del lavoro della collega, il fatto che vada data assoluta priorità alla garanzia di protezione dei dati personali e allo sviluppo delle tecnologie il meno possibile invasive dal punto di vista della riservatezza dei soggetti, non tralasciando, da ultimo, un'approfondita analisi costi-benefici.

2-225

**Daciana Octavia Sârbu (PSE), *în scris*.** – Având în vedere importanța liberei circulații în cadrul proiectului european, măsurile care au fost luate de-a lungul timpului au vizat liberalizarea controalelor la frontierele interne. Aceste demersuri trebuie însă dublate de măsuri care să întărească controlul la frontierele externe.

În condițiile în care, de exemplu în 2006, s-au înregistrat până la 8 milioane de imigranți ilegali în UE, consider inițiativa Comisiei de a introduce un sistem de intrare-ieșire, un program al călătorilor înregistrați și un sistem electronic de autorizare a călătorilor în perioada 2012-2015, drept o inițiativă necesară. Spațiul european fără frontiere, transformat din deziderat în realitate, nu poate funcționa decât dacă ne asumăm o responsabilitate comună și dacă ne dovedim solidari în gestionarea frontierelor externe, acțiune în care statele de la granițele UE, printre care și România, își vor asuma un rol important.

Totuși, nu trebuie să pierdem din vedere faptul că deja există sisteme de protejare a frontierelor, precum EUROSUR și FRONTEX, și este esențial pentru funcționalitatea acestora să se evalueze în ce măsură noua inițiativă le poate completa, fără a crea riscul de suprapunere. În plus, preocuparea noastră trebuie să se îndrepte în permanență către respectarea dreptului la viața privată a persoanelor, dar și către dezvoltarea de noi tehnologii, mai puțin invazive.

2-226

**Daniel Stroj (GUE/NGL), v písemné formě.** – Především bych chtěl uvést, že rozhodně nesouhlasím s jedním ze základních východisek předložené zprávy, a to s tím, že zrušení hraniční kontroly na vnitřních hranicích EU je jedním z největších úspěchů evropské integrace. Zrušení hraničních kontrol je jen nezbytným důsledkem neoliberálního projektu EU, v jehož bytostném zájmu je volný pohyb kapitálu, zboží a osob – pracovních sil. EU by měla vykazovat především úspěchy na poli mírové a sociální politiky, ovšem těch je bohužel stále méně.

Zpráva rovněž vychází z toho, že v oblasti správy vnějších hranic EU by měly být kopírovány systémy zaváděné v USA. To je scestné už jen s ohledem na reálně existující a posilovanou „železnou oponu“ mezi USA a Mexikem. S ohledem na správu vnějších hranic EU bych také rád zdůraznil, že nedávná evropská minulost jasně prokázala, že politické a sociální problémy nejsou řešitelné policejními a režimovými opatřeními.

2-227

**- Report: Klaus-Heiner Lehne (A6-0040/2009)**

2-228

**Jan Andersson, Göran Färm, Anna Hedh, Inger Segelström och Åsa Westlund (PSE), skriftlig.** – Vi svenska socialdemokrater i Europaparlamentet avser med denna röstförklaring förklara varför vi valde att rösta för Klaus-Heiner Lehenes betänkande om gränsöverskridande flyttningar av bolagssäten. Vi tycker att det är ett viktigt komplement till Lehne-betänkandet om en stadga för europeiska privata aktiebolag.

Vi anser att bristen på ett gemensamt regelverk för flyttningar av bolagssäten innebär problem för företag som vill flytta över gränserna på den inre marknaden, då företag idag tvingas träda i likvidation och därmed avvecklas för att kunna flytta sitt huvudsäte. Vi anser också att det är bra att Europaparlamentet föreslår att flytt av bolagssäte inte får innebära att rättsliga, sociala eller skattemässiga förhållanden kringgås. Vi välkomnar också att Europaparlamentet betonar att en flytt av bolagssäten bör vara skatteneutral.

Vi delar dock inte alla slutsatser som utskottet dragit i samband med diskussionerna av betänkandet. T ex anser vi att skrivningen i skäl G om att Europaparlamentet inte kan meddela lagstiftning i strid med EG-domstolens praxis. Vi vill påpeka att det är Europaparlamentet som tillsammans med rådet stiftar lag och det sedan är EG-domstolens sak att tolka den stiftade lagen, inte tvärtom. Vi skulle helst också ha sett att betänkandets formulering, ”Europaparlamentet betonar de positiva effekterna av skattekongkurrens för den ekonomiska tillväxten i ljust av Lissabonstrategin”, ströks.

2-228-500

**Luca Romagnoli (NI), per iscritto.** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, voto contro la relazione presentata dal collega Lehne, inerente al trasferimento transfrontaliero della sede legale delle società. Difatti, penso che la migrazione transfrontaliera delle società non sia da considerare come uno degli elementi cruciali del completamento del mercato interno, ma, come spesso succede, come una via per aggirare le legislazioni nazionali in merito a diverse questioni (non ultima quella fiscale). Pertanto, sono contrario a questa relazione perché c'è il rischio, reale, che il trasferimento transfrontaliero della sede sociale aggiri i requisiti giuridici, sociali e fiscali dell'Unione Europea.

2-229

**- Report: Giusto Catania (A6-0050/2009)**

2-229-250

**Adam Bielan (UEN), na písmie.** – Panie Przewodniczący! Poparłem sprawozdanie pana Giusto Catani. Uważam, że należy dokonać rewizji rozporządzenia dublińskiego tak, aby określanie państwa właściwego do rozpatrywania wniosku o azyl uwzględniało indywidualne potrzeby osób o niego się ubiegających. Należy kłaść nacisk na ich integrację z nowym środowiskiem i zadbać o to, aby mieli możliwość nauki języka kraju, w jakim przebywają, co zwiększy szanse ich asymilacji w nowej kulturze.

2-229-500

**Guy Bono (PSE), par écrit.** – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative, présenté par le député italien de la gauche unitaire Giusto Catania, sur l'avenir du système d'asile européen commun.

Le texte de ce rapport porte sur la situation des demandeurs d'asile dont le destin ressemble à une véritable loterie selon le pays dans lequel ils atterrissent, et dont les conditions de rétention sont parfois à la limite du supportable. Il s'agit d'une situation qui touche particulièrement les pays frontaliers mais qui demande une prise en compte à un niveau européen. Les droits fondamentaux des demandeurs d'asile sont en jeu. La capacité de certains pays à faire face à ces pressions migratoires, aussi. Il s'agit d'une responsabilité commune.

Ce rapport a le mérite de poser un constat clair de la situation et de préciser les enjeux à venir pour l'Union européenne dans ce débat.

Par ce vote, je me joins aux socialistes français pour dénoncer une situation qui n'est plus acceptable et à laquelle l'Europe, en tant qu'instance démocratique, protectrice des droits de l'Homme, doit remédier.

2-230

**Martin Callanan (PPE-DE), in writing.** – I am opposed to moves towards a common immigration and asylum policy in Europe. I believe that a harmonised asylum system will undermine the UK's sovereign right to decide for itself who should and should not be allowed to claim asylum in my country. Furthermore, I believe that a common asylum system will weaken the accountability of British ministers and parliamentarians to the citizens who elect them.

I accept that developed countries like my own have a humanitarian responsibility to people from third countries who have faced or would face persecution, torture or death if they were to return. However, I am worried that by taking away the UK's independent ability to monitor and regulate asylum entrants we would potentially be exposing ourselves further to the threat of terrorist attacks.

2-231

**Gérard Deprez (ALDE), par écrit.** – Je soutiens le rapport de Giusto Catania sur l'avenir du système européen commun d'asile.

Tout réfugié politique a le droit d'entrer dans l'Union européenne et, une fois reconnu, de séjourner sur le territoire européen. Actuellement, malheureusement, ce droit n'est pas appliqué de manière égale par les États membres, puisque la reconnaissance de ce statut peut varier d'un État membre à l'autre dans la proportion de 0 % à 90 %!

Pour instaurer un niveau de protection élevé et uniforme dans toute l'Union, plusieurs éléments devraient pouvoir être mis en œuvre rapidement, tels que: la mise en place d'une procédure de demande d'asile unique et des normes uniques concernant les conditions à remplir pour prétendre au statut de réfugié; l'instauration d'un mécanisme de solidarité légale et efficace entre les États membres: certains pays sont débordés de demandes, d'autres les évitent; l'amélioration des conditions d'accueil des demandeurs, avec une attention particulière pour la situation des mineurs, ainsi que la limitation du recours à la détention; et la création d'un Bureau européen d'appui en matière d'asile.

C'est l'enjeu de tout le "paquet législatif asile" dont nous venons de commencer l'examen en cette fin de législature.

2-232

**Bruno Gollnisch (NI), par écrit.** – La pensée de base du rapport Catania est qu'un demandeur de protection internationale est forcément de bonne foi, alors que chacun sait que l'asile n'est souvent qu'un prétexte invoqué par les candidats à l'immigration économique pour éviter d'être refoulés. Les États membres, eux, seraient prétendument forcément sourds à leur détresse, répressifs et trop lents dans leurs décisions. Personne ne relève d'ailleurs, que l'abus de procédures illégitimes nuit à la rapidité de l'examen des véritables cas de demande d'asile.

De ces prémices découlent sans doute certaines propositions du rapport, comme la prise en compte des souhaits du demandeur pour le pays chargé d'examiner sa demande, la désignation in fine de ce pays par une administration européenne, l'alignement des droits des demandeurs sur ceux des résidents de longue durée, leur libre circulation sur le territoire de l'Union européenne, etc...

Nous approuvons la nécessaire coopération avec les pays européens que leur situation géographique met en première ligne des afflux de migrants et qui ont du mal à y faire face. Mais en aucun cas cela ne doit déboucher sur une politique européenne qui imposerait aux États, selon le bon vouloir des demandeurs d'asile et d'une administration supranationale, ceux qu'ils seraient obligés d'accueillir sur leur territoire.

2-233

**Louis Grech (PSE), in writing.** – We are in agreement with the main thrust of the compromise report and are therefore voting for it. Having said that, however, we do not agree with certain clauses, such as those dealing with detention. I feel that they do not fully reflect and precisely interpret the complex and difficult situation of small Member States like Malta.

Malta is facing a disproportionate flow of illegal immigrants compared to its geographical limitations (121 sq. miles), small population (400 000 people) and other limited resources (administrative, financial, etc.), which should be taken into consideration when regulating, debating or legislating on this subject.

2-234

**Carl Lang (NI), par écrit.** – La volonté de créer un système d'asile européen commun ne répond en réalité qu'à un seul objectif: donner aux États membres de l'Union européenne la possibilité juridique d'accueillir plus facilement et sans contraintes (jugées inutiles et contraires aux droits de l'homme) le plus de candidats à l'immigration possible.



Ainsi, le territoire européen est réaffirmé comme un territoire d'accueil de toutes les populations migrantes, le respect intégral du principe de non-refoulement et l'obligation de prêter assistance inscrite dans la Convention des Nations unies sur le droit de la mer se voient rappelés avec insistance.

Dès lors, et on le comprend en effet pour ces pro-immigrationnistes, le simple fait que chaque État membre garde sa souveraineté et son propre fonctionnement en matière de droit d'asile permet inévitablement des disparités en matière d'acceptation de demandes d'asile et constitue donc des obstacles à un accueil généralisé des demandeurs d'asile.

Face aux près de 26 millions de personnes déplacées à l'intérieur de leur pays et aux plus de 12 millions de réfugiés dans le monde, la nécessité n'est pas de trouver plus de solutions d'accueil, car cela sera toujours insuffisant face à la demande croissante et exponentielle, mais au contraire de permettre et d'inciter toutes ces populations à rester dans leur pays, à y trouver un emploi et à y fonder leur famille.

2-235

**Jean-Marie Le Pen (NI), *par écrit*.** – Le rapport du communiste Catania favorise la mise en œuvre d'une politique européenne immigrationniste.

En effet, sous couvert de défense des droits de l'homme, il veut faire de l'Europe une communauté ouverte, prête à accueillir toute la misère du monde.

Pour ce faire, il propose une harmonisation du droit d'asile par le haut, le principe de non-refoulement, l'absence de rétention ou bien encore l'extension aux réfugiés de la directive sur le statut des ressortissants de pays tiers résidents de longue durée.

M. Catania feint d'oublier que la plupart des immigrés clandestins qui arrivent en Europe - 75 000 en 2008 rien que pour la façade méditerranéenne - ne sont pas des réfugiés politiques mais des réfugiés économiques qui fuient la misère qui règne dans leur pays.

Ce détournement du droit d'asile, contraire à la Convention de Genève, n'est jamais mentionné dans le rapport, et pour cause. Il convient de donner mauvaise conscience à "l'homme blanc" en lui rappelant qu'il fut un affreux colonialiste et que, maintenant, il doit payer dans toutes les acceptions du terme. Les légendes ont la vie dure.

M. Catania, en voulant transformer le droit d'asile en filière normale de l'immigration, ouvre la voie à de nombreux abus et place les immigrés clandestins en position de boucs émissaires.

2-236

**Jörg Leichtfried (PSE), *schriftlich*.** – Ich begrüße, dass die Kommission eine Verordnung zur Novellierung des EU-Asylrechts vorgelegt hat, da diese gerade in der heutigen Zeit dringend notwendig ist. Die Zahl der Flüchtlinge steigt ständig, und die geltenden Asylverordnungen und -richtlinien werden dieser Situation nicht mehr gerecht. Ich halte es aus diesem Grund für unerlässlich, dass die Reformen der Kommission schnellstmöglich umgesetzt werden, wobei aus meiner Sicht folgende Punkte besonders wichtig sind:

Es muss ein gemeinsames Asylsystem geben, welches zu „einheitlichen und vernünftigen Fristen“ führt.

Die Rechte von Flüchtlingen müssen gestärkt werden – auf Grund ihres besonders „schutzbedürftigen“ Status dürfen Flüchtlinge grundsätzlich nicht in Gewahrsam genommen werden.

Es muss einheitliche Kontrollen an den Grenzen geben, damit Personen, die ein Recht auf internationalen Schutz haben, leichteren Zugang haben.

Die derzeit gültige Dublin-Regelung, wonach auf Wünsche von Asylbewerbern beispielsweise bei Ihrer Wahl eines europäischen Landes nicht eingegangen wird, muss dahingehend revidiert werden, dass Personen, deren besondere Schutzbedürftigkeit anerkannt wird, auch in einem anderen Land der EU leben können.

Die einzelnen Staaten müssen immer die Möglichkeit haben, unabhängig zu entscheiden, wen sie aufnehmen, wie viele sie aufnehmen und warum jemand aufgenommen wird.

Ich unterstütze den Vorschlag der Kommission sowie den Initiativbericht, weise aber erneut daraufhin, dass in dieser Frage die schnelle und einheitliche Umsetzung maßgeblich ist.

2-237

**Erik Meijer (GUE/NGL), *schriftelijk*.** – Vandaag heb ik tegen het voorstel van de heer Catania gestemd over de toekomst van een Europees gemeenschappelijk asielbeleid. Mijn partij, de Socialistische Partij van Nederland, gelooft niet dat harmonisatie op het gebied van asielbeleid en het optuigen van een agentschap om dit voortaan te gaan regelen, zal leiden

tot een meer gelijke verdeling van het aantal asielaanvragen over de verschillende lidstaten. Asielaanvragen worden eerder bepaald door de aanwezigheid van familieleden en kennissen in bepaalde lidstaten, die nieuwe asielzoekers aantrekt.

Ook ben ik van mening dat harmonisatie zal leiden tot een lagere kwaliteit van het asielbeleid in landen waar dat op dit moment relatief goed geregeld is, omdat lidstaten de gelijktrekking zullen gebruiken om het laagst mogelijke niveau op te zoeken. Een dergelijke *race to the bottom* is onwenselijk en zal uiteindelijk alleen de asielzoekers treffen. Hoe zeer ik de inzet van collega Catania ook waardeer, hier kan ik zijn conclusies niet steunen.

2-238

**Andreas Mölzer (NI), schriftlich.** – Einerseits ist Zusammenarbeit in Asylfragen angesichts der massiven Flüchtlingsströme wichtig, andererseits ist die Sinnhaftigkeit der geplanten europäischen Asyl-Agentur zweifelhaft. Fortbildungen können auch ohne eine solche organisiert werden, die zum Ziel gesetzten Maßnahmen fallen zum Teil in die Kompetenzen anderer Organisationen wie etwa Frontex. Und schon gar nicht geht es an, dass diese Agentur Risikoanalysen erstellt und diese dann von den Mitgliedsstaaten verpflichtend anzuwenden sind, sprich vorgeschrieben wird, welcher Asylant aufzunehmen ist. Das ist ein tiefgreifender Eingriff in die Souveränität der EU-Länder, der nur abgelehnt werden kann.

2-239

**Luís Queiró (PPE-DE), por escrito.** – Ainda que, em alguns casos, os motivos que levam alguém a decidir imigrar possam ser próximos daqueles que impelem os requerentes de asilo, os dois sistemas devem ser suficientemente distintos, quer no plano legal, quer no plano dos procedimentos administrativos.

Feita esta importante ressalva, um ponto a ter em consideração é o facto de que, por virtude da abertura efectiva das fronteiras no interior do Espaço Schengen, o que se decide num Estado sobre esta matéria poder ter implicações num outro. Ao mesmo tempo, a ideia de Europa pode ser percebida como um todo aos olhos de um requerente de asilo que encara a "União Europeia" como um espaço homogéneo e, na sua percepção, oposto ao perigo de que foge. Por último, um requerente de asilo em fuga de uma ameaça real à sua vida dificilmente poderá escolher o local de entrada na Europa ou terá condições para proceder aos trâmites administrativos necessários e exigíveis a um candidato à imigração. Todas estas considerações tornam necessária a coordenação e colaboração entre Estados-Membros. Sem que do exposto resulte que se deva transformar o asilo numa porta alternativa à imigração e, menos ainda, numa forma de contornar a ilegalidade de certos fluxos migratórios.

2-240

**Luca Romagnoli (NI), per iscritto.** – Signor Presidente.

Non posso trovarmi d'accordo su molti dei punti inclusi nella relazione dell'onorevole Catania a proposito del futuro del sistema europeo comune di asilo e devo, perciò, esprimere il mio voto contrario a essa. Pur concordando con il collega sul fatto che l'istituzione dell'asilo è un aspetto essenziale della democrazia e della tutela dei diritti umani, proprio per far sì che esso rimanga tale è assolutamente necessario evitare qualsiasi forma di abuso possibile.

A tal scopo, piuttosto che un sistema comune di asilo in Europa e piuttosto che la costruzione di un'"Europa dell'asilo", per usare le parole del Patto Europeo sull'asilo e sull'immigrazione, adottato dal Consiglio Europeo lo scorso ottobre, sarebbe più auspicabile la costruzione di un'"Europa dei Diritti", ossia di un'Europa che lotta contro le cause che portano all'aumento del numero di rifugiati così come rilevato dal relatore, che assuma una posizione più forte a livello internazionale per la risoluzione di conflitti in certi paesi, che eserciti pressioni in maniera più decisa affinché il rispetto della dignità e della vita umana e delle libertà fondamentali sia garantito laddove non lo sia ancora. Lottare contro gli effetti di tali gravi violazioni dei diritti non risolve e non potrà mai risolvere in maniera efficace il problema alla base, per il quale altri strumenti dovrebbero essere utilizzati.

2-241

**Bart Staes (Verts/ALE), schriftelijk.** – In de EU groeide het aantal vluchtelingen de laatste jaren tot 12 miljoen. Daarbovenop zijn er ook nog 26 miljoen binnenlandse ontheemden.

Een gemeenschappelijk Europees asielbeleid is nodig, want er bestaan té grote verschillen in het asielbeleid van de 27 EU-lidstaten. Dat leidt in de praktijk tot het spelen met de toekomst van mensen en dat is ongehoord. Tijdens de eerste fase (1999-2005) probeerde de EU de beleidsaanpak van de lidstaten te harmoniseren op basis van gemeenschappelijke minimumnormen. In een tweede fase werd gewerkt aan een gemeenschappelijke asielprocedure en een uniforme status voor personen die asiel krijgen of bijkomende bescherming.

Het verslag dat we vandaag goedkeuren, verwelkomt het opzetten van een Europees Asielagentschap, maar betreurt de trage gang van zaken bij het uitvoeren van de tweede fase. De niet-inwerkingtreding van het Verdrag van Lissabon is daar natuurlijk debet aan. Ik steun de vraag naar verbetering van de bestaande wetgeving zowel wat betreft de procedurerichtlijn, de richtlijn die de voorwaarden voor ontvangst bepaalt, als de richtlijn die de vluchtelingenstatus toekent of intrekt.

Ik ondersteun het verslag omdat het belangrijk is dat er een beschermingsstandaard voor vluchtelingen komt en dat alle lidstaten solidair hun verantwoordelijkheid opnemen en doelgericht samenwerken.

2-242

**- Report: Gabriele Stauner (A6-0022/2009)**

2-243

**Luca Romagnoli (NI), per iscritto.** – Signor Presidente.

Esprimo il mio voto favorevole alla relazione dell'onorevole Stauner a proposito del Piano d'Azione della Commissione verso il raggiungimento di un quadro di controllo interno integrato dei bilanci dell'Unione. I principi della sana gestione finanziaria e della trasparenza dei bilanci sono fondamentali non solo al fine di ottenere la dichiarazione di affidabilità positiva da parte della Corte dei conti europea attraverso lo snellimento della legislazione applicabile ai controlli e la conseguente potenziale diminuzione dei costi a essa associati, ma anche, nel medio termine, al fine di monitorare più efficacemente gli utilizzi di risorse dei cittadini e degli Stati dell'Unione europea ed aumentare di conseguenza, la legittimità dell'azione dell'UE. Per questo credo sia fondamentale avviare la cooperazione con gli stessi Stati membri e con istituzioni di controllo indipendenti, come del resto già sottolineato dal collega relatore.

2-244

**- Report: Manuel Medina Ortega (A6-0058/2009)**

2-245

**Andreas Mölzer (NI), schriftlich.** – Immer häufiger haben Gerichte mit Fragen des internationalen bzw. grenzüberschreitenden Beweisrechts zu tun: Unfällen von Österreichern in Deutschland etwa oder Mängeln bei aus einem anderen Mitgliedsstaat bezogenen Waren- bzw. Dienstleistungen, Zeugen, die am anderen Ende der EU leben, und Beklagten, die wegziehen. Der Anspruch auf rechtliches Gehör darf keinesfalls dann enden, wenn sich das Beweismittel außerhalb des Gerichtsstaats befindet. Wie man aus der Praxis hört, gibt es nach wie vor ungeklärte Fragen im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Beweisaufnahme in Zivil- und Handelssachen. Da es diese zu klären gilt, habe ich dem vorliegenden Bericht zugestimmt.

2-246

**Luca Romagnoli (NI), per iscritto.** – Signor Presidente.

Comunico il mio voto favorevole in merito alla relazione presentata dal collega Medina Ortega sulla cooperazione fra le autorità giudiziarie degli Stati membri nel settore dell'assunzione delle prove in materia civile o commerciale. È chiaro che, per promuovere l'efficienza ed evitare quindi sprechi di tempo e denaro, si debbano incoraggiare i contatti diretti tra le autorità giudiziarie e la piena cooperazione tra esse. Inoltre bisogna utilizzare maggiormente le tecnologie dell'informazione, soprattutto le comunicazioni sicure a mezzo posta elettronica e le videoconferenze, poiché sono, contemporaneamente, più efficaci in termini di risultati e più efficienti in termini di costi. Infine sono d'accordo con il relatore quando si compiace di quanto si sta facendo al riguardo nel contesto del programma per la giustizia elettronica (e-Justice).

2-247

**- Report: Bert Doorn (A6-0014/2009)**

2-248

**Luca Romagnoli (NI), per iscritto.** – Signor Presidente, voto favorevolmente alla relazione Doorn sull'attuazione della direttiva 2006/43/CE relativa alle revisioni legali dei conti annuali e dei conti consolidati. Sono totalmente d'accordo sul fatto che bisogna sollecitare la Commissione a promuovere, in stretta collaborazione con gli Stati membri, strutture nazionali di controllo della qualità, che garantiscano un controllo indipendente e imparziale per le imprese di revisione. Inoltre, ritengo che sia doveroso e necessario monitorare e riferire in che misura gli obiettivi della direttiva siano stati perseguiti o si prevede che lo siano.

2-249

**- Report: Claire Gibault (A6-0003/2009)**

2-250

**Robert Atkins (PPE-DE), in writing.** – British Conservative MEPs are in favour of equality of treatment and access for men and women in all aspects of society, including the performing arts. We have supported this report today on that basis.

However, we wish to record that we disagree with the concept of quotes as implied, for example, in paragraph 12 of the report.

2-251

**Alessandro Battilocchio (PSE), per iscritto.** – Grazie Presidente. Voto favorevolmente. A pochi giorni dalla festa della donna ci troviamo nuovamente a discutere in quest'aula di disparità sociale tra i due sessi. Anche il mondo dello spettacolo, come ha ben messo in luce la Commissione, non è esente da queste problematiche.

Le donne che lavorano nel settore artistico faticano ancora a farsi spazio, raramente occupano posizioni di elevata responsabilità all'interno di grandi istituzioni culturali e percepiscono una remunerazione spesso inferiore a quelle dei colleghi uomini. In particolar modo gli orari atipici, che caratterizzano l'esercizio della professione artistica, impediscono la pacifica realizzazione della natura femminile di lavoratrice, moglie e madre, costringendo spesso la donna a scegliere tra la carriera e la famiglia.

Concludo quindi sottolineando la necessità di garantire la pari presenza di uomini e donne nelle istanze decisionali e consultive che si occupano di assunzioni, promozioni e avanzamenti salariali, oltre che nei restanti rami del settore, al fine di istituire un monitoraggio statistico che consenta di effettuare analisi comparative sulla situazione lavorativa delle donne nei vari Paesi dell'Unione.

2-252

**Nicodim Bulzesc (PPE-DE), în scris.** – Am votat favorabil raportul referitor la egalitatea de tratament și de acces între bărbați și femei în artele spectacolului deoarece inegalitățile privind posibilitățile diferite de încadrare în muncă și șansele de reușită între femei și bărbați sunt foarte prezente și persistente în artele spectacolului și este imperios necesar să se traducă în realitate principiul democratic conform căruia „pentru muncă egală salariu egal”, principiu care, atât în domeniul artistic, cât și în alte domenii, nu este întotdeauna respectat.

2-253

**Martin Callanan (PPE-DE), in writing.** – Performing art has flourished for thousands of years and in every society on Earth. It is therefore questionable as to why the EU feels the need to impose its will on what is otherwise a sector that flourishes precisely because it is largely free of interference from Brussels.

I do not think it is my place as an MEP to tell those involved in the performing arts how they should regulate their own affairs. In fact, I think it is my job to ensure that performing artists and organisations that facilitate performing arts are as free as possible from well-meaning, but misplaced and naïve, initiatives like this one.

I am all in favour of the equal treatment of men and women in the eyes of the law. However, I believe that political pressure should never be allowed to interfere with artistic decisions. We stood firm in this House with regard to the reaction provoked by depictions of the Prophet Mohammed in Danish newspapers. My fear is that by eroding artistic freedoms, even slightly, we are also eroding the values of free speech and expression.

2-254

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL), por escrito.** – Votámos favoravelmente este relatório tendo em conta que sublinha a amplitude e a persistência das desigualdades entre homens e mulheres nas artes do espectáculo e o seu impacto em toda a sociedade, insistindo na necessidade absoluta de fomentar e incentivar o acesso das mulheres a todas as profissões artísticas em que ainda estão em minoria.

Como se sublinha no relatório, a percentagem de mulheres que exercem profissões artísticas e cargos oficiais no domínio da cultura é diminuta e as mulheres estão sub-representadas em postos de responsabilidade nos organismos culturais e nas academias e universidades onde se estudam algumas artes.

Por isso, concordamos com muitas propostas que aqui se apresentam, insistindo na necessidade de se fomentar o acesso das mulheres a todas as profissões artísticas e demais actividades profissionais relacionadas com o espectáculo em que estão em minoria, e incentivando os Estados-Membros a removerem os entraves ao acesso das mulheres aos lugares de direcção das instituições culturais, bem como das academias e das universidades.

De igual forma, sublinhamos que a discriminação em relação às mulheres penaliza o desenvolvimento do sector cultural, porque o priva de talentos e competências, e observamos que os talentos necessitam de contactos com o público para serem reconhecidos.

2-255

**Hélène Goudin och Nils Lundgren (IND/DEM), skriftlig.** – I Junilistan står vi självklart för likabehandling, lika lön för lika arbete och den grundläggande principen om jämställdhet mellan kvinnor och män. Därför har vi röstat för detta betänkande.

Det är emellertid en ja-röst med ett tydligt förbehåll. Vi motsätter oss att Europaparlamentet ska försöka bestämma hur de enskilda medlemsstaterna exempelvis ska strukturera sin nationella barnomsorg eller tillämpa kvotering.

Föreliggande betänkande är ett typiskt exempel på den klåfingrighet och regleringsiver som utmärker Europaparlamentet. Istället för att fungera som forum för de angelägna utmaningar som förutsätter gränsöverskridande samverkan, försöker man ideligen lägga sig i frågor som är och ska förbli nationella angelägenheter.

2-255-500

**David Martin (PSE), in writing.** – This report highlights the persistent inequalities in career prospects and opportunities between women and men in the performing arts sector. I support this report which urges Member States to take specific measures to encourage and promote women to further their careers where they are under represented.

2-256

**Miroslav Mikolášik (PPE-DE), in writing.** – I believe that gender inequality should be phased out of our lives. In today's civilized world, the disparity between men and women, and majorities and minorities, must be done away with. The European Parliament must observe its past legislation and uphold the values of universal solidarity. There must be a gender mix in the decision-making process for the performing arts and various other areas. In order to find true talent, the most capable performers and deserving applicants, women must be given equal status with men in the same fields. Where men are favoured over women, or vice versa, there must be serious corrections and viable protection to end this inconsistency. Depriving a group on the basis of sex or any other characteristic will not be tolerated by the EU, and it is our duty to ensure this applies across the field of the performing arts (and others areas as well). For this reason, it is my duty and that of the EPP-ED Party to give a vote of confidence to any legislation that supports equality, corrects wrongdoings, and better preserves cohesion between members of the opposite sex.

2-257

**Maria Petre (PPE-DE), în scris.** – Am votat acest raport și am colaborat foarte bine cu doamna Gibault. Nu trebuie să uităm că prezența femeilor în arta spectacolului în general și în mod specific în funcții de conducere în acest domeniu este încă slabă. Nu trebuie, de asemenea, să uităm că vorbim de un domeniu sensibil, cu mare efect de multiplicare, cu mesaj puternic în publicul său, în societate. Nu avem suficiente grădinițe și creșe, programul în lumea spectacolului este unul prelungit și atipic. Dacă aceste lucruri se îmbunătățesc, obiectivul propus în raport, de a avea o prezență de 30% în domeniul artistic, poate fi îndeplinit.

2-258

**Luca Romagnoli (NI), per iscritto.** – Signor Presidente.

Esprimo il mio voto favorevole in merito alla relazione della collega Gibault sulla parità di trattamento e di accesso tra uomini e donne nelle arti dello spettacolo. Condivido le finalità del progetto realizzato dalla collega: accertare il modo in cui si sono costruite socialmente e culturalmente le identità nel settore delle arti dello spettacolo e a proporre soluzioni concrete in grado di correggere gli squilibri legati alle attuali situazioni non egualitarie. È necessario, infatti, poter utilizzare tutti i serbatoi di competenze disponibili per garantire la buona salute del settore e la realizzazione personale degli uomini e delle donne. Infine, ritengo che sia fondamentale trovare rapidamente soluzioni finalizzate ad aprire asili all'interno delle imprese culturali con orari consoni alle prove e agli spettacoli.

2-259

**- Report: Andreas Schwab (A6-0482/2008)**

2-259-500

**Adam Bielan (UEN), na piśmie.** – Panie Przewodniczący! Poparłem sprawozdanie pana Schwaba mające na celu redukcję emisji CO<sub>2</sub> i zwiększenie bezpieczeństwa na drogach. Istotnym jest, aby starania o zmniejszenie emisji CO<sub>2</sub> nie odbywały się kosztem zaniechania innych, równie ważnych aspektów konstrukcji samochodów i nie miały negatywnego wpływu na bezpieczeństwo na drogach. Uważam, że poprzez stymulację i inwestowanie w rozwój innowacyjnego przemysłu europejskiego możemy skutecznie bronić miejsc pracy w tym najbardziej dotkniętym przez kryzys finansowy sektorze.

2-260

**Šarūnas Birutis (ALDE), raštu.** – Dabar yra naujų technologijų, kuriomis galima iš esmės pagerinti transporto priemonių saugą (pvz., elektroninės stabilumo kontrolės sistemas) arba sumažinti išmetamą CO<sub>2</sub> dujų kiekį (pvz., mažo pasipriešinimo riedėjimui padangos), jei tokios technologijos būtų naudojamasi kaip standartas naujosios transporto priemonės.

2-260-500

**Avril Doyle (PPE-DE), in writing.** – MEP Schwab has proposed a report which aims to increase car safety through the introduction of increased safety measures requirements for car manufacturers. All new vehicles manufactured in the Union will be subject to compliance with the technical requirements and measures which will reduce their environmental impact, decrease associated noise pollution and increase their road safety. The regulation combines advances in European manufacturing and technology and increased levels of safety protection that the European consumer can expect. These innovations will help to reduce CO<sub>2</sub> emissions, fuel consumption and noise pollution.

I am delighted to support this report which will benefit us all.

2-261

**Astrid Lulling (PPE-DE), schriftlich.** – Ich habe diesem Bericht zugestimmt, weil der Verbraucher braucht und sucht umweltfreundlichere und sichere Fahrzeuge. Was die Sicherheit der Pkw betrifft, begrüße ich vor allem das obligatorische ESP (elektronische Stabilitätssystem) schon bei Pkw ab dem Baujahr 2011.

Was die Reifen anbelangt, halte ich die Anstrengungen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch verbesserte Reifen mit weniger Rollwiderstand zu verringern, und die Einführung von elektronischen Drucküberwachungssystemen für wertvoll. Die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen darf jedoch nicht auf Kosten der Sicherheit, sprich der Nasshaftung der Reifen, gehen.

Zufrieden bin ich auch damit, dass bestehende Lagerbestände nicht – wie ursprünglich vorgesehen – schon nach 12 Monaten vom Markt genommen werden müssen, sondern erst 30 Monate nach der Einführung neuer Standards. Somit kann verhindert werden, dass Reifenbestände vernichtet werden und die Umwelt somit noch zusätzlich belastet wird. Außerdem gestatten wir unseren von der Wirtschaftskrise stark gebeutelten Zulieferbetrieben eine ausreichende Übergangszeit, um mit den hohen an sie gestellten Anforderungen zurecht zu kommen.

2-262

**Adrian Manole (PPE-DE), în scris.** – Orice cetățean al planetei, conștient de amploarea pe care a luat-o fenomenul de încălzire globală, poate acționa pentru a opri evoluția acestui proces periculos pentru Pământ. Pentru șoferi și vehiculele pe care ei le conduc aceste eforturi sunt prevăzute în raportul votat astăzi.

A conduce ecologic înseamnă a reduce consumul de combustibil. În UE se preconizează o posibilă reducere a acestor costuri cu 20 de miliarde de euro până în anul 2010. De asemenea, se preconizează o posibilă reducere cu 50 de milioane de tone a emisiilor de CO<sub>2</sub>. Este de înțeles că efectele acestor măsuri vor fi vizibile abia pe termen lung, însă este benefic că aplicarea lor va intra în vigoare cu un an înainte față de propunerea Comisiei.

2-262-500

**David Martin (PSE), in writing.** – I support this regulation which will make cars and roads safer by bringing in new technologies. These include tyre pressure monitoring systems, wet-grip requirements and lane-departure warning systems. This report reduces CO<sub>2</sub> emissions through new standards which tyres must reach, which will improve fuel efficiency and cut fuel bills.

2-263

**Luca Romagnoli (NI), per iscritto.** – Signor Presidente.

Voto a favore della relazione presentata dal collega Schwab inerente ai requisiti dell'omologazione riguardo alla sicurezza generale degli autoveicoli. La relazione, molto ben fatta, intende garantire il buon funzionamento del mercato interno e, al tempo stesso, elevati livelli di sicurezza e di protezione ambientale. Tali requisiti sono stati armonizzati a livello comunitario per evitare che essi differiscano da uno Stato membro all'altro e per garantire elevati livelli di sicurezza stradale e protezione dell'ambiente nell'intera Comunità. Quindi concordo a pieno titolo con il collega Schwab, poiché la proposta mira a semplificare notevolmente la normativa relativa all'omologazione per tipo nel campo della sicurezza dei veicoli a motore e dei pneumatici con un solo regolamento del Consiglio e del Parlamento.

2-264

**- Report: Holger Krahmer (A6-0046/2009)**

2-265-500

**Jan Andersson, Göran Färm, Anna Hedh, Inger Segelström och Åsa Westlund (PSE), skriftlig.** – Det ursprungliga IPPC-direktivet samt de övriga sex direktiven har inte genomförts fullt ut i EU:s medlemsländer och därmed uppfyller de inte sitt syfte. Därför beslutade man om en översyn av dessa direktiv vilken vi idag röstade om i Europaparlamentet. Vi svenska socialdemokrater ställer oss positiva till en översyn och ser att det innehåller vissa förbättringar gentemot gällande regler. Vi valde däremot att rösta nej till direktivet i slutomröstningen då vi anser att några av de ändringsförslag som röstades igenom innebar stora försämringar gentemot kommissionens ursprungliga förslag. Bland annat kunde vi inte acceptera ytterligare undantag för stora förbränningsanläggningar.

En ytterligare anledning till att vi ansåg oss nödgade att rösta nej är att man i och med förslaget missar chansen att på allvar minska utsläppen av växthusgaser. Genom att rösta ner de ändringsförslag som vår delegation varit med och lagt fram, som förespråkade gränsvärden för koldioxidutsläpp för nya stora elproducerande anläggningar, visar man att man inte tar arbetet med att minska utsläppen av växthusgaser på allvar. Ett sådant förslag kan vi inte stödja.

2-265

**Liam Aylward, Brian Crowley, Seán Ó Neachtain and Eoin Ryan (UEN), in writing.** – I strongly support the original IPPC Directive. Industrial activities covered by existing Directives emit 55% of the EU's CO<sub>2</sub> emissions, 83% of SO<sub>2</sub> and 34% of NO<sub>x</sub>. Under the current Directive, permits are issued by the Environment Protection Agency which require industrial plants to apply "Best Available Techniques".

During the vote this morning, there were a number of problematic amendments regarding the new IPPC proposal.

1. Minimum Requirements. Ireland is against the minimum requirements amendment, as this will penalise Irish industry and the work recently undertaken to achieve the status of the current Directive. Resources would be better spent enforcing the Directive in those Member States which are non compliant.

2. Poultry and Manure and Slurry. There were a number of amendments seeking to bring more poultry and manure spreading within the scope. I have voted against this amendment to avoid double regulation, as the Nitrates Directive

suffices on manure and slurry. On poultry, the IPPC already controls 40 000 poultry places. An amendment would reduce the threshold values from 40 000 to 30 000 for laying hens, 24 000 for ducks and 11 500 for turkeys. There is nothing stated in the impact assessment about how these numbers came about and on what scientific basis they were established.

2. Installments. I also voted in favour of flexibility for installments

2-266

**Niels Busk, Anne E. Jensen og Karin Riis-Jørgensen (ALDE), *skriftlig*.** – Venstres medlemmer af Europa-Parlamentet, Anne E. Jensen, Karin Riis-Jørgensen og Niels Busk, har stemt for den liberale gruppes ændringsforslag nr. 96 om at slette artikel 16, stk. 4, fordi spredning af husdyrgødning ikke er i overensstemmelse med målsætningen for IPPC, hvis målsætning er at bekæmpe emissioner fra store industrielle anlæg. Dertil kommer, at emnet allerede er dækket af vandrammedirektivet (2000/60/EF) og nitratdirektivet (91/676/EØF).

2-267

**Martin Callanan (PPE-DE), *in writing*.** – The initial provisions of this report would have left National Health Service hospitals in my region of north-east England and elsewhere in the UK facing massively increased costs for their heating boilers.

NHS hospitals need to have a significant amount of spare boiler capacity to cope with emergencies and in case there are technical failures. The Directive would have assessed the hospitals' boilers on the basis of their potential emissions, rather than their actual emissions - thus causing them to incur substantial costs to obtain a permit.

I supported the tabling of amendments to exempt part-time stand-by boilers from the scope of the Directive.

Notwithstanding these concerns, we must act in concert to address the common threat of climate change and environmental pollution.

2-268

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL), *por escrito*.** – Esta proposta de directiva visa rever e reunir, num único texto, sete directivas separadas relativas às emissões industriais.

A proposta da Comissão afirma prever uma abordagem integrada, visando integrar aspectos ambientais no licenciamento de instalações, de uma forma tão abrangente e equilibrada quanto possível, com o objectivo de limitar, de forma efectiva, as emissões através das Melhores Técnicas Disponíveis (MTD), cuja aplicação deve ser mais coerente do que até à data.

Como se refere no relatório, este processo legislativo pode ter implicações em 52000 instalações industriais na Europa, pelo que apoiámos algumas propostas de derrogação relativamente a micro, pequenas e médias empresas que não devem ficar sujeitas às mesmas obrigações das grandes unidades industriais. Mas defendemos uma maior intervenção em unidades industriais com incineradoras e co-incineradoras e uma maior fiscalização do que a Comissão Europeia propõe.

Assim, o texto alterado valoriza ligeiramente a consulta pública e o papel das ONG de Ambiente, tem em conta também os interesses das micro e PME e retira alguma discricionariedade à Comissão Europeia, pelo que, no final, o votámos favoravelmente, esperando que, em Portugal haja uma maior intervenção do Governo no apoio e controlo da qualidade do ar.

2-268-250

**Luca Romagnoli (NI), *per iscritto*.** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, esprimo il mio voto contrario sulla relazione concernente le emissioni degli impianti industriali, presentata dal collega Krahmer. Non sono d'accordo sul fatto che le autorità responsabili locali dovrebbero indicare misure atte a limitare le emissioni per i singoli impianti, con il conseguente raggiungimento di un livello di emissione che soddisfi mediamente quanto previsto nei BREF, garantendo un margine di flessibilità tale da poter gestire adeguatamente le situazioni locali. Tale compito dovrebbe essere demandato totalmente ad una autorità comunitaria, non locale o nazionale. La specificità del territorio non può essere una discriminante in questo campo poiché, da diverse soglie minime, derivano costi e ricavi estremamente variabili, che vanno poi ad incidere sulla reale competitività delle imprese.

2-268-500

**Czesław Adam Siekierski (PPE-DE), *na piśmie*.** – Przyjęty niedawno pakiet energetyczno-klimatyczny wymaga od nas zdecydowanych działań w kierunku osiągnięcia celów w nim zawartych.

Dotychczasowe działania UE w obszarze ograniczania emisji przemysłowych charakteryzowały się brakiem spójności i koordynacji, jak również dużym rozproszeniem. Dlatego gorąco popieram inicjatywę Komisji i sugestie sprawozdawcy. Zastąpienie licznych dyrektyw regulujących kwestię emisji przemysłowych jednym, spójnym aktem jest z pewnością krokiem w dobrym kierunku. Na moje wsparcie mogą także liczyć wszelkie inicjatywy mające na celu ograniczenie biurokracji, uelastycznienie przepisów dotyczących kontroli instalacji oraz zwiększenie przejrzystości. W pełni popieram również propozycję sprawozdawcy, aby zwiększyć rolę Parlamentu Europejskiego w pracach nad przyszłymi zmianami w ustawodawstwie.

2-269

**Γεώργιος Τούσσας (GUE/NGL), γραπτώς.** – Η πρόταση οδηγίας της ΕΕ για τις βιομηχανικές εκπομπές και οι τροπολογίες του ΕΚ αποκαλύπτουν, για άλλη μία φορά, ότι πραγματικός στόχος της "πράσινης οικονομίας" δεν είναι η προστασία του περιβάλλοντος αλλά η εξασφάλιση των κερδών του κεφαλαίου. Οι διακηρύξεις της ΕΕ για περιορισμό των εκπομπών αερίων που προκαλούν το φαινόμενο του θερμοκηπίου είναι ψευδεπίγραφες και αποπροσανατολιστικές.

Η οδηγία αυτή αφορά περισσότερες από 52.000 βιομηχανικές εγκαταστάσεις, οι οποίες αντιπροσωπεύουν μεγάλο μέρος των εκπομπών ρύπων στα κράτη μέλη της ΕΕ και είναι συνυπεύθυνες ακόμα και για τη μη επίτευξη των στόχων που η ίδια η ΕΕ έθεσε για τον περιορισμό της ατμοσφαιρικής ρύπανσης.

Οι πιο σημαντικές τροπολογίες του ΕΚ περιορίζουν σημαντικά το πεδίο δράσης της οδηγίας και εισάγουν στοιχεία ασάφειας και απροσδιοριστίας που λειτουργούν πάντα προς όφελος της πλουτοκρατίας και ενισχύουν την ασυδοσία του κεφαλαίου. Ταυτόχρονα οι ίδιοι οι βιομήχανοι ανάγονται σε καθοριστικό παράγοντα καθορισμού των επιπέδων εκπομπών που θα διαμορφώνονται σύμφωνα με τις δικές τους ανάγκες και προτεραιότητες, δηλαδή στη λογική του κέρδους.

Η διέξοδος για την προστασία του περιβάλλοντος εντάσσεται στην αντιμονοπωλιακή αντιιμπεριαλιστική πάλη των εργαζομένων ενάντια στην οικονομική κυριαρχία των μονοπωλίων, ενάντια στην πολιτική εξουσία τους. Ενάντια στην ΕΕ και στα κόμματα του ευρωμονόδρομου.

2-270

**- Report: Klaus-Heiner Lehne (A6-0044/2009)**

2-271

**Jan Andersson, Ole Christensen, Göran Färm, Anna Hedh, Dan Jørgensen, Poul Nyrup Rasmussen, Christel Schaldemose, Inger Segelström, Britta Thomsen and Åsa Westlund (PSE), in writing.** – The Commission's proposal on a Statute for a European private company allows an opportunity for unserious companies to circumvent the rules on workers participation. If the private European company has its registered office in a Member State with low or no workers' participation and performs its activities in another Member State with high participation, the company can circumvent the rules.

The Socialist Group in the Parliament has however, together with the ETUC, reached a compromise, which improve the Commissions proposal substantially. The compromise now state that when the companies have a certain quota of their employees in another Member State with higher workers participation, compared to the Member State where the company has its headquarters, the more favourable rules for workers participation will apply.

Although the compromise is far better than the original proposal, we have not succeeded fully. The levels to trigger workers participation are still high compared to the rules in some Member States and there are also problems with the definition of what is regarded to be a higher level of workers participation. We - the Danish and the Swedish delegations in the Socialist Group - have therefore decided to abstain our votes in the final vote.

2-272

**Johannes Blokland (IND/DEM), schriftelijk.** – Deze middag hebben we gestemd over het statuut van de Europese besloten vennootschap. Ik heb uiteindelijk tegen het voorstel gestemd en wel om de volgende redenen: Ten eerste ben ik van mening dat dit voorstel de rechtsonzekerheid in de Europese Unie vergroot. De verhouding tussen de nationale BV en de Europese BV, tussen toepasselijk nationaal recht en de tekst van de verordening wordt onvoldoende duidelijk. Hoe wordt omzeiling van nuttige nationale regelgeving voorkomen? Hoe verhoudt het voorstel zich tot consumentenbescherming?

Dergelijke vragen worden niet bevredigend beantwoord. Daarnaast hebben we vandaag gestemd over een ander verslag van de heer Lehne. Hierin doet hij aanbevelingen voor betere grensoverschrijdende verplaatsing van vennootschapzetels. Ik vind dit eigenlijk een veel beter idee dan het idee van de Europese BV. Als de Commissie zich ervoor zou inzetten om grensoverschrijdende zetelverplaatsing makkelijker te maken, met minder administratieve rompslomp, dan wordt het hele voorstel voor de Europese BV overbodig.

2-273

**Carlos Coelho (PPE-DE), por escrito.** – As grandes diferenças dos regimes jurídicos dos Estados-Membros obrigam muitas vezes a processos muito dispendiosos para as empresas que pretendem iniciar a sua actividade no exterior, em especial as PME que têm estruturas mais pequenas.

Com a criação deste diploma, dá-se mais um passo para o levantamento desses obstáculos, sobretudo num sector fundamental para a economia europeia.

A criação da «Sociedade Privada Europeia» permite que as PME estabeleçam as suas filiais com o mesmo estatuto, independentemente do país onde esteja sediada, negociando no seu país ou no estrangeiro, com o mesmo grau de facilidade.



O tempo e dinheiro que esta medida, decorrente do Small Business Act, poupa às PME apontam um rumo claro para a política empresarial europeia do futuro.

Por estas razões os deputados europeus do PSD apoiam o relatório.

2-274

**Avril Doyle (PPE-DE), in writing.** – Mr Lehne has proposed an own initiative report proposing a Council Regulation that aims to make it easier for Small and Medium Enterprises (SMEs) to facilitate cross-border transfers within the Community of the registered office of a company formed in a Member State of the Community. The aim is laudable; however, we must be cautious that this facility is not abused to undermine national company law while ensuring that the Statute (Societas Privata Europea) represents a viable alternative for businesses.

There are many proposals among the numerous amendments which remain highly contentious, including references to minimum capital, checks on registration, references to national law, cross-border components and employee participation. Certain amendments proposed by the ECON committee have called for uniformity in certain areas by 2010, including tax, effectively restricting the application of national law.

While accepting in principle the proposal of a European company operating according to the same principles EU-wide, the scope of this proposal should not extend to restricting national taxation decisions, which remain firmly the preserve of individual Member States.

2-274-500

**Lena Ek (ALDE), skriftlig.** – Jag röstade minus i slutomröstningen rörande stadgan för SPE-bolag. Grundtanken, att införa en gemensam europeisk bolagsform för privata bolag, är jättebra. Det är en reform som verkligen behövs.

Kommissionens förslag är riktigt dåligt. Gränsdragningen mellan när nationell rätt kontra SPE-stadgan skall tillämpas är väldigt otydlig. Stor del av bolagens regelverk skall behandlas i bolagsordningen. Även om detta kan vara positivt för somliga bolag, är vissa frågor av sådan karaktär att de måste vara tydligt preciserade i stadgan; exempelvis gränsdragningen mellan bolagsorganens kompetens samt skyddet för aktieägarminoriteter. Även graden av arbetstagarrepresentation i ledningen är dålig.

SPE-stadgan har väsentligt förbättrats under rådets pågående förhandlingar, och jag hyser fortfarande förhoppningar om att det slutgiltiga resultatet kommer att bli bra. Det är emellertid inte detta förslag vi idag har haft att ta ställning till. Det är Kommissionens förslag, i Lehnes förändrade skick. Och då är mitt beslut ganska enkelt: Oklarheterna och problemen i detta förslag överskuggar reformens positiva egenskaper, och risken är därför överhängande att vi får en stadga som kommer att motverka sitt syfte. Dessutom skulle ett bifall till denna rapport med tanke på de positiva framsteg som rådet redan ha gjort sätta käppar i hjulen för deras arbete.

Det är inte rådets förslag vi voterar, det i all väsentlighet Kommissionens. Därför valde jag att rösta nej.

2-274-750

**David Martin (PSE), in writing.** – This initiative creates a new European legal form intended to enhance the competitiveness of SMEs by facilitating their establishment and operation in the Single Market. I support the report which will lead to greater protection for workers and the information they are provided with by their company.

2-275

**Bernhard Rapkay (PSE), schriftlich.** – Die SPD-Abgeordneten haben für die Möglichkeit zur Gründung einer Europäischen Privatgesellschaft gestimmt. Sie geben hierzu aber folgende Erklärung ab:

Die Arbeitnehmermitbestimmung ist Kernbestandteil eines demokratischen und sozialen Europas. Deshalb muss das Recht auf Information, Konsultation und Mitbestimmung ohne Einschränkungen genauso ausgestaltet sein wie bei den bereits bestehenden Regelungen zur Europäischen Aktiengesellschaft und zur Europäischen Genossenschaft.

Die jetzt abgestimmte Fassung einer EPG verbessert den Vorschlag der Kommission in dieser Hinsicht – das ist der Grund für unsere Zustimmung –, verfehlt aber die Zielsetzung der Anpassung an die bereits bestehenden Regelungen. Die Gefahr einer Umgehung von Mitbestimmungsrechten ist nicht gebannt.

Das Verfahren ist nicht abgeschlossen. Wir fordern den Ministerrat auf nachzubessern:

- klare Verweise auf die Richtlinie zur Europäischen Aktiengesellschaft (SE), insbesondere auf deren Auffangregelung bzgl. Wahl von Mitgliedern in den Aufsichts- bzw. Verwaltungsrat,
- Vereinfachung der nicht praxisgerechten Regelung in Art. 34, deutliche Absenkung der Schwellenwerte,
- Festschreibung, dass eine EPG tatsächlich grenzübergreifend tätig ist.

Wir fordern die Kommission auf, endlich die 14. Richtlinie zur grenzüberschreitenden Sitzverlegung von Kapitalgesellschaften auf den Weg zu bringen, da die Mitbestimmungsrechte bei grenzüberschreitenden Sitzverlegungen sinnvollerweise nur durch eine europaweit geltende Richtlinie über die Beteiligungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewährleistet werden können.

2-275-250

**Luca Romagnoli (NI), per iscritto.** – Egregio Presidente, onorevoli colleghi, voto favorevolmente la proposta di relazione presentata dal collega Lehne, riguardante lo statuto della società privata europea. Mi trovo d'accordo con il lavoro svolto dal collega, atto a prevedere norme autonome per quegli elementi che sono essenziali per il normale funzionamento della SPE, come il capitale minimo, la partecipazione dei dipendenti e i controlli sulle registrazioni. Infine, per quanto concerne i rinvii ai diritti nazionali, penso che l'obiettivo del regolamento sulla SPE, ovvero la creazione di una forma societaria unitaria a livello comunitario, sia assolutamente condivisibile e auspicabile.

2-275-500

**Czesław Adam Siekierski (PPE-DE), na piśmie.** – W dobie panującego kryzysu gospodarczego rozwój sektora małych i średnich przedsiębiorstw jest bardzo pożądany. Powinniśmy dążyć do znoszenia barier administracyjnych i prawnych dla wszystkich tych, którzy chcą rozpocząć działalność. Wymogi proceduralne, biurokracja, wysokie koszty związane z rejestracją nie powinny stać na drodze rozwoju osób, które mają pomysł na biznes. Nowe firmy to nowe miejsca pracy, to pobudzanie wzrostu gospodarczego.

Unia Europejska to 27 państw, z których każde posiada odmienny system prawny i odmienne zasady tworzenia spółek. Stworzenie jednolitej dla całej UE formy prowadzenia działalności - europejskiej spółki prywatnej - z całą pewnością ułatwi życie wszystkim tym, którzy chcą rozpocząć działalność gospodarczą i pozwoli lepiej urzeczywistnić zasadę swobody przepływu kapitału.

Jednakowe wymogi dotyczące zakładania i prowadzenia działalności, niski kapitał zakładowy, uproszczone metody rejestracji przyczynią się z całą pewnością do sukcesu europejskiej spółki prywatnej. Będzie ona bardzo atrakcyjną alternatywą w stosunku do uregulowań krajowych. Zatem szybko, tanio i bez zbędnych formalności, ale przy zapewnieniu odpowiedniego poziomu bezpieczeństwa prawnego.

2-276

**- Report: László Surján (A6-0111/2009)**

2-277

**Hélène Goudin och Nils Lundgren (IND/DEM), skriftlig.** – Detta betänkande ropar på än mer ekonomiska resurser till område efter område i EU, samtidigt som man i medlemsstaterna måste spara inom bland annat vård, skola och omsorg.

Därtill kommer att flera områden som betänkandet pekar på, t ex finanskrisen, klimatförändringarna och energipolitiken, är förenade med enorma kostnader som inte står i någon proportion till EU:s budget. Detta är frågor som måste tas i de enskilda länderna efter en intern politisk process som leder till en demokratisk förankring av de uppföringar det är fråga om.

Vi har därför valt att rösta nej till detta betänkande om kommissionens budget för år 2010.

2-277-500

**Pedro Guerreiro (GUE/NGL), por escrito.** – Face à agudização da situação económica e social nos diferentes Estados-Membros, a UE não tomou, até à data, qualquer iniciativa efectiva que não tivesse como objectivo amparar o capital financeiro.

É urgente a adopção de medidas imediatas ao nível comunitário que contribuam para dar resposta efectiva às necessidades dos trabalhadores, do sector produtivo, das micro, pequenas e médias empresas, mobilizando os meios financeiros necessários.

Contudo, a UE debateu e aprovou um Orçamento para 2009 como se nada se estivesse a passar - um orçamento comunitário que, em termos relativos, é o mais baixo desde da adesão de Portugal à CEE -, evidenciando, uma vez mais, o seu carácter de classe.

Face à evidência da profundidade da crise capitalista (das suas políticas), o PE deixou de poder escamotear a realidade. Assim, a resolução agora aprovada refere, timidamente, que o orçamento comunitário para 2010 deverá ficar mais próximo dos limites estabelecidos no Quadro Financeiro 2007-2013 - que, além de claramente insuficiente, nem sequer é cumprido -, reconhecendo igualmente que a categoria das despesas é "insuficiente".

Como “gato esquálido de água fria tem medo”, esperemos que tal proclamada preocupação e intuito não sejam apenas suspiros momentâneos, tendo em conta as eleições para o PE, e que, como sempre, este não se fique apenas pelas boas intenções.

2-277-750

**Luca Romagnoli (NI), per iscritto.** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dopo aver attentamente letto il lavoro del collega Surjan sugli orientamenti per la procedura di bilancio 2010, decido di votare contro la relazione. Non penso che la credibilità del Parlamento Europeo derivi dalla promozione e dai collegamenti tra voci di bilancio: in tal modo si perderebbero i reali motivi che spingono le istituzioni europee ad agire. Inoltre, per quanto sia d'accordo con il principio della massima trasparenza, ritengo che i fondi da destinare ai vari settori debbano essere ripartiti senza alcuna discriminazione di efficienza o di risultato: anche i settori che hanno ottenuto pochi risultati vanno sovvenzionati, anzi, forse sono questi che hanno più bisogno della vicinanza istituzionale comunitaria.

2-278

**- Report: Vladimír Maňka (A6-0057/2009)**

2-279

**Hélène Goudin och Nils Lundgren (IND/DEM), skriftlig.** – I en tid då nedskärningar sker i vård, skola och omsorg inom den gemensamma sektorn borde besparingar ske även i EU:s institutioner. Vi anser att man definitivt borde skära i budgeten för Regionkommittén och Europeiska ekonomiska och sociala kommittén. EU:s skattebetalare skulle inte märka någon skillnad om dessa två institutioner blev ålagda ett rejält sparbeting.

Vi motsätter oss också en personalutökning för de politiska grupperna i Europaparlamentet. Detta är inte en nödvändig kostnad i dagens läge.

Öppnandet av ett museum för europeisk historia enligt Europaparlamentets presidiums beslut är inte heller någon god idé. Erfarenheten säger att ett sådant museum kommer att utformas som propaganda för ett än mer federalt EU.

Vi har därför valt att rösta nej till detta betänkande om bland annat Europaparlamentets budget för år 2010.

2-279-500

**Pedro Guerreiro (GUE/NGL), por escrito.** – Consideramos positivo que as questões linguísticas sejam, agora, encaradas pelo PE como um "princípio fundamental" das suas prioridades para o Orçamento comunitário para 2010:

- “Sublinha o princípio fundamental de que todos os Estados-Membros devem beneficiar de serviços integrais e de qualidade que lhes dê a possibilidade de trabalhar, de se exprimirem e de obter todos os documentos na sua língua materna (...)”;

- “Considera que em 2010 devem ser envidados todos os esforços para que os deputados de todas as nacionalidades e línguas sejam tratados em pé de igualdade no que se refere à possibilidade de desempenharem a sua missão e exercerem a sua actividade política na sua própria língua, se o desejarem”;

- “sublinha, (...), o princípio da legitimidade democrática de todos os deputados e o seu direito ao pleno multilinguismo; considera, por conseguinte, que o orçamento pode e deve ser utilizado para atingir este objectivo (...)”;

No entanto, não esquecemos que as propostas apresentadas em sede de orçamento pelos deputados do PCP - onde se exigia a disponibilidade de todas as línguas oficiais da UE nas reuniões (quer estas se realizem nas instituições comunitárias ou em reuniões externas no âmbito dos trabalhos parlamentares) - tenham sido sucessivamente rejeitadas ao longo dos anos.

2-279-750

**Luca Romagnoli (NI), per iscritto.** – Egregio Presidente, onorevoli colleghi, non approvo la relazione presentata dal collega Maňka sugli orientamenti per la procedura di bilancio 2010, e quindi voto contro. Al punto 5 della proposta di risoluzione, infatti, si parla del totale adattamento in vista dell'ingresso della Croazia in Unione Europea. Ma, in queste situazioni, su ventisette membri e un nuovo potenziale entrante, dovrebbe adattarsi l'ultimo arrivato e non il resto dei paesi, come scritto nella risoluzione. Inoltre, non mi sento di condividere la proroga per il secondo anno dell'esercizio pilota volto a rafforzare la cooperazione tra il suo Ufficio di presidenza e la commissione per i bilanci, poiché non lo ritengo utile ed efficace.

2-280

**- Report: Christel Schaldemose (A6-0064/2009)**

2-281

**Jim Allister (NI), in writing.** – This report addresses significant weaknesses in the current regulatory framework. In particular, I have been concerned about the lack of accountability of EU-based companies trading in the UK which are able to advertise in the UK, but do not need to apply for a licence. Indeed, the UK vice tax has only encouraged this worrying pattern of companies establishing themselves overseas and thus avoiding the need to apply for a UK licence. I therefore welcome this report, which should go some way to tackling this problem.

2-282

**Liam Aylward, Brian Crowley and Eoin Ryan (UEN), in writing.** – Consumer protection is of paramount importance to all Member States. It is also an area in which Member States can cooperate to ensure protection for consumers availing of

cross-border services. Ms. Schaldemose's report on the integrity of online gambling is an example of how a pragmatic, cooperative approach from Member States can result in an approach that has consumer protection at its core.

The report recognises that the integrity of online gambling is best dealt with by recognising the principle of subsidiarity in this area and allowing Member States to regulate the industry themselves. However, it calls for cooperation and coordination on combating fraud and crime and addressing social and public order problems such as addiction and personal data protection.

Central to the report is the safeguarding of the integrity of sports and sporting events. It is absolutely essential that sport is first and foremost recognised for its social, entertainment and health values and that these values are in no way threatened or manipulated for financial gain. Online gambling is enjoyed by many European citizens. We must ensure that these citizens are protected and I believe that Ms. Schaldemose's report is an important step in that regard.

2-283

**Martin Callanan (PPE-DE), in writing.** – I support a more open gaming environment in Europe. For too long now, national monopolies controlled by governments have prevented new entrants from offering gaming services in Europe.

Online gambling offers a new way for consumers to enjoy their gaming experience. I have no problem with responsible gamblers participating in online gaming activity offered by responsible operators. This report seeks to ensure a high level of consumer protection and to ensure a fair and transparent gaming environment in cyberspace. It is also important in my view to take all reasonable steps to prohibit minors from gaming online.

Of course, there are concerns about the social effects of gambling and these are concerns that I share. However, I think that in the past far too much responsibility has been put on gaming companies and not enough on individuals. Ultimately, the decision on whether or not to gamble is a personal decision and the individual must be responsible for the consequences.

2-283-500

**Eija-Riitta Korhola (PPE-DE), kirjallinen.** – Arvoisa puhemies, olen erittäin tyytyväinen Schaldemosen online-rahapelien integriteettiä koskevan mietinnön äänestystulokseen. Se osoittaa, että laaja enemmistö parlamentin jäsenistä pitää rahapelejä erityisenä taloudellisena toimintana, johon ei voida soveltaa yksinomaan sisämarkkinasääntöjä.

Pelaamisen sosiaaliset ja terveydelliset vaikutukset, kuten myös siihen liittyvät rikoksen riskit sekä kulttuurilliset erityispiirteet, tulee ottaa huomioon. Niin myös se, että useat tutkimukset osoittavat internetin välineenä moninkertaistavan kyseiset riskit. On selvää, että yksikään viranomainen ei pystyisi kontrolloimaan internetissä tapahtuvaa pelaamista koko Euroopan laajuisesti.

Schaldemosen mietintö nostaa myös esiin rahapelitoiminnan myönteiset vaikutukset, joiden suojelemista pidän erityisen tärkeänä. Useissa Euroopan maissa kyseiset pelit nimittäin tuottavat merkittäviä summia mm. taiteelle, tieteelle, kulttuurille, nuorisotyölle ja sairaaloille. Tuhannet kansalaisjärjestöt hyötyvät niiden tarjoamasta rahoituksesta, minkä lisäksi rahapelit ovat EU:n laajuisesti urheilujärjestöjen ja etenkin ruohonjuuritason urheilutoiminnan suurin tulonlähde.

Se että parlamentin enemmistö haluaa säilyttää nykyiset rahapelipolitiikkaa koskevat kansalliset lait eikä korvata niitä pelkällä ohjesäännöstöllä, joka tarjoaisi huomattavasti heikomman kuluttajansuojan, ei tarkoita etteikö markkinoita saisi vapauttaa. Se tarkoittaa ainoastaan sitä, että liberalisoinnin on tapahduttava jäsenmaiden omilla ehdoilla. Ja mikäli kansallinen monopoli halutaan säilyttää, sen on oltava syrjimätön ja juridisesti perusteltavissa.

2-284

**Mairead McGuinness (PPE-DE), in writing.** – I voted against the report on the integrity of on-line gambling as I believe the alternative motion, which was rejected by the plenary, would have better reflected the up-to-date position in the on-line gambling sector.

I share concerns about citizens being ripped off and the worries about gambling addiction, but note that gambling is controlled in the majority of Member States in order to protect citizens against gambling addiction and fraud and to prevent money laundering.

We need to prevent problem gambling and under-age gambling, in addition to fighting fraud and crime. I believe that the alternative resolution would have addressed those concerns more effectively.

2-285

**Seán Ó Neachtain (UEN), i scríbhinn.** – Tá cosaint an tomhaltóra ríthábhachtach do na Ballstáit uilig. Chomh maith leis seo, is réimse é seo ina bhfuil géarghá le comhoibriú idir na Ballstáit, go háirithe ó thaobh seirbhísí trasteorann de. Léiríonn an tuarascáil seo ar chearrbhachas ar líne gur féidir le cur chuige pragmatach, bunaithe ar chomhoibriú, a chinntiú go mbíonn cosaint an tomhaltóra i gcoirlár pholasaithe an Aontas Eorpaigh

Aithníonn an tuarascáil seo gurb é an cur chuige is fearr atá ann le déileáil le cúrsaí cearrbhachais ar an idirlíon ná aitheantas a thabhairt do phrionsabal na coimhdeachta san earnáil seo agus cúrsaí rialúcháin a fhágaint faoi gach Ballstát aonair. É seo ráite, aithníonn an tuarascáil gur tríd an gcomhoibriú agus tríd an gcomhordú is fearr a bheidh Ballstáit an Aontais Eorpaigh in ann dul i ngleic le calaois, coireanna, agus fadhbanna sóisialta.

I gcroílár na tuarascála tá an tábhacht a bhaineann le spórt agus an gá atá ann sláine agus macántacht spóirt a chaomhnú. Caithfear luach sóisialta agus cultúrtha chúrsaí spóirt a chosaint agus a chinntiú nach ndéantar mí-ionramháil air ar son airgid nó a leithéid. Baineann roinnt mhaith daoine san Aontas Eorpach sult as cearrbhachas ar líne. Caithfidh a chinntiú go bhfuil na daoine seo slán ón olc ar líne.

2-286

**Luca Romagnoli (NI), *per iscritto*.** – Signor Presidente.

Voto favorevolmente la relazione presentata dal collega Schaldemose sull'integrità del gioco d'azzardo online. Sono fermamente convinto che in questo settore che, detto per inciso, genera un'importantissima fonte di reddito per le organizzazioni sportive, ci debba essere una trasparenza completa che tuteli gli interessi pubblici e dei consumatori. Ritengo, infine, che una regolamentazione omogenea, e non eterogenea come quella vigente, possa essere di grande aiuto al fine di evitare che il gioco d'azzardo online possa essere avvertito come un problema sociale.

2-286-500

**Toomas Savi (ALDE), *in writing*.** – Unfortunately I was unable to participate in the votes on Christel Schaldemose's report on the integrity of online gambling. However, I would like to use this opportunity to agree with the rapporteur, as the report points out several important and dangerous aspects concerning the online gambling. In 2004 the online gambling accounted for roughly 5% of the total gambling market in the EU and the numbers have been increasing rapidly over the past years.

It is important to understand, that different illegal activities such as credit card frauds, minors accessing to gambling, match-fixing etc are currently inevitable parts of online gambling. Also, the number of people addicted to gambling is likely to rise, as for many, the online gambling is very convenient.

The impact of online gambling, as the rapporteur points out correctly, has not been examined in depth yet. Therefore, for the protection of the citizens, it is crucially important, that all the Member States do an intensive research on the effects of online gambling as well as improve the monitoring and regulating of the gambling markets.

2-287

**Christel Schaldemose (PSE), *in writing*.** – The Schaldemose report on the integrity of online gambling sets out Member States' responsibilities in regulating their gambling markets so as to protect vulnerable consumers, especially children, to tackle crime and to protect sporting events from risks such as match-fixing.

Gambling was removed from the Services Directive by MEPs on account of its special status, and there is clearly no willingness to create EU-level legislation. Labour MEPs therefore strongly support the report's call for Member States to regulate their gambling markets to protect consumers. The report also makes clear that such regulation must be proportionate and non-discriminatory, as set out in the EU Treaties.

As such, Labour MEPs believe that the UK Gambling Act represents Treaty-compliant legislation that aims to ensure fair and open access to gambling services, while preventing crime and protecting children and the vulnerable. A number of Member States are currently reviewing their legislation on gambling to ensure it is compliant with the EU Treaties.

Labour MEPs emphasise that authorities across the EU must remain vigilant and cooperate against all risks of crime, match-fixing, and threats to young people and the vulnerable from all forms of gambling. Labour MEPs welcome continued efforts by reputable operators of online gambling services to take action to ensure such concerns are met.

2-288

**Marianne Thyssen (PPE-DE), *schriftelijk*.** – Het uitbaten van kansspelen en weddenschappen is geen economische activiteit zoals een andere, zoals sommigen in dit huis menen. Het Europees Hof van Justitie heeft in haar rechtspraak bevestigd dat het de lidstaten zelf zijn die bepalen welk niveau van bescherming zij geschikt achten om hun burgers te beschermen tegen de aan gokken verbonden gevaren.

Subsidiariteit betekent hier dus dat de lidstaten hun gokmarkten overeenkomstig hun traditie en cultuur moeten kunnen controleren én reguleren en dit om de consument te beschermen tegen de gevaren van verslaving, fraude en witwaspraktijken. Gezien de extra risico's die online gokken met zich brengen, ben ik ervan overtuigd dat nationale regelgeving niet kan worden vervangen door pan-Europese zelfregulering van de kansspelindustrie.

Ik sluit me daarom aan bij de ruime meerderheid van mijn IMCO-collega's, die menen dat de zuivere internemarktbenadering van kansspelen niet van toepassing is. Ik heb daarom ten volle het verslag-Schaldemose gesteund.

2-289

**- Report: Maria Petre (A6-0088/2009)**

2-289-500

**Adam Bielan (UEN), na piśmie.** – Panie Przewodniczący! Poparłem sprawozdanie pani Marii Petre dotyczące zapewnienia jakości żywności. Jednocześnie wyrażam zaniepokojenie, że dla przeciętnego konsumenta różnice między chronionymi nazwami pochodzenia (PDO) i chronionymi oznaczeniami geograficznymi (PGI) nie są znane. Uważam, że przeprowadzenie kampanii informacyjnej w tym zakresie jest konieczne.

2-290

**Šarūnas Birutis (ALDE), raštu.** – Valstybės narėse reikia skatinti tas kokybės užtikrinimo sistemas, kurias Europos vartotojai jau gerai žino, nereikėtų šių sistemų vienodinti ar sujungti į vieną. Kad būtų užtikrintos Bendrijos kokybės sertifikavimo minimalios normos, jos turi būti įvertintos ir pripažintos Europos mastu. Todėl reikia, kad Komisijoje būtų tarnyba, kuri atsakytų už šių sistemų naudojimo Europos mastu patvirtinimą ir leidimą bei užtikrintų vienodą ir veiksmingą kontrolę europiniu ir nacionaliniu lygmeniu.

2-291

**Nicodim Bulzesc (PPE-DE), în scris.** – Am votat favorabil acest raport deoarece sunt de acord cu introducerea unei indicații obligatorii privind locul de producere a produselor primare, printr-o etichetă indicând țara de origine, reflectând astfel dorința consumatorului de a ști mai multe despre originea produsului pe care îl cumpără. Un astfel de sistem ar trebui aplicat și produselor alimentare procesate, indicând originea principalelor ingrediente și materii prime și precizând locul de origine al acestora, precum și locul prelucrării finale.

2-292

**Niels Busk, Anne E. Jensen og Karin Riis-Jørgensen (ALDE), skriftlig.** – Venstres medlemmer af Europa-Parlamentet Anne E. Jensen, Karin Riis-Jørgensen og Niels Busk har stemt for Petres initiativbetænkning om fødevarekvalitet ud fra en afvejning, og fordi der kun er en samlet afstemning. Der er mest, vi kan støtte i betænkningen, men også flere ting, vi ikke bakker op omkring.

2-292-500

**Richard Corbett (PSE), in writing.** – I was disappointed to have to abstain on this report, which should have followed up on the Commission's Green Paper in looking at how farmers across Europe get the maximum benefit in the marketplace from the high standard of their produce. It does focus on important issues such as country of origin labelling, developing the organic market, where European products are the finest in the world, and exploiting the strengths of farming in Europe to give our farmers an advantage when taking their products to market – and this part is welcome.

Unfortunately, however, the report has been hijacked by the protectionist elements in the Committee on Agriculture, and particularly by those who seek to justify massive market-distorting CAP subsidies and who want to make it harder for produce from third world countries to be imported to the EU.

2-293

**Constantin Dumitriu (PPE-DE), în scris.** – Dați-mi voie să o felicit pe colega mea, doamna Maria Petre, pentru acest excelent raport.

Sunt câteva puncte pe care trebuie să le avem în vedere atunci când vorbim despre calitatea produselor europene:

1. Implementarea „accesului la piață calificat” reprezintă o soluție pentru a garanta că produsele accesibile consumatorilor europeni, fie că sunt produse aici sau importate, corespund aceluiași standard.
2. Costurile pe care le suportă producătorii europeni pentru a asigura siguranța alimentelor și cerințele legate de eco-condiționalitate, costuri care ar trebui să fie acoperite prin fondurile PAC
3. Promovarea produselor agricole și alimentare specific europene. Așa cum am solicitat și în raportul referitor la modificarea regulamentului 3/2008, trebuie mărit procentul de co-finanțare al Uniunii Europene. Concomitent, însă, avem nevoie o simplificare a procedurilor birocratice pentru sistemul specialităților tradiționale garantate și de o mai bună protecție a produselor cu indicație geografică sau denumire de origine.

Sper ca recomandările pe care le vom adopta vor fi cât mai rapid preluate de către Comisia Europeană și statele membre pentru că nu ne permitem să pierdem timpul în astfel de momente când cetățenii europeni sunt loviți de efectele unei crize economice extrem de grave.

2-294

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL), por escrito.** – Apesar das boas intenções manifestadas, o relatório mantém e até aprofunda as políticas que estão na origem dos problemas vividos por muitos pequenos produtores, nomeadamente em Portugal. Invocando aquilo que designam como "promoção da qualidade dos produtos agrícolas europeus", aumentam os custos de produção a quem já tem dificuldades para se manter na produção, sobretudo os pequenos produtores, como é o caso das

pequenas ou muito pequenas queijarias do queijo Serra da Estrela, com uma produção de inegável qualidade. É inadmissível que, para além dos produtores terem que fazer face a novas exigências para continuar a produzir sem a devida compensação financeira, ainda lhes sejam acrescentados os custos das exigências do "controlo oficial" sanitário. Ao contrário do que se apregoa, a produção de efectiva qualidade corre sérios riscos de desaparecer.

Aplicar uma harmonização das normas de produção e comercialização tanto a pequenos produtores como à agro-indústria é inaceitável. A aplicação destas normas está a arruinar a diversidade produtiva e cultural de países como Portugal. É importante inverter este rumo e promover a produção e o consumo ao nível local e considerar a agricultura como uma actividade sensível, a qual não é compatível com este modelo de liberalização comercial, insustentável ambientalmente e com enormes riscos para a saúde humana.

2-295

**Duarte Freitas (PPE-DE), por escrito.** – Concordo com o relatório, pois considero necessária a diminuição da burocracia e da complexidade do sistema de normas, para que assim se torne mais fácil a regulamentação e o controlo da qualidade dos produtos agrícolas.

Esta simplificação levaria, por consequência, a uma diminuição dos custos administrativos para as entidades públicas.

Saúdo ainda a atenção especial dada às denominações de origem e ao pedido à Comissão que introduza esta questão na ordem do dia da OMC.

2-296

**Bruno Gollnisch (NI), par écrit.** – On ne peut qu'approuver les intentions du rapport : veiller à la qualité des produits alimentaires européens, à la compétitivité des producteurs, à une information simple mais complète du consommateur sur l'origine des produits, au respect des appellations d'origine et des labels de qualité, à une meilleure définition des produits traditionnels ou bio...

Et le rapporteur à raison de souligner qu'il est nécessaire de prévoir que les importations de produits agricoles et alimentaires en Europe doivent répondre aux mêmes normes que celles imposées aux producteurs européens, ce qui n'est hélas pas toujours le cas. Il a raison de vouloir mettre en œuvre un accès conditionnel à nos marchés...

Il reste cependant quelques problèmes à régler : celui de la concurrence intra-communautaire déloyale, lorsqu'un Etat membre impose des normes plus strictes que celles prévues au niveau communautaire, notamment pour des raisons de santé publique ou de protection de l'environnement. Cet Etat devrait pouvoir, ne vous en déplaise, appliquer les mêmes règles que celles que vous demandez au niveau de l'OMC.

Pose également problème la cohérence avec les préoccupations environnementales de ce Parlement, qui devrait se préoccuper de promouvoir les circuits courts (manger des produits de saison produits localement), plutôt qu'une adaptation forcément imparfaite au marché mondial.

2-297

**Hélène Goudin och Nils Lundgren (IND/DEM), skriftlig.** – Detta betänkande utanför lagstiftningsförfarandet förordar en mängd kostnadskrävande förslag såsom till exempel en EU-myndighet för produktkvalitet och nya säljfrämjande och säljstödande åtgärder inom jordbruket. Vi vill också varna för att det i betänkandet finns formuleringar som kan leda till en än mer protektionistisk politik för jordbruksvaror från EU:s sida.

Som vanligt kan vi i Junilistan konstatera att det i detta läge är tur att inte Europaparlamentet har medbeslutande i EU:s jordbrukspolitik, ty då skulle unionen hamna i en fälla av protektionism och tunga subventioner till olika grupper inom jordbruksnäringen.

2-298

**Mieczysław Edmund Janowski (UEN), na piśmie.** – W głosowaniu opowiedziałem się za przyjęciem sprawozdania posel Marii Petre na temat zapewnienia jakości żywności. Kwestia harmonizacji i wzajemnego uznawania norm w zakresie artykułów żywnościowych jest bardzo ważna dla zapewnienia zdrowia ludzi. Dziś coraz powszechniejsza staje się świadomość relacji między zapałalnością na różne choroby, a jakością spożywanej żywności. Samo określenie „zdrowa żywność” zdaje się zawierać paradoks. Czy bowiem, coś o czym wiadomo, że nie służy zdrowiu, można w ogóle nazywać żywnością? Jakość produktów spożywczych ma fundamentalne znaczenie dla bezpieczeństwa żywnościowego naszych obywateli. Kryteria, które powinny spełniać te produkty, muszą być jednoznaczne, zgodne ze stanem wiedzy i zasadami higieny oraz przyczyniające się do ochrony środowiska, respektujące zasady właściwego traktowania zwierząt rzeźnych. Artykuły żywnościowe muszą nadto być odpowiednio pakowane, transportowane oraz przechowywane.

Konsument winien mieć także pełną informację o kupowanym produkcie, jego składnikach, ewentualnej modyfikacji genetycznej, miejscu wytworzenia, warunkach przetrzymywania, sposobie przyrządzania, dacie przydatności do spożycia, gwarantującej dobrą jakość. Sprawozdawczyni opowiada się za tym, aby – dla zapewnienia minimalnych unijnych norm certyfikacji – wprowadzić na poziomie Komisji Europejskiej służby odpowiedzialne za sprawy certyfikacji oraz jakości

produktów spożywczych. Powinno to zapewnić jednolity system kontrolny na poziomie UE oraz państw członkowskich. Bazując na wcześniejszej rezolucji sprawozdanie popiera wprowadzenie specjalnego znaku jakości produktów europejskich.

2-299

**Andreas Mölzer (NI), schriftlich.** – Durch die weltweite Finanz- und Lebensmittelkrise wird am Konsum gespart, weshalb der Umsatzanteil der Discounter gestiegen ist. Zudem erlegen wir unseren heimischen Nahrungsmittelproduzenten restriktive Produktionsvorschriften auf und fördern Gütesiegel und Co. Zeitgleich werden Produkte importiert, welche sich nicht an die heimischen Qualitätsstandards halten und bei denen die Einhaltung derselben nicht kontrolliert werden kann. Damit aber geraten die heimischen Landwirte unter starken Druck, es ist darauf zu achten, dass das Bauernsterben gerade in dieser schwierigen Situation nicht eskaliert und wir EU-weit die Selbstversorgungsfähigkeit mit Lebensmitteln verlieren.

Menschen, die bereit sind, für die Qualität ihrer Lebensmittel zu zahlen, verlieren im Wirrwarr der Gütesiegel und Zeichen nur allzuleicht den Überblick – nicht alles, wo Bio drauf steht, stammt aus dem heimischen Markt, nicht überall, wo ein Staat als Herkunftsland angegeben wird, stammen wirklich alle Zutaten aus diesem Land. Hier wird einiges an Schindluder getrieben, und immer wieder kommen Lebensmittelskandale und Etikettenschwindel ans Tageslicht. Die Konsumenten müssen sich endlich auf die Kennzeichnung verlassen können. Die vorliegende Initiative scheint in diese Richtung zu gehen, weshalb ich ihr zugestimmt habe.

2-300

**Alexandru Nazare (PPE-DE), în scris.** – Raportul pe care colega mea, doamna Maria Petre, l-a prezentat astăzi în fața noastră conține o serie de recomandări pe care le susțin cu încredere: de la simplificarea birocratică în ceea ce privește asigurarea standardelor de calitate, la reducerea poverilor financiare pe care le suportă producătorii și până la susținerea produselor tradiționale, a celor cu denumire de origine sau indicație geografică.

Într-un moment în care ne confruntăm cu o gravă criză economică avem obligația să luăm măsuri prin care să sprijinim agricultorii și procesatorii europeni și să asigurăm consumatorilor acces la cele mai bune produse cu cele mai avantajoase prețuri.

Cred că este necesar să asigurăm o corectă informare a consumatorilor asupra originii produselor pentru a susține agricultura europeană, dar nu trebuie să confundăm aceste prevederi referitoare la o marcă europeană a calității cu un protecționism care să închidă accesul pe piața comunitară. Cred mai degrabă că introducerea acestei mărci trebuie să aibă drept obiectiv promovarea produselor europene și a avantajelor pe care acestea le au în fața celor din țări terțe și o mai bună informare a consumatorilor europeni. În același timp, un sistem pentru recunoașterea originii produselor va contribui la reducerea panicii „produselor contaminate”.

2-301

**Luca Romagnoli (NI), per iscritto.** – Signor Presidente.

Esprimo il mio voto favorevole in merito alla relazione presentata dal collega Petre riguardante la garanzia sulla qualità degli alimenti e sulla armonizzazione delle norme in questione. Penso che l'argomento sia di estrema importanza, perché la qualità degli alimenti incide in misura sempre maggiore sulla qualità della vita dei cittadini europei. L'UE, infatti, deve insistere affinché la totalità dei prodotti alimentari rispetti i requisiti di produzione, in particolar modo in materia di igiene e di sicurezza. Inoltre l'Unione europea è tenuta a garantire un'equa concorrenza tra i prodotti autoctoni e quelli dei paesi terzi. Infine, condivido l'opinione della relatrice quando afferma che, per quanto concerne le IGP (indicazioni geografiche protette), le DOP (denominazioni di origine protetta) e le STG (specialità tradizionali garantite), bisogna offrire un'assistenza tecnica comunitaria in vista dell'attuazione di tali sistemi negli Stati membri e della valorizzazione dei prodotti di origine protetta.

2-302

**Olle Schmidt (ALDE), skriftlig.** – Jag valde att inte stödja Maria Petres betänkande om att främja och stärka märkningar av livsmedel. Betänkandet innehöll bra förslag om regelförenklingar och kortare handläggningstider. Dock övervägdes dessa i min mening av protektionistiska skrivningar om villkorat marknadstillträde samt viljan att skapa en överstatlig myndighet för produktkvalitet.

2-303

**Γεώργιος Τούσσας (GUE/NGL), γραπτώς.** – Όταν η παραγωγή τροφίμων πραγματοποιείται με γνώμονα το κέρδος και όχι την ικανοποίηση των λαϊκών αναγκών και η παραγωγή και εμπορία τροφίμων συγκεντρώνεται σε όλο και λιγότερα χέρια και καθορίζεται από πολυεθνικές τροφίμων και καρτέλ (επιλογές που χαρακτηρίζουν την πολιτική της ΕΕ και των κυβερνήσεων των κρατών μελών), τότε τα τρόφιμα δεν μπορούν να είναι ούτε φτηνά ούτε ποιοτικά.

Η υποτιθέμενη στροφή προς τα ποιοτικά τρόφιμα δεν αποσκοπεί στην αύξηση του αγροτικού εισοδήματος ή την ικανοποίηση των λαϊκών αναγκών. Στοχεύει στην αύξηση της ανταγωνιστικότητας και των κερδών για τις πολυεθνικές,



στη μεγαλύτερη εκμετάλλευση του αγροτικού δυναμικού, την ακόμα μεγαλύτερη συγκέντρωση της γης και τον έλεγχο της παραγωγής.

Η εισαγωγή και καλλιέργεια μεταλλαγμένων και τα αλληπάλληλα διατροφικά σκάνδαλα δείχνουν ότι η ποιότητα και η ασφάλεια των τροφίμων στην ΕΕ υποτάσσεται στα μεγάλα συμφέροντα.

Η ποιοτική ταξινόμηση των τροφίμων αποτελεί ταξική διατροφική διαφοροποίηση, που ανταποκρίνεται στη λογική της αγοράς. Πρώτης ποιότητας τρόφιμα για τα ψηλά εισοδήματα και δεύτερης ποιότητας για τη λαϊκή οικογένεια.

Οι μικρομεσαίοι αγρότες έχουν κάθε συμφέρον να αντιταχθούν στην ΚΑΠ και την ΕΕ, στο ξεπούλημα τους στο μεγάλο κεφάλαιο, να συνταχθούν με το ΚΚΕ και την ΠΑΣΥ, τους εργαζόμενους και τους αυτοαπασχολούμενους, στην κοινωνική συμμαχία για την ανατροπή της κυριαρχίας και της εξουσίας των μονοπωλίων.

2-304

**- Report: Jonathan Evans (A6-011/2009)**

2-305

**Šarūnas Birutis (ALDE), raštu.** – Konkurencijos politikos atnaujinimas yra itin svarbus veiksnys rengiant naują ES konkurencijos politikos užtikrinimo struktūrą ir veikimą. Esminiai šio proceso elementai yra nacionalinių konkurencijos institucijų bendradarbiavimas ir koordinavimas per Europos konkurencijos tinklą. Europos Parlamentas išreiškė rimtą susirūpinimą, kad be veiksmingo EKT politikos atnaujinimas iš esmės nebūtų konkurencijos politikos renacionalizavimas, o tai akivaizdžiai pakenktų vienodo konkurencijos politikos užtikrinimo visoje ES koncepcijai. 2006 ir 2007 m. ataskaitose teigiamai įvertintas EKT darbo veiksmingumas ir plėtra, remiantis lankstumo ir pragmatiškumo kriterijais. Sveikintinos yra ir pastangos finansuoti valstybių teisėjų, aiškinančių ES konkurencijos teisę ir užtikrinančių jos įgyvendinimą, mokymą ir teisminių bendradarbiavimą.

2-306

**David Casa (PPE-DE), in writing.** – This report highlights the importance of the free trade and fair competition principle and affirms the importance of what was signed in the Treaty of Rome. We must ensure effective anti-trust measures so that we will be protected against restrictive trade abuse.

2-307

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL), por escrito.** – Votámos contra o relatório, dado que nem sequer aceitaram uma proposta de preocupação com os abusos de dominação do mercado por parte de grandes empresas, nomeadamente no que diz respeito a grandes cadeias de supermercados, que abusam do seu poder de compra para forçar em baixa os preços pagos aos fornecedores situados na União Europeia e em países terceiros.

De igual forma, não mostraram a determinação necessária para investigar o impacto que a concentração do sector dos supermercados tem nas pequenas empresas, nos fornecedores, nos trabalhadores e nos consumidores e, em particular, para avaliar os abusos do poder de compra que podem decorrer dessa concentração.

A resolução adoptada mantém toda a linha de intervenção na defesa da concorrência e contra os serviços públicos, dando seguimento à famigerada directiva Bolkestein, insistindo sempre na necessidade de cumprimento das regras do mercado interno. E, lamentavelmente, mesmo quando fala da crise e das dificuldades das economias, insiste na vigilância da Comissão para não pôr em causa a concorrência. Ou seja, perante a crise que o capitalismo neoliberal provocou, a solução é mais do mesmo, o que é inaceitável.

2-308

**Luca Romagnoli (NI), per iscritto.** – Signor Presidente, comunico il mio voto favorevole in merito alle relazioni presentate dal collega Evans riguardanti le politiche di concorrenza del 2006 e del 2007. Nel settore della concorrenza, in questi anni, sono stati compiuti enormi passi in avanti. Se pensiamo, infatti, al controllo delle concentrazioni tra imprese e agli aiuti di Stato (problema diventato di primaria importanza in seguito alla crisi finanziaria ed economica dei mercati), la Commissione ha svolto una mole di lavoro sempre maggiore. È per questo motivo che condivido il parere del collega quando si parla di un necessario ammodernamento del quadro giuridico e istituzionale del settore.

2-309

**Peter Skinner (PSE), in writing.** – Given the state of the economic crisis which grips the European Union and which has a global reach, it was important for Parliament to find agreement. This report has finally found a route to agree between ourselves in the Committee on Economic and Monetary Affairs. Obviously, concerns about state intervention are of the highest ranking but, given the nature of the damage caused by under-consumption and a shrinking manufacturing base, some relief at the level of government expenditure is necessary.

2-310

**- Report: Edit Herczog (A6-0074/2009)**

2-311

**Liam Aylward (UEN), in writing.** – Small businesses are the backbone of the European economy, accounting for 98% of all European businesses and employing up to 60% of the EU's workers. The European Commission is to be applauded in its initiatives to date and its continuing work aimed at eliminating red tape for small businesses. Ms Herczog's report recognises the work done by the Commission and calls for further steps in this direction.

While I certainly support many of the comments contained in the report on the Small Business Act, I was very disappointed that the report that emerged from the Committee on Industry, Research and Energy contained a paragraph calling for a common consolidated corporate tax base. I would have hoped that there would be global recognition at this stage that the CCCTB proposal is badly thought out and ill-advised. This issue is of such importance to Ireland, especially in these economic times, that I had to vote against this proposal. Doing so will have no adverse effects on the commendable work that is being done for small business but will send out a strong message that we must take a stand against unproductive, unwieldy and ill-conceived proposals that will be of no benefit to the European economy.

2-312

**Gerard Batten, Nigel Farage and Jeffrey Titford (IND/DEM), in writing.** – This act proposes various measures, some of which might be of assistance to small businesses, but whose overall effect is to promote EU control, churning of the population, feminist agendas and infiltration of businesses by EU officials 'on work experience'. These elements make it impossible for UKIP to support this proposal.

2-313

**Šarūnas Birutis (ALDE), raštu.** – Globali finansinė krizė, sulėtėjęs ekonomikos augimas neigiamai įtakoja verslumo lygį, todėl sveikintinos šios SVA įtvirtintos priemonės, kurių įgyvendinimas ekonomikos augimui būtų pats efektyviausias: sudaryti kuo palankesnes sąlygas MVĮ gauti finansavimą; supaprastinti verslo perdavimo sąlygas; sąžiningiems verslininkams, patyrusiems bankrotą, suteikti galimybę antrą kartą pradėti verslą. Labai svarbi iniciatyva MVĮ sudaryti kuo palankesnes sąlygas gauti finansavimą (rizikos kapitalą, mikrokreditus ir pan.).

Kylant energijos ir žaliavų kainoms, MVĮ tampa ypač pažeidžiamos, todėl įgyvendinant SVA yra sustiprinamas konkurencingumo aspektas. Tik kompleksinės priemonės, t. y. aukštesnių gamybos procesų ir produktų ekologinių standartų ES viduje skatinimas, kartu su tų pačių standartų populiarinimu visame pasaulyje bei dar labiau sustiprinta ES rinkos priežiūra galės prisidėti prie bendrų pasaulinių iššūkių, tokių kaip klimato kaita, iškastinių energetinių resursų mažėjimas.

2-314

**David Casa (PPE-DE), in writing.** – Every initiative that supports SMEs or improves their conditions should be applauded, and this report has many valid arguments that will be of great value to SMEs throughout Europe. We must capitalise on the major benefits of the current progress and ensure that we include the creation of a superior operational business environment for SMEs, including a more effective regulatory culture taking root across Europe.

2-315

**Derek Roland Clark (IND/DEM), in writing.** – This report proposes various measures, some of which might be of assistance to small businesses, but whose overall effect is to promote EU-control, churning of the population, feminist agendas and infiltration of businesses by EU-officials 'on work-experience'. These elements make it impossible for the UKIP to support this proposal.

2-316

**Carlos Coelho (PPE-DE), por escrito.** – Embora 99% das empresas da UE sejam PME (23 milhões) - responsáveis pela criação de 80% dos novos empregos na UE nos últimos anos - as regras normalmente criadas são, na sua maioria, destinadas às 41000 grandes empresas europeias fomentando óbvios desequilíbrios em termos de competitividade.

É já tempo de inverter esta tendência e de apostar nos sectores da economia onde verdadeiramente é criada riqueza, com uma política baseada na recompensa do mérito, colocando as PME europeias junto das suas congéneres pelo mundo fora.

Para mais, devido ao seu carácter flexível, as PME são empresas habituadas a estar na linha da frente da inovação nas suas áreas, pelo que o SBA é um importante passo em frente para a concretização da Estratégia de Lisboa.

Por isso, os deputados do PSD apoiam este relatório em coerência aliás, com as medidas propostas em Portugal pela Presidente do PSD, Dra. Manuela Ferreira Leite

2-317

**Avril Doyle (PPE-DE), in writing.** – The Commission's proposal for a Small Business Act is part of a Communication containing legislative proposals, guiding principles and measures to be implemented to help SMEs in Europe. I welcome

the articulation of ten guiding principles, which focus on the needs and requirements of SMEs and aim to help them realise their full market potential.

The provisions for legislation that is fully aware of the needs and requirements of its intended recipients are welcome, as is the adaptation of public policy tools to the needs of SMEs. Vitally important is the introduction of means of using the present crisis to respond to the environmental crisis by increasing efficiency, through thorough environmental management systems. As the Rapporteur on EU-ETS, I am aware, as I hope we all are, of the need to act and act promptly if we hope to solve this challenge.

While I agree with much of this report, I am wary of proposals for a corporate consolidated tax base and voted against accordingly.

2-318

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL), por escrito.** – Apesar de toda a fraseologia e aparentes boas intenções na defesa das PME, o relatório visa outros objectivos, designadamente: impulsionar a livre concorrência, o mercado interno, ou seja, de facto, apoiar os grupos económicos e financeiros; insistir na liberalização dos serviços, incluindo serviços públicos e, com cobertura de um pseudo-apoio às pequenas e médias empresas, agravar a exploração dos trabalhadores.

De facto, em nome de 91,5% das empresas da União Europeia, que empregavam menos de 10 trabalhadores em 2003, querem melhores condições para destruir serviços públicos essenciais, desregulamentar o mercado laboral, pôr em causa direitos sociais e laborais. É o neoliberalismo no seu mais visível papel.

Por isso, votámos contra o relatório, na defesa de efectivas medidas de apoio às micro, pequenas e médias empresas, de outra política que salvguarde o seu papel e importante contributo para a produção industrial, agrícola e no domínio das pescas, para o emprego com direitos, o comércio e a resposta a necessidades fundamentais das populações.

2-319

**Bruno Gollnisch (NI), par écrit.** – Monsieur le Président, mes chers collègues,

Nous avons approuvé ce rapport qui énumère, sous forme de vœux qui resteront sans doute virtuels un certain temps, les moyens et méthodes pour faciliter la vie des petites entreprises dans l'Union européenne.

Quelques remarques cependant.

La demande, discrète il est vrai, d'une sorte de discrimination positive à l'égard des PME, je cite, "détenues par des minorités ethniques sous-représentées" est inutile, incompréhensible et totalement idéologique.

L'accès des PME, et notamment des PME locales, aux marchés publics, que le rapporteur entend favoriser désormais, a été entravé par les textes votés il y a quinze ans dans cette assemblée même, malgré les mises en gardes contre leurs effets pervers. Ces textes promouvaient de fait l'accès des grandes entreprises, étrangères notamment, aux marchés publics, entreprises disposant de l'information et des moyens administratifs et juridiques de postuler à ces marchés, quand les PME locales ne les avaient pas.

L'accès des PME aux aides nationales et européennes existantes est d'une extraordinaire complexité, du fait des exigences des lois européennes elles-mêmes.

Bref, une fois de plus, on a l'impression qu'il faut régler par des textes européens des problèmes prévisibles nés d'autres textes européens.

2-320

**Françoise Grossetête (PPE-DE), par écrit.** – J'ai voté en faveur du rapport Herczog sur la mise en place d'un Small Business Act.

Dans ce contexte de crise économique et financière, nos PME sont les premières victimes en voyant les banques leur restreindre l'accès aux crédits. Il est urgent de relancer le moteur de leur croissance. Le lancement d'un "Small Business Act" européen permettra de renforcer la compétitivité des PME pour enfin passer des paroles aux actes. Le Parlement européen a adressé un signal fort au Conseil et à la Commission européenne afin d'assurer l'application effective du Small Business Act, à savoir la "priorité aux PME", pour que ces nouvelles mesures soient comprises et appliquées par toutes ces entreprises en y incluant notamment les actions suivantes: éviter les charges inutiles, favoriser l'émergence d'entreprises moyennes et innovantes au-delà de la définition communautaire des PME (250 salariés), faciliter l'accès des PME aux financements et aux marchés publics pour renforcer leur potentiel de croissance.

Je regrette néanmoins que ce plan d'action ne constitue pas un instrument juridiquement contraignant.

2-321

**Mieczysław Edmund Janowski (UEN), na piśmie.** – Poparłem sprawozdanie pani poseł Edit Herczog dotyczące Karty Małych Przedsiębiorstw – „Small Business Act”, gdyż traktuję ten dokument jako ważny akt prawny dotyczący najmniejszych organizmów gospodarczych, które zapewniają obecnie ok. 100 milionów miejsc pracy w UE. Stanowią one prawie 99% wszystkich unijnych przedsiębiorstw. W tym też kontekście i wobec faktu, że obecna kryzysowa sytuacja grozi poważnymi perturbacjami ekonomicznymi, należy doprowadzić do wejścia w życie prawnych regulacji na poziomie UE, które ułatwiałyby funkcjonowanie tych przedsiębiorstw. Dotyczyć to powinno zwłaszcza takich kwestii, jak przenoszenie własności przedsiębiorstw (szczególnie w przypadku choroby właściciela lub jego emerytury), ujednolicenie terminów płatności w transakcjach handlowych (tak, aby nie pojawiały się „zapaści kredytowe”).

Dokument ten akcentuje również znaczenie innowacyjności, badań naukowych, patentów i wynalazczości oraz ochrony własności intelektualnej, a także handlu elektronicznego dla tych przedsiębiorstw. Małe i średnie przedsiębiorstwa powinny także mieć zapewniony dostęp do źródeł finansowania, w tym również funduszy europejskich oraz kredytów. Odrębną, ale nie mniej istotną sprawą jest ograniczenie biurokracji stanowiącej dla wielu MŚP prawdziwą zmołę. Na uznanie zasługuje zestawienie dziesięciu zasad dotyczących ukierunkowania polityki wobec małych przedsiębiorstw, tak na szczeblu UE, jak i państw członkowskich. Za istotne uznaję także podkreślenie potrzeby wspierania i promowania działalności MŚP w ramach transgranicznych na jednolitym rynku unijnym.

2-322

**Astrid Lulling (PPE-DE), par écrit.** – La communication de la Commission sur le "Small Business Act" revêt une importance toute particulière dans le contexte actuel. Elle explicite en effet les principes fondamentaux qui devraient présider à l'élaboration et à la mise en œuvre des politiques, tant au niveau de l'Union européenne qu'au niveau national, afin de créer des conditions d'égalité pour toutes les PME opérant sur le territoire européen. Sur un plan plus opérationnel, elle contient également un paquet de plus de cinquante mesures distinctes, y compris quatre propositions législatives qui traduisent ces principes dans les actes. Le soutien apporté aux PME, plus particulièrement en ce temps de grave crise économique, doit être une priorité absolue. L'investissement des PME est une des clés de la reprise tant attendue.

Étant donné que la plupart des actions relèvent de la compétence des États membres, il convient de trouver les moyens d'impliquer les États membres et les instances communautaires afin de garantir que les PME tireront une valeur ajoutée des mesures qui les concernent. Certains amendements déposés par mon groupe visent à faire du principe "Think Small First" une part obligatoire de toute future législation. Je soutiens aussi l'idée d'une ligne budgétaire distincte pour les PME...

*(Explication de vote écourtée en application de l'article 163 du règlement)*

2-323

**Mairead McGuinness (PPE-DE), in writing.** – Paragraph 68 of this report contains a reference to a common consolidated corporate tax base, stating that there should be a common basis for company taxation. That is something which I cannot and do not support. Taxation is a Member State competence, not an EU one, and any reference to a CCCTB inevitably brings concerns about EU corporate tax rates, which is not something I can support.

I therefore rejected the first part of the paragraph, and because the plenary voted overall in favour of that paragraph, I voted against this report in the final vote.

2-324

**Andreas Mölzer (NI), schriftlich.** – Wenn nun zum ersten Mal die Klein- und Mittelunternehmen (KMU) im Mittelpunkt der europäischen Gesetzgebung stehen, dann ist das kein Grund zum Feiern, sondern ein Trauerspiel! 2009 wird wohl ein Schicksalsjahr sein, in dem sich das Überleben Tausender KMU entscheidet. Denn wenn die Leitbetriebe zusperren, werden die Kleinen unweigerlich folgen.

Die viel besprochene Kreditklemme zeichnet sich jedenfalls im Rückgang des Kreditvolumens deutlich ab. Hier gilt es dafür zu sorgen, dass den KMU mit Basel II nicht endgültig der Geldhahn abgedreht wird. Und wenn wir Bürokratieabbau betreiben wollen, darf nicht die Vereinfachung eines Verfahrens – sofern diese überhaupt beim Unternehmen spürbar wird – durch Erschwerungen in anderen Bereichen wieder aufgehoben werden. Nicht zuletzt müssen auch die Ausschreibungen und Auftragsvergaben mittelstandsfreundlicher werden, damit auch Kleinunternehmen eine Chance haben. Ich habe für den *Small Business Act* gestimmt, in der Hoffnung, dass dies diesmal endlich mehr ist als ein Blatt Papier mit Zielvorgaben und auch tatsächlich umgesetzt wird.

2-325

**Luca Romagnoli (NI), per iscritto.** – Signor Presidente, esprimo il mio voto favorevole in merito alla relazione presentata dalla collega Herczog sullo "Small business act". È evidente la rilevanza che assumono le PMI all'interno dell'Unione europea e proprio per questo motivo intendo appoggiare il puntuale lavoro svolto dalla collega. La politica, gli interventi pubblici, il contesto sociale devono tutti quanti rispondere alle esigenze della realtà delle piccole imprese, che costituiscono la vera e propria spina dorsale dell'Unione europea. Per questo motivo mi trovo d'accordo con la relazione, in special modo per ciò che riguarda le proposte legislative sull'essenzione generale della categoria PMI riguardo agli aiuti di Stato.

2-326

**José Albino Silva Peneda (PPE-DE)**, *por escrito*. – É sabido que as PME são responsáveis por mais de 90% dos postos de trabalho na Europa, mas com a crise que vivemos muitos dos seus trabalhadores caíram já, ou cairão em breve no desemprego.

A agilização de procedimentos dos fundos estruturais promovida pela Comissão é um sinal que deve ser saudado como positivo.

A globalização associada à crise actual veio alterar muitas das circunstâncias que serviram de base a decisões tomadas a nível europeu no passado e que, na época, foram consideradas correctas.

A esta luz, tenho a convicção de que, por exemplo, alguns pontos das políticas regional e de coesão devem ser revisitados.

Também devemos examinar as condições financeiras vigentes para as PME que são decisivas, especialmente quando têm de pagar os empréstimos em tempo de fraca animação da actividade económica.

Apoio, assim, este relatório já que é precisamente nestes momentos que devemos pensar nas PME e no seu contributo para a inovação, o crescimento económico e o emprego.

Por isso, é preciso que existam políticas anti-cíclicas a nível europeu, o que obriga a que sejam dados passos muito mais decisivos com vista à criação de uma verdadeira política macroeconómica a nível europeu que ainda não existe.

2-327

**Peter Skinner (PSE)**, *in writing*. – I welcome this report and was pleased to vote for its main text with little exception. I cannot agree with a common consolidated corporate tax base as there is no agreement for this. Similarly, on the issue of penalties for exceeding limits on late payments, I prefer the Late Payments Directive so as to avoid confusion.

Given that small- to medium-sized businesses are the strongest element of growth in the economy, this proposal helps to strengthen the conditions for such growth. The south-east of England should benefit from such an approach.

2-327-500

**Silvia-Adriana Țicău (PSE)**, *în scris*. – Am votat pentru Rezoluția Parlamentului European referitoare la un „Small Business Act” pentru Europa deoarece este foarte important să se creeze condiții-cadru mai bune destinate să instituie un mediu care să promoveze inovarea de către IMM-uri, în special prin introducerea unor modalități de îmbunătățire a protecției drepturilor de proprietate intelectuală și de combatere mai eficientă a fraudei și contrafacerilor în întreaga Uniune Europeană.

Este necesar un efort comun din partea instituțiilor financiare, a Comisiei și a statelor membre pentru a asigura accesul IMM-urilor la finanțare și să le ofere posibilitatea să-și consolideze capitalul prin reinvestirea profitului în întreprindere. Am votat pentru amendamentul prin care se solicită acțiuni imediate pentru a nu se percepe plata unor taxe înainte de începerea activității IMM-urilor, pentru a le asigura acestora capacitatea de a-și crea propriile resurse. Am solicitat ca BEI să elaboreze noi instrumente financiare și noi soluții tangibile pentru obstacolul reprezentat de garanții la obținerea de credite. De asemenea, având în vedere actuala criză financiară, am solicitat statelor membre să încurajeze băncile să garanteze IMM-urilor accesul la credite în condiții rezonabile.

2-328

## **10 - Corrections to votes and voting intentions: see Minutes**

2-329

*(The sitting was suspended at 13.50 and resumed at 15.05.)*

2-330

**PRZEWODNICZY: ADAM BIELAN**  
*Wiceprzewodniczący*

2-331

## **11 - Przyjęcie protokołu poprzedniego posiedzenia: Patrz protokół**

2-332

**12 - Organizacje dokonujące inspekcji i przeglądów na statkach oraz odpowiednie działania administracji morskich (przekształcenie) - Organizacje dokonujące inspekcji i przeglądów na statkach (przekształcenie) - Kontrola państwa portu (przekształcenie) - Wspólnotowy system monitorowania i informacji o ruchu statków - Postępowanie dochodzeniowe w sprawie wypadków w sektorze transportu morskiego - Odpowiedzialność przewoźników pasażerskich na**

## morzu z tytułu wypadków - Ubezpieczenie armatorów od roszczeń morskich - Poszanowanie zobowiązań przez państwa bandery (debata)

2-333

**Przewodniczący.** – Kolejnym punktem porządku dziennego jest wspólna debata nad:

- sprawozdaniem sporządzonym przez Luisa de Grandesa Pascuala w imieniu delegacji Parlamentu Europejskiego do komitetu pojednawczego w sprawie wspólnego tekstu zatwierdzonego przez komitet pojednawczy, dotyczącego dyrektywy Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie wspólnych reguł i norm dotyczących organizacji dokonujących inspekcji i przeglądów na statkach oraz odpowiednich działań administracji morskich (przekształcenie) (PE-CONS 3719/2008 - C6-0042/2009 - 2005/0237A(COD)) (A6-0097/2009)

- sprawozdaniem sporządzonym przez Luisa de Grandesa Pascuala w imieniu delegacji Parlamentu Europejskiego do komitetu pojednawczego w sprawie wspólnego tekstu zatwierdzonego przez komitet pojednawczy, dotyczącego rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie wspólnych reguł i norm dotyczących organizacji dokonujących inspekcji i przeglądów na statkach (przekształcenie) (PE-CONS 3720/2008 - C6-0043/2009 - 2005/0237B(COD)) (A6-0098/2009),

- sprawozdaniem sporządzonym przez Dominique Vlasto w imieniu delegacji Parlamentu Europejskiego do komitetu pojednawczego w sprawie wspólnego tekstu zatwierdzonego przez komitet pojednawczy, dotyczącego dyrektywy Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie kontroli przeprowadzanej przez państwo portu (przekształcenie) (PE-CONS 3721/2008 - C6-0044/2009 - 2005/0238(COD)) (A6-0099/2009),

- sprawozdaniem sporządzonym przez Dirka Sterckxa w imieniu delegacji Parlamentu Europejskiego do komitetu pojednawczego w sprawie wspólnego tekstu zatwierdzonego przez komitet pojednawczy, dotyczącego dyrektywy Parlamentu Europejskiego i Rady zmieniającej dyrektywę 2002/59/WE ustanawiającą wspólnotowy system monitorowania i informacji o ruchu statków (PE-CONS 3722/2008 - C6-0045/2009 - 2005/0239(COD)) (A6-0100/2009)

- sprawozdaniem sporządzonym przez Jaromíra Kohlíčka w imieniu delegacji Parlamentu Europejskiego do komitetu pojednawczego w sprawie wspólnego tekstu zatwierdzonego przez komitet pojednawczy, dotyczącego dyrektywy Parlamentu Europejskiego i Rady ustanawiającej podstawowe zasady regulujące dochodzenia w sprawach wypadków w sektorze transportu morskiego i zmieniającej dyrektywę 1999/35/WE i 2002/59/WE (PE-CONS 3723/2008 - C6-0046/2009 - 2005/0240(COD)) (A6-0101/2009),

- sprawozdaniem sporządzonym przez Paola Costę w imieniu delegacji Parlamentu Europejskiego do komitetu pojednawczego w sprawie wspólnego tekstu zatwierdzonego przez komitet pojednawczy, dotyczącego rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie odpowiedzialności przewoźników pasażerskich na morzu z tytułu wypadków (PE-CONS 3724/2008 - C6-0047/2009 - 2005/0241(COD)) (A6-0102/2009),

- zaleceniem do drugiego czytania sporządzonym w imieniu Komisji Transportu i Turystyki w sprawie wspólnego stanowiska przyjętego przez Radę w celu przyjęcia dyrektywy Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie ubezpieczenia armatorów od roszczeń morskich (14287/2/2008 - C6-0483/2008 - 2005/0242(COD)) (sprawozdawca: Gilles Savary) (A6-0072/2009) oraz

- zaleceniem do drugiego czytania sporządzonym w imieniu Komisji Transportu i Turystyki w sprawie wspólnego stanowiska przyjętego przez Radę w celu przyjęcia dyrektywy Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie zgodności z wymaganiami dotyczącymi państwa bandery (14288/2/2008 - C6-0484/2008 - 2005/0236(COD)) (sprawozdawca: Emanuel Jardim Fernandes) (A6-0069/2009).

2-334

**Luis de Grandes Pascual, Ponente.** – Señor Presidente, señor Vicepresidente de la Comisión Tajani, señorías, hoy, con la ratificación del paquete Erika III, ponemos punto final a una labor nacida hace ya más de tres años. La sensación que me acompaña en estos momentos es, sin duda, de satisfacción, que creo que compartimos todos los que hemos hecho juntos esta andadura. Estamos, así y hoy, escribiendo un nuevo capítulo en la historia de Europa, al hacer de ella un espacio más seguro en nuestros mares.

Recordemos que el paquete Erika III tiene por objetivo la protección de nuestros mares y trae causa, como bien saben todos ustedes, de las terribles mareas negras del *Erika* y del *Prestige*, que afectaron gravemente a las costas del sur de Europa.

Hemos extraído las lecciones de nuestro pasado y la necesidad de actuar en la inmediatez para evitar que cosas así vuelvan a ocurrir en sus mismos términos. Europa no puede menospreciar el valor estratégico que supone el transporte marítimo

para su economía: el 90 % del comercio exterior de la Unión Europea se realiza por mar, así como el 40 % de nuestro comercio intracomunitario.

Esta realidad explica el esfuerzo obligado que, desde décadas, viene desarrollando la Unión Europea en el marco legislativo del transporte marítimo.

No ha sido, como digo, un camino de rosas: todo lo contrario, pues, aunque nos unía a todos un objetivo común, la actitud en principio cicatera del Consejo hizo difícil el camino. En los mismos términos, quiero elogiar, porque es justo, la firme voluntad política que puso la Presidencia francesa para cerrar tan importante asunto.

Tampoco resulta ocioso destacar el decisivo papel del Vicepresidente Tajani, autor del impulso último para alcanzar el consenso. Por último, pero no por ello menos importante, quiero resaltar la solidez de esta Cámara en la defensa de los intereses europeos y la protección de los ciudadanos a los que representamos.

Adentrándonos ya en esta materia, querría hacer una serie de reflexiones sobre cada una de las propuestas que componen el paquete y decirles ya que la mayoría de mis preocupaciones se han disipado.

Señorías, a lo largo de las negociaciones ha habido una cuestión que me ha preocupado enormemente, pues toca un aspecto esencial del paquete. Me estoy refiriendo al carácter independiente de los organismos y autoridades creados con la finalidad de adoptar las mejores decisiones en el menor tiempo posible. Hablo en concreto de la autoridad independiente que se creará para la siempre tan difícil decisión de acoger a un buque en peligro en un lugar de refugio. Pues bien, señorías, aplaudo la decisión final adoptada; así las cosas, cada Estado miembro establecerá una autoridad independiente dotada de los recursos y capacidades necesarios con la finalidad de adoptar las mejores decisiones en el menor tiempo posible. Sólo una vez efectuada una evaluación pormenorizada de todos los riesgos, decidirá finalmente la autoridad si acoger o alejar el buque.

En este sentido, es de recibo reconocer el tesón del señor Sterckx en esta difícil empresa con la que ha tenido que lidiar. Me congratulo también por los avances conseguidos en los instrumentos de seguimiento de los buques, imprescindibles para reducir las situaciones de riesgo. Del informe de la señora Vlasto, a la que felicito por su magnífico informe, querría resaltar la mejora sustancial que se producirá en relación con el régimen actual de inspecciones en los puertos comunitarios, haciéndolo más eficaz al basarse en un perfil del riesgo. Al señor Kohlíček deseo agradecerle su disposición al diálogo y por el buen trabajo realizado.

Quiero destacar, por otra parte, la propuesta ambiciosa en el terreno de los derechos de los viajeros, hasta ahora no regulados por el Derecho comunitario, gracias al ímpetu mostrado por el señor Costa hasta el último segundo.

Por lo que respecta a los informes Savary y Fernandes, me congratulo enormemente de que finalmente el Consejo decidiese abandonar esa posición obstruccionista que no conducía a nada bueno, lo que permitió una solución, aunque de mínimos. En cualquier caso hay que expresar satisfacción porque se ha completado el paquete.

Paso, por último, a hablarles de mi informe, que, después de haber pasado por el examen del Consejo, fue desdoblado en dos instrumentos jurídicos.

Los puntos clave de mi informe pueden resumirse en lo siguiente: con esta cuarta revisión de la legislación comunitaria que regula la actuación de los organismos de inspección, hemos conseguido reforzar los mecanismos de vigilancia con la creación de un comité de evaluación de carácter independiente, revestido de poderes permanentes y con autonomía de acción.

Hemos logrado asimismo fijar un sistema de sanciones más flexible y equitativo y, a la postre, más eficaz que el anterior, pues sanciona al que no actúa como es debido, pero lo hace en función de la gravedad de la infracción cometida y de la capacidad económica de la organización.

Finalmente, hemos conseguido avanzar en una cuestión tan espinosa como el reconocimiento de los certificados de clasificación, planteando las condiciones bajo las cuales las organizaciones reconocidas tendrán que reconocerse mutuamente, sin poner por ello en peligro la seguridad marítima y tomando como referencia las reglas más exigentes para salvaguardar los parámetros de excelencia que definen nuestra industria europea en la actividad naval.

2-335

**Dominique Vlasto, rapporteure.** — Monsieur le Président, le 23 novembre 2005, la Commission européenne publiait les propositions du paquet Erika III, et qu'il me soit permis, ici, de rendre hommage au commissaire alors en charge des transports, Jacques Barrot, car il a réalisé, avec ce nouveau paquet, un travail très ambitieux en faveur du renforcement de la sécurité maritime en Europe.

Ce paquet Erika III vient parachever un travail législatif global qui aura pris dix ans depuis le tragique naufrage du navire Erika le long des côtes bretonnes. Il a permis à l'Union européenne de combler de graves lacunes initiales pour devenir aujourd'hui une référence internationale en matière de sécurité maritime.

Après ces catastrophes, les citoyens européens excédés par les catastrophes en mer étaient en droit d'attendre une réaction ferme et vigoureuse des politiques pour faire cesser les comportements irresponsables.

Notre ambition a été de créer un espace de responsabilité dans lequel chaque acteur du transport maritime doit assumer à juste proportion ses choix, ses actes et, le cas échéant, ses erreurs et ses fautes.

Le paquet Erika III couvre ainsi plusieurs étapes du transport maritime, avec une réelle complémentarité des différentes propositions, approche globale qui nous a incités à considérer chacun de nos rapports comme faisant partie d'un tout indivisible.

Et aujourd'hui, alors que notre Assemblée doit se prononcer sur l'issue d'une conciliation qui vient conclure cette longue procédure – plus de trois ans de travail –, nous, rapporteurs, nous félicitons de cette approche commune car elle nous a permis d'obtenir un résultat que j'estime très satisfaisant.

Merci aux collègues rapporteurs qui ont tous eu à l'esprit cet intérêt général, avant de faire passer nos propres intérêts individuels, ce qui nous a permis d'obtenir collectivement un bon résultat que chacun de nous n'aurait pu avoir individuellement.

Quant à mon rapport, notre Assemblée a obtenu satisfaction sur presque tous les points d'importance qu'il contient. Premièrement, parce que les inspections des navires se feront dans les ports, mais aussi dans les mouillages, comme nous le demandions. C'est très important, car cela signifie que les navires ne pourront pas faire escale dans des endroits où ils seraient certains d'échapper aux inspections.

Ensuite, nous avons obtenu des modalités très strictes de mise en œuvre des inspections. Les États membres pourront coopérer pour programmer les inspections d'un port d'escale au suivant sans que cela ne se fasse au détriment des inspections des navires à risque élevé. L'intervalle entre les inspections de ces navires ne pourra excéder six mois.

Mais le point le plus satisfaisant de nos négociations avec le Conseil, c'est que les mauvais comportements répétés seront sanctionnés. Les inspections dans nos ports pourront déboucher sur des mesures temporaires de refus d'accès et sur des interdictions de naviguer dans nos eaux. Cela pourra aller jusqu'à un bannissement permanent, c'est-à-dire une interdiction définitive d'entrer dans les ports et mouillages européens. Ce sont les navires poubelles qui sont visés par cette mesure.

Pour cela, il y aura une limite de tolérance, un seuil d'irresponsabilité à ne pas franchir car les navires frappés d'une mesure d'interdiction définitive d'accès à nos ports ou mouillages seront désignés comme étant des poubelles flottantes, ce qui devrait avoir un effet dissuasif.

C'est en conciliation que nous avons obtenu l'accord du Conseil sur ce point. Cette réunion de conciliation du 8 décembre dernier a donc été très positive. Merci à la présidence française du Conseil et à Dominique Bussereau, car je suis convaincue que ce sont l'engagement personnel et tout le travail fourni par les équipes de la présidence qui nous permettent aujourd'hui de soumettre un résultat très satisfaisant, que je demande au Parlement d'approuver sans réserve.

2-336

**Dirk Sterckx, Rapporteur.** – Voorzitter, commissaris, we ronden een opdracht af waar we tien jaar geleden aan begonnen zijn; ik herinner mij nog goed de verontwaardiging over het ongeval met de Erika in december 1999. De snelle voorstellen van mevrouw De Palacio toen, de medewerking van de Raad - die onder druk van de publieke opinie er in elk geval mede voor heeft gezorgd dat we in juni 2002 de eerste twee pakketten klaar hadden, met onder meer mijn verslag over monitoring en een Europees beleid voor de monitoring van schepen en voor vluchthavens.

Ik herinner mij ook nog goed onze verontwaardiging in november 2002 - het was toen trouwens ook zitting hier in Straatsburg - over de ramp met de Prestige. Toen hebben we gezegd: Waarom hebben we al die maatregelen goedgekeurd, als bij de toepassing ervan de zaken zo grondig fout kunnen lopen? We hebben als Parlement toen onze rol gespeeld.

Ik herinner u aan een verslag van de Tijdelijke Commissie MARE, onder voorzitterschap van Georg Jarzembowski, waarin we destijds duidelijk gezegd hebben dat het regelgevingskader, zowel Europees als internationaal er weliswaar is, maar dat we ervoor moeten zorgen dat die regels in de praktijk ook worden toegepast en opgevolgd door de mensen aan boord van schepen, in havens, en waar dan ook ten einde voor een zo veilig mogelijke scheepvaart te zorgen.

Bij de toepassing ervan in de praktijk ging hier en daar nog wel eens wat mis; de Commissie heeft de vragen die toen in het Europees Parlement gesteld zijn beantwoord met zeven voorstellen van Jacques Barrot. Ik denk dat dat een goed



geheel was, en ik zou ook commissaris Tajani willen bedanken voor de follow-up in dezen. Een en ander vormt mijns inziens een goed geheel, bestaande regels worden verbeterd en die regels worden aangevuld met twee verslagen, van Gilles Savary en van Emanuel Jardim Fernandes; we hebben dus voor een evenwichtig pakket gezorgd.

Twee woorden over mijn verslag over de monitoring in de zeescheepvaart. We hebben uitwisseling via een bestaand net, het SafeSeaNet genaamd, waar alle lidstaten met elkaar spreken en informatie uitwisselen. Alle schepen moeten AIS hebben, een automatisch systeem dat informatie over schepen die in de Europese wateren komen, doorgeeft, waardoor we de risico's kunnen lokaliseren. Het AIS is er ook voor vissersschepen, waardoor ook de veiligheid van die vloot wordt verbeterd. We dringen er nogmaals op aan - en ik denk dat dat belangrijk is - dat de bemanning van schepen in geval van een ongeval billijk wordt behandeld en niet wordt beschouwd als criminelen, hetgeen fout is.

We hebben voorts de regeling voor de opvang van schepen in nood aangescherpt. We moeten plannen hebben - dat wisten we al -, maar er moet nu ook een autoriteit zijn die niet alleen die plannen meemaakt, maar ook voor de uitvoering van die plannen zorg draagt. Een deskundige autoriteit die bevoegd is, die onafhankelijke beslissingen kan nemen en die een permanent karakter heeft. Dus niet een die bij een ongeval nog rap rap moet worden opgetrommeld, neen, een die er is. Commissaris, we wachten nog op een regeling voor de compensatie van schade aan vluchthavens, maar ik reken erop dat u te gepasten tijde met een voorstel komt.

We hebben hier dus tien jaar aan gewerkt. Dit keer zonder de druk van een ramp. Ik zou zowel het Sloveens voorzitterschap als het Frans voorzitterschap willen bedanken, zoals mevrouw Vlasto overigens ook reeds gedaan heeft. Ik denk dat er zonder hen geen beslissing mogelijk was geweest, maar vooral zou ik willen zeggen dat wij als Europees Parlement zeer vasthoudend zijn geweest en in grote eensgezindheid onze standpunten op heel wat punten hebben doordrukt.

Ik zou daarvoor alle collega's die hebben meegewerkt, schaduwrapporteurs, rapporteurs en alle anderen willen bedanken. Mijn gedachten gaan vandaag uit naar een man die er niet meer is, maar die een enorme rol gespeeld heeft bij de totstandkoming van dit pakket, en dat is Willi Piecyk. Postuum wil ik hem daarvoor nog hartelijk danken.

Wij kunnen, collega's, geen richtlijn uitvaardigen die ongevallen verbiedt. Wij kunnen ook geen richtlijn uitvaardigen die zegt dat het niet meer zal stormen op zee. Maar ik denk dat we alles wat we op dit moment politiek konden doen om de veiligheid op zee te verbeteren, hebben gedaan.

2-337

**Jaromír Kohlíček, Zpravodaj.** – Vážení kolegové, milé kolegyně, námořní katastrofy lze v oboru dopravy označit za nejničivější události, které se jednorázově odehrály. Námořní doprava je spojena od mýtických dob s řadou pověr a tradic. Až do nedávné doby byla řízena různými pravidly. Postupně ze zvykového práva mimo jiné Mezinárodní námořní organizace (IMO) vytvářela stále jasnější předpisy. Jejich tvorba nebyla nijak samoúčelná. Mají zajistit bezpečnost dopravy zboží i osob, upřesňují technické požadavky na lodi a infrastrukturu, pravidla plavby a jiné. Jiné předpisy – mimo jiné nedávno diskutované v Evropském parlamentu – sjednocují minimální požadavky na proškolení osádky. Další se snaží vyloučit možnost vzniku námořních katastrof. Přes všechna technická opatření však může k mimořádným událostem velkého rozsahu dojít. Až do havárie tankeru Prestige si státy Evropské unie otázku nutnosti sjednotit důsledně technické vyšetřování nehod v odvětví námořní dopravy neuvědomovaly. Neschopnost vyšetřit havárii Prestige, respektive zhodnotit jednoznačné příčiny této mimořádné události, ukázaly nutnost sjednotit metodiku vyšetřování. K tomu patří stanovit pevně termíny zahájení a ukončení vyšetřování a strukturu závěrečné zprávy. Patří sem jistě i ustanovení objektivní vyšetřovací komise. Ve směrnici bylo nutno provázat jednotlivé části s požadavky IMO i ostatních materiálů třetího námořního balíčku a zároveň využít ustanovení jiných závazných materiálů platných v Evropské unii, např. v oblasti utajení osobních dat.

Domnívám se, že v dohodovacím řízení se podařilo dosáhnout velmi zdařilého řešení všech dosud otevřených otázek včetně jasné formulace požadavku slušného zacházení s osádkou havarované lodi. Zde je použita formulace shodná s odpovídající částí Sterckxovy směrnice, tj. kontrolní a informační systém Společenství pro provoz plavidel, ostatně o tom se trošičku zmiňoval i můj kolega. Závěrem bych rád poděkoval za kolegiální přístup k práci autorům pozměňovacích návrhů, za velmi vstřícný postoj pracovníkům z Evropské komise i jednotlivých předsednických zemí, tj. Německa, Slovinska a Francie, kteří se na práci podíleli. Velkou zásluhu na kvalitě textu mají i odborní asistenti, mimo jiné mi byli oporou v práci v první fázi například Hannes Kugi a v dohodovacím řízení obdivuhodně neúnavná Katrin Huber. I díky jim je výsledná směrnice prakticky použitelným materiálem, který lze jen doporučit pozornosti odborné veřejnosti.

2-338

**Paolo Costa, relatore.** – Signor Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, questa sera, oggi, con questa sessione noi chiudiamo un lungo lavoro e credo che ognuno di noi debba considerarsi soddisfatto dei risultati raggiunti. Per motivi diversi, che sono quelli che riguardano l'Unione come un tutto, perché è evidente che consentire all'Unione europea di crearsi degli spazi normativi regionali laddove esistono norme internazionali che le regolano, intromettersi tra gli Stati membri e le organizzazioni internazionali nel definire regole, è un'attività che deve essere fatta solo quando questo sia necessario. Ed è evidente che fosse necessario: l'hanno reso evidente purtroppo gli incidenti che hanno messo in moto il processo.

Il risultato raggiunto è un risultato che, credo, non possa non soddisfare tutti, nel senso che è un onorevole compromesso di un lungo lavoro, che ha visto tutte le istituzioni coinvolte – la Commissione, il Parlamento, il Consiglio – fare la loro parte, ognuno, come dire, rappresentando gli interessi che sono deputati a rappresentare. Questo fa sì che l'intero settore, l'intero quadro della sicurezza marittima oggi abbia fatto un passo in avanti. Insomma, i miei colleghi ed io abbiamo avuto l'onore e la possibilità di affrontare problemi più specifici: io ho avuto la responsabilità e il piacere di occuparmi della responsabilità dei trasportatori, dei *carriers*, nel caso di incidenti nei confronti delle persone condotte a bordo.

Devo naturalmente riconoscere che, come sempre, il risultato è un metà strada tra ambizioni che abbiamo espresso, ambizioni che in qualche momento sembravano perfino capaci di essere raggiunte: l'ambizione era quella di estendere immediatamente la copertura, la protezione a tutti coloro che si imbarcano su una nave, fosse questa in mari internazionali, in mari nazionali o lungo i fiumi. Poi, come dire, la realtà delle cose ha voluto che il campo d'applicazione fosse in parte ridotto. Io prendo atto, diciamo, ma non posso non sottolineare che manca qualcosa a questo insieme di regole, per il fatto che molte delle navi che passano indifferentemente da dentro un fiume al mare non sono ricoperte in questo modo e sicuramente questo è un punto che andrà coperto in qualche modo; sono sicuro che la Commissione vorrà provvedere al più presto in questa direzione.

Poi abbiamo invece stabilito un periodo abbastanza lungo, per far sì che anche i viaggi all'interno dei mari domestici vengano ricoperti. Questo problema della lunghezza è un problema dei periodi di transizione, forse è un tema che abbiamo sottostimato. Temo che il rischio che abbiamo è che siano troppo lunghi e che quindi dovremo attendere troppo per questo. Ma è meglio che ci siano piuttosto che non aver ottenuto nulla di diverso.

L'altro grande punto in discussione – e però il punto raggiunto – è che questa protezione parte da un momento sicuro. Certo, noi possiamo oggi dire ai nostri cittadini che quando salgono su una nave sono coperti, in termini essenziali, fin dalla fine del 2012, comunque essi si troveranno a muoversi. Insomma, noi abbiamo, anche da questo punto di vista, consentito a tutti i cittadini di sentirsi un po' più europei, perché la stessa copertura sarà in ogni mare, in ogni luogo, per ogni nave.

2-339

**Gilles Savary, rapporteur.** – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, nous voilà donc au terme d'un marathon législatif dont on rappelait ici qu'il avait duré dix ans et que l'on baptise de façon impropre, on nous le faisait remarquer ce matin dans un débat, "Erika III".

D'abord parce que, après l'Erika, il y a eu le Prestige; après le Prestige, il y a eu le Tricolor; après le Tricolor, il y a eu, hélas, bien d'autres accidents maritimes dans les zones européennes et au-delà.

Et puis, surtout, parce que comme l'a rappelé Dirk Sterckx, c'est une législation à froid, la première, c'est-à-dire une législation dénuée des passions, des excès et des polémiques qui s'installent après des catastrophes comme celles du Prestige ou de l'Erika. Je crois que c'est tout à l'honneur de Jacques Barrot et de la Commission de l'avoir proposée, mais c'était aussi une redoutable difficulté.

Les États membres ne sont pas très enclins à légiférer dans des domaines comme ceux-là quand il ne se passe rien de grave. Parfois, d'ailleurs, ils légifèrent quand il y a des accidents à l'excès. En tout état de cause, c'est une législation effectivement très importante puisqu'elle contient sept textes.

Quel est son objectif? Faire de l'espace maritime européen – celui des États membres plutôt – l'un d'un plus sécurisés du monde. C'est tout à fait légitime parce que c'est aussi l'un des plus fréquentés du monde et c'est aussi, géographiquement, l'un des plus compliqués du monde. Nous avons beaucoup de détroits: le Bosphore, Gibraltar, le Pas-de-Calais – où 800 navires de commerce croisent chaque jour –, qui comptent parmi les plus grands ports de la planète.

Nous avons donc à faire cet effort considérable, non pas hélas pour être sûrs qu'il n'y ait plus d'accidents, car la vie est toujours aléatoire, mais pour être convaincus, d'une part, qu'on les prévient au mieux et, d'autre part, qu'on en sanctionne éventuellement les causes.

L'architecture de ce paquet est simple: c'est celle du cercle vertueux, où chaque élément de la chaîne de transport – de l'État du port jusqu'à l'assureur, en passant par l'armateur, la société de classification et l'État du pavillon – est responsable de ses actes et, quelque part, fait pression, c'est le pari, pour assainir les conditions de transport et les moraliser, et faire en sorte de vérifier que l'on a un transporteur vertueux et qui respecte les normes.

Quand on y réfléchit bien, d'ailleurs, notre modèle aujourd'hui mériterait peut-être, dans ses grands principes et son architecture, d'inspirer ce que l'on cherche à faire dans le domaine financier. Les sociétés de notation dans le domaine financier ont été carentielles comme les sociétés de classification dans le domaine maritime.

Certains États hébergent parfois des pavillons de complaisance que l'on appelle, au plan financier, des paradis fiscaux. Certains opérateurs sont indésirables et font l'objet de listes noires ou de bannissements dans le domaine maritime. C'est donc une législation tout à fait exemplaire qui, de surcroît, s'inscrit à l'échelle internationale dans le cadre de l'OMI.

Je voudrais dire aussi qu'au plan politique, c'est une remarquable réussite communautaire puisque le lien entre la Commission et le Parlement a permis de déboucher sur un texte et une législation très compliquée, vis-à-vis de laquelle il y avait de très fortes réticences au sein des États membres.

Je voudrais remercier Antonio Tajani et la Commission. Je voudrais aussi remercier la Présidence française, parce que je crois que Dominique Bussereau a pris conscience que ça pouvait être quelque chose de très important pendant la Présidence française; et je voudrais remercier l'ensemble de mes collègues, car tout le monde sait ici que nous avons usé de subterfuges et de tours de passe-passe pour pouvoir aboutir. Nous n'avons réussi à imposer ce paquet maritime que dans la mesure où nous étions soudés et où nous avons été à ce point solidaires que certains collègues ont hérité, si je puis dire, de passagers clandestins, comme mon texte ou le texte de M. Jardim Fernandes, que le Conseil ne souhaitait pas.

Voilà, mes chers collègues, les raisons de cette réussite. J'aurais voulu détailler mon rapport, mais je crois que j'ai un temps de parole conclusif, et ce sera l'occasion de le faire.

*(Applaudissements)*

2-340

**Emanuel Jardim Fernandes, relator.** – Senhor Presidente, Senhor Comissário, caros e caros Colegas, estamos a terminar a discussão do terceiro pacote de segurança marítima Erika III. Este processo tem mais de três anos e nele defendemos com firmeza mais segurança para passageiros, oceanos, mares e vias marítimas. Como português e madeirense calculam que me empenhei especialmente neste debate e nas suas principais metas. Garantir que os Estados-Membros cumpram coerentemente os seus deveres enquanto membros da Organização Marítima Internacional, adotem as convenções desta organização e apliquem integralmente as disposições obrigatórias. O processo de negociação foi difícil. Para o Parlamento o pacote Erika III foi sempre um pacote e nunca um conjunto de medidas salteadas.

Aquando da primeira leitura, o Parlamento adoptou algumas alterações, designadamente, a obrigatoriedade do Estado de bandeira de assegurar a formação de inspectores e investigadores, criar capacidades de avaliação, aprovação e autorização da construção de navios e de equipamento, a obrigatoriedade do Estado-Membro de certificar o respeito dos navios pelas normas internacionais de forma documental comprovada - se o navio não for novo, o Estado-Membro fica obrigado a entrar em contacto com o Estado da bandeira anterior, pedindo-lhe que lhe transmita os documentos e dados necessários - e a manutenção de uma base de dados das suas frotas, da qual devem constar os principais dados técnicos de cada navio, incluindo infracções às condições da OMI.

Nesta ocasião, fechamos acordos políticos sobre seis das oito propostas. Ficaram em aberto a minha proposta e a do colega Gilles Savary. Conseguimos agora acordo para que também estas duas propostas integrem o texto final do pacote Erika III. Graças ao Parlamento e à sua perseverança, às Presidências eslovena e, sobretudo, francesa, a quem agradeço e, enfim, à vontade comum de todos, podemos agora concluir este terceiro pacote de segurança marítima, no qual importa realçar a ratificação de convenções internacionais pelo método nacional, posição por mim defendida em respeito pelos diferentes sistemas de ratificação existentes nos diferentes Estados-Membros. Enquanto o regime de auditoria da OMI não se torna obrigatório, os Estados-Membros submeterão as suas administrações marítimas a uma auditoria OMI e publicarão os respectivos resultados. Os Estados-Membros instituirão um sistema de gestão de qualidade das actividades da administração marítima certificada internacionalmente. Antes de autorizar um navio a arvorar a sua bandeira, os Estados-Membros certificar-se-ão que regras e normas internacionais são respeitadas.

Os Estados-Membros assegurarão que os navios arvorando a sua bandeira, objecto de detenção do quadro de inspecção de navios pelo Estado do porto, passam a cumprir as convenções da OMI aplicáveis. Se a bandeira de um Estado-Membro figurar na lista negra ou cinzenta do memorando do acordo de Paris para inspecção de navios pelo Estado do porto, durante dois anos consecutivos, o Estado fica obrigado a apresentar à Comissão um relatório sobre as causas do seu desempenho.

Paralelamente à posição comum, os Estados-Membros confirmarão a sua vontade através de uma declaração comum de ratificar as principais convenções internacionais sobre segurança marítima até 1 de Janeiro de 2012, aplicar o código do Estado de bandeira da OMI e o respectivo sistema de auditoria das autoridades marítimas e encorajar a OMI a reforçar o cumprimento destes dois instrumentos em todo o mundo.

A terminar, Senhor Presidente, caros Colegas, a aprovação deste terceiro pacote de segurança marítima é uma importante vitória no processo legislativo europeu. A Comissão, o Conselho e o Parlamento Europeu propuseram, debateram, conciliaram e acordaram um texto que melhora a vida dos cidadãos, das empresas, promove maior segurança nos mares e oceanos e prepara o nosso futuro. Honra muito a minha participação neste processo. Quando votarmos, dentro de pouco

tempo, este pacote estaremos a homenagear as vítimas de todos os desastres marítimos passados ou recentes, do Prestige ao Erika, do Bolama ao Estónia, e a contribuir para evitar ou minorar as consequências de acontecimentos semelhantes no futuro.

2-341

**Antonio Tajani, Vicepresidente della Commissione.** – Signor Presidente, oggi si conclude un lavoro difficile, si conclude un percorso che Parlamento, Consiglio e Commissione hanno seguito assieme, con difficoltà da superare, con problemi tecnici, con contrasti anche forti.

Ma io vorrei, in quest'Aula, rivolgendomi non soltanto a voi parlamentari, che state per concludere definitivamente il lavoro per dar vita a un nuovo pacchetto marittimo, ma a tutti i cittadini dell'Unione europea che voi rappresentate: concludere questo lavoro difficile significa, alla vigilia delle elezioni europee, dare un segnale forte da parte delle istituzioni a tutti i cittadini europei. Le istituzioni europee si preoccupano di dare regole certe, di dare risposte alle istanze che vengono dai cittadini; sono capaci di superare difficoltà; sono capaci, quando serve, di trovare un accordo nell'interesse superiore di mezzo miliardo di europei che vivono entro i nostri confini. Sono capaci di dare un segnale per garantire sicurezza; sono capaci di dare un segnale per difendere l'ambiente; sono capaci di dare un segnale per difendere i diritti dei passeggeri; sono capaci di dare un segnale per tutelare le aziende e per far rispettare delle regole.

Dare nuove regole nel settore marittimo significa – nel rispetto della tradizione europea, che ha basato la sua civiltà giuridica sulla certezza del diritto – significa, dicevo, la possibilità di dare ancora una volta regole ai cittadini europei, regole che possono rispettare, regole che possono garantire una migliore condizione nel sistema del trasporto, una migliore condizione per quanto riguarda un settore così importante che coinvolge i nostri mari. Ecco perché volevo sottolineare l'importanza del voto che vi accingete a dare a questo pacchetto: perché è un segnale politico che le istituzioni europee danno, al di là dei contenuti. La valenza di questa decisione supera la contingenza, supera gli argomenti che stiamo affrontando, che avete deciso di trasformare in norme con il consenso della Commissione e del Consiglio. Ripeto: è una scelta politica, un segnale che diamo ai cittadini europei per aver fiducia in istituzioni che sono capaci di affrontare i problemi e di risolverli.

Ecco perché voglio ringraziare certamente i servizi della Commissione che hanno permesso, prima a Jaques Barrot e poi a me, di poter lavorare nel modo migliore; voglio ringraziare la Presidenza francese e la Presidenza slovena; voglio ringraziare Dominique Bussereau, per il lavoro che ha svolto nella fase convulsa delle trattative ma voglio anche sottolineare l'importante lavoro svolto da tutti i relatori, dalla commissione trasporti, dal Parlamento intero. Mi rivolgo al signor Luis De Grandes Pascual, alla signora Dominique Vlasto, a Dirk Sterckx, al signor Kohlíček, al Presidente Paolo Costa, a Gilles Savary – *que je remercie encore une fois pour son travail* – a Emanuel Jardim Fernandes per tutto il contributo, per, anche, la capacità di saper, alla fine, concludere una trattativa superando anche giuste posizioni o condivisibili posizioni nel tentativo di dare una risposta ai cittadini.

E la sfida che avevamo di fronte era quella di consolidare gli strumenti legislativi europei per combattere la navigazione al di fuori delle norme e prevenire gli incidenti marittimi e l'inquinamento dei nostri mari. Noi dobbiamo a questo punto sfruttare tutti gli strumenti regolamentari in materia di trasporto marittimo per evitare che si ripetano gli incidenti che ci hanno portato ad agire. In primo luogo questi strumenti riguardano lo Stato di bandiera, su cui ricade la responsabilità prima della sicurezza marittima, e la linea politica è stata tracciata: tutti gli Stati di bandiera europei, senza eccezioni, devono essere sulla lista bianca e dotarsi di strumenti finalizzati a questo scopo. Un quadro consolidato per il riconoscimento europeo delle società di classificazione consentirà inoltre un migliore controllo delle nostre navi.

Altri dispositivi si applicano allo Stato di approdo. Ci sono navi e operatori che non dobbiamo più accettare nelle nostre acque perché non soddisfano le norme minime di sicurezza. Ancora altre misure riguardano lo Stato costiero: il monitoraggio efficace delle navi, anche sulle lunghe distanze, rappresentano uno strumento di prevenzione essenziale. Le disposizioni rafforzate in materia di accoglienza delle navi in difficoltà in un luogo di rifugio consentiranno di evitare che un incidente di navigazioni si trasformi in una catastrofe ambientale. Bisogna certo prevenire, ma anche assumersi le responsabilità delle conseguenze degli incidenti e trarne i dovuti insegnamenti. Gli operatori devono stipulare assicurazioni sufficienti nei confronti di terzi o dei loro passeggeri. Infine, un quadro comune di indagini permetterà un *feedback* ottimale sugli incidenti al fine di ricavarne le opportune lezioni. Certo, il trasporto marittimo – come quello di altri settori a rischio zero – non esiste: ma è dovere del legislatore, dovere di chi rappresenta i cittadini, cercare di fare di tutto per limitare questi rischi al massimo.

Ecco, io credo che questo sia il nostro obiettivo comune, ritengo che abbiamo fatto un passo assolutamente importante. Il pacchetto che vi accingete a adottare rappresenta certamente un grande progresso in questa direzione e – ripeto, ancora una volta – un grande segnale politico, una grande voglia delle istituzioni europee di dare risposte alle domande che ci pongono 500 milioni di cittadini.

2-342

**Georg Jarzembowski, im Namen der PPE-DE-Fraktion.** – Vielen Dank, Herr Präsident, vielen Dank, Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich im Namen meiner Fraktion zunächst allen Berichterstatern danken,

nicht nur für ihre Arbeit im Einzelnen, sondern auch dafür, dass wir das wahr gemacht haben, was wir uns vorgenommen hatten: die Vorschläge als Paket zu behandeln. Dadurch, dass wir sie als Paket behandelt haben, haben wir den Rat gezwungen, auf uns zuzugehen, denn Sie wissen, dass der Rat zwei Vorschläge partout nicht annehmen wollte. Nur weil wir zusammengestanden haben, haben wir es geschafft, den Rat dazu zu bringen, auch diese beiden Dossiers aufzugreifen, und wir sind erfolgreich gewesen.

Ich teile die Auffassung des Vizepräsidenten, dass dieses Paket für die Bürger ein großer Erfolg ist. Das sollten wir auch im Wahlkampf sagen.

Wenn ich mich umschaue, so sind heute Nachmittag nicht viele bei der Debatte anwesend, obwohl es eines der größten Errungenschaften des Verkehrsausschusses gewesen ist, dieses Paket zustande zu bringen.

Die Bürger verstehen vielleicht manchmal nicht, warum wir so lange Sitzungen haben und warum es so lange dauert. Aber hier können sie doch erkennen, dass dieses Paket aus Vorschriften zur Überwachung, aus Vorschriften zu Klassifizierungsgesellschaften, Unfalluntersuchungen, Versicherungspflichten, Haftungsregelungen, zur Hafenstaatkontrolle und zur Flaggenstaatkontrolle besteht. Alle diese verschiedenen Aspekte brauchen wir mit verschärften Anforderungen, um – wenn es geht – Unfälle zu vermeiden bzw. – wenn die Unfälle doch passieren – schnell reagieren zu können.

Dirk Sterckx, ich möchte insbesondere Dir noch einmal danken – denn Du warst schon Berichterstatter im Sonderausschuss, den ich die Ehre hatte zu führen –, und wir haben uns nach "Prestige" noch einmal zusammengesetzt und überlegt, was wir noch verbessern müssen. Die Kommission hat mit Jacques Barrot unsere Vorschläge im Wesentlichen aufgenommen, und wir haben sie mit dem Gesetzgebungsverfahren tatsächlich abgeschlossen.

Insofern können wir richtig froh sein, nach all den Jahren sozusagen das dritte maritime Paket abschließen zu können. Aber lassen Sie mich noch zwei Dinge sagen. Erstens: Wir sollten Dominique Bussereau danken, denn er als französischer Minister hat das Paket dann doch letztlich über die letzten Hürden geschoben und es zum Erfolg werden lassen. Das sollten wir ihm besonders anrechnen.

Herr Vizepräsident, jetzt richten sich alle Augen auf Sie! Sie als Kommission mit Ihrer guten Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs müssen jetzt dafür sorgen, dass die Mitgliedstaaten das auch umsetzen und anwenden. Denn nur wenn das, was wir beschlossen haben, auch angewendet wird, dann wird es uns gelingen, dass solche Unfälle wie "Erika" und "Prestige" sich nicht wiederholen. Dafür sollten wir gemeinsam kämpfen. Vielen Dank.

2-343

**Rosa Miguélez Ramos**, *en nombre del Grupo PSE*. – Señor Presidente, acabo de pegarme una buena carrera para llegar al hemiciclo. Estaba escuchando al señor Vicepresidente Tajani, en mi despacho, así como al resto de los intervinientes, y no puedo por menos que felicitar a todos los ponentes y a la Comisión. Quiero también, como el señor Tajani, recordar con cariño y agradecimiento el trabajo realizado por el Comisario Barrot —que ha sido muy importante— y, asimismo, la buena disposición de la Presidencia francesa.

Este paquete marítimo —y quiero decirlo aquí— va a favorecer un cambio decisivo en Europa. Un cambio en favor de la calidad del sector marítimo y de su transparencia. Creo que será la garantía de que nunca más asistiremos al espectáculo de opacidad al que hemos asistido en el pasado, después de estos dos graves accidentes del *Erika* y del *Prestige*, a la opacidad que rodeó el accidente del *Prestige*, y, en este sentido, el informe del señor Kohlíček, del que soy ponente en la sombra, es una garantía, la garantía de que las investigaciones en el sector marítimo se van a poder realizar con total transparencia y de que la opinión pública y también los poderes públicos vamos a saber qué ha habido detrás o qué ha ocurrido después de cada accidente para que nunca más se puedan volver a repetir esos mismos hechos y para que se pueda corregir lo que se ha hecho mal.

Europa tiene que ir más lejos en este ámbito y nuestro trabajo, estoy segura, no se va a terminar aquí, porque siempre hemos sido líderes y también porque el tráfico marítimo no va a cesar de aumentar.

2-344

**Anne E. Jensen**, *for ALDE-Gruppen*. – Tak, hr. formand. Også jeg vil gerne lykønske ordførerne med det resultat, vi har nået her, og sige tak til det franske formandskab for dets indsats. Det resultat, vi har fået, er en stor succes for miljøet og for europæisk skibsfart. I de senere år er det jo i høj grad EU, der sætter standarden for skibsfartens påvirkning af miljøet gennem lovgivning og gennem arbejdet i Den Internationale Søfartsorganisation IMO. Skibsfarten er global, og af hensyn til fair konkurrence og af hensyn til miljøet er det vigtigt at have fælles regler på globalt plan. Men EU kan godt være med til at gå foran og sætte standarden ved at kræve skrappe regler. Og vi skal sørge for, at EU-landene virkelig overholder aftalerne fra IMO. Og det gør vi med den lovpakke, der afsluttes her. De syv direktiver i den tredje maritime sikkerhedspakke vil forebygge forurening, sikre bedre koordineret reaktion, når ulykken er ude, og forhindre, at dårlige skibe får adgang til EU-farvand. Jeg har særligt fulgt direktivet om havnestatskontrol og direktivet om opklaring af haveri som mit partis skyggeordfører, og jeg vil takke de to ordførere, fru Vlasto og hr. Kohlíček for dygtig og succesfuld indsats. Vi har fået en bedre måde at kontrollere skibene på, så det er de dårligste skibe, der kontrolleres mest, og vi har fået en

opklaring af haveri, som både betyder retsbeskyttelse af dem, der bliver afhørt, vidnerne, men også betyder, at de ting vi lærer af haverirapporten kan bruges i fremtiden og udveksles landene imellem.

2-345

**Mogens Camre, for UEN-Gruppen.** – Tak, hr. formand. Ja, der er grund til i allerhøjeste grad at udtrykke tilfredshed med den maritime pakke, og der er grund til også fra vores gruppes side at sige tak for det store arbejde, som ordførere, Kommission og Råd har udført på området. Nu vedrører specielt skibsinspektioner især de store skibe, og jeg vil pege på et problem med småskibene. Vi har særdeles kompetente organer til at udføre kontrol, men vi har ikke tilstrækkeligt klare regler for disse skibes sødygtighed og for hvornår kontrollen udøves. Det gælder især med hensyn til fiskefartøjer, mindre fiskefartøjer, som ombygges enten til fortsat fiskeri eller til turistformål. Der ses ofte vægtforøgelse, øget motorstørrelse og deraf ændret tyngdepunkt og forringet sødygtighed. Og vi har i mit land (i Danmark) adskillige tragiske ulykker af den grund. Der må indføres et ufravigeligt krav om, at ethvert fartøj - nyt eller ombygget - skal gennemgå en efterprøvning af sødygtigheden. Så jeg vil ligesom hr. Costa bede Kommissionen om så hurtigt som muligt at udvide bestemmelserne om kontrol og godkendelse til også at omfatte disse skibstyper.

2-346

**Michael Cramer, im Namen der Verts/ALE-Fraktion.** – Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir Grüne unterstützen diesen endgültigen Kompromiss. Wir sind froh, dass sich das Parlament durchgesetzt hat, so dass alle acht Legislativvorschläge in einem Paket abgestimmt werden. Für die Zusammenarbeit möchte ich mich bei allen Berichterstattern recht herzlich bedanken.

Die Sicherheit im Bereich des Seeverkehrs braucht dringend eine strengere europäische Gesetzgebung, um durch die Vermeidung von Unfällen Menschenleben zu retten und Umweltkatastrophen zu vermeiden. Die Schiffsunfälle, die mit den Namen „Erika“ und „Prestige“ verbunden sind, dürfen sich nicht wiederholen.

Mit der Hafenstaatkontrolle kann man nun die Schiffe, die EU-Häfen anfahren, besser kontrollieren und – das ist uns wichtig – Sanktionen verhängen, wenn sie den Sicherheitsbestimmungen nicht entsprechen. Die Überwachung von Schiffen auf den Hoheitsgewässern ist gerade bei ökologisch sensiblen Zonen äußerst wichtig, denn die Verschmutzung der Meere und Ozeane kennt keine Grenzen. Deshalb ist grenzüberschreitendes Handeln dringend geboten. Bei der Haftungsregelung zugunsten von Fahrgästen auf Passagierschiffen gibt es eine Regelung leider nur für den maritimen Bereich. Wir Grüne hätten uns gewünscht, dass sie auch für die Binnenschifffahrt gilt.

Schließlich freuen wir uns, dass der Rat nach langem Zögern auch die Verpflichtungen der Hafenstaaten und die Versicherung und Haftung der Reeder beschlossen hat. Wir haben mit diesem Hafenpaket einen gewaltigen Schritt vorwärts getan, wobei wir wissen, dass diese Regeln in Zukunft noch verbessert werden können und verbessert werden müssen.

2-347

**Jacky Hénin, au nom du groupe GUE/NGL.** – Monsieur le Président, chers collègues, les accidents à répétition ainsi que l'augmentation du transport de marchandises dangereuses par mer posent en permanence, avec acuité, les questions du renforcement des règles de sécurité régissant tous les détroits maritimes de l'Union européenne et des moyens nécessaires pour faire respecter ces règles.

Il conviendrait en particulier de classer ces détroits et leurs approches selon la procédure relative aux "zones Seveso", car le transport ne doit pas se résumer à un coût qui doit diminuer quelles qu'en soient les conséquences.

La Commission et le Conseil, sous la pression des catastrophes économiques provoquées par la crise financière, se préoccupent enfin de remettre en cause les paradis fiscaux. Si l'on n'en reste pas aux mots, cela peut représenter une réelle avancée.

Dans le même ordre d'idées, combien faudra-t-il encore de catastrophes maritimes et écologiques pour que la Commission, le Conseil et notre Parlement se soucient enfin de ce scandale permanent que sont les pavillons de complaisance? Mais peut-être serait-il plus sage que les électeurs d'Europe amènent au Parlement plus de députés soucieux d'œuvrer davantage à la sécurité de leurs concitoyens qu'à la défense d'un libre-échange destructeur des hommes et de l'environnement?

2-348

**Derek Roland Clark, on behalf of the IND/DEM Group.** – Mr President, last September I drew attention to how the electronic data of ships required in these reports could easily find their way to pirates operating off Somalia. This was not heeded. These reports have been modified, but not for the better. In fact, there is now contradiction between them. I will try again.

Whilst Mr Sterckx obliges ports not to turn ships away, Mr Savary says that they can deny entry if insurance certificates are not being provided. Add the further contradiction of Mrs Vlasto, which extends port control to ships anchored offshore. So if a vessel with no papers lies offshore and then, due to extreme weather, becomes at risk, it must be allowed entry because Mr Sterckx established the right of ships in distress to a place of refuge. So we come to the situation of a vessel

with a dangerous cargo finding its way into a port by manipulating these contradictions. What happens if it then results in a serious incident, closing a major port? Would the compensation mentioned in Mr Sterckx apply to all of that and, in any case, who pays? These reports need a real overhaul.

Finally, the Fernandes report endorses various IMO recommendations. Fine – the UK has already signed these – but the EU wants to add its own fleet database, to which I and others would object. I say ‘would’ because the Fernandes report is to be adopted without a vote. How democratic is that? Whatever happened to the comments made here this very morning that this is an amending House?

2-349

**Fernand Le Rachinel (NI).** – Monsieur le Président, chers collègues, je tiens à féliciter l'ensemble des rapporteurs, qui ont répondu aux grandes questions soulevées par les enjeux de la sécurité maritime et fait face aux responsabilités qui étaient les nôtres.

En effet, nous avons tous en mémoire les sinistres naufrages du pétrolier Erika, en 1999, et du Prestige, en 2002, ainsi que leurs conséquences écologiques, humaines et économiques dramatiques.

Un nouvel arsenal de lois protégeant les Européens contre les catastrophes maritimes va pouvoir enfin voir le jour. Sont notamment prévus des inspections systématiques des navires les plus vétustes, ou encore des assurances obligatoires pour indemniser les victimes des catastrophes écologiques, mais aussi des audits sur les pavillons des pays européens, pavillons, on le sait, trop souvent encore de complaisance.

Il était temps de prendre ces mesures qui s'attaquent, il est vrai, à l'immense liberté de manœuvre laissée depuis des siècles aux armateurs. L'impunité des armateurs des navires poubelles est terminée et, pour rendre les inspections plus effectives, elles seront tout d'abord ciblées sur ces bateaux-là.

La sécurité des mers et des océans n'est pas négociable. C'est elle – et non plus l'argent, les profits et le commerce sans limites – qui doit être la valeur de référence première.

Un seul regret: la mise en œuvre de toutes ces nouvelles lois, à la fois répressives et préventives, prendra du temps. Député européen de la région Nord-Ouest, aux multiples façades maritimes, c'est avec soulagement et fierté que je voterai pour ce troisième paquet maritime.

2-350

**Ιωάννης Κασουλίδης (PPE-DE).** – Κύριε Πρόεδρε, το πακέτο των επτά προτάσεων για τη ναυτιλία αποτελεί μια σημαντική εξέλιξη για την πρόληψη ατυχημάτων και για την εξασφάλιση αποτελεσματικής ανταπόκρισης σε περίπτωση ατυχημάτων. Για την τελευταία επιτρέψτε μου να αναφερθώ ιδιαίτερα, ως σκιώδης εισηγητής, στα όσα συμφωνήθηκαν για τα καταφύγια σκαφών που βρίσκονται σε κίνδυνο. Θέλω να συγχαρώ τον εισηγητή κ. Sterckx και όλη τη διαπραγματευτική ομάδα, που κατέληξαν σε πολύτιμη συνδιαλλαγή για το σημαντικό αυτό θέμα.

Ένα μικρό ατύχημα, μια μικρή ρωγμή π.χ. στη δεξαμενή ενός πετρελαιοφόρου, αν δεν συγκρατηθεί και περιοριστεί, σε περίπτωση κραδασμών από θαλασσοταραχή ή δυσκολίας αναρρόφησης του εμπορεύματος σε άλλο σκάφος, μπορεί να οδηγήσει σε μεγάλη οικολογική καταστροφή, αν δεν υπάρχει καταφύγιο για να ληφθούν τα δέοντα μέτρα. Παράλληλα, τυχόν φόβος του πληρώματος ότι κινδυνεύει να υποστεί ποινικές ή αστικές συνέπειες ή αν τα σκάφη έχουν ελλιπή ασφάλιση, δύναται να αποτρέψει αναζήτηση καταφυγίου με δυσάρεστες συνέπειες.

Η παρούσα συνδιαλλαγή διασφαλίζει την ανεξαρτησία των εμπειρογνομόνων που θα αποφασίζουν για τη φιλοξενία των πλοίων σε κίνδυνο, την καλή μεταχείριση των ναυτικών σε περίπτωση ατυχήματος σύμφωνα με το IMO, την υποχρέωση και των ανασφάλιστων πλοίων σε καταφύγια, την αποζημίωση λιμένων και καταφυγίων για ζημιές –για το θέμα αυτό η Επιτροπή θα παρουσιάσει διάφορες επιλογές πολιτικής–, την υποχρέωση των πλοιοκτητών πετρελαιοφόρων να ενημερώνουν για το φορτίο τους αν υπερβαίνει τους 1000 τόνους. Παράλληλα, όλα τα πλοία, περιλαμβανομένων των αλιευτικών, θα πρέπει να εφοδιαστούν με σύστημα αυτόματης αναγνώρισης.

Τελειώνοντας, χαιρετίζω το γεγονός ότι το Κοινοβούλιο εξώθησε με τους χειρισμούς του το Συμβούλιο στο να αποκτήσει τελικά κοινή θέση και επί των επτά νομοθετικών προτάσεων της δέσμης.

2-351

**Michel Teychenné (PSE).** – Monsieur le Président, chers collègues, le paquet que l'on votera demain ne serait rien sans la volonté du Parlement européen, et je tiens ici à saluer le travail qui a été accompli.

Si l'Union européenne crée un dispositif juridique qui, je l'espère, permettra d'éviter des naufrages comme ceux de l'Erika ou du Prestige et de responsabiliser enfin les pollueurs, c'est bien grâce à la persévérance du Parlement européen face à la frilosité du Conseil. Inutile de rappeler l'insistance qu'il aura fallu pour mettre les rapports de MM. Savary et Fernandes sur la table. C'est une victoire politique du Parlement européen, c'est aussi la victoire de la constance et du travail collectif.

Enfin, grâce à ce paquet "sécurité maritime", les États devront s'acquitter des obligations de l'Organisation maritime internationale, et notamment procéder à des audits techniques avant de délivrer les pavillons à un navire. Une autre avancée conséquente est l'obligation des navires d'être assurés par des certificats de garantie financière, ce qui confère une véritable responsabilité à leurs affrêteurs.

Si le Parlement adopte ces textes demain, l'Union européenne démontrera qu'elle s'est dotée d'un dispositif efficace pour lutter contre les bateaux poubelles, contre les affrêteurs ou les propriétaires délictueux et l'on peut espérer que l'environnement et la santé de nos concitoyens en bénéficieront.

Enfin, je veux saluer le travail qui est fait en matière maritime par le commissaire Tajani, ici présent, et les rapporteurs sur les droits des transports, puisque nous avons actuellement engagé la fin du processus sur le droit maritime dans le but de couvrir l'ensemble des transports en Europe. C'est donc par rapport à ce travail-là, où il y avait un vrai retard dans le transport maritime, que le Parlement, je l'espère, bouclera aussi un volet important en matière de transport maritime au cours de cette session ou en tout cas le plus rapidement possible.

2-352

**PRESIDE: MIGUEL ANGEL MARTÍNEZ MARTÍNEZ**  
*Vicepresidente*

2-353

**Josu Ortuondo Larrea (ALDE).** – Señor Presidente, señor Comisario, queridos colegas, me alegro mucho de poder concluir la presente legislatura con la aprobación definitiva del último de los paquetes marítimos. Sin embargo, recuerdo que, cuando llegué al Parlamento Europeo, en el año 1999, padecimos un gran accidente marítimo —el del buque *Erika*— cerca de las costas francesas, que dio apellido a un primer bloque de propuestas legislativas destinadas a atajar y evitar accidentes.

Creíamos que habíamos conjurado el peligro, pero poco después las costas de Galicia se arruinaron con el chapapote procedente de otro accidente aún mayor que el primero, el del buque *Prestige*. Desde entonces, en la Comisión de Transportes y Turismo hemos trabajado sobre sucesivos paquetes legislativos, tratando de superar las demasiadas resistencias que encontramos en armadores, compañías petroleras, sociedades de clasificación, y también en determinados Estados miembros que rechazaban las tres propuestas por considerarlas demasiado exigentes.

En estos diez años hemos aprobado diferentes directivas y reglamentos, algunos de los cuales hemos tenido que volver a revisar porque, por efecto de los recortes propiciados desde el Consejo, no resultaron eficaces en su primera versión.

Aprobamos las normas para la introducción de buques de doble casco, un fondo europeo destinado a las grandes catástrofes petroleras, los puertos de refugio, y ahora revisamos y aprobamos la responsabilidad de los transportistas de pasajeros por mar, la investigación de los accidentes marítimos, el sistema comunitario de seguimiento e información sobre tráfico marítimo, el control por parte del Estado rector del puerto y, finalmente, el reglamento y las directivas referentes a las organizaciones de inspección y reconocimiento de buques. Y todo esto es bueno y deseable que pueda entrar en vigor y que lo apliquen todos los Estados miembros en el más breve plazo de tiempo posible.

Por ello me siento satisfecho. Pero acaba la legislatura, yo dejo el Parlamento y me voy con la pena de no haber conseguido que se estableciera como obligatoria la introducción de sistemas de control que ya existen y están patentados para saber cuándo y cuántos residuos de sentinas y tanques de fuel han sido vertidos al mar ilegalmente por parte de un determinado buque. Es decir, una especie de cajas negras o tacómetros que puedan ser inspeccionados por las autoridades marítimas cada vez que un buque llega a puerto.

Creo que debemos al medio ambiente marino una mejor atención y procedimientos más severos para atajar tanta contaminación como producimos y que, si no lo hacemos, afectará a nuestra cadena alimentaria y a nuestras vidas haciéndonos pagar por ello un alto precio. Confío en que no tengan que pasar otros diez años más para controlar más eficaz y eficientemente los vertidos marinos ilegales.

2-354

**El Presidente.** – Gracias, señor Ortuondo. Seguro que se recordará en la Cámara su esfuerzo, y seguro que, dondequiera que esté usted, seguirá usted luchando por los objetivos que deja usted aquí, quizá inconclusos, pero muy avanzados gracias a su esfuerzo.

2-355

**Γεώργιος Τούσσας (GUE/NGL).** – Κύριε Πρόεδρε, μετά από πέντε χρόνια συζητήσεων και διαβουλεύσεων με το Συμβούλιο το περιβόητο ναυτιλιακό πακέτο (έξι οδηγίες και ένας κανονισμός) έχει απογυμνωθεί από κάθε θετικό περιεχόμενο σχετικά με την ασφάλεια της ανθρώπινης ζωής στη θάλασσα και την προστασία του περιβάλλοντος, δηλαδή «ώδινεν όρος και έτεκε μυν».



Το Συμβούλιο, εκφράζοντας πιστά την αντιλαϊκή πολιτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης και τα συμφέροντα του κεφαλαίου, υλοποιεί πλήρως τις απαιτήσεις των εφοπλιστών-πλοιοκτητών, των μονοπωλιακών επιχειρηματικών ομίλων, οι οποίοι αντιτίθενται σε κάθε μέτρο που μπορεί να θίξει και στο ελάχιστο την κερδοφορία τους. Έτσι πέτυχαν μέσα από τη μακρόχρονη παρελκυστική διαδικασία, είτε να απονευρώσουν κάθε θετική διάταξη που αποσκοπούσε στον έλεγχο των κανόνων ασφαλείας των πλοίων είτε να τις παραπέμψουν στις καλένδες.

Δεν λαμβάνεται κανένα μέτρο για την προστασία και την αναβάθμιση του ανθρώπινου παράγοντα, των ναυτεργατών, του πρωταρχικού παράγοντα για την προστασία της ανθρώπινης ζωής στη θάλασσα και του περιβάλλοντος. Οι ισχυρισμοί που προβάλλονται από την Ευρωπαϊκή Ένωση από το 1986, στο πλαίσιο της κοινής ναυτιλιακής πολιτικής, ότι δήθεν θα εξεταστούν στο μέλλον τα ζητήματα που αφορούν τον ανθρώπινο παράγοντα, τη βελτίωση των όρων δουλειάς και την εκπαίδευση των ναυτεργατών, είναι παραπλανητικοί και ψεύτικοι αφού όλα αυτά τα χρόνια χειροτερεύουν. Γι' αυτούς τους λόγους, το Κομμουνιστικό Κόμμα Ελλάδας θα καταψηφίσει το λεγόμενο ναυτιλιακό πακέτο στο σύνολό του.

2-356

**Luca Romagnoli (NI).** – Signor Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, non poteva e non può, il Parlamento con la commissione trasporti, omettere di affrontare con organicità quanto necessario a migliorare la sicurezza delle navi e così pure precisare quali misure da prendere in caso di incidente. Il terzo pacchetto marittimo affronta con efficacia anche le questioni delle responsabilità dei vettori nei confronti dei passeggeri e dei beni da questi trasportati. Era ora, sempre sperando che la materia non finisca per essere disattesa, come ho l'impressione avvenga nel caso dei diritti dei passeggeri dei vettori aerei.

Anzi, credo che gli obiettivi dell'adempimento entro il 2016 delle navi di categoria A e l'iniziativa addirittura successiva per quelle di categoria B, C e D siano fin troppo tolleranti e favorevoli ai vettori. Spero dunque che il risvolto di questa magnanimità dell'Unione sia il puntuale adeguamento dei vettori alla nuova disciplina. Erano e sono anche necessari standard comuni per le società di classificazione, responsabili del controllo delle navi e della concessione delle autorizzazioni alla navigazione, nonché regole chiarissime per regolamentare ispezioni ed iscrivere le navi nella lista nera.

Apprezzo dunque quanto proposto e pure le misure in materia di gestione degli incidenti e dei pericoli di disastro navali e ambientali e delle competenze in proposito, sul quale, magari, chiedo alla Commissione un maggior impegno. L'articolato pacchetto considera anche le misure relative alle indagini, alle competenze e alle giuste sovranità in caso di incidente marittimo, compendio che speriamo contribuisca a rendere più chiare le responsabilità e i relativi risarcimenti. Voto favorevole, quindi al complesso delle relazioni.

2-357

**Corien Wortmann-Kool (PPE-DE).** – Voorzitter, commissaris Tajani, het maritiem veiligheidspakket heeft een onstuimig verloop gekend, maar de uitkomst mag er zijn. Dat is in hoge mate te danken aan het feit dat u, commissaris Tajani, samen met uw ambtenaren en wij als Europees Parlement zij en zij hebben opgetrokken om de Raad over de streep te trekken om echt serieus werk te maken van een aantal cruciale punten die voor het Parlement zo belangrijk waren.

Want we moeten Europees verplicht samenwerken om uiteindelijk de veiligheid van de scheepvaart te verbeteren. We hebben nu gelukkig een aantal ontbrekende schakels opgelost, al waren wij als Parlement op een aantal punten graag nog een stap verder gegaan. Het is winst dat bij grote ongelukken op zee onafhankelijk ongevallenonderzoek nu verplicht is geworden, want op deze manier kan de oorzaak van ongevallen echt achterhaald worden.

In de luchtvaart is daar al veel ervaring mee. Vorige week nog is in Nederland een vliegtuig van *Turkish Airlines* gecrashed bij Amsterdam en binnen een week kon dankzij onafhankelijk ongevallenonderzoek de oorzaak worden achterhaald en aan speculaties een einde worden gemaakt. Onafhankelijk ongevallenonderzoek, los van de schuldvraag; het is echt winst dat we dat nu ook hebben voor de scheepvaart. De rapporteur heeft op dit punt uitstekend werk verricht.

Voorzitter, ik zou graag één ander punt uit dit pakket willen lichten, namelijk dat de aansprakelijkheid voor passagiers op zee beter wordt geregeld. Een goede zaak, maar het is ook goed dat de binnenvaart daar niet onder valt, want kleine binnenvaartschepen kunnen niet hetzelfde worden behandeld als zeeschepen die op open zee varen. Dat is niet hetzelfde. En het is uiteindelijk goed dat dat ook in het voorstel is bevestigd.

2-358

**Маруся Иванова Любчева (PSE).** – Господин Председател, господин Комисар, колеги, в морската общност отдавна се обсъжда необходимостта от усъвършенстване на регулирането, контролирането и следенето на корабния трафик, поради опасности от инциденти, замърсяване на околната среда, поставяне в риск на човешки живот, нелегалния трафик, който за съжаление никак не е малък. Интегрирането на нови технологии в морския трафик, активизирането на пиратството, съчетано с отсъствието на строг и общ контрол, са предпоставки за проблематичност. С изменението на директивата се създават и развиват условия за мрежа на морска безопасност, както и условия за изграждане на ефективна автоматична информационна система. Това са постижения, които трябва да бъдат оценени, за Европейския парламент, Комисията и Съвета.

Важно е структурирането на проблемите с опасните отпадъци. Наличието на директивата няма да позволи кораби с опасни, неидентифицирани товари да се разхождат из европейските морета, търсейки място да изхвърлят товарите си. Това е необходимост от осъществяване на контрол за морския трафик; да се създаде култура на морска безопасност, да се организира логистиката на процеса, да се обезпечи техническо и технологично изграждане на системата; да се създаде система за ефективно разпространение на информация, като в същото време се защити частта от тази информация, която осигурява сигурността на трафика. Приветствам усилията, които Агенцията по морска безопасност полага, включително по отношение на създаването на Vessel Traffic Management and Information System, предоставяйки интегрирана база данни, включващи реална визуализация на корабите, както и други данни, свързани с товарите и характеристиките им. Ако случаят "Ерика" е вече хисторичен пример за изучаване на управление и анализ на риска, аз пожелавам такъв пример вече да не се случва и да няма повече подобни инциденти.

2-359

**Marian-Jean Marinescu (PPE-DE).** – Compromisul obținut pentru al treilea pachet maritim va determina îmbunătățirea siguranței pasagerilor, va contribui la protecția mediului și la întărirea sistemelor de control.

Lista neagră instituită pentru navele care încalcă în mod repetat reglementările va fi, la fel ca cea din sectorul aviatic, un pas important pentru îmbunătățirea siguranței. Erika III este deosebit de important pentru România deoarece, ca urmare a documentelor adoptate recent – Politica maritimă integrată a Uniunii și Sinergia Mării Negre, poate avea un cuvânt important de spus în reușita procesului de extindere a principiilor europene și a bunelor practici la celelalte state riverane care nu fac parte din Uniunea Europeană, și aceasta prin noul instrument propus de Comisia Europeană prin Parteneriatul Estic.

Măsurile aferente transporturilor navale trebuie suplimentate de întărirea cooperării între statele riverane pentru raționalizarea exploatarei resurselor și pentru reducerea poluării din activitățile portuare și de coastă, precum și pe întreg cursul Dunării. Numai printr-o acțiune concertată în toate domeniile Marea Neagră poate fi eficient protejată.

2-360

**Jim Higgins (PPE-DE).** – Mr President, the package has been a very difficult one for Parliament and the Council. There has been much negotiation and debate, and I am glad to see the issues have been finally resolved.

The adoption of this package is a victory for the European Parliament and certainly for the rapporteurs who have fought to ensure that we delivered on behalf of our citizens, even against very strong opposition from Member State governments.

This law will impact on a variety of areas, including the standards of European flags, ensuring improved inspection procedures for ships. What we have now is more transparency and stricter inspections. Essentially this package will deliver safer vessels, meaning a lower risk of environmental disasters and loss of sea life.

From the point of view of Ireland, the timing is extremely important by virtue of the fact that we have a Latvian ship tied up in an Irish port where the crew have not been paid, they have not been given enough food and they have no way of getting back to their Member State, Latvia. These are the kinds of issues that have to be tackled, and I look forward to the implementation of the package.

2-361

**Silvia-Adriana Țicău (PSE).** – Cel de-al treilea pachet maritim este unul extrem de important. Uniunea dorește dezvoltarea coridoarelor maritime ca parte a extinderii TEN-T. Acest pachet maritim contribuie la creșterea siguranței transportului maritim și implementează practic lecțiile învățate în urma accidentelor maritime din ultimii ani, navele Erika și Prestige, și a accidentelor din Marea Neagră.

Pentru Marea Neagră, în special, acest pachet va avea o importanță deosebită, deoarece multe din statele riverane Mării Negre se află pe lista neagră sau pe lista gri a Memorandumului de la Paris. Răspunderea armatorilor în caz de accident ar trebui să se aplice și pentru accidentele ce au loc pe apele navigabile interioare. Consider că navele aflate în pericol trebuie să fie primite în zone special amenajate, în care acestea pot beneficia de asistența de care au nevoie. Evident, trebuie însă reglementat clar modul în care se va face plata pentru aceste servicii.

2-362

**Marie Anne Isler Béguin (Verts/ALE).** – Monsieur le Président, chers collègues, au moment de l'Erika, en France, je faisais partie des députés qui ont demandé aux autorités françaises de fermer les vannes pour que les marais salants ne soient pas pollués.

Au moment du Prestige, j'étais, avec notre collègue Sterckx, corapporteuse, puisque nous avions une coresponsabilité en matière de transports – j'avais moi-même une responsabilité en matière d'environnement – et nous avions demandé, justement, plus de sécurité au niveau du transport maritime. Je me rappelle la bataille que nous avons menée, ici même, pour qu'une commission d'enquête soit créée sur le Prestige. C'était absolument impressionnant.

Aujourd'hui, je crois donc qu'on peut tous se satisfaire du fait que, dans le cadre du paquet maritime, de nombreuses règles internationales et européennes aient progressé et espérer que ce ne sera plus qu'un mauvais souvenir.

Mais, si vous le permettez quand même, je voudrais attirer l'attention sur...

*(Le Président retire la parole à l'orateur)*

2-363

**Avril Doyle (PPE-DE).** – Mr President, I would like to reiterate, on the record, in relation to this most important maritime package, recital 3 of the review of the EU-ETS Directive, which was passed by an overwhelming majority; this directive deals with our carbon dioxide emission reduction targets and the timetable for same.

Recital 3 states that '[a]ll sectors of the economy should contribute to achieving these emission reductions, including international maritime shipping and aviation. In the event that no international agreement including international maritime emissions in its reduction targets through the IMO has been approved by Member States and/or no such agreement through the UNFCCC has been approved by 31 December 2011, the Commission should make a proposal to include international maritime emissions according to harmonised modalities in the Community reduction commitment with the aim of its entry into force by 2013. Such a proposal should minimise any negative impact on EU competitiveness taking into account the potential environmental benefits.' Comments please, Commissioner.

2-364

**Brian Simpson (PSE).** – Mr President, we have come a long way as a Parliament since the *Prestige*, a tragedy to the coastline of Galicia and to its ecosystems. We have come a long way since the *Erika* polluted and destroyed the wonderful coast of Brittany. We have come a long way since *Sea Empress*, *Exxon Valdez* and other shipping disasters.

This package is a testament to the work of Parliament, the Commission and also, if belatedly, the Council. For me, the significance of this package will be felt for many years to come. It is a testament also to the work of all our rapporteurs and MEPs who, over the years, have pushed for such legislation.

This package is a victory for this Parliament, for Members from all the political groups, particularly on the Committee on Transport, although I hope Members would allow me to make special mention at this time of Mrs Miguélez Ramos and the late Mr Willi Piecyk.

2-365

**Antonio Tajani, Vicepresidente della Commissione.** – Signor Presidente, io credo che nel corso del dibattito che si è svolto in quest'Aula, nel compiacimento generale per aver avuto la capacità di approvare – Consiglio, Parlamento e Commissione – norme che danno risposte concrete ai cittadini, è emersa soprattutto una domanda: queste buone norme, frutto di un compromesso, frutto di tanto lavoro, saranno applicate, saranno bene applicate? La Commissione sarà in grado di vigilare? L'Agenzia sarà in grado di ben cooperare con la Commissione per vigilare sull'applicazione di queste regole? Mi riferisco all'insieme delle osservazioni che sono state fatte sia nel corso del dibattito – penso all'onorevole Jarzembowski, all'onorevole Romagnoli, ma anche alle lettere che sono state inviate nel corso di questi mesi alla Commissione, dall'onorevole Sterckx, dall'onorevole Simpson, che hanno posto questo problema.

Io credo di poter confermare qui l'impegno della Commissione, che ha voluto fortemente l'approvazione di questo pacchetto, affinché questo pacchetto sia rispettato dagli Stati membri. Intendo avvalermi della collaborazione dell'Agenzia – è un'istituzione nella quale credo, che ha sempre lavorato bene, che svolge nel modo migliore la sua funzione di sostegno alla Commissione e anche di sostegno agli Stati membri – nell'attuazione di questa normativa come di altre normative. Sono andato in visita a Lisbona, la sede dell'Agenzia, e ho trovato un'ottima collaborazione, una grande disponibilità, direi anche un forte impegno, un entusiasmo per applicare tutte le normative, per garantire, attraverso il sistema della sicurezza, il Safe Sea Net e anche tutte le altre strumentazioni tecnologiche più avanzate, di dare una mano ai cittadini perché vedano applicate concretamente le norme dell'Unione. E quanto la normativa conferisce alla Commissione una determinata competenza, lo sapete bene, può la Commissione ricorrere all'Agenzia per avere aiuto nello svolgimento dei compiti di natura tecnica.

Come abbiamo fatto Jaques Barrot prima ed io oggi, intendo continuare a muovermi in questa direzione, ad avvalermi della cooperazione di un'agenzia che considero efficiente, ben guidata, piena di persone di buona volontà che credono nel lavoro che fanno. E questo vale per esempio per le ispezioni che puntano a verificare l'applicazione corretta delle norme o l'attuazione dei sistemi di informazione sul monitoraggio del traffico. Per quanto riguarda quest'ultimo punto, voglio sottolineare il ruolo fondamentale dell'Agenzia – e mi rivolgo in modo particolare anche all'onorevole Sterckx – sull'attuazione del Safe Sea Net, la piattaforma europea di scambio di dati sul traffico navale, e nella costituzione del Centro europeo di identificazione e verifica delle navi a grande distanza.

Questi compiti sono conformi al regolamento dell'Agenzia, anche se non sono citati esplicitamente, perché l'ultima modifica risale al 2004, ma lo saranno certamente con la prossima revisione del regolamento che è in fase di preparazione.

Il fatto che tali compiti puntuali non siano citati nelle direttive o nei regolamenti specifici non ha alcuna incidenza sulla ripartizione dei ruoli tra la Commissione e l'Agenzia.

Ecco, io, con questa mia replica volevo rassicurare il Parlamento sulla volontà, sulla determinazione della Commissione nel voler applicare con il sostegno dell'Agenzia le norme che stiamo approvando. Sarebbe inutile dire ai cittadini: "Abbiamo fatto qualcosa di positivo per voi" se poi questo qualche cosa di positivo non siamo capaci di applicarlo e farlo rispettare. Ricordiamo bene che gli Stati membri, rappresentati dal Consiglio, sono parte integrante di questo accordo, sono co-legislatori insieme a tutti quanti noi quindi credo che gli Stati membri applicheranno le norme che stiamo approvando, ma certamente la Commissione vigilerà perché questo impegno sia rispettato e mantenuto e lo faremo con il contributo tecnico dell'Agenzia.

2-366

**Luis de Grandes Pascual, ponente.** – Señor Presidente, creo que hemos llegado al final y merece la pena felicitarnos todos por haber alcanzado este momento después de tan larga travesía. Creo que, si alguna vez está justificado el procedimiento de codecisión, lo es en el caso de este paquete y su trámite.

En la necesidad de poner de acuerdo a Comisión, Consejo y Parlamento están las claves de este paquete, en el que el Parlamento hizo muy bien —y hoy se justifica mejor que nunca— en ejercer el liderazgo y presionar para considerar éste un paquete inexcusable, en el que no admitimos desde el principio ningún tipo de quiebra, ningún tipo de separación para conseguir un todo que fuera capaz de ser la garantía de la seguridad en los mares.

Creo que estamos en el caso de saber que en el futuro hay garantías de que las medidas políticas de coyuntura están de más. Así nos ahorraremos bochornosas situaciones en que quienes criticaron actitudes de unos gobiernos, cuando están ellos mismos en el gobierno, tienen que elogiar las actitudes de otros. Por tanto, el que en el futuro las grandes decisiones estén en manos de comités independientes que, con rigor, autoridad, inmediatez y capacidad, dispondrán de instrumentos de decisión, eso es lo que garantiza rigor y decisiones justas y de equidad.

Porque aquí, en este paquete, hemos tenido que conjugar el equilibrio de muchas cosas: ha habido que conjugar las sociedades de clasificación con los equipos marinos; ha habido que poner claramente todos los intereses encima de la mesa y, por encima de todo, ha tenido que ejercer su liderazgo el Parlamento.

Creo que debemos felicitarnos por el hecho de que el Parlamento haya ejercido ese liderazgo y pueda sentirse orgulloso de decir en este momento alto y claro que la Unión Europea no ha esperado a la OMI —la Organización Marítima Internacional—, sino que nos hemos adelantado.

Teníamos esa obligación y no teníamos que esperar a nadie. Creo que estamos en el caso de felicitarnos, de tener esperanza en el futuro para que las cosas no se repitan y de aprender la lección del pasado.

2-367

**Dominique Vlasto, rapporteure.** – Monsieur le Président, pour conclure, je voudrais dire que le travail qui a été réalisé par l'ensemble des collègues nous permet aujourd'hui, si le Parlement bien entendu adopte ce paquet, d'être beaucoup plus sereins en ce qui concerne la protection de nos mers, de nos côtes et de nos concitoyens.

L'important maintenant, c'est la mise en place des dispositions préconisées pour la prévention et la répression, qui doivent être vraiment effectives dans l'ensemble de nos pays. Nous aurons ainsi contribué à la sauvegarde de notre patrimoine maritime.

Je remercie M. le Commissaire, qui nous a montré sa détermination pour faire en sorte que la directive européenne soit mise en œuvre et ne reste pas à l'état de discours.

2-368

**Dirk Sterckx, Rapporteur.** – Voorzitter, ik stel opnieuw vast dat er eensgezindheid heerst in het Parlement; de overgrote meerderheid is voor de inhoud van het pakket, voor het compromis dat we bereikt hebben. Ik denk dat dat voor eenieder die erbij betrokken is een teken is, dat het hier niet gaat om een ideologisch conflict, maar om een praktische regeling om de veiligheid op zee te verhogen.

Ik dank ook de commissaris voor het antwoord dat hij mij gegeven heeft op mijn vraag in verband met de onzekerheid over het agentschap en de rol daarvan. We zijn het misschien vergeten, maar het agentschap is een van de onderdelen van het eerste Erika-pakket.

Het agentschap was een van de eerste voorstellen, een agentschap dat de nodige knowhow, de nodige specialisten samenbrengt om ervoor te zorgen dat wij, vooral de Commissie, maar ook het Parlement, ondersteund worden bij datgene wat we doen, bij de uitwerking van regelgeving.

Nu, ik ben blij over de eensgezindheid, ik ben ook fier op wat we bereikt hebben, maar ik denk, commissaris, zoals u en ook mevrouw Vlasto al hebben gezegd, dat alles nu afhangt van de kwaliteit van de omzetting. Het gaat erom dat we, bijvoorbeeld als het gaat over het opvangen van schepen in nood, in alle lidstaten autoriteiten hebben die goede kwaliteit leveren. Als die kwaliteit te wensen overlaat, moet u optreden.

De rol ligt nu dus bij u, bij de Commissie, bij de diensten van de Commissie, bij het agentschap om zowel voor de havenstaatcontroles als voor de classificatiemaatschappijen, als voor SafeSeaNet, als voor alle zaken die we nu op punt stellen of die we verbeteren, ervoor te zorgen dat de lidstaten ook datgene doen wat zij in de wetgeving hebben opgenomen.

Commissaris, wij zullen u op de voet volgen, dus mocht u in de komende Commissie nog commissaris van Vervoer zijn, dan zullen we u op de voet blijven volgen om ervoor te zorgen dat die kwaliteit ook zodanig is als wij bedoeld hadden. Dus, goede moed! We houden u in het oog en zo nodig ondersteunen we u opnieuw bij nieuwe voorstellen.

2-369

**Jaromír Kohlíček, Zpravodaj.** – Já bych si dovolil, ačkoliv se to tady moc často nestává, doplnit mého kolegu, protože nejde jen o to, jestli pan komisař zůstane ve své funkci, abychom ho mohli sledovat, ale také jestli my zůstaneme v našich funkcích. Tak to je jenom doplnění. Já bych chtěl poděkovat všem, kteří spolupracovali na práci na balíčku. Tento materiál se stává paradoxně prvním velkým úspěchem českého předsednictví v Evropské komisi, ať už chceme, nebo ne. K připomínkám mého kolegy Toussase, který zde s hořkostí konstatoval, že pracovním podmínkám na moři se balíček vůbec vyhýbá. Je to pravda, kromě slušného zacházení s osádkou lodi, která má problémy, či osádkou lodi po námořní katastrofě skutečně balíček přímo pracovní podmínky osádek lodí neřeší. Já ale věřím, že se k těm pracovním podmínkám Evropský parlament ve spolupráci s Komisí v blízké budoucnosti vrátí, konec konců zabýváme se tím v jiných odvětvích dopravy, bude to jenom logické. Dosud je tato důležitá složka bezpečnosti námořní dopravy nedostatečně upravena stejně jako u dopravy vnitrozemské. A já věřím a ještě jednou se vracím k tomu, čím jsem začal, že pokud se komisař Tajani a my opět nad společnou prací sejdem, že na tom budeme moci spolupracovat.

2-370

**Paolo Costa, relatore.** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, li adopero per ringraziare anch'io tutti coloro che si sono impegnati in questo lungo e importante lavoro. Io dico un grazie di cuore, un grazie vero perché oggi la legislazione europea, le regole europee sulla sicurezza marittima sono sicuramente migliori di quelle che avevamo prima. Da oggi naturalmente sta alla Commissione farle applicare, sono sicuro che il Commissario farà tutta la sua parte perché essi non restino soltanto lettera morta. Fortunatamente abbiamo qualche regolamento che dà subito responsabilità dirette; in qualche altro caso dovrà vegliare perché le direttive vengano tradotte nelle legislazioni nazionali.

Naturalmente quando si chiude un capitolo se ne riapre immediatamente un altro. Abbiamo lasciato da parte molti argomenti; sono argomenti forse che andranno recuperati e visti. Ne cito solo due: tutto sommato, sui porti-rifugio non abbiamo ancora definito molto bene e speriamo che questo non provochi nessun pericolo nel momento in cui dovesse esserci qualche difficoltà nei nostri mari; l'altro è quello dell'estensione della copertura dei passeggeri anche alla navigazione interna oltre che al completamento della navigazione domestica.

Potremmo dire molte altre cose, ma questo conterebbe poco. Quello che conta in questo momento è, forse, ringraziare ancora una volta la Commissione per l'iniziativa, il Commissario per l'attenzione con cui ha seguito l'attività del Parlamento, ma rivendicare, senza inutile orgoglio il ruolo che il Parlamento ha svolto. Devo dire che se confrontiamo la proposta com'è entrata nel circuito legislativo, da come si è andata riducendo dopo la prima posizione del Consiglio e al risultato finale, credo che si possa dire che il Parlamento con orgoglio ha svolto il suo ruolo, che è sempre più di quello di essere – non posso dire custode perché custode ne è la Commissione – ma interprete convinto dell'integrazione europea e del ruolo che l'Europa può svolgere per tutti.

2-371

**Gilles Savary, rapporteur.** – Monsieur le Président, au Parlement, à quelques exceptions près, nous savons ce que légiférer et conférer une valeur ajoutée à un texte de la Commission signifie. Je voudrais rejoindre de ce point de vue-là les propos de Paolo Costa: ce n'est pas pour le Parlement un exercice de style que de s'en féliciter, c'est une réalité enthousiasmante à un moment où l'Europe a besoin d'un rebond.

Je voudrais dire, parce que je ne sais pas si cela a été suffisamment précisé, que, dans ce paquet législatif de sept plus un texte, il y a en réalité deux vitesses. Il y en a cinq plus un dont on va demander demain de ratifier la conciliation et l'accord de conciliation, et il y en a deux autres, celui de mon collègue Fernandes et le mien, qui arrivent en seconde lecture, parce qu'ils avaient été initialement refusés par le Conseil.

Comme nous avons trouvé un accord un peu miraculeux avec le Conseil, du fait que nos collègues ont bien voulu nous servir de véhicule à l'intérieur de leurs propres rapports pour que le Conseil accepte et soit obligé de se prononcer, nous sommes uniquement en seconde lecture en ce qui concerne le rapport de Jardim Fernandes et le mien. Évidemment nous ne souhaitons pas qu'ils soient modifiés, et je crois qu'il n'y a pas lieu de le faire car aucun amendement n'a été déposé.

Nous souhaitons qu'ils soient adoptés tels quels demain. Ce sera pour nous la façon de réintégrer le paquet après avoir obtenu un très beau succès vis-à-vis du Conseil.

Je voudrais vous dire, Monsieur le Commissaire, que la balle est maintenant dans le camp de la Commission. En effet, pour contrôler la mise en œuvre de ces législations, on sait que, dans bien des domaines, il ne suffit pas de légiférer ici, il faut qu'il y ait transposition dans les États membres.

En ce qui me concerne, pour ce qui est de l'assurance obligatoire pour dommages aux tiers, c'est-à-dire les grandes pollutions et les dommages collatéraux à un accident maritime, il faudra veiller à ce que les grandes conventions internationales, notamment, soient ratifiées, puisque c'est un engagement pris par les États membres. Je crois également qu'il serait bien que la Commission fasse rapport sur ce sujet-là à notre Parlement d'ici 2012.

2-372

**Emanuel Jardim Fernandes, relator.** – Senhor Presidente, eu gostaria de começar por agradecer à Presidência francesa pela oportunidade que deu de vermos este pacote chegar ao fim e, de uma forma especial, ao seu vice-presidente Tajani e à Comissão pelo importante contributo que deu na fase final da negociação. Agradecer também a todas e a todos pelos seus comentários e contributos e uma saudação especial a todos os relatores, especialmente ao colega Jaromír Kohlíček e, permita-me também, a Rosa Miguélez Ramos, relatora-sombra, por assegurarem que disputas entre Estados-Membros como o que aconteceu com o naufrágio do *Prestige* não voltem a acontecer e que, efectivamente, todos reconheçam a sua responsabilidade quando o pior acontece. Ao Presidente Paolo Costa com o qual trabalhei durante todo o processo, especialmente no relatório relativo às responsabilidades das transportadoras de passageiros, enquanto relator pelo Grupo Socialista, por assegurar que todos os meios de transporte marítimos garantem a protecção aos seus passageiros, que meios de compensação financeira aos passageiros existem quando o pior acontece e que aqueles potencialmente mais afectados são também os mais protegidos de forma rápida e até adiantada, independentemente da culpa formada.

Meios de recursos jurídicos suficientemente claros, acessíveis e baseados em informação clara e antecipada existem. Como já disse a aprovação deste terceiro pacote de segurança marítima é uma importante vitória do processo legislativo europeu. A Comissão, o Conselho e o Parlamento acordaram um texto que melhora a vida de todos, promove maior segurança nos mares, oceanos e águas interiores e prepara o nosso futuro. Ao votarmos amanhã este pacote homenageamos as vítimas de todos os desastres marítimos passados e recentes e honramos os cidadãos e as empresas.

Espero, Senhor Vice-Presidente, que o que será aprovado amanhã neste pacote seja cumprido para que os cidadãos transformem a expectativa agora criada em efectivo reforço da segurança e dos seus direitos.

2-373

**Georg Jarzembowski (PPE-DE).** – Herr Präsident! Zum Schluss der Debatte sollten wir, nachdem wir den Vizepräsidenten Barrot und Tajani und der französischen Präsidentschaft mit dem Kollegen Bussereau gedankt haben, auch den Mitarbeitern des Vermittlungsausschusses und des Verkehrsausschusses danken, denn sie haben uns über Jahre begleitet. Der Erfolg, den wir erreicht haben, ist auch durch sie ermöglicht worden, insofern sollten wir diesen Mitarbeitern bitte danken!

2-374

**Inés Ayala Sender (PSE).** – Señor Presidente, simplemente quisiera añadir a lo que acaba de decir el señor Jarzembowski que también le damos las gracias a él, como Presidente de la Comisión Temporal sobre el Refuerzo de la Seguridad Marítima, encargada de elucidar el caso del *Prestige*, que en cierta manera estuvo en el origen de todo lo que hoy hemos tratado aquí.

Y, como tal vez le perdamos la pista al señor Jarzembowski, quisiera decirle que siempre nos acordaremos de la capacidad que demostró en aquella comisión.

2-375

**El Presidente.** – Señora Ayala, desde luego, desde la Presidencia nos sumamos a la felicitación y al deseo de felicidad y de éxito para quien ha sido un presidente ciertamente muy eficaz.

Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana.

*Declaraciones por escrito (artículo 142 del Reglamento)*

2-376

**Душана Здравкова (PPE-DE), в писмена форма.** – Уважаеми колеги,

Постигнатия компромис ще засили на законодателството на ЕС в областта на безопасността и превръщането на важни международни инструменти в законодателство на Общността. С приемането му Европейския парламент ще постави на ново ниво стандартите за разследване на произшествия с морски съдове.

Приемането на тези мерки е следствие на произшествието с танкера "Ерика", но аз искам да ви напомня за друг, по-скорошен случай. На 13 Февруари 2004 г. на 7,5 морски мили от Босфора, при все още неизяснени обстоятелства заедно с целия си екипаж от 19 души потъна кораба "Хера". Пет години след тази трагедия, станала на входа на една от най-оживените и наблюдавани точки в света, никой не може да каже как и защо е потънал този кораб. Нещо повече, никой не може да каже какви спасителни операции са предприети след получаване на сигнала за бедствие.

Разследването на причините и последствията на това произшествие в момента са в задънена улица. Единственото, което може да се твърди със сигурност е, че седемнадесет граждани на Европейския съюз и двама на Украйна са изчезнали. И никой не носи отговорност за това.

Ясно е, че новите правила, които приемаме няма да предотвратят подобни трагедии, но се надявам, че ще гарантират провеждането на прозрачно, цялостно и обективно разследване за да можем да търсим отговорност от виновните.

2-377

### **13 - Aplicación de gravámenes a los vehículos pesados de transporte de mercancías - Integración de los intereses ambientales en el sector del transporte y la internalización de los costes externos (debate)**

2-378

**El Presidente.** – El siguiente punto es el debate conjunto sobre

- el informe de Saïd El Khadraoui, en nombre de la Comisión de Transportes y Turismo, sobre la propuesta de Directiva del Parlamento Europeo y del Consejo que modifica la Directiva 1999/62/CE relativa a la aplicación de gravámenes a los vehículos pesados de transporte de mercancías por la utilización de determinadas infraestructuras (COM(2008)0436 - C6-0276/2008 - 2008/0147(COD)) (A6-0066/2009), y

- el informe de Georg Jarzembowski, en nombre de la Comisión de Transportes y Turismo, sobre la integración de los intereses ambientales en el sector del transporte y la internalización de los costes externos (2008/2240(INI)) (A6-0055/2009).

2-379

**Saïd El Khadraoui, Rapporteur.** – Voorzitter, collega's, commissaris, ik zou onmiddellijk met de deur in huis willen vallen en enkele misverstanden uit de wereld willen helpen. Ik lees hier en daar dat wij met deze Eurovignet-richtlijn de doodsteek willen geven aan de wegtransportsector in deze economisch moeilijke tijden. Ik lees ook dat we alle personenwagens in Europa zouden willen verplichten tot een systeem van rekeningrijden.

De waarheid is natuurlijk dat we helemaal niets willen opleggen, maar integendeel de lidstaten die dat wensen en wanneer zij zulks wensen een brede waaier aan mogelijkheden willen bieden om te starten met het beginsel "de vervuiler betaalt" in de wegtransportsector. We willen dus een kader maken, spelregels vastleggen, waar lidstaten zich aan moeten onderwerpen, willen zij die externe kosten internaliseren.

Dat zou ons een stapje dichterbij moeten brengen in de richting van een duurzamer transportsysteem. Ik voeg er onmiddellijk aan toe dat dit geen wonderoplossing is. Wij zullen nog heel veel andere maatregelen moeten nemen om zover te komen. Maar, en de Commissie weet dat zeer goed, als we niets doen, zal het wegtransport stijgen met 55% tegen 2020. Dus we zullen iets moeten doen.

Wat we hier voorstellen, is op zich een heel kleine revolutie, als ik het zo mag zeggen, maar het blijft een begin, waarop binnen enkele jaren een ambitieus vervolg moet komen. Met de meerderheid in de Commissie vervoer zijn we erin geslaagd om een evenwichtig, redelijk en coherent voorstel uit te werken. En ik wil iedereen danken die daaraan heeft meegewerkt. Het was niet eenvoudig. De standpunten lagen ver uit elkaar, maar ik hoop ook dat we na morgen dat evenwicht behouden en op deze manier een sterk signaal geven in de richting van de Raad, die nog een gemeenschappelijk standpunt moet formuleren.

Wat zijn de essentiële punten? Ten eerste, welke externaliteiten brengen we in het systeem? Daar hebben we gekozen voor luchtvervuiling, lawaai en congestie. Wat dit laatste betreft, hebben we eigenlijk een toegeving gedaan aan de wegtransportsector door te stellen dat er een link zou moeten komen met personenwagens voor die landen die congestie in hun systeem willen opnemen. Het is geen verplichting, het is een optie.

Ten tweede, de oormerking. Wij beschouwen de inkomsten van deze heffingen niet als een extra belasting die gewoon in de staatskas mag vloeien. Het moet een heffing zijn, waarvan de inkomsten geheinvesteerd worden in het transportsysteem met de bedoeling om de externe kosten naar beneden te halen. Dat moet de absolute doelstelling zijn.

Ten derde, interoperabiliteit. Absoluut belangrijk, en ik denk dat de Commissie daar nog wat werk voor de boeg heeft. We willen vermijden dat we in de toekomst met vrachtwagens zitten die 27 verschillende doosjes hebben om her en der in Europa tol te kunnen betalen. Dus ik denk dat daar duidelijke initiatieven moeten worden genomen om dat te vermijden.

Ten vierde, moet er ook een perspectief zijn op nieuwe stappen in de toekomst. Er moet binnen enkele jaren een overzicht worden gemaakt van de internalisering van externe kosten in alle transportmodi. We moeten overwegen om eventueel ook andere externe kosten toe te voegen, maar we moeten ook gaan naar meer systemen van kilometerheffing ten nadele van de op tijd gebaseerde systemen.

De impact van dit alles is eigenlijk al bij al beperkt. We schatten dat de operationele kosten kunnen stijgen met 3%, indien overall in heel Europa deze richtlijn op het terrein zou worden toegepast. Bijgevolg zou ik de collega's willen voorstellen om het te houden bij het pakket dat we gesteund hebben in de Commissie vervoer.

Met andere woorden, ik steun de PPE-amendementen die congestie eruit willen halen niet. De amendementen van de Groenen - hoe sympathiek ik ze ook vind - kan ik ook niet steunen. Laten we het geheel coherent houden en op deze manier een stap vooruit zetten.

2-380

**Georg Jarzembowski, *Berichterstatter*.** – Herr Präsident, Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich einmal damit beginnen, dass die Mobilität von Personen und Gütern für die Lebensqualität der Bürger, für Wachstum und Beschäftigung, für den sozialen und territorialen Zusammenhalt in der Europäischen Union und für den Handel mit Drittstaaten einfach von zentraler Bedeutung ist.

Deshalb braucht die Europäische Gemeinschaft einfach eine bedarfsgerechte Infrastruktur und vernünftige Verkehrsregelungen für alle Verkehrsträger. Wegen der auch nachteiligen Auswirkungen des Verkehrs auf Mensch und Natur, muss der Verkehr natürlich noch stärker umweltgerecht ausgestaltet sein, um ebenfalls seinen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels zu leisten.

Aber, Herr Vizepräsident, was Sie uns als Grundsatzdokument zur Ökologisierung des Verkehrs geschickt haben, ist ein wenig zu dünn. So leid es mir tut, es gibt kein einheitliches Gesamtkonzept, und Sie lassen alles offen, alles wird auf die Subsidiarität geschoben. Entweder sagen Sie, wir müssen den Verkehr umweltgerecht ausgestalten, dann muss das in allen Teilen der Europäischen Union gelten und kann nicht nach den Wünschen der Mitgliedstaaten gemacht werden. Dann muss es auch von der Eisenbahn bis zur Seeschifffahrt gelten.

Es kann nicht sein, dass Sie nur den Straßenverkehr und da auch nur den Lkw-Verkehr nennen und dann auch noch sagen, wir überlassen es den Mitgliedstaaten, ob sie Straßenbenutzungsgebühren anwenden wollen oder nicht. Wenn Sie einen grundsätzlichen Wandel wollen, dann müssen Sie ein integrales Konzept für alle Verkehrsträger vorlegen – und wir haben das im Ausschuss ganz klar gesagt –, dann müssen Sie es aber auch mit wissenschaftlich begründeten Folgeabschätzungen machen, die die Auswirkungen auf den Wettbewerb unter den Verkehrsträgern, die Mobilitätskosten und die Wettbewerbsfähigkeit Europas berücksichtigen.

Die zweite Mitteilung zur Internalisierung der externen Kosten ist wieder so eine Sonderabteilung Ihres Systems, etwas vorzuschlagen und doch nicht vorzuschlagen. Denn bei der Internalisierung der externen Kosten machen Sie wieder ein großes Handbuch, das viele Möglichkeiten der Berechnung gibt, aber letztendlich sagen Sie: Berechnen werden wir es nach einem pauschalen Wert. Das kann kein Mensch verstehen. Sie berücksichtigen auch nicht die bereits geleisteten Beiträge der verschiedenen Verkehrsträger, sei es durch allgemeine Steuern, sei es durch Mineralölsteuer oder Kfz-Steuer.

Wissen Sie, auch bei der Eurovignette ist es so: Meine Fraktion ist mit den anderen Fraktionen einer Meinung, dass Abgase und Lärm bei den externen Kosten und der Anlastung derselbigen berücksichtigt werden sollen. Aber Stau? Herr Vizepräsident, die Staus werden verursacht, indem die Mitgliedstaaten nicht ausreichend Infrastruktur bereitstellen. Wenn Sie dafür auch noch Geld bekommen, dass Sie Mangel verwalten, das wäre geradezu abenteuerlich.

Außerdem wissen Sie ganz genau, dass die Unternehmen bereits längst die Kosten der Staus tragen, denn sie haben erhöhte Lohnkosten, sie haben erhöhte Kraftstoffkosten. Insofern muss man sagen, lieber Kollege El Khadraoui, es macht



keinen Sinn, Staukosten zu internalisieren, ganz im Gegenteil. Wir müssen versuchen, über den vernünftigen Ausbau der Infrastruktur, über den Einsatz intelligenter Verkehrsinformationssysteme die Staus abzubauen, dürfen aber nicht die Unternehmer, die bereits durch höhere Kosten darunter leiden, auch noch mit zusätzlichen Kosten im Bereich der Straßengebühren belasten. Das ergibt keinen Sinn.

Herr Vizepräsident, Ihre Mitteilung zu den Lärmschutzmaßnahmen an den Schienenwegen ist im Prinzip gut. Aber, wie man im Englischen sagt: *Where ist the beef?* Was schlagen Sie eigentlich vor? Sie sagen, es gibt viele Optionen. Nein, Sie sind die Kommission! Sie haben das Recht und die Pflicht, Vorschläge zu machen, die wir umsetzen können. Deshalb fordert der Verkehrsausschuss Sie auf, tatsächlich einen Richtlinienvorschlag zur Erhebung gestaffelter lärmabhängiger Trassenpreise zu machen, damit wir über die Rückführung der Einnahmen aus solchen Trassenpreisen den Eisenbahnunternehmen – auch privaten Unternehmen – helfen können, tatsächlich neue Bremsen einzubauen, den Lärm zu mindern. Denn wir haben alle in diesem Haus ein klares Ziel: Die Lärmbelästigung durch die Eisenbahn muss abgeschafft werden. Wir wollen die Eisenbahn fördern, aber dann muss sie auch umweltmäßig vernünftig durch dieses Rheintal fahren. Insofern helfen Sie uns, schlagen Sie uns etwas ganz Konkretes vor.

2-381

**Antonio Tajani, Vicepresidente della Commissione.** – Signor Presidente, siamo arrivati anche qui alla conclusione di un dibattito su un argomento sul quale mi ero impegnato, nel momento di ottenere la fiducia dal Parlamento, a portarlo all'attenzione di questa Assemblea, con l'obiettivo di non imporre una nuova tassa ai cittadini europei e la dimostrazione, nelle intenzioni della Commissione, di non imporre una nuova tassa consiste nel fatto che la nuova *Eurovignette*, è facoltativa e soprattutto che i fondi raccolti non saranno destinati genericamente al *budget* dei vari Stati membri ma saranno finalizzati ad intervenire in un settore particolare, qual è quello dell'inquinamento, quello dell'internalizzazione dei costi esterni e quello che riguarda la realizzazione di strade, di infrastrutture più sicure.

Io comunque desidero ringraziare il Parlamento per l'impegno che ha dedicato al pacchetto *Greening*, in modo particolare per quanto riguarda la revisione della direttiva *Eurovignette* e il progetto votato dalla commissione trasporti sulla base del lavoro del signor El Khadraoui, invia un segnale forte, agli Stati membri in quanto propone un quadro più flessibile che autorizza giuridicamente l'adozione di nuovi strumenti per combattere gli effetti negativi nel settore del trasporto e, contemporaneamente, alle parti interessate del settore, in quanto mostra la volontà politica di incoraggiare progressivamente una tariffazione equa ed efficace dell'utilizzo delle infrastrutture sulla base del principio "chi inquina paga" e non solo a carico del contribuente.

A mio giudizio, il parere approvato dalla Commissione, che è in discussione oggi, rafforza la proposta della Commissione su alcuni punti essenziali. Penso all'assegnazione delle risorse: gli emendamenti proposti sono coerenti con la linea da noi proposta che punta a difendere l'assegnazione delle entrate derivanti dai pedaggi, alla riduzione dell'esternalità del trasporto stradale, e ritengo di poterli sostenere. Per quanto riguarda il tipo di esternalità da prendere in considerazione, non al CO<sub>2</sub> ma sì a tenere conto della congestione. Un pedaggio modulato per la congestione consente infatti di combattere il cambiamento climatico in modo più efficace rispetto a una tassa forfettaria sul CO<sub>2</sub>. È essenziale per l'efficacia economica del trasporto stradale; è utile per garantire entrate sufficienti per finanziare nuove capacità di trasporto e il compromesso raggiunto costituisce, a mio giudizio, una buona base per discutere con il Consiglio. Tuttavia, sarà necessaria grande attenzione affinché il risultato finale rappresenti un incoraggiamento per gli Stati anziché un deterrente e non imponga loro condizioni troppo complicate da gestire.

Nutro qualche riserva invece su un emendamento specifico che riguarda le zone sensibili di montagna. Già ora la proposta della Commissione autorizza, in queste zone, un fattore moltiplicatore dei costi dell'inquinamento, che è detto fattore di correzione per la montagna. Il fatto di limitarsi ad autorizzare il cumulo di tale fattore moltiplicatore con la maggiorazione esistente, decisa nel 2006 per finanziare i grandi tunnel alpini, equivale ad una doppia tariffazione e mi sembra un ostacolo per la realizzazione del mercato unico. Da qui derivano le mie perplessità.

Vorrei ora passare alla relazione dell'onorevole Jarzembowski sulla comunicazione che accompagna la direttiva. Lo ha fatto capire anche nel corso del suo intervento – l'onorevole Jarzembowski è molto critico sulla posizione espressa dalla Commissione: una volta tanto non siamo d'accordo dopo tanti anni di lavoro comune. La relazione è ovviamente critica. Io cercherò di concentrarmi su due punti in particolare, due punti che considero importanti. Voglio ribadire, da un lato, che la Commissione ha realizzato una valutazione d'impatto che copre tutti i modi di trasporto e analizza gli effetti delle varie opzioni di internalizzazione. Tale analisi costituisce a mio giudizio la base della strategia di internalizzazione proposta dalla Commissione stessa. Dall'altro, la Commissione ha proposto un quadro comune di internalizzazione basata su un principio che riguarda tutti i modi di trasporto e tiene conto delle iniziative passate. È un approccio pragmatico, che rispetta l'*acquis communautaire* e che tiene conto delle proposte adottate ultimamente – penso all'ETS nel campo dell'aviazione e gli accordi internazionali sull'aviazione, il settore marittimo e le vie di navigazione interne. Ovviamente si può discutere se le proposte della Commissione vadano abbastanza lontano o troppo poco lontano ma devo insistere sul fatto che la Commissione ha affrontato i temi che era stata invitata a trattare, vale a dire un piano integrato per rendere i trasporti più ecologici, corredato da proposte legislative concrete.

Voglio concludere soffermandomi su un aspetto su cui la Commissione e il Parlamento si trovano d'accordo: la necessità di agire per via legislativa riguardo al problema dell'inquinamento acustico nel settore ferroviario. La Commissione presenterà le proprie proposte nel quadro della revisione del primo pacchetto ferroviario, la cui adozione è prevista per l'autunno. Trarremo naturalmente ispirazione dalle vostre proposte su questa questione.

2-382

**El Presidente.** – Gracias, señor Tajani. Habrá comprobado usted en su relación con el señor Jarzembowski cuánta razón tenía el viejo Marx al exponer cómo la posición institucional de unos y otros determina también la posición política en los distintos temas.

2-383

**Claude Turmes, rapporteur pour avis de la commission de l'industrie, de la recherche et de l'énergie.** – Monsieur le Président, la commission de l'industrie a surtout regardé deux aspects de cette directive, la première étant le pétrole.

L'Europe est l'économie mondiale majeure qui est la plus dépendante au monde du transport de marchandises en relation avec le pétrole. Il ne faut pas se leurrer: même si le prix du pétrole diminue en ce moment, c'est parce que l'économie mondiale diminue. Mais, au moment où elle va reprendre, nous allons revoir les mêmes problèmes de pénurie de pétrole. Et le plus grand talon d'Achille de l'économie européenne, dans le futur, c'est notre dépendance du pétrole en matière de marchandises.

Le deuxième aspect concerne les technologies et les exportations. Si l'Europe met en place un système d'eurovignette pertinent, elle va aussi favoriser l'essor des acteurs économiques européens. Les États-Unis, la Chine, l'Inde, l'Indonésie sont des économies qui auront le même problème que nous; c'est donc un plaidoyer pour la mise en place d'une politique ambitieuse, à la fois au niveau de l'internalisation des coûts externes pour anticiper le changement nécessaire sur le pétrole et pour favoriser l'industrie européenne de tout l'appareil technologique qui gravite autour de l'eurovignette.

2-384

**Corien Wortmann-Kool, namens de PPE-DE-Fractie.** – Voorzitter, commissaris, onze rapporteur, de gewaardeerde Saïd El Khadraoui, begon met geruststellende woorden. Er wordt geen Europese heffing opgelegd. Nee, rapporteur, het gaat om spelregels voor de interne markt, bedoeld om duurzaam transport beter mogelijk te maken in Europa. Maar met de positie die u kiest als rapporteur geeft u lidstaten een vrijbrief voor heel forse heffingen, tot enkele euro's per kilometer toe. De congestieheffing er bovenop, de *mark-up* er bovenop. Voorzitter, om in de woorden van de commissaris te spreken, gaat het hier niet om spelregels voor de interne markt, maar om hindernissen voor de interne markt.

De PPE-DE-Fractie wil graag vandaag haar standpunt hier duidelijk maken. Wij zijn groot voorstander van het investeren in duurzaam vervoer. Het doorberekenen van externe kosten voor luchtvervuiling en geluidshinder, kan dan ook op onze goedkeuring rekenen, als de opbrengsten - en dat wordt breed gesteund - ook geïnvesteerd worden om het wegvervoer schoner te maken. Maar de voorgestelde fileheffing en de *mark-up* is de PPE-DE een brug te ver. Een congestieheffing heeft een zeer beperkt milieueffect, terwijl congestie niet wordt opgelost én de fileheffing leidt in deze tijd van economische crisis tot een extra zware last, een extra belasting voor het mkb, en dat is bovendien slecht voor de werkgelegenheid.

De rapporteur heeft een compromis gesloten met de Liberalen, door een link te leggen met het personenvervoer, hetgeen cruciaal was om hun steun te krijgen. De Raad - dat is nu al duidelijk - zal dat niet accepteren. Dus daarmee komt de rapporteur in een positie die hij zelf wel wenst, maar de Liberalen niet.

Daarom wil ik namens de PPE-DE-Fractie eindigen met een oud gezegde: "Het kan zijn dat wij deze slag verliezen, maar dat wil nog niet zeggen dat wij ook de oorlog verloren hebben".

2-385

## 14 - Modificación del orden del día

2-386

**El Presidente.** – Señorías, tengo que leerles una comunicación que corresponde hacer a la Presidencia y que dice que, en su reunión del lunes día 9 de marzo, la Comisión de Asuntos Exteriores aprobó una propuesta de resolución sobre el deterioro de la situación humanitaria en Sri Lanka y, teniendo en cuenta lo alarmante de la situación, pidió que se incluyese dicha propuesta de resolución en el orden del día del presente período parcial de sesiones, de conformidad con el artículo 91 del Reglamento.

La propuesta de resolución se considerará aprobada, a menos que antes de las 12.00 horas de mañana miércoles, 40 diputados como mínimo presenten su oposición por escrito, en cuyo caso se incluiría en el presente período parcial de sesiones para debate y votación.

2-387

## 15 - Aplicación de gravámenes a los vehículos pesados de transporte de mercancías - Integración de los intereses ambientales en el sector del transporte y la internalización de los costes externos (continuación del debate)

2-388

**El Presidente.** – Continuamos con el debate sobre los informes de los señores El Khadraoui y Jarzembowski referentes al sector de los transportes.

2-389

**Silvia-Adriana Țicău, în numele grupului PSE.** – Doresc întâi să îl felicit pe colegul El Khadraoui și pe domnul Jarzembowski.

Sectorul transporturilor este unul dintre sectoarele cheie pentru dezvoltarea economică și socială a Uniunii Europene. La solicitarea Parlamentului European, Comisia Europeană a propus internalizarea costurilor externe și modificarea Directivei privind eurovigneta. Momentul ales este, însă, unul extrem de dificil. Criza economică face ca numărul comenzilor să scadă, transportatorii au costuri ridicate, se desființează firme și se pierd locuri de muncă.

Deși textele propuse de Comisie sunt un pas înainte pentru dezvoltarea unui transport care să respecte și să protejeze mediul, ele pot și trebuie să fie îmbunătățite. Nu cred că abordarea colegului Jarzembowski, în care doar criticăm fără a îmbunătăți, este cea corectă. Personal, consider că o directivă care nu se aplică tuturor statelor membre cu caracter obligatoriu nu își va atinge scopul și poate denatura semnificativ piața internă prin barierele pe care unele state membre, dacă doresc, le pot introduce în libera circulație a persoanelor și a mărfurilor.

De aceea consider că internalizarea costurilor externe trebuie să se aplice tuturor tipurilor de transport și trebuie evitată dubla taxare. Astfel, dacă unele state membre au decis să introducă taxa de drum, atunci acestea nu ar trebui să mai introducă o taxă suplimentară pentru poluare. Aceasta este, de altfel, și poziția domnului El Khadraoui pe care o susțin.

Costul datorat congestiei în trafic se ridică la 1% din produsul intern brut. Trebuie deci să acționăm pentru reducerea acesteia, dar prețul acestor măsuri nu trebuie plătit doar de transportatorii rutieri de marfă și pasageri. Congestia se datorează tuturor vehiculelor și, în special, unei infrastructuri deficitare. Statele membre trebuie să investească în construcția de autostrăzi, în construcția de căi ferate de mare viteză și în acele alternative care pot reduce congestia în trafic. Co-modalitatea va permite transferul mărfurilor din sistem rutier în sistem feroviar, naval sau aerian și va eficientiza transportul de bunuri și persoane.

În concluzie, avem nevoie de o strategie integrată pentru dezvoltarea transportului european, cu protejarea mediului, fără însă ca internalizarea costurilor externe să afecteze competitivitatea transportului rutier.

2-390

**Dirk Sterckx, namens de ALDE-Fractie.** – Voorzitter, ik ben het eens met Georg Jarzembowski als hij zegt dat mobiliteit essentieel is voor de maatschappij. Ik ben het ook eens met Corien Wortmann-Kool als zij zegt dat de interne markt iets is wat we ook in dit geval vooral goed in het oog moeten houden. Ik denk nochtans dat we met het compromis een stap in die richting zetten elke keer. De interne markt is belangrijk. Het is dus ook belangrijk dat er tussen lidstaten afspraken worden gemaakt, en dit is een eerste stap in een systeem dat we sowieso op een gegeven moment in zijn geheel moeten overdenken en op een aantal momenten zullen moeten aanpassen.

Onze fractie steunt in grote meerderheid het compromis dat we hebben bereikt met de rapporteur en waarvoor ik hem overigens dank. Internalisering van externe kosten - en ik heb goed geluisterd naar wat de rapporteur heeft gezegd - is geen gewone belasting. De opbrengst van wat dan binnenkomt, moet worden aangewend om ervoor te zorgen dat de externe kosten naar beneden gaan. Dat is een essentieel onderdeel van het standpunt van het Parlement. Als dat niet het geval is, dan is er geen compromis meer.

We zijn het er dus mee eens dat luchtvervuiling, lawaai en ook congestie daar zijn opgenomen waar de externe kosten geïnternaliseerd moeten worden. Maar bij congestie betekent dat dat, als je de congestie wil bestrijden en als je de congestie wil terugbrengen, je al diegenen die de congestie veroorzaken ook op dezelfde manier behandelt, en dat je niet discrimineert tussen verschillende elementen die de congestie veroorzaken.

Dus vind ik het ook een goede zaak dat een lidstaat een actieplan moet indienen en moet zeggen hoe hij de congestie naar beneden brengt. In het geheel - de rapporteur heeft er ook op gewezen dat het een essentieel onderdeel is - is *earmarking* belangrijk. Er is geen discussie in het Parlement dat *earmarking*, het gebruik van de opbrengsten zeer belangrijk is.

Ik zou tegen mevrouw Wortmann-Kool willen zeggen dat, indien die twee voorwaarden - de gelijke behandeling van al wie congestie veroorzaakt en een duidelijke *earmarking* van de opbrengst van die heffing - niet voorhanden zijn, en als de Raad dat niet zou aanvaarden, dan ook de steun van de ALDE-Fractie voor het compromis weg is.

2-391

**PRESIDENZA DELL'ON. MARIO MAURO**  
*Vicepresidente*

2-392

**Roberts Zile, UEN grupas vārdā.** – Paldies, priekšsēdētāja kungs! Es vispirms gribētu pateikties abiem ziņotājiem un it īpaši *S. El Khadraoui* kungam par šo grūto mēģinājumu atrast kompromisu. Es domāju, ka daļa no šī kompromisa jau ir Transporta komitejas balsojumā, tātad, kas attiecas uz iezīmētās nodevas izmantošanu, bet daļa, kā sastrēgumi, būs, acīmredzot, plenārsēdes balsojumā. Es gribētu pateikties arī kolēģiem par izpratni attiecībā uz ar laika saistītās nodevas neizskaušanu Eiropas Savienības pierobežas valstīs, kurās ļoti daudz piesārņojuma rada smagās automašīnas, kuras diennaktīm ilgi stāv uz robežas, un, visbeidzot, es ļoti ceru, ka pēc tam, kad mēs vienā vai otrā formā šo direktīvu pieņemsim, es ļoti ceru, ka dalībvalstis, neskatoties uz krīzes situāciju, tomēr nepakļaus īstermiņa situācijas ilgtermiņa mērķiem, kas, manuprāt, būtu ļoti būtiska šīs problēmas risinājumam. Paldies!

2-393

**Eva Lichtenberger, im Namen der Verts/ALE-Fraktion.** – Herzlichen Dank, Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die morgige Entscheidung über die externen Kosten im Straßengüterverkehr ist eine Entscheidung darüber, ob der Gütertransport endlich nachhaltig wird, ob es in Zukunft einen fairen Wettbewerb zwischen Schiene und Straße geben wird und ob das Prinzip, dass der Verschmutzer für seine Tat zahlt, endlich auch im Verkehr – zumindest ein wenig – gelten wird.

Die Kosten entstehen ja nicht neu, die gibt es schon länger. Nur derzeit werden sie halt aus den Budgets der Länder bezahlt. Uns müssen die Gesundheit der Anrainerinnen und Anrainer und die Umwelt wichtiger sein als der ungebremste Straßen. Die Belastungen sind ja alle hinreichend bekannt. Gesundheitsschäden entlang der Transitrouten sind dokumentiert, und das ist für uns eine Aufforderung zu handeln.

Die strenger Abgasnormen für Lkws, von denen man sich viel erwartet hatte, waren nicht ausreichend. Jede Verbesserung jedes einzelnen Lkws führte zu nichts, weil gleichzeitig das Wachstum alles kompensiert hat. Das heißt, dass wir neue zielgerechte Maßnahmen brauchen, um einen entgleisten geratenen Markt mit einem besseren Rahmen zu versehen. Das heißt aber auch, dass zum Beispiel Vergünstigungen für Vielfahrer, die es derzeit noch gibt, abgeschafft werden müssen. Denn damit belohnt man ja Verschmutzer noch mehr dafür, dass sie verschmutzen.

Wir verlangen eine möglichst weitgehende Einrechnung aller entstehenden externen Kosten, die derzeit von den Budgets getragen werden, und ich schließe mit meinem alten *ceterum censeo*: Die sensible Zone der Alpen braucht besonderen Schutz.

2-394

**Erik Meijer, namens de GUE/NGL-Fractie.** – Voorzitter, het opheffen van douanegrenzen en geldwisselkoersen binnen Europa heeft een schaalvergroting van de economie veroorzaakt. De overheid zorgt voor een dicht net van steeds bredere autosnelwegen. Veel goederen worden nu over grote afstanden verplaatst, soms zelfs al in verschillende fasen van het productieproces.

Die ontwikkelingen hebben negatieve gevolgen voor het milieu. De kosten daarvan worden niet gedragen door het vervoer. Mede daardoor kon het goederenvervoer in de loop der jaren steeds goedkoper worden. Dat roept opnieuw meer vervoer op en vergroot de milieubelasting nog verder.

In de bijna tien jaar dat ik lid ben van dit Parlement, is vaak gesproken over aan het verkeer toerekenen van deze milieuschade, maar helaas nog steeds met onvoldoende resultaat. Soms lijkt het erop dat de politici meer belangstelling hebben voor rekenmodellen dan voor de resultaten die we daarmee kunnen bereiken. Eerdere besluitvorming hierover in 2006 heeft té weinig opgeleverd.

Wat mijn fractie betreft, moet het doel zijn dat de milieuvriendelijkste vormen van vervoer over spoor en water meer kans krijgen en dat de meest milieubelastende vormen over de weg en door de lucht worden afgeremd. Als zo'n duidelijk doel ontbreekt, leveren rekenmodellen en meer Europese regels alleen maar bureaucratie op en gaan mens en milieu er niet op vooruit.

Mijn land, Nederland, levert het voorbeeld van hoe het niet moet. Daar loopt al bijna twintig jaar een discussie over rekeningrijden, het belasten van het wegverkeer per afstand. De discussie is inmiddels volkomen vastgelopen. De enige indruk die de kiezers eraan overhouden, is dat files belast worden zonder dat perspectief ontstaat, dat de problemen worden opgelost door verbetering van de spoorwegen en het openbaar personenvervoer.

Europa moet zulke fouten van de lidstaten niet gaan herhalen. Wel moeten we alle belemmeringen wegnemen voor regionale en nationale maatregelen, zorgen dat die maatregelen goed op elkaar kunnen worden afgestemd, de grensoverschrijdende betaling van heffingen verbeteren en de beroepschauffeurs beter informeren over welke maatregelen ze kunnen verwachten buiten hun eigen woongebied.

De voorstellen van rapporteur El Khadraoui bieden daarvoor de ruimte en daarom krijgen ze de steun van mijn fractie. Daarnaast vraagt rapporteur Jarzembowski vooral aandacht voor de geluidsoverlast van het goederenverkeer over het spoor. Dat zijn we met hem eens, maar tegelijk wil ik erop wijzen dat de bouw van steeds meer hoge geluidsmuren langs de spoorbanen daarvoor niet de oplossing kan zijn.

2-395

**Johannes Blokland**, *namens de IND/DEM-Fractie*. – Voorzitter, na een lang en enerverend debat staan we op het punt het standpunt van het Parlement in eerste lezing goed te keuren. Ik ben behoorlijk tevreden over het resultaat en zeer tevreden over de samenwerking met de rapporteur. Het is goed dat lidstaten de gelegenheid krijgen om de externe kosten door te berekenen aan de vervuiler. Laten we niet aarzelen de filekosten, luchtvervuilingskosten en geluidshinderkosten door te berekenen aan, uiteindelijk, de consument.

Wel ben ik van mening dat lidstaten de ruimte moeten behouden om te variëren in de kosten. Daarnaast moeten de opgelegde lasten duidelijk en transparant zijn terug te leiden tot de daadwerkelijke kosten. We kunnen lidstaten niet toestaan een soort strafbelasting in te voeren. Amendement 40 zal dus uit het verslag moeten.

Verder wil ik graag van de Raad horen of hij met het Parlement van mening is dat de opbrengsten van het Eurovignet aangewend moeten worden ter vermindering van de externe kosten. Dit is voor mij een essentieel punt om akkoord te kunnen gaan met de Eurovignet-richtlijn.

Daarnaast moet dit voorstel niet op zichzelf komen te staan. Vrachtwagens zijn niet de enige veroorzakers van de filekosten op de weg. Verder veroorzaken ook andere modaliteiten externe kosten. Met uitzondering van de zee- en luchtvaart, omdat daar een emissiehandelssysteem voor komt, moeten ook deze vervoerders hun externe kosten gaan betalen. Zo stimuleren we op eerlijke wijze schonere vervoersondernemingen.

Graag wil ik ook nog van de gelegenheid gebruikmaken om steun te vragen voor mijn amendement 76. Ik begrijp niet waarom de Commissie heeft besloten de oude tekst van de bestuursrechtelijke heffing te veranderen in alle wegen in stadsgebieden. Het opleggen van dergelijke bestuursrechtelijke heffingen is een nationale bevoegdheid. De lidstaten moeten bepalen op welke wegen zij een dergelijke bestuursrechtelijke heffing willen opleggen, mits deze uiteraard niet-discriminatoir is. Ik stel daarom voor de oude tekst uit 2006 weer op te nemen en ik vraag u om uw steun hiervoor.

Tenslotte wil ik opmerken dat het van het grootste belang is dat de Commissie erop toeziet dat de lidstaten deze richtlijn niet aanwenden om het vrachtverkeer een ongerechtvaardigd hoge heffing op te leggen. De Commissie moet haar taak voortvloeiend uit artikel 11, lid 1, zeer serieus nemen. Indien een lidstaat een loopje neemt met de berekening van de externekostenheffing of met de maximale waarde, moet de Commissie hard optreden tegen die lidstaat.

2-396

**Reinhard Rack (PPE-DE)**. – Herr Präsident! Wirtschaft, Umwelt und Menschen – das sind die drei Eckpfeiler, in die wir europäisches Recht beim Thema Wegekosten und Eurovignette einpassen müssen. Dem Alphabet folgend, aber wohl auch von der Sache her geboten, ist es wahrscheinlich richtig zu sagen, dass wir beim Thema Güterverkehr in Europa die drei Prioritäten anders aufreihen müssen. Heute muss es heißen: erstens die Menschen, zweitens die Umwelt und drittens die Wirtschaft.

Wir, die Kommission und das Parlament, wollen das tun. Es hat einen sehr guten Vorschlag der Kommission gegeben zum Thema der Internalisierung der externen Kosten: mehr Kostenwahrheit im Verkehr – im Güterverkehr, aber eben nicht nur da –, und wir haben dafür dem damaligen Vizepräsidenten Barrot und dem jetzigen Vizepräsidenten Tajani zu danken.

Wir haben im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr diesen Vorschlag verbessert. Wir haben insbesondere die Anliegen der wichtigsten Betroffenen – der Menschen, der Umwelt und der Wirtschaft – eher noch akzentuiert. Ich bedanke mich in diesem Zusammenhang ausdrücklich beim Berichterstatter Saïd El Khadraoui und bei allen Kollegen, die hier sehr konstruktiv und aktiv mitgearbeitet haben.

Wir haben auch die Kirche im Dorf gelassen. Europa kann und soll nicht alles und in jedem Detail regeln. Die Mitgliedstaaten müssen als Gestalter ihrer spezifischen Situation auch ihren Platz haben. Das gilt auch und besonders beim Stichwort Stau. Hier geht es darum, nicht diejenigen zu bestrafen, die im Stau stehen, sondern mit konstruktiven Lösungen dazu beizutragen, dass wir Staus vermeiden. Gestaltung und nicht Verbote stehen hier im Vordergrund.

Der Teufel liegt wie häufig auch bei unserem Text im Detail. Die Kommission hat in ihrem ursprünglichen Vorschlag vorgeschlagen, nach sorgfältigen Kostenberechnungen alles wieder zu vergessen und doch eine endgültige Kostenobergrenze einzuziehen. Wir haben das im Ausschuss im ehemaligen Änderungsantrag 20 als unsinnig abgelehnt. Morgen steht diese Position als Änderungsantrag 40 wieder zur Abstimmung. Der Berichterstatter ist dafür. Ich bitte alle Kollegen, diese Position zu unterstützen, wir brauchen dieses Votum.

Abschließend bedaure auch ich es sehr, dass die tschechische Präsidentschaft bei diesem wichtigen Gesetzgebungsvorhaben es nicht der Mühe für wert befunden hat, einen Repräsentanten hier ins Parlament zu entsenden.

2-397

**Brian Simpson (PSE).** – Mr President, I will speak on the El Khadraoui report. I would like to thank the rapporteur and his staff for all their hard work and for finding a compromise when at times it looked impossible.

There are a number of points that need to be made in this debate. Firstly, this is the start of a process, not the end, and contained within the compromise is the right of Member States to introduce congestion charging or not. I also want to remind honourable Members, particularly from the PPE-DE Group, that this Chamber has consistently demanded from the Commission a proposal and strategy to internalise external costs in all modes of transport – but in particular road transport – and this has indeed been highlighted as our roads become more congested and global warming more severe.

There is also a need to see a more balanced road sector that is not only economically sustainable, but also environmentally sustainable, and one that recognises that it has to pay a fair price for the costs it creates – be these environmental or infrastructure costs. We cannot have a ‘do-nothing’ attitude, although I note that this phrase has become synonymous with the Conservatives over recent months. I know the formulation of this report has been difficult – some Members believe it goes too far, whilst others not far enough. However, as a first stage I think that this compromise deserves support. I look forward in the future to other externalities being included and would stress my group’s support that all revenue from Eurovignettes should be earmarked for use in the transport sector so that transparency and public opinion can be brought closer together.

This report is a serious attempt to deliver what Parliament has called for over many years; it will be an important tool in combating congestion, in improving the environment and in facilitating modal shift, which is why it deserves our full support. And Commissioner, I would not worry too much about disagreeing with Georg Jarzembowski – we in the Socialist Group have been doing that successfully for years.

2-398

**Paolo Costa (ALDE).** – Signor Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, è la terza volta che mi capita di occuparmi di questo argomento. Nella precedente legislatura ho avuto il piacere di essere relatore di una relazione d’iniziativa sul tema e poi abbiamo approvato non molto tempo fa la *Eurovignette* nella sua precedente versione.

Non dovremmo dimenticare il motivo per cui questo processo è in piedi da lunghissimo tempo. Ci sono almeno tre fatti che devono essere tenuti presenti contemporaneamente. Fino a ieri le infrastrutture anche stradali venivano pagate soltanto dai contribuenti. L'*Eurovignette* crea la strada perché in prospettiva domani si possa cominciare a spostare il pagamento – una parte almeno – del carico finanziario delle infrastrutture sugli utenti, in maniera sicuramente molto più equa. Quindi, l'*Eurovignette* è uno strumento di equità fiscale, non il contrario, anche se in questo momento può apparire tale. Ovviamente sta all'ingegneria finanziaria di diversi Stati, che non consentono all'Europa di occuparsene – perché altrimenti ce ne occuperemmo volentieri – di far sì che questo succeda in maniera diversa. L'*Eurovignette* attuale applica il principio dello "*user pays*". Adesso abbiamo il problema invece di passare al "*polluter pays*", che è un altro grande principio che dobbiamo cercare di affrontare.

Per quanto mi riguarda, il compromesso raggiunto è un buon compromesso e dobbiamo cercare di tenerlo al possibile. È la prova che, se il Consiglio lo accetterà, saremo in grado di passare effettivamente....

*(Il Presidente interrompe l'oratore)*

2-399

**Seán Ó Neachtain (UEN).** – A Uachtaráin, ba mhaith liomsa a rá go dtuigim céard atá taobh thiar den tuarascáil seo. Ach chomh fada agus a bhaineann sé liomsa, tá sí éagothrom mar tá an dleacht seo, an Eurovignette, ag cur costais ar thíortha atá i bhfad ó lár an mhargaidh.

Dúirt an Coimisinéir go bhfuil ceantair sléibhe ag dul i gcoinne an Mhargaidh Aonair. Céard faoi cheantair cosúil le mo thoghcheantar féin in Iarthar na hÉireann, ina bhfuil 1 000 leoraí sa tseachtain ag dul amach as? Tá siadsan buailte ag dul go dtí an margadh. Agus cad í an chaint seo gur margadh singil, aonair é? Ní hea! Tá costas á chur ar na tíortha ar an imeall mar gheall go bhfuil sibh ag iarraidh an ghlasaíocht a chur ar an margadh. Ach, ní féidir an dá thrá a fhreastal. Caithfidh tú smaoineamh ar na tíortha atá amuigh ar an imeall agus cothrom na féinne a thabhairt dóibh, a Uachtaráin, rud nach bhfuil tugtha dóibh sa tuarascáil seo.

2-400

**Sepp Kussstatscher (Verts/ALE).** – Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Kein seriöser Wissenschaftler zweifelt daran, dass der Verbrauch der fossilen Energie drastisch gedrosselt werden muss, weil die Rohstoffe begrenzt sind und weil die Verbrennung fossiler Brennstoffe die Hauptursache für das Klimachaos ist.

Wir wissen alle, dass rund ein Drittel der fossilen Treibstoffe für Verkehr und Transporte verschwendet wird und dass in erster Linie der Lkw-Verkehr enorme Schäden an Mensch und Natur verursacht, die einfach dem Steuerzahler angelastet werden. Jeder stimmt grundsätzlich dem Prinzip der Kostenwahrheit zu. Aber bei den konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der Kostenwahrheit kommen tausend Ausreden.

Es ist gänzlich unverständlich, warum jetzt im Angesicht der Krisen nicht viel konsequenter gehandelt wird. Es ist falsch, die ungesunde und aufgebauchte Transportwirtschaft weiter zu fördern. Das Ziel 20-20-20 rückt sonst in immer weitere Ferne. Es muss uns klar sein, dass bei dieser Verlogenheit die Zukunft unserer Enkel gefährdet ist.

2-401

**Ulrich Stockmann (PSE).** – Herr Präsident, Herr Kommissar! Zunächst möchte ich meinem Kollegen El Khadraoui danken. Er hat hier unter wirklich schwierigen Bedingungen einen tragfähigen Kompromiss vorgelegt.

Für uns Verkehrspolitiker bedeutet es einen Quantensprung, dass jetzt auch Luftverschmutzung, Lärm und Stau in die Mautgebühren einbezogen werden können. Das stärkt das Verursacherprinzip. Das Verursacherprinzip verhindert, dass Gewinne privatisiert und Schäden sozialisiert werden. Das ist sozialdemokratisch gedacht. Das Parlament hat sich vorgenommen, dieses Prinzip bei allen Verkehrsträgern schrittweise einzuführen. Dann gibt es endlich einen faireren Wettbewerb zwischen Bahn, Lkws und Binnenschifffahrt.

Klar muss hier auch gesagt werden: Ob dieser Mautaufschlag angewandt wird, liegt ausschließlich bei den Mitgliedstaaten. Keiner wird gezwungen. Wir beschließen hier nur die Gestaltungsgrundlage dafür, damit es in Europa keinen Flickenteppich verschiedener Mautmodelle gibt und damit es nicht zu Diskriminierungen kommt. Denn der Straßengüterverkehr sollte im ganzen Binnenmarkt vergleichbar behandelt werden. Uns geht es dabei nicht um zusätzliche Einnahmequellen, sondern um eine stärkere Verkehrslenkung durch Preissignale. Der Verkehrsausschuss will zu Recht, dass die Mehreinnahmen verpflichtend für die Reduzierung externer Schäden genutzt werden.

Ein Wermutstropfen bleibt für mich: Leider bindet die Ausschussentscheidung, wie sie bisher vorliegt, die Einführung der Staukosten für Lkws an die Einbeziehung auch anderer Verkehrsträger, zum Beispiel der Pkws. Das wird in den Mitgliedstaaten die Staukosten verhindern, die politisch keine Pkw-Maut wollen, zum Beispiel in Deutschland. Damit entgeht uns ein wichtiges verkehrspolitisches Steuerungsinstrument.

Mein Fazit: Für die Verkehrspolitik bedeutet die morgige Abstimmung einen Durchbruch nach jahrzehntelanger Diskussion über externe Kosten. Ich hoffe, wir erhalten die erforderliche Mehrheit dafür!

2-402

**Jeanine Hennis-Plasschaert (ALDE).** – Voorzitter, de enige reden - althans voor mij - om überhaupt serieus naar dit voorstel te kijken, is het feit dat er met dit voorstel een Europees kader wordt gecreëerd waarbinnen de lidstaten kunnen opereren, hetgeen uiteindelijk ten goede komt aan de interne markt. De groene noemer wordt immers steeds vaker misbruikt om een zekere vorm van protectionisme te bedrijven. De sectorale rijverboden in Oostenrijk zijn hier een goed voorbeeld van.

We komen van ver. Enkele heikle punten blijven echter onderwerp van discussie. Laat ik duidelijk zijn: de mogelijkheid van een congestieheffing voor het goederenvervoer over de weg is wat mij betreft ontoelaatbaar, en ook het loslaten van het zogenoemde oormerken beschouw ik als een *no go*.

Mijn collega Dirk Sterckx zei het al eerder: als in de tweede lezing blijkt dat er in dit Huis en de Raad geen meerderheid is voor deze standpunten, is het voorstel voor de Liberalen van de baan. Het goederenvervoer over de weg is een belangrijke motor van onze economie. Laten we dat gegeven vooral niet - en juist nu niet - uit het oog verliezen.

En laat ook ik eindigen - met name in de richting van de PPE-DE - met een oud Hollands gezegde: "De tactiek van een olifant in een porseleinkast heeft maar zelden het gewenste effect".

2-403

**Wiesław Stefan Kuc (UEN).** – Panie Przewodniczący! Kryzys, który dotyka w coraz większym zakresie firmy transportowe powinny być przestrożą przed wprowadzaniem nowych regulacji w dziedzinie opłat transportowych, chyba że chodzi nam o co innego, a więc o jego pogłębienie. Transport był zawsze uważany za krwioobiegi całej gospodarki. Mamy negatywne doświadczenia z reformą wspólnej polityki rolnej, więc będziemy mieli następne.

Musimy pamiętać, że firmy transportowe to w większości nie ogromne przedsiębiorstwa, ale małe, kilkumotoryzacyjne zakłady. Nie przenośmy na nich kosztów utrzymania państwa. Dzieje się tak w podatkach od paliw, ubezpieczeniach, kontrolach drogowych i wielu innych opłatach. Pomysł na wprowadzenie opłat na koszty zewnętrzne zwiększy znacznie koszty transportu i oznacza podwójne opłaty za to samo. Oczywiście, że przewozić towary trzeba, bo zawsze będą producenci i odbiorcy towarów, to oznacza ich transport. Ale czy musimy przenosić na niego budowę infrastruktury? Proszę o wstrzymanie dalszych działań do lepszych czasów albo o całkowite odrzucenie wniosku Komisji.

2-404

**Michael Cramer (Verts/ALE).** – Herr Präsident! Der Verkehr, vor allen Dingen der Straßenverkehr, ist für 30 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich, und auch mit dieser Richtlinie sind wir von einem fairen Wettbewerb der Verkehrsträger meilenweit entfernt.

Seit Mitte der Neunzigerjahre gibt es in der EU eine zwingend vorgeschriebene Schienenmaut. Sie gilt für jede Lokomotive auf jedem Schienenkilometer, und sie ist in der Höhe nahezu unbegrenzt. Auf der Straße bleibt es den Mitgliedstaaten überlassen, ob sie überhaupt eine Maut erheben. Sie gilt nur für Lkws, nur auf Autobahnen und nur für Lkws ab 12 Tonnen. Das ist unfairer Wettbewerb! Das führt zur Verlagerung des Verkehrs von der Schiene auf die Straße, aber nicht, wie Sie in Sonntagsreden immer sagen, von der Straße auf die Schiene.

In der Slowakei ist die Maut auf der Schiene doppelt so hoch wie in Deutschland, und auf der Straße gibt es dort überhaupt keine Maut. Das ist doch verrückt! Deshalb brauchen wir diese Richtlinie, wir brauchen die Kostenwahrheit. Und wenn die Konservativen sagen, dass die Staukosten nicht angerechnet werden dürfen, dann sollen sie doch wenigstens für die Klimakosten, für die Unfallkosten, für alle Lärmkosten stimmen. Dann werden sie glaubwürdig.

Wer hier Nein sagt, hat beim Klimawandel aufgegeben und stürzt unsere Kinder und Kindeskinde ins Verderben, weil sie auf diesem Planeten keine Zukunft haben. Wir brauchen eine Regelung, die viel schärfer ist als das, was von der Kommission und von der Mehrheit im Hause vorgelegt wurde.

2-405

**Luís Queiró (PPE-DE).** – Senhor Presidente, a revisão da Directiva Eurovinheta devia ser um instrumento para estimular transportes rodoviários mais sustentáveis e amigos do ambiente. Simplesmente, com o resultado obtido em Comissão, tomámos o caminho errado, a meu ver.

Não escolhemos medidas para estimular transportes mais sustentáveis de mercadorias. Em vez disso, enviámos uma mensagem equívoca neste momento de crise global, através de uma revisão, que tudo indica, só irá agravar a situação já precária de muitas empresas de transporte, em grande parte pequenas e médias empresas, as quais constituem a maioria do tecido empresarial europeu.

Sabemos que as medidas que visam o combate à poluição ou que estimulam as inovações tecnológicas, como os motores mais limpos e os veículos inteligentes, são fundamentais. O problema, que vem levantar sérias dificuldades, reside na imposição de uma taxa de congestionamento. No que toca às chamadas "horas de ponta", quem está na sua origem são, em primeira linha, os automobilistas locais, quando se deslocam para os seus empregos, os seus negócios ou em lazer. Ao conceber a imposição de uma taxa de congestão que atinge os transportes de mercadorias estaremos, simplesmente, a punir aqueles que abastecem o funcionamento do nosso quotidiano e que o fazem da forma mais rápida e flexível, porta a porta.

Estaremos ainda a actuar unilateralmente, por exemplo, não agindo ao nível da diferenciação dos horários de trabalho, da prevenção dos acidentes ou do planeamento e manutenção das estradas, e pondo em causa a própria mobilidade que define as nossas sociedades e a economia de mercado. Estamos, ainda, a contraditar outras medidas tomadas para promover a coesão económica, social e territorial da União. Para o meu país, Portugal, bem como para todos os países periféricos, esta medida não passa de uma medida de estrangulamento das actividades económicas, já que seremos meros contribuintes líquidos de quaisquer taxas de passagem.

Senhor Presidente, para terminar: com esta taxa estaremos a desvirtuar os objectivos de natureza ambiental, que são importantes, levando muitas pequenas e médias empresas a maiores dificuldades e até à falência, contribuindo, assim, directamente, para o aumento do desemprego e da instabilidade social nas sociedades europeias. A escolha é nossa e não temos dúvidas de que seremos chamados a responder pelas consequências das nossas decisões.

2-406

**Inés Ayala Sender (PSE).** – Señor Presidente, querría expresar nuestra profunda decepción, también desde los bancos socialistas —aunque periféricos geográficamente— por la inoportunidad de este texto. En primer lugar, porque no era todavía el momento. Sin haber siquiera evaluado la eurovineta II —que solo hace medio año que se ha empezado a aplicar— abrimos, digamos, otro nuevo expediente.

Y también, porque en lo más crudo de una brutal crisis financiera económica y social, que ha devastado la actividad del transporte de mercancías, parece una mala broma proponer ahora una medida que conlleva necesariamente un aumento de costes de las mercancías que circulan especialmente en los países de la periferia europea, que son, precisamente, los más afectados por el desempleo y que carecen de alternativas: ni ferrocarril, ni autopistas del mar. Porque no existen y, además, no hay voluntad en la frontera.

A continuación, porque el Parlamento Europeo ha solicitado históricamente una internalización para todos los medios y no solo para el que ya tiene gravamen transfronterizo. Pedíamos a la Comisión un esfuerzo real de creatividad para obtener un



sistema solidario intermodal y mantener así la coherencia en nuestra apuesta europea a favor de una cadena logística co-modal y este texto lo contradice en su parcialidad.

Y, por último, porque considero que no es honesto decirles a los ciudadanos que este instrumento resolverá la congestión para siempre, esa congestión que sufren a diario.

Si fuera real, el primero en pedir este instrumento sería el propio sector del transporte de mercancías por carretera, pues es el que ya paga hoy los retrasos en los atascos conurbanos.

El ponente propone una transacción loable por su agudeza, pero que contiene una endeblez jurídica evidente que, aunque la Comisión la conoce, la niega, por no hablar del mensaje confuso que enviamos a los ciudadanos al establecer normas europeas cuya aplicación queda al libre albedrío de los Estados miembros.

Lo dicho, no era el momento y se trata de un instrumento incompleto y poco solidario, al menos con la periferia.

2-407

**Fiona Hall (ALDE).** – Mr President, I want to say a word on the need to include CO<sub>2</sub> emissions in the Eurovignette. CO<sub>2</sub> emissions from heavy goods vehicles amount to almost a quarter of emissions from road transport and, while cars are gradually getting more efficient, HGV fuel efficiency has not improved in the last 15 years.

If we do not include CO<sub>2</sub> in the Eurovignette, what other options do we have? Precious few, because pigs will fly, as we say, before Ecofin ministers agree on EU-level fuel taxation. Worse still, if a Member State wants to bring in a toll system that reflects the external costs of CO<sub>2</sub>, they will not be allowed to do so unless we now include CO<sub>2</sub> within the Eurovignette. Excluding CO<sub>2</sub> from the Eurovignette would be particularly unfair given that all Member States now have binding CO<sub>2</sub> reduction targets to meet under the effort-sharing decision. They need to have a range of tools at their disposal.

2-408

**Philip Bradbourn (PPE-DE).** – Mr President, I rise to speak specifically on Mr El Khadraoui's report on the Eurovignette, the subject of which has been before this House in numerous forms on many previous occasions. My position remains the same in that I do not see the need to pile extra taxation onto an industry which is already badly hit by the economic downturn.

In the United Kingdom, over GBP 50 billion is already taken from road transport each year and only GBP 10 billion reinvested in transport as a whole. So much for hypothecation. At a time when we are facing the biggest economic crisis in living memory, and businesses, large and small, are going bankrupt each week, why are we at a European level discussing measures which would exacerbate the problem?

In this context, may I also say to Brian Simpson that it is better to do nothing than to do it wrong, as I am sure his party will find to its cost in the next few weeks.

On a more general note, I should make Members aware that, in the UK, these matters are decisions for local authorities in the context of implementing road pricing. In my own region, the West Midlands, all seven of the local city councils of differing political complexions rejected the idea of implementing such a scheme.

In Brian Simpson's own region, citizens overwhelmingly rejected road-pricing in a local referendum in the Greater Manchester area.

So I would ask this Parliament, and the European Commission, what part of 'no' do you not understand? It should not be for the EU to dictate a 'one-size-fits-all' approach in this area. It should remain a matter solely for national and local determination.

2-409

**Jörg Leichtfried (PSE).** – Herr Präsident! Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen, sobald hier wieder Ruhe einkehrt, dem Kollegen Berichterstatter herzlich zu gratulieren. Es war ein hartes Stück Arbeit, und es sind doch bemerkenswerte Fortschritte gemacht worden, die einen kleinen Schritt auf dem Weg zur vollständigen Ökologisierung des Schwerverkehrs bedeuten, insbesondere keine Kompensation für Aufschläge und die Einbindung von Lärm, Luftverschmutzung und teilweise Stau, wobei man darüber diskutieren kann, ob das nicht – gerade beim Stau – nicht etwas zu wenig ist.

Ich bin aber auch mit gewissen Teilen unzufrieden und möchte hierbei besonders eines erwähnen: Die Problematik des Klimawandels dürfte inzwischen jedem bewusst oder zumindest bekannt sein. Wir haben uns deshalb entschlossen, besonders auch für die Schwerindustrie Auflagen zu beschließen, die nicht so einfach zu erfüllen sind und über die man durchaus diskutieren kann. Was aber in Österreich und im restlichen Europa unter diesen Umständen niemand versteht, ist, dass die Europäische Volkspartei es verhindert hat, dass einer der größten CO<sub>2</sub>-Verursacher, nämlich der Transitschwer-

verkehr, auch nur einen Cent für die verursachten Kosten zahlen muss. Das werden Sie Ihren Wählerinnen und Wählern nicht erklären können, geschätzte Damen und Herren! Sie müssen das mit ihren Steuern bezahlen, und das kann man wirklich nicht erklären.

Wenn daher die EVP-ED-Berichterstatteerin gemeint hat, dass hier eine Schlacht verloren gegangen sei, so würde ich sagen, mögen Sie viele solcher Schlachten verlieren, denn das ist gut für die große Mehrheit der Menschen in Europa.

2-410

**Билиана Илиева Раева (ALDE).** – Докладът за винетните такси съдържа предложения, които значително оскъпяват транспорта в Европейския съюз, особено на дълги разстояния, особено от превозвачи от периферните страни на Съюза, каквато е и България. От това ще пострадат не само превозвачите, но и техните потребители, търговците и крайните потребители в Европейския съюз. Автомобилните превозвачи страдат много от финансовата и икономическата криза, виждаме 50 процента намаляване на исканията за транспортни услуги в сравнение с 2007 г., както и 110 процента повече фалити в сектора спрямо 2007 г.

Поради липсата на сходни нормативни изисквания, европейските превозвачи не са конкурентоспособни спрямо фирми от трети страни, които извършват голям брой превози в Европейския съюз. В особено тежко състояние са предприятията, които в последните години са инвестирали в екологични автомобили, в момента не могат да обслужват своите лизинги и съответно са изправени пред фалит. Имайки предвид тези условия, аз твърдо заставам зад предложения 71 и 72, които предлагат фактор "задръстване" да не бъде включен в Директивата, и също така смятам, че е от изключителна важност да не се допуска прехвърлянето на средства, събрани от пътни такси, към другите видове транспорт. Това ще се отрази негативно, особено в страни с недоразвита пътна инфраструктура, каквато е и моята страна, България.

2-411

**Marian-Jean Marinescu (PPE-DE).** – Este nevoie de o politică europeană în domeniul transporturilor coerentă și durabilă, cu respectarea principiilor subsidiarității și proporționalității. Internalizarea costurilor externe în ceea ce privește poluarea și zgomotul reprezintă o măsură pozitivă.

Taxe pentru utilizarea infrastructurilor rutiere de către vehiculele grele vor sprijini pe termen lung investițiile masive în infrastructurile incluse în planul european și planurile naționale de redresare economică, atât la nivelul rețelelor transeuropene de transport, cât și la nivelul altor categorii de infrastructuri rutiere, inclusiv în zonele montane, unde construirea de șosele este, de multe ori, deosebit de anevoioasă.

Pe termen scurt, însă, rămâne la latitudinea statelor membre să găsească modalități concrete și rapide de finanțare a acestor investiții prin utilizarea judicioasă a fondurilor pe care Uniunea le pune la dispoziție, atât prin cadrul financiar al TEN-T, cât și prin intermediul fondurilor structurale și de coeziune, precum și prin concesiuni și prin parteneriate public-private.

Comisia Europeană trebuie să sprijine, prin intermediul instrumentelor pe care le are la dispoziție, inițiativele integrate de extindere a rețelelor de infrastructuri ale statelor membre, în special ale statelor membre noi.

În ceea ce privește instituirea unei taxe pentru utilizatorii infrastructurilor care să rezolve problema congestiei, consider că această propunere ar trebui studiată mai aprofundat, având în vedere că nu depinde în mod exclusiv de autovehicule, ci mai cu seamă de capacitatea statelor membre de a-și planifica și realiza eficient infrastructurile teritoriale la nivel regional și local.

Din acest motiv, cred că este nevoie de o mai bună corelare între planurile de amenajare teritorială, cele de urbanism și managementul traficului, mai cu seamă în zonele urbane și periurbane, unde se înregistrează cele mai multe probleme datorate congestiei.

2-412

**Robert Evans (PSE).** – Mr President, I would like to start by congratulating my friend and colleague Mr El Khadraoui, who, it is fair to say, despite appearances suggesting the contrary, has actually proved himself capable of producing a very sound and workable report. I am happy to add my support to it, and indeed to the underlying principle that the polluter should pay.

On this side of the House we attach great importance to air quality, about which we are all very concerned, and we all know that lorries pollute. As Mrs Lichtenberger put it, 'there is documented evidence'. Now Mrs Wortmann-Kool, who has left, spoke about the obstacles to the internal market and Mr Jarzembowski, despite his report on the greening of transport, also expressed reservations about the Eurovignette. I would say to both of them that the biggest threat to all markets will be if we get overtaken by pollution. I do not believe that an extra 2-3% will be a huge burden, but it will show that we are taking serious steps to counter pollution.

Mr O'Neachtain expressed reservations and concerns about Ireland and other peripheral countries. He seems not to understand that this is optional on Member States. It will only apply in Ireland if his government actually decides it. I think he, and probably Mr Bradbourn, will have learnt one lesson this afternoon, which is that it is dangerous – and makes you look rather foolish – to speak on a report that you either have not read or that you clearly do not understand.

On another point, as an aside, I believe that we should, and could, do much more to encourage freight off the roads onto the waterways, where one barge can carry as much as 15 lorries. I therefore think that we should support the initiative of our erstwhile Belgian colleague.

2-413

**Christine De Veyrac (PPE-DE).** – Monsieur le Président, Monsieur le vice-président de la Commission, je voudrais tout d'abord féliciter mes collègues, Saïd El Khadraoui et Georg Jarzembowski, pour la qualité de leur travail et les excellents rapports qu'ils ont rédigés.

On vit actuellement une période charnière où on cherche comment garantir notre industrie, tout en la rendant durable, et comment atteindre l'objectif des "trois 20" réaffirmé par le Président de l'Union européenne d'alors, Nicolas Sarkozy, devant notre Assemblée en décembre dernier.

Dans cette perspective, l'Union européenne a affirmé sa volonté de légiférer afin de prendre en compte dans le prix du transport d'autres coûts supportés jusque là par l'ensemble de la société européenne. Et c'est le principe du pollueur-payeur que le Parlement a toujours soutenu.

C'est ce que nous avons voté pour le transport aérien, en juin dernier, avec l'intégration de l'aviation dans le système ETS. Dans le secteur maritime, la Commission européenne réfléchit actuellement au meilleur moyen de prendre en compte les rejets des navires, et c'est aujourd'hui ce que nous proposons avec ce texte pour le transport routier de fret.

Je suis d'accord avec ceux de mes collègues qui l'ont dit, il ne faut surtout pas freiner la mobilité. Nous devons continuer comme nous le faisons depuis de nombreuses années à encourager cette mobilité dans l'Union européenne, et il faut s'assurer d'une concurrence équitable entre les différents modes de transport.

Il ne faut pas contraindre à tout prix les entreprises à transporter les marchandises par train ou par bateau, au lieu de les acheminer par camion. Ce serait absurde et antiéconomique. Ce qu'il faut, c'est que les entreprises puissent choisir quel est le mode le plus avantageux, le plus rapide et le plus économique pour elles, et pour cela, le prix doit refléter le coût réel du mode de transport choisi.

En donnant la possibilité aux États d'internaliser certains coûts externes s'ils le souhaitent, cette directive est un premier pas dans cette direction. C'est une première étape vers une intégration réelle des coûts externes dans chaque mode de transport, et c'est un message politique fort. Il est important que nous le soutenions par nos votes demain.

2-414

**Bogusław Liberadzki (PSE).** – Panie Przewodniczący! Chciałem wyrazić uznanie dla naszego sprawozdawcy, pana El Khadraoui. Wykonał wielką pracę. Poradził sobie z setkami uwag.

Przechodząc do rzeczy, niech wolno mi będzie podkreślić, że de facto transport drogowy utrzymuje Europę w ruchu. Jest prawdą, że decydujemy o nałożeniu dodatkowych opłat. Aczkolwiek sama idea wydaje się być słuszna, czyli płacimy za to, co zużywamy. Planując pracę nad tą dyrektywą, nie planowaliśmy kryzysu.

Jestem zobowiązany powiedzieć w imieniu przewoźników, iż ich sytuacja rzeczywiście jest coraz gorsza, zwłaszcza gdy spadają międzynarodowe przewozy samochodowe. Przewoźnicy wskazują na duże obciążenia finansowe, zwłaszcza podatki związane z cenami paliw. Jest chwilowy oddech, jeżeli chodzi o koszty paliw, ale my, jako Unia, nie możemy zagwarantować cen w dłuższym okresie.

Uważam, że jest potrzebny ze strony i Komisji Europejskiej, i rządu dialog z zawodowymi przewoźnikami. Należy im wytłumaczyć, dlaczego ta inicjatywa powstała. Należy ich również przekonać, że naszą intencją jest równe traktowanie wszystkich gałęzi transportu, że wreszcie to my odpowiadamy w dużej mierze za rozsądną, zrównoważoną europejską politykę transportową.

2-415

**Luis de Grandes Pascual (PPE-DE).** – Señor Presidente, la revisión de la Directiva sobre la euroviñeta es una cuestión de gran importancia que nos ocupa y preocupa a todos, especialmente a los países periféricos, que nos sentimos víctimas de esta propuesta.

La Comisión Europea ha decidido abordar la internalización de los costes externos del transporte por carretera imputando tres nuevos costes: contaminación atmosférica, contaminación acústica y congestión.

Si bien los principios que inspiran la propuesta —«quien utiliza paga» y «quien contamina paga»— son razonables, no lo es en modo alguno la solución que se propone, que será discriminatoria para un sector que viene sufriendo desde hace meses los desastrosos efectos de la crisis económica. Demonizar el transporte de mercancías por carretera, aunque no fuera el objetivo, ha resultado ser el final.

Esta propuesta, señorías, es inoportuna, y, lejos de conseguir los objetivos esperados de un transporte sostenible, sería la sentencia de muerte para un gran número de pequeñas y medianas empresas europeas que emplean a miles de personas en la Unión Europea y contribuyen diariamente a la distribución de mercancías, asegurando que los productos lleguen a su consumidor final, un consumidor que verá cómo sus productos se encarecen por la aplicación de estas tasas.

Señorías, necesitamos un sistema de transporte competitivo, sostenible y respetuoso con el medio ambiente, sin obviar la carretera, porque en la actualidad es el único modo de llegar a todas partes. El cambio modal sigue siendo un sueño, lejos de ser realidad. Las redes transeuropeas, las autopistas del mar, las conexiones transfronterizas siguen siendo, en algunos casos, proyectos y no realidades.

Señorías, cuando el «*Titanic*» de la economía mundial se hunde, no es posible pedirle a la orquesta que siga tocando, y mucho menos por alegrías.

2-416

**Emanuel Jardim Fernandes (PSE).** – Obrigado a todos os envolvidos, designada e especialmente ao meu Colega El Khadraoui, que muito se empenhou com grande abertura e disponibilidade para vias consensuais.

A proposta em discussão permitirá aos Estados-Membros instituir taxas com o objectivo de cobrir determinados custos externos ambientais e gerar importantes receitas a utilizar no melhoramento da rede viária europeia e na minimização do impacto ambiental de uma parte do transporte rodoviário. Por outro lado, poderá representar custos avultados, especialmente para os países mais periféricos, como Portugal, de onde provenho, por isso instei a Copel e opus-me veementemente ao alargamento obrigatório no âmbito de aplicação geográfica a todos os eixos rodoviários.

Opus-me também à aplicação de custos gerados pelo congestionamento de apenas alguns, medida geradora de concorrência desleal e despenalizadora de quem mais polui, reconhecendo, no entanto, a necessidade de contabilização destes custos. A aplicação, apenas a redes transeuropeias rodoviárias ou a vias usadas habitual e significativamente por transportadores internacionais de mercadorias, deixando a um Estado-Membro a possibilidade de determinar quais as vias em que introduz eventuais taxas, é um mal menor que poderia ser ainda mais minimizado por uma aplicação desta proposta protelada para depois da difícil crise global que se vive neste momento.

2-417

**Richard Seeber (PPE-DE).** – Danke, Herr Präsident! Ich möchte diesen Vorschlag ausdrücklich begrüßen. Wir sind hier auf dem richtigen Weg, insbesondere auch bei der Einbeziehung der Staukosten in die Gesamtwegkosten. Wir müssen hier Kostenwahrheit schaffen, um eben wirklich zu erreichen, dass marktwirtschaftliche Instrumente den Verkehr regeln. Sonst haben wir hier immer Ungleichgewichte.

Die Debatte hat aber auch das Spannungsverhältnis aufgezeigt zwischen peripheren Regionen und Zentralräumen. Es muss einfach auch für die peripheren Regionen gelten, wenn sie durch unsere Gebiete fahren, dass auch die Anliegen der Bevölkerung zu berücksichtigen sind. Das ist ganz wichtig, und hier bitte ich doch auch um Verständnis, weil eben hier die Bevölkerung teilweise an den Belastungsgrenzen angekommen ist. Das Subsidiaritätsprinzip, das im Vorschlag Ausdruck findet, gibt den Mitgliedstaaten die Möglichkeiten, selbst die Entscheidung zu treffen, ob sie diese externen Kosten internalisieren wollen.

Für die Zentralräume – insbesondere für die Alpengebiete –, ist es klar, dass sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werden. Wenn periphere Regionen das nicht machen, so habe ich auch dafür Verständnis. Aber insgesamt müssen wir uns doch bemühen, den einzelnen Sektoren im Transportgewerbe die Kosten anzulasten, die sie tatsächlich verursachen. Nur so können wir langfristig ein System schaffen, das wirklich nachhaltig ist und das den Anliegen der Bevölkerung gerecht wird. Danke.

2-418

**Gilles Savary (PSE).** – Monsieur le Président, je voudrais d'abord féliciter Saïd El Khadraoui d'avoir trouvé un compromis mais, il ne faut pas se le cacher, ce texte est fragile. Il subit le coût externe de la crise, c'est à dire qu'effectivement, il y a une très forte pression et une très forte inquiétude de la part des transporteurs routiers.

D'ailleurs, quand il est tombé sur le bureau du législateur, il y en avait une autre, d'une nature différente, puisque le baril de pétrole était à 57 dollars. C'est donc un texte qui est né sous des auspices difficiles. Mais ce que voudrais dire ici, parce que j'ai entendu des choses qui me surprennent, c'est que ce n'est pas un texte qui instaure une taxe ou un péage. C'est chaque État membre qui décide d'instaurer une taxe ou un péage.

C'est un texte qui vise à encadrer, comme les deux précédents, les conditions de péage routier dans les différents pays pour qu'il n'y ait pas de distorsions trop importantes et que l'on ne crée pas de distorsions de la concurrence ou de discriminations.

Je crois qu'il faut être très clair sur ce sujet-là; il est totalement subsidiaire et, en plus, il est égalitaire. Je vous dirais que, pour mon propre pays, je m'en félicite, car il permettra de faire contribuer aux infrastructures d'un pays de transit comme la France des poids lourds qui, aujourd'hui, le traversent sans prendre une goutte d'essence et sans verser un centime. Je crois donc que c'est un texte qui est utile.

2-419

**Alexandru Nazare (PPE-DE).** – Dezideratul Comisiei de a taxa operatorii de transport nu doar pentru dreptul de a utiliza infrastructura, ci și pentru efectele asupra mediului, așa-numita internalizare a costurilor externe, va reprezenta o împovărare fiscală cu severe consecințe pentru companiile de profil, mai ales în contextul actualei crize economice.

Înainte de a înainta o astfel de directivă sunt necesare studii de impact concrete, bazate pe date statistice relevante; este necesară o estimare realistă a consecințelor pe care le va avea aplicarea unei astfel de directive și propuneri concrete privind metodele de calculare și contabilizare a costurilor externe.

Internalizarea costurilor externe ale transportului este, pe termen lung, o măsură care poate ajuta la ecologizarea transportului și remarc faptul că astfel de instrumente legislative concrete sunt chiar necesare în state membre precum România. Cu toate acestea, nu întrevăd însă o viitoare aplicare a acestor costuri externe, cel puțin nu în orașul din care provin, București. Mă refer aici la congestia traficului, poluarea aerului, poluarea fonică, poluarea apei, poluarea solului sau afectarea peisajelor naturale. Îmi vine greu să cred că autoritățile din România vor implementa această directivă care mai mult împovărează decât să ajute.

Însă, așa cum arată și domnul Jarzembowski, aplicarea unor astfel de măsuri trebuie să se facă în urma unor studii obiective, bazate pe date statistice; nu putem cere companiilor de transport să plătească sume arbitrar stabilite pentru costuri externe, cu atât mai mult cu cât aceste sume sunt semnificative.

2-420

**Jörg Leichtfried (PSE).** – Herr Präsident! Ich wollte mich noch einmal melden, weil einige Kolleginnen und Kollegen vielleicht doch auf eine etwas scheinheilige Weise die Frage der Arbeitsplatzproblematik angesprochen haben. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass es unglaublich wichtig ist, gerade in Zeiten wie diesen Arbeitsplätze zu sichern.

Das Güterverkehrsgewerbe leidet natürlich unter dieser Situation, aber es leiden nicht nur die Frachtunternehmen, es leiden genauso die Eisenbahnen, die Flussschifffahrt und die Seeschifffahrt. Alles was diese Richtlinie macht, ist, diesen unfairen Vorteil, der derzeit der Straßengütertransport gegenüber den anderen Beförderungsarten hat, etwas zu verringern.

Die Frage der Arbeitsplätze ist eine ganz andere. Da müssen wir vernünftige Wirtschafts- und Sanierungspolitik machen, und wir müssen konsequent das weiter betreiben, was wir in diesem Hause beschlossen haben. Diese Richtlinie hat aber damit überhaupt nichts zu tun.

2-421

**Antonio Tajani, Vicepresidente della Commissione.** – Signor Presidente, nel corso del dibattito sono emerse moltissime posizioni diversificate, a volte in contrasto l'una con l'altra, non soltanto perché legate a schieramento politico ma anche a posizioni nazionali. Quindi, tutto questo dibattito evidenzia la difficoltà del problema, ma anche l'importanza del problema. Io credo che si debba trovare un compromesso e quello che si sta trovando in Parlamento, con la relazione di El Khadraoui, sia complessivamente un buon compromesso.

Non credo che la Commissione abbia voluto infliggere una tassa aggiuntiva, né abbia voluto penalizzare i Paesi che sono ad ovest e ad est, cioè i Paesi più periferici. Intanto perché *Eurovignette* non è obbligatoria. Poi abbiamo cercato di armonizzare un sistema per fissare un quadro che impedisca degli abusi tariffari, quindi si fissano anche dei valori massimali. Ma queste sono, naturalmente, posizioni differenti, idee differenti, che emergono in questo dibattito. Ritengo che il testo che andrà al Consiglio subirà certamente delle modifiche, perché anche all'interno del Consiglio non c'è identità di vedute. Tutti quanti siamo d'accordo sul principio di "chi inquina paga", poi quando si va alle applicazioni pratiche emergono differenze tra paesi membri, tra forze politiche, tra parlamentari, tra Commissione, Parlamento, Consiglio. Quindi, l'argomento è certamente spinoso, complicato.

Non credo che valga però, per esempio, l'opzione critica che incentra le osservazioni negative sul fatto dell'esistenza di una crisi. È vero, stiamo affrontando la crisi, ma è altresì vero che la proposta parla di applicazione a partire dal 2012. Io mi auguro – e sono assolutamente convinto – che nel 2012 la crisi sarà definitivamente superata. Un pizzico di ottimismo serve, ma anche i più pessimisti non ritengono che il 2012 sia un anno in cui saremo ancora in piena crisi.

Detto questo, ritengo che il Consiglio apporterà delle modifiche, quindi la prima lettura non sarà sufficiente e avremo quindi il tempo nei prossimi mesi per verificare i cambiamenti che dovranno essere apportati per cercare di trovare in conciliazione poi un buon accordo, che permetta di dare risposte concrete ai cittadini e possa applicare, nel modo migliore possibile, in maniera facoltativa, a partire dal 2012, il principio di "chi inquina paga".

2-422

**Saïd El Khadraoui, Rapporteur.** – Voorzitter, een paar opmerkingen. Ten eerste zou ik de collega's willen vragen om zich niet te laten misleiden door de afschrikwekkende cijfers die hier en daar worden geponeerd. Ik verwijs bijvoorbeeld naar mevrouw Wortmann-Kool - met alle respect - zij heeft het over extra kosten van verschillende euro's. Dat klopt helemaal niet. Ik kan u op de centime zeggen wat de impact zou kunnen zijn in het meest extreme geval: congestie zal dan 65 eurocent per kilometer zijn, dat is het absolute maximum, 65 eurocent in zeer zwaar gecongestioneerde gebieden, en alleen voor de enkele kilometers waar er file is, dus niet op de rest.

Geluid zou dan 1,1 eurocent eraan toevoegen. Luchtvervuiling zou dan voor de meest vervuilende vrachtwagens nog eens 16 eurocent zijn. Als je dat allemaal optelt, kom je aan een maximum maximum van 82 eurocent voor de enkele kilometers waar congestie is. Voor de rest van het traject moet je die 65 eurocent ervan aftrekken. Dat is het eerste wat ik wil zeggen, ook naar de mensen uit de perifere lidstaten.

Ten tweede, we zitten inderdaad in een crisis, maar de crisis zal niet oneindig lang duren. Wat wij hier nu doen, is een kader scheppen dat lidstaten na een nationaal debat in de gelegenheid moet stellen om, wanneer zij dat wensen en meestal na jarenlange voorbereiding, daadwerkelijk een systeem van internalisering van externe kosten op poten te zetten.

Ten derde stel ik vast dat nogal wat collega's willen anticiperen op wat de Raad allemaal zal gaan beslissen, want de Raad heeft nog altijd geen standpunt ingenomen. Wij moeten daar absoluut geen schrik van hebben. Laten we gewoon gaan voor een standpunt waar wij 100% achter staan. Nadien zullen we het debat, het gevecht aangaan met de Raad. Ik kan u garanderen dat ik als rapporteur mijn best zal doen om - zo niet alles, dan toch het meeste - van het standpunt van het Parlement binnen te halen en daar zullen we het later dan nog wel over hebben.

2-423

**Georg Jarzembowski, Berichterstatter.** – Herr Präsident, Herr Vizepräsident, liebe Kollegen! Lassen Sie mich bitte zum Schluss nur zwei Bemerkungen machen. Erstens an den Kollegen Robert Evans: Meine Fraktion ist für die Internalisierung der externen Kosten, und zwar für Abgas und Lärm. Das halten wir für vernünftig. Aber wenn Sie das Verursacherprinzip immer in den Vordergrund stellen – ich bin bereit, mit Ihnen darüber zu reden –, dann verursachen die Mitgliedstaaten den Stau, denn sie stellen nicht genügend Infrastruktur bereit. Die Lkws fahren in den Stau hinein, der zu 80% aus Pkws besteht. Für einen Stau, der von den Mitgliedstaaten verursacht wird, die Unternehmen bezahlen zu lassen, ist widersinnig. Wenn das Verursacherprinzip gilt, dann müsste der Mitgliedstaat noch Geld an die Lkws verteilen, denn der Staat verursacht den Stau, indem er nicht rechtzeitig Infrastruktur bereitstellt.

Wir sind uns ja einig: Es muss ja nicht immer zusätzliche Infrastruktur geben. Es kann auch sein, dass man durch intelligente Verkehrssysteme Staus verhindert. Es gibt sehr viele moderne Technologien, mit denen man Staus verhindern kann. Sagt man aber, weil es einen Stau gibt, muss der Lkw es bezahlen, dann gibt es gar keinen Anreiz für den Staat, den Stau aufzuheben, dann würde er ja Einnahmen verlieren. Das kann doch nicht richtig sein!

Herr Vizepräsident, Sie haben zu Recht gesagt, Sie wollten mit diesem neuen Vorschlag keine neuen Steuern einführen, und Sie haben auf der Zweckbindung bestanden. Können wir uns denn darauf verständigen, Herr Kommissar, Herr Vizepräsident, dass Sie, wenn der Ministerrat keine klare Zweckbindung für die Einnahmen aus den Eurovignetten ausspricht, den Vorschlag zurückziehen? Denn Sie haben gesagt, Sie wollen keine neuen Steuern. Ich bin mit Ihnen völlig einer Meinung, wenn man bei Abgas und Lärm eine Verteuerung der Eurovignette beschließt, dann muss das Geld aber auch zur Minderung der Umweltauswirkungen im Verkehr und nicht zum Stopfen der Löcher der Finanzminister verwendet werden. Letzteres geht nicht! Insofern hoffe ich, dass Sie bei Ihrer Position bleiben, nämlich keine Steuer, wenn es keine Zweckbindung gibt, und dann Zurückziehen des Vorschlags! Vielen Dank!

2-424

*La discussione è chiusa.*

*La votazione si svolgerà mercoledì 11 marzo 2009.*

*(La seduta, sospesa alle 18.10, è ripresa alle 18.30)*

*Dichiarazioni scritte (articolo 142)*

2-424-500

**Krzysztof Holowczyc (PPE-DE), na piśmie.** – W obecnej debacie należy podkreślić trzy aspekty wynikające z trzech zagadnień: pobierania opłat od pojazdów, transportu przyjaznego środowisku oraz internalizacji kosztów zewnętrznych.

Nadrzędnym priorytetem unijnych inicjatyw powinno być zagwarantowanie prawa mieszkańcom Wspólnoty do niczym nieskrępowanej mobilności oraz promowanie jej poprzez konsekwentną realizację założeń planu rozwoju infrastruktury Unii Europejskiej. Wynika to z traktatowej zasady 4 swobód rynku wewnętrznego.

Przedsięwzięcia inwestycyjne w zakresie rozwoju infrastruktury powinny być podejmowane w oparciu o wyznaczone priorytety ochrony środowiska, które uwzględniają cele Unii Europejskiej w walce ze zmianami klimatycznymi. Rozwój nowoczesnej i zintegrowanej infrastruktury powinien zaś odbywać się z zachowaniem zasady intermodalności oraz interoperacyjności.

Powstające koszty, związane z ochroną środowiska, hałasem, zatorami komunikacyjnymi czy ochroną zdrowia są integralnie związane z modyfikowaniem dynamicznie rozwijającej się tkanki infrastrukturalnej Europy. Wydaje się słusznym, żeby obowiązującą była proponowana niniejszym dokumencie zasada "zanieczyszczający płaci"- która, co należy przypomnieć, funkcjonuje od kilku lat w otoczeniu społecznym biznesu.

2-425

**PRESIDÊNCIA: MANUEL ANTÓNIO DOS SANTOS**  
*Vice-Presidente*

2-426

**16 - Período de perguntas (perguntas à Comissão)**

2-427

**Presidente.** – Segue-se o período de perguntas (B6-0009/2009) que, excepcionalmente, se prolonga até às 20 horas.

Começo por informar que o Senhor Comissário Kovács não estará presente, pelo que as perguntas 1 e 3 da primeira parte deste período de perguntas, dirigidas ao Senhor Comissário, serão assumidas pela Senhora Comissária Reding.

Foram apresentadas as seguintes perguntas à Comissão.

Primeira parte

2-428

**Presidente.** – Pergunta n.º 31 da Deputada Silvia-Adriana Țicău (H-0068/2009)

Assunto: Medidas destinadas à promoção de produtos e serviços que contribuam para o aumento da eficiência energética e para a promoção das energias renováveis

No Conselho Europeu da Primavera de 2008, os chefes de Estado e de governo decidiram reflectir sobre a possibilidade de reapreciar a Directiva "Tributação da Energia" para promover o aumento da parte das energias renováveis no consumo total da energia.

O aumento da eficiência energética é uma das soluções mais rápidas, seguras e menos onerosas para reduzir a dependência da UE das fontes de energia dos países terceiros, para diminuir o consumo de energia e as emissões de CO<sub>2</sub> e as despesas de pagamento das facturas relativas à energia dos cidadãos europeus.

No contexto da necessidade de aumentar a eficiência energética, poderá a Comissão indicar quais são as medidas e os instrumentos financeiros e fiscais que prevê para promover produtos e serviços que contribuam para o aumento da eficiência energética e para a promoção das energias renováveis?

2-429

**Viviane Reding, Member of the Commission.** – It is in its European Economic Recovery Plan – which has, by the way, been endorsed by Parliament and the Council – that the Commission supports the promotion of the rapid take-up of green products. It has, among other things, proposed reduced VAT rates for green products and services aimed at improving the energy efficiency of buildings in particular. Furthermore, the Commission encourages Member States to provide further incentives to consumers to stimulate demand for environmentally-friendly products.

The Commission is currently carrying out a review of the existing Community tax legislation. The objective is to eliminate as much as possible existing incentives that run counter to the objectives of energy efficiency and the reduction of carbon emissions, as well as to create incentives where appropriate to serve these objectives.

In addition to the above fiscal initiatives, the Commission seeks to enhance the use of other financial instruments to promote energy efficiency, in particular in buildings. A sustainable energy financing initiative is being developed jointly by the Commission and the European Investment Bank. The initiative aims at mobilising funding from capital markets to be used via the participation of the Covenant of Mayors. For 2009, a budget of EUR 15 million can be expected to be made available.

The Commission has also proposed the modification of Regulation (EC) No 1080/2006 on the European Regional Development Fund, which would allow use of this fund by all Member States for increased expenditure on energy efficiency improvements and the use of renewable energy in existing housing.

2-430

**Silvia-Adriana Țicău (PSE).** – Aș dori să plec de la faptul că actuala directivă a fost prost implementată, insuficient implementată și de aceea aș dori să întreb Comisia dacă are în vedere reducerea de TVA și pentru produse pe viitor; de asemenea, cred că ar fi importantă creșterea, de la 3% la 15%, a cotei din Fondul european de dezvoltare regională, utilizată pentru eficiența energetică a clădirilor și locuințe sociale.

De asemenea, cred că ar fi important un fond european pentru eficiența energetică și energii regenerabile.

2-431

**Viviane Reding, Member of the Commission.** – We know that it is very important to have measures to help citizens and governments go for energy efficiency. We now have some studies on the potential of tax incentives for energy and environmental purposes, and the Commission is preparing a proposal to amend the VAT directive to allow reduced rates of VAT to apply to certain environmentally-friendly goods and services.

As set out in the Economic Recovery Plan, the Commission may propose reduced VAT rates for green products and services aimed at improving the energy efficiency of buildings in particular. It should be pointed out, however, that the Commission proposal of July 2008 already provides an option for Member States to apply these reduced VAT rates on services involving the renovation, repair, alteration and maintenance of housing, places of worship and of cultural heritage, and historical monuments. This includes work aimed at increasing the energy savings and efficiency of the buildings concerned.

The Ecofin today came to a compromise. It is too early to say exactly what we are going to do in detail with the Ecofin proposals, but the Commission is going to study the proposals that were made today.

2-432

**Reinhard Rack (PPE-DE).** – Herr Präsident! Ich möchte mich ausdrücklich bei der Kommissarin und bei der Kommission bedanken, dass vor allem das Thema Wärmedämmung in Gebäuden hier angesprochen wurde. Es ist eine der effizientesten Formen, Energie einzusparen, und so gesehen scheint mir das ein wichtiger und richtiger Weg zu sein. Meine Frage in diesem Zusammenhang: Sieht die Kommission hier eine Möglichkeit, für Niedrigenergiehäuser und Nullenergiehäuser im Fertigbaubereich die entsprechenden Mehrwertsteuerreduzierungen vorzusehen? Kann man das andenken und wohin soll die Reise gehen?

2-433

**Viviane Reding, Mitglied der Kommission.** – Herr Präsident! Das ist eine sehr interessante Idee, die von dem Abgeordneten vorgeschlagen wurde. Diese Idee wird zusammen mit den anderen uns vorliegenden Ideen zur Energieeffizienz beim Häuserbau oder bei der Renovierung von Häusern selbstverständlich von der Kommission analysiert werden. Ich kann auch darauf hinweisen, dass die Kommission eine Umstrukturierung der Strukturfonds vornehmen wird, damit auch über die Strukturfonds in diese energieeffizienten Häuser investiert werden kann.

2-434

**Presidente.** – Pergunta n.º 32 do Deputado Giorgos Dimitrakopoulos (H-0100/2009)

Assunto: Interpretação mais flexível do Pacto de Estabilidade e Crescimento

Pergunta-se à Comissão se, e por que razão, num período de tão grave crise económica, persiste no seu ponto de vista de que a redução do défice de todos os países se confrontam com este problema deve ser efectuada num período de dois e não de três anos, prazo que, segundo os dados disponíveis, parece mais lógico? Como concilia esta insistência com a opinião do Presidente do Eurogrupo favorável a uma interpretação mais flexível do Pacto de Estabilidade e Crescimento (declarações de 20.1.2009, à agência Europe)?

2-435



**Viviane Reding, Member of the Commission.** – Under normal circumstances, the Stability and Growth Pact presumes there will be rapid correction of the excessive deficit and this correction should be carried out the year after such an excessive deficit has been identified. However, the reformed Stability and Growth Pact also allows for longer deadlines in the case of special circumstances – in accordance with Article 34 of Council Regulation (EC) No 1467/97.

The Pact does not provide an explicit definition of these special circumstances. However, when preparing a report under Article 143 of the Treaty triggered by the existence or the planned excessive deficit, the Commission is required by the Treaty to take into account what are known as ‘relevant factors’. In this report, the Commission shall reflect developments in the medium-term economic position, in particular potential growth, prevailing cyclical conditions, the implementation of policies in the context of the Lisbon Agenda and policies to foster research and development and innovation. It shall also reflect developments in the medium-term budgetary position, in particular fiscal consolidation efforts in good times, the level of public debt and sustainability issues, external financing needs, public investment, and the overall quality of public finances. It shall also take into consideration any other factors which, in the opinion of the Member State concerned, are relevant in order to comprehensively assess in qualitative terms the excess over the reference value and which the Member State has, of course, put forward to the Commission and to the Council.

The provisions of the relevant factors to be considered indicate that determining the incidence of special circumstances should be based on an overall assessment of such factors. On 18 February, the Commission adopted its recommendations for Council opinions on the latest updates of the stability and convergence programmes for 17 Member States. At the same time, and taking into account its assessment of these programmes, the Commission adopted reports for Ireland, Greece, Spain, France, Latvia and Malta. The Ecofin adopted its opinion on these reports this morning. The Commission will propose recommendations to the Council to put an end to situations where an excessive deficit exists. These recommendations will include deadlines which will have been decided according to the Stability and Growth Pact, i.e. taking into consideration the existence of special circumstances, where appropriate.

2-436

**Γιώργος Δημητράκοπουλος (PPE-DE).** – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να ευχαριστήσω την κυρία Επίτροπο για την πολύ αναλυτική απάντηση. Πλην όμως, πρέπει να σας πω ότι έμεινα λίγο έκπληκτος, γιατί σε όσα σημαντικά είπατε δεν αναφερθήκατε στην έννοια του χρονοδιαγράμματος, εάν δηλαδή η Επιτροπή θα εισηγηθεί συγκεκριμένα χρονοδιαγράμματα ανά περίπτωση και, δεύτερον, εάν μπορεί στην εισήγησή της η Επιτροπή να συνδέσει τις φάσεις των χρονοδιαγραμμάτων με τη μείωση του ποσοστού πάνω από το 3%.

2-437

**Jörg Leichtfried (PSE).** – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Ich habe zwei kurze Fragen. Die erste Frage ist: Was ist mit jenen Ländern, die wirklich provokant niedrige oder gar keine Unternehmenssteuern verlangen? Ist es da fair, wenn sie dann andererseits aufgrund weniger Steuereinnahmen in Schwierigkeiten kommen, hier vor Aufweichungen des Paktes die Augen zu verschließen?

Das Zweite ist: Sollte man diese Frage nicht auch an einen gewissen Erfolg knüpfen? D.h., wenn ein Land über die Maßen mehr Defizit hat, aber dafür die Arbeitslosigkeit bekämpft und diese Arbeitslosigkeit wirklich zurückgeht, würde es dann nicht Sinn machen, so etwas zu fördern?

2-438

**Avril Doyle (PPE-DE).** – Has there been a change in the Rules of Procedure? I thought it was the questioner who had a supplementary, plus two other Members.

Secondly, what time does Question Time continue until tonight as we started late?

2-439

**Presidente.** – Senhora Deputada, vamos efectivamente terminar às 20 horas, como está previsto. Começámos mais tarde e terminaremos mais tarde. Mas não há pergunta complementar, ao que parece, da Senhora Deputada Avril Doyle?

Deseja colocar a sua pergunta complementar, Senhora Deputada?

2-440

**Avril Doyle (PPE-DE).** – Mr President, I do. My apologies. I understood you were only giving it to the Questioner and one other. I misunderstood the point you made.

I would like to follow through by asking the Commissioner to name any Member State that will not have an excessive deficit, as understood to date.

Secondly, could she develop exactly what the Commission is going to propose to the Council as decided this morning in relation to Ireland?

2-441

**Viviane Reding**, *Member of the Commission*. – In answer to the question by Mr Dimitrakopoulos, the Commission, when proposing the deadlines for a Member State to return to a sustainable position of public finances, will take into account the room for manoeuvre available to the Member State concerned. A call for rapid fiscal consolidation can be expected only in cases of danger of a public finance crisis, taking into account the financing needs of the whole economy.

As for the second question, which was a double question, the answer to the first part is 'no'. The answer to the second part – on countries with low corporate tax – the Stability and Growth Pact assesses the global fiscal position of a Member State, not the specific tax structure of each Member State.

In reply to the third question, on whether there are any Member States without excessive deficit, there are of course certain Member States without excessive deficit, as can be seen in the charts which the Commission regularly publishes.

2-442

**Presidente**. – Pergunta n.º 33 do Deputado Pedro Guerreiro (H-0125/2009)

Assunto: Fim dos "paraísos fiscais"

A Comissão já propôs ou tenciona propor o fim dos "paraísos fiscais", nomeadamente na União Europeia?

A UE adoptou alguma decisão no sentido de propor aos seus Estados-Membros o encerramento dos "paraísos fiscais" existentes nos seus territórios?

Que medidas vai a Comissão tomar para acabar com os "paraísos fiscais", para combater a especulação financeira e para pôr cobro à livre circulação dos capitais, nomeadamente ao nível da UE?

2-443

**Viviane Reding**, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, la Commission mène, depuis la fin des années 90, une politique déterminée de lutte contre la fraude, l'évasion fiscale et la concurrence fiscale dommageable.

Un élément clé de cette politique est la promotion de la transparence des systèmes fiscaux et de l'échange des renseignements entre administrations fiscales. Dernièrement, cette politique s'est vue confirmée par les déclarations claires du G20 visant à attaquer les pratiques non transparentes de certaines juridictions, souvent décrites comme paradis fiscaux.

La Commission a renforcé sa politique dans ce domaine, fin 2008 et début 2009, en présentant deux propositions.

La première vise à renforcer l'échange d'informations prévu par la directive sur l'épargne. La seconde a pour effet de proposer que tous les États membres alignent leurs standards d'échange d'informations sur le niveau le plus ouvert, notamment en s'assurant que le secret bancaire ne puisse pas être invoqué par un État membre pour refuser de fournir les informations dont d'autres États membres auraient besoin pour l'imposition de leurs résidents.

En mai 2008, le Conseil a décidé de promouvoir auprès des pays tiers cette politique de bonne gouvernance fiscale couvrant les principes de transparence, d'échange de renseignements et de concurrence fiscale loyale, et il a chargé la Commission de négocier des clauses dans les accords avec les pays tiers.

La Commission a l'intention de présenter prochainement une initiative politique en vue de mettre en évidence la cohérence de cette politique et les éléments clés pour s'assurer de sa réussite. La Commission considère en particulier que la mise en œuvre de mesures coordonnées au niveau européen serait de nature à répondre aux préoccupations exprimées par l'honorable député.

2-444

**Pedro Guerreiro (GUE/NGL)**. – Face ao que foi dito, pelos vistos "foram mais as vozes do que as nozes", isto é, os "paraísos fiscais" e o seu fim não estão em questão, mas colocaria a seguinte pergunta: como pretende a Comissão dissuadir os bancos de operarem em centros "offshore", como divulgou essa intenção? E que medidas efectivas pretende propor para combater a especulação financeira que integra as causas da actual crise financeira e económica?

2-445

**Robert Evans (PSE)**. – The Commissioner must know a little bit about tax havens, because Luxembourg rather falls into that category. Does she not feel that this undermines the whole principle of a common market, with lorries driving out of their way to get the cheap fuel there?

Then there is Jersey, Guernsey, the Isle of Man – which are in the UK but outside the EU – Liechtenstein, Monaco, San Marino etc. They are all little tax havens, with offshore banking, which we have just heard about, pandering to the rich. They only exist because the EU allows them to do so.

These are her words: ‘a resolute policy against tax evasion’. If that were true, would not the Commission include some suggestions for abolishing these tax havens?

2-446

**Viviane Reding, Member of the Commission.** – In answer to the first question, the Commission has proposed two new directives in order to solve these problems because the financial crisis has highlighted the problems more clearly than before.

We made a proposal at the end of 2008 and another one at the beginning of 2009, the former reinforcing the information exchange and the latter enshrining the right of a Member State to obtain information without the other Member State invoking banking secrecy.

As for the second question I just want to underline that lorries have nothing to do with tax havens.

2-447

Segunda parte

2-448

Pergunta n.º 34 do Deputado Claude Moraes (H-0048/2009)

Assunto: A Internet e os crimes de ódio

O incitamento ao ódio racial é crime em todos os Estados-Membros da UE. Porém, segundo o estudo de 2008 sobre crimes de ódio, publicado pela ONG "Human Rights First", os crimes de ódio registam um aumento na Europa, sendo importante examinar o papel central que a Internet desempenha aqui.

Como parte do seu objectivo de combater o cibercrime e de criar uma Internet mais segura para todos, pergunta-se se a Comissão está a tomar medidas concretas que contribuam para combater os sítios web que incitam ao ódio e à violência raciais.

2-449

**Viviane Reding, Member of the Commission.** – The question which was asked is very important, and I would like to underline that the Commission strongly rejects the racism, xenophobia and any type of hate speech the honourable Member refers to. The Commission also shares the concerns raised, and is aware that certain content available on the Internet can have a very negative impact.

The Commission fights racism, xenophobia and anti-Semitism in all media platforms, and not just the Internet, as far as possible, under the powers conferred by the Treaties. On this basis, the Commission has taken a number of initiatives – legislative and non-legislative – which seek to prevent discrimination as well as racist, xenophobic and anti-Semitic speeches. Firstly, there is the Audiovisual Media Services Directive, which extends minimum standards for content to all audiovisual and media services, and that includes on-demand offers on the Internet. This includes: ‘prohibition of incitement to hatred based on race, sex, religion or nationality’. Furthermore, the Commission had adopted policies that aim at reducing racist content online. I would just underline here the recommendation on the protection of minors and human dignity and on the right of reply, which calls for action against discrimination in all media.

The recently-adopted Council framework decision on combating certain forms and expressions of racism and xenophobia by means of criminal law sets out a common EU approach to racism and xenophobia. The framework decision aims at criminalising international conduct, such as incitement to violence or hate towards a group of people or against a person belonging to a group defined on the basis of race, colour, descent, religion, belief, or national or ethnic origin.

Incitement to violence or hatred would also be punishable if committed by public dissemination and distribution of tracts, pictures and other materials. The Member States have an obligation to comply with those provisions by 28 November 2010.

Apart from this legal approach, the Commission is promoting a set of measures for the safer use of the Internet. I think Parliament well knows the Safer Internet Plus Programme, with a budget of EUR 55 million for the period 2009-2013, which co-funds projects with the following objectives: increased public awareness, provision of a network of contact points for reporting illegal and harmful content and conduct, in particular on child sexual abuse material, grooming and cyber-bullying, fostering of self-regulatory initiatives in this field and involving children in creating a safer online environment, establishing a knowledge base of the new trends in the use of online technologies and their consequences for children’s lives.

The Commission furthermore strives to promote a responsible use of media and the Internet. In its communication on media literacy of December 2007, the Commission calls on Member States to commit to more effectively promoting media literacy and research in this field. This year it will present a recommendation on media literacy.

It is also worth noting that our neighbour, the Council of Europe, has developed a series of international legally binding and non-binding instruments on these issues, which all show that cyberspace is not a lawless area and that Member States are bound to protect individual rights and freedoms through their national laws, *inter alia* the Cybercrime Convention and its additional Protocol 3.

2-450

**Claude Moraes (PSE).** – Commissioner, I do not doubt for one minute your commitment to this area. I know you have looked into it in great detail. But concerning this issue which you mentioned of the ‘lawless area’ of cybercrime, are you convinced, specifically in connection with inciting hatred – which is a criminal offence in all Member States, I think – that the implementation of the Framework Decision, the Audiovisual Directive and many of the other instruments that you have mentioned, is actually stopping the proliferation of these sites? The evidence so far is that they are increasing as we speak. Do you feel that we should take further action?

2-451

**Jim Allister (NI).** – Commissioner, there is no greater hate crime than murder, and this week in my constituency of Northern Ireland we had three hate murders of members of the security forces by Irish Republican terrorists.

And yet within hours there were a number of sites, across the internet, glorifying those hideous murders and praising those who had carried them out. So, as well as looking at racism and xenophobia, is the Commission focused on how it deals with the abuse of the Internet by terrorist parasites?

2-452

**Viviane Reding, Member of the Commission.** – There is no excuse for crime, wherever that crime has taken place – be it in the real world or in the digital world – but of course it is much easier to fight crime in the real world because you have the instruments which allow you directly to intervene. It is much more complicated on the worldwide web, and that is why we have developed a whole series of instruments in order to fight such crime.

I know from discussions with my colleague, Jacques Barrot, that police forces are building up a network of analyses in order to fight crime on line, and that they are having more and more success in catching the criminals. However, there are also more and more sites being constructed. I myself have tried, with the Safer Internet Programme, to do something else in this respect. This is to empower people – and most of all young people – who utilise the Internet to know what to do when they come across negative content. For instance – and we are not necessarily speaking about crime, but about cyber-bullying, which can become terrible for young people – that there is a special report button for them to ask for help.

So we are trying by different means to fight criminals by means of the police forces, by empowering educators, parents and children so that they can take a decision by themselves or report, and of course by media literacy programmes, which I personally would wish to be much more numerous in the Member States. You have to give tools to the next generation to find a solution and to fight, because, if not, then we might have a problem with the Internet, and that parents will not allow, for instance, their kids to be on the Internet, and that would not be the right way to proceed. We want the positive site of the Internet to flourish and the negative side of the Internet to be blocked.

Now to the murder question which the honourable Member underlined. This is a terrible thing to happen, and I believe that it is within the field of activity of the police and security forces to block all this. Those tools should of course not be regarded as something which can be utilised for solving all society’s problems, but when it comes to crime there can be no discussion. Crime has to be fought and it has to be fought very strongly.

2-453

**Presidente.** – Pergunta n.º 35 do Deputado Eoin Ryan (H-0055/2009)

Assunto: Tecnologias da informação e da comunicação (TIC) e Sociedade da Informação

A Comissão conferiu um lugar central nos seus programas ao desenvolvimento das TIC e da Sociedade da Informação, o que comporta grandes potencialidades para a economia e a sociedade europeias. Todavia, que medidas está a Comissão a tomar para garantir que determinadas categorias da sociedade europeia – nomeadamente os idosos ou as pessoas com baixos rendimentos – não sejam deixadas para trás ou mesmo esquecidas neste processo?

2-454

**Viviane Reding, Member of the Commission.** – Information and communication technologies have a huge potential for helping older people. Well, that is easily said and not so easily done because we do have a real digital divide here. It is those people who badly need ICT tools who, because they have never used those tools in their lives before, are not used to

utilising them. For instance, only 15% of older people use the internet. That is why we have to develop a whole policy in order to bring this barrier down, because we will need ICT to enable older people to stay active and productive for longer, to continue to engage in society with more accessible online services, and to enjoy a healthier and higher quality of life for longer.

That was exactly why the Commission presented in 2007 an action plan for ageing well in the information society with very concrete measures.

The first measure is on research and innovation in order to develop and test technologies for social care and independent living for older persons. I must pay tribute to our industries because, through these research programmes, the industries have developed a whole series of mechanisms, services and products which help older people to stay longer in their own homes.

The second measure is to raise awareness of the benefits among users and public authorities through the establishment of a best practice internet portal and European award schemes for smart homes – independent living applications for instance.

The third is to reduce the fragmentation of approaches in deploying these technologies in Europe.

In 2008 the Commission adopted two other initiatives.

The first was a new joint programme to support joint research with Member States in the area of ambient-assisted living: those are the technologies for home applications and for mobility, assisting older users in their daily lives and providing social care applications.

The second was the new communication on e-accessibility, fostering the use of ICT goods and services by older people and by people with disabilities, and inviting Member States to take all necessary steps to improve the accessibility of public websites.

In line with those measures, between now and 2013, the EU, together with Member States and the private sector, will invest more than EUR 1 billion in research and innovation for the ageing society.

So you see we really take that very seriously and we believe that we have possibilities here to improve life in an ageing society.

On the problem of low-income users, I would refer first of all to the second package of the roaming regulation which Parliament adopted in the ITRA committee yesterday night; one element of this package is to bring down the prices of using mobile phones, land-lines, the internet, etc.

The Commission has also set up a consumer market scoreboard that permits monitoring of market outcomes for consumers. The evidence on the scoreboard helps us to better take account of consumer interests.

The new proposals which are before Parliament in the review of the telecom market also aim to strengthen consumers' and users' rights with a view to improving accessibility and promoting an inclusive society.

It has been proposed, for instance, to amend some provisions in order to take better account of the needs of the elderly and those with special needs, and those should be general objectives guiding the activity of the national regulatory authorities.

2-455

**Eoin Ryan (UEN).** – I would like to thank the Commissioner. I do not for one minute doubt that the Commission is doing an awful lot on IT information. You can see a lot of the work they do. I am a recent participant in the 'Twitter' site and I have to say that I am more than surprised and impressed at how much information is on that site from the European Union. It gives a huge amount of information and I would like to congratulate them on that.

However, we still have a problem with people from disadvantaged backgrounds and elderly people using and accessing the Internet and new technologies. This is changing all the time, but we have an opportunity, or a challenge, between now and the June elections, and I would just like to ask you whether you have any plans to try to get more people to participate on the Internet to promote the June elections in the European Union.

2-456

**Silvia-Adriana Țicău (PSE).** – Vreau să vă felicit pentru ceea ce faceți pentru copii și internet și, de asemenea, pentru decizia de a avea acoperire 100% pentru *broadband* până în anul 2010.

Vreau să spun că, în România, persoanele în vârstă, părinții comunică ieftin și eficient cu copiii plecați în străinătate prin internet; îi văd și îi aud. Totuși, vreau să vă întreb ce faceți pentru dezvoltarea serviciilor electronice. Mă refer aici la infrastructura de chei publice.

2-457

**Reinhard Rack (PPE-DE).** – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Die Industrie produziert tatsächlich Geräte, die auch für ältere und behinderte Benutzer für die verschiedenen Zwecke der Informationsgesellschaft gut geeignet sind. Allerdings werden fast sämtliche Handys, Notrufknöpfe und ähnliche *gadgets* prinzipiell sehr teuer angeboten.

Kann die Kommission hier etwas tun? Besonders einfache Technologie zu besonders teuren Preisen zu verkaufen, ist nämlich nicht sehr verbraucherfreundlich.

2-458

**Viviane Reding, Member of the Commission.** – First of all, the Internet and the elections. This is a question which those who are standing for election, the MEPs and the candidates, should take on board and on which they should develop better communication with their citizens. In recent years so many positive actions have been taken with the help of the European Parliament that it should not be very difficult to present all these positive actions to citizens.

Looking only at the examples of e-inclusion in Ireland, for instance, I can give the list of those which have been put into practice on the territory of Ireland with Irish companies, research centres and NGOs. It will be very interesting, even for the MEPs themselves, to explain what is being done via the European budget to improve the life of citizens.

The second question was about the young and the old, and how they can communicate better. Well, I can tell you that my mother, who had never used a mobile phone, bought one in order to communicate with her grandchildren because she understood that this was the only way they could call her. Now she is very much upset if they do not call her often enough. But I have also met a lot older persons who have come to use the Internet because of Skype, because their children or grandchildren are abroad and they would like to speak with them.

That is why we are trying to develop measures towards a real internal market for communications in Europe, so that this communication will be swift and not very expensive.

That brings me to the third question: what about the price of the communications? There are a lot of services in operation which bring down the price of communications. Now it is true that those services or those items specially adapted to the older generation are being kept on the home market, because the market is not yet developed very strongly and they are still too expensive.

There is only one solution to this, namely to develop the market, because if thousands and thousands of older people take up those services, take up those instruments, the price will become affordable. So we have to raise awareness to promote the take-up of these ICT goods and services which I believe will be one of the solutions to the problems of the ageing society.

2-459

**Presidente.** – Pergunta n.º 36 do Deputado Gay Mitchell (H-0065/2009)

Assunto:Controlo da Internet

Constatai que a Internet se tornou um porto de abrigo seguro para os racistas e outros fanáticos manifestarem as suas opiniões.

A Comissão abordou esta questão? Em caso afirmativo, que medidas está a tomar?

As perguntas n.º 37 a n.º 40 receberão uma resposta por escrito.

2-460

**Viviane Reding, Member of the Commission.** – The question the honourable Member has asked is not new, which shows that it is something that is very dear to the heart of MEPs.

I would recall the answer I gave to the questions by Mr Moraes on the Internet and hate crimes, by Luca Romagnoli on content and the use of blogs, and by Robert Kilroy-Silk on racism and violence on social websites. I can tell you not only that those questions have been asked but also that the Commission has taken action in this area.

Speaking only about the social websites, some weeks ago all the social networking site providers sat around a table and signed a code of conduct to help young children and adolescents to fight against negative content on these websites.

As you know, the Commission strongly rejects all racist and xenophobic views conveyed on the Internet, together with the types of hate speech cited by the honourable Member in his question. As is often the case with the web, the picture is one of stark contrasts. On the web, the best rubs shoulders with the worst: on the one hand, there are tremendous opportunities to diffuse and receive valuable, targeted information, for better social cohesion; on the other hand, it is an ideal forum for stereotypes, prejudices, derogatory views and even dangerous content, as was mentioned in the question.

Here lies the danger: should the state go and block access to websites or filter search-engine results? This is already being done by authoritarian states. In democratic countries, such as the EU Member States, restrictions on the freedom of speech are exceptional and governed by the rule of law.

It is worth noting that the Council of Europe has developed a series of international, legally binding instruments, directly and indirectly concerning the Internet. These uphold the belief that cyberspace is not a lawless area, but is subject to the rule of law. I would recall the Convention on Cybercrime and its additional protocol.

The Commission has also adopted policies aimed at reducing racist content online, notably the recommendation on the protection of minors and human dignity and the right of reply, which calls for action against discrimination in all media.

I would also like to draw attention to the Framework Decision on combating certain forms of expression of racism and xenophobia, which aims at criminalising intentional conduct, such as incitement to violence or hatred towards a group of people or against a person belonging to that group. This is a criminal offence if committed by public dissemination or distribution of tracts, pictures or other material, and here the Member States have the obligation to comply with the provisions of the Framework Decision by 28 November 2010.

I could also underline that the European law already prohibits incitement to hatred on grounds of sex, race, religion or nationality in TV broadcasts and in TV online.

So we already have a whole series of mechanisms, a whole series of laws and a whole series of measures implementing these laws. But as always with negative content – be it in the traditional media or on the Internet – it pops up more quickly than you can fight it.

2-461

**Gay Mitchell (PPE-DE).** – I would like to thank the Commissioner for her reply. In recent days we have seen in Northern Ireland two soldiers and a policeman killed, as has been referred to by another Member, by people who secretly arrogate to themselves the right to do things like this based on bigotry and evil and – yes – racism and xenophobia. They, and their like, use such things as the Internet to recruit and to spread their evil words and deeds.

It seems to me very clear, for example, that if the rules for entering chat rooms were to be tightened up, by not allowing the use of, for example, Hotmail – I confess I do not know very much about it but it is very easily used – and insisting instead on some sort of traceable e-mail, then the people who do these sorts of things, which they could not do in the open, would be more easily traced. I ask the Commissioner to use all her powers to continue to pursue this issue, because it is not acceptable that the Internet should be used for racism and xenophobia.

2-462

**Viviane Reding, Member of the Commission.** – Crime is crime wherever it happens, and that is why we also have instruments to go after crime when it is committed on the Internet. Together with my colleague Jacques Barrot, we will develop those instruments so that they become stronger and are used more efficiently. The problem of the Internet, of course, is that it goes beyond national territory, which is why collaboration between police forces and those forces which combat terrorism and international crime has to be reinforced. In recent years, we have seen those forces working together with very good results. I hope and I think these efforts will continue.

2-463

**Presidente.** – Pergunta n.º 41 do Deputado Bernd Posselt (H-0061/2009)

Assunto: A Sérvia e o estatuto de país candidato

A concessão à Sérvia do estatuto de país candidato à adesão à UE constitui recorrentemente objecto de debate. Não será perigoso conceder à Sérvia o estatuto de país candidato ou, mesmo, de Estado-Membro da UE, antes de o conceder à República do Kosovo, atendendo a que Belgrado poderia utilizar essa vantagem para bloquear futuras negociações de adesão entre a UE e a República do Kosovo ou qualquer outra forma de estabelecimento de relações?

2-464

**Leonard Orban, Membru al Comisiei.** – Perspectivile Serbiei de aderare la Uniunea Europeană depind de îndeplinirea, de către această țară, a criteriilor de aderare de la Copenhaga, precum și a condițiilor prevăzute în cadrul procesului de stabilizare și de asociere, inclusiv a condiției de a coopera deplin cu Tribunalul Penal Internațional pentru fosta Iugoslavia.

Cu toate acestea, Serbia nu este o țară candidată și, până în prezent, nu a solicitat integrarea în Uniunea Europeană. Prin urmare, nu sunt în situația de a emite o părere cu privire la ceea ce ar putea să se întâmple în viitor și la acțiunile pe care Serbia ar putea să le adopte sau nu în legătură cu Kosovo.

În eventualitatea în care Serbia ar depune o cerere de aderare, Comisia Europeană va întocmi, ca urmare a solicitării formulate de Consiliu, un proiect de aviz pe baza criteriilor obiective stabilite, aplicate tuturor statelor care solicită aderarea la Uniune. În continuare, Consiliul European este cel căruia îi va reveni rolul de a decide dacă va acorda sau nu statutul de țară candidată.

2-465

**Bernd Posselt (PPE-DE).** – Herr Präsident, Herr Kommissar! Ich schätze Sie persönlich sehr, deshalb bedaure ich, dass der Kommissar Rehn nicht da ist, denn mit der Antwort bin ich überhaupt nicht zufrieden. Die hätte ich mir aus dem Internet abschreiben können.

Ich sage ganz klar, worauf sich meine Frage bezog: Es wird über ein Stabilisierungsabkommen mit Serbien verhandelt, das in Vorbereitung ist. Ich möchte die Kommission auf die Gefahr hinweisen, dass es hier eine Blockade Serbiens gegen Kosovo geben könnte, wie es sie in der UNO und im Europarat gibt. Ich wollte fragen, was man tut, um etwas Ähnliches zu verhindern wie die derzeitige Blockade Kroatiens durch Slowenien.

2-466

**Leonard Orban, Membru al Comisiei.** – Așa cum am spus în răspunsul meu, nu dorim în niciun fel să anticipăm cu privire la posibile acțiuni viitoare. În momentul de față, Serbia se află într-un anumit moment, încă nu și-a depus cererea de aderare la Uniunea Europeană; o să vedem ce va urma în perioada viitoare.

Deci, așa cum am spus, nu facem speculații cu privire la ipotetice situații viitoare.

2-467

**Presidente.** – Pergunta n.º 42 da Deputada Sarah Ludford (H-0072/2009)

Assunto: Adesão da Sérvia

Poderá a Comissão Europeia declarar explícita e firmemente a impossibilidade de lograr novos progressos no respeitante à adesão da Sérvia à UE, a menos que Ratko Mladic e Goran Hadzic, os dois restantes fugitivos do TPIJ, sejam entregues à Haia?

2-468

**Leonard Orban, Membru al Comisiei.** – Aderarea Serbiei la Uniunea Europeană depinde de îndeplinirea de către Serbia a condiției politice de a coopera pe deplin cu Tribunalul Penal Internațional pentru fosta Iugoslavie, concomitent cu respectarea de către Serbia a tuturor celorlalte obligații care sunt o condiție pentru integrarea în Uniune.

În această privință, Comisia împărtășește concluziile Consiliului din aprilie 2008, în care se reiterează că deplina cooperare cu Tribunalul Penal Internațional pentru fosta Iugoslavie, inclusiv depunerea tuturor eforturilor posibile pentru arestarea și transferarea persoanelor puse sub acuzare, constituie un element esențial al procesului de stabilizare și de asociere.

În această privință, evaluarea întreprinsă de procurorul-șef al TPI, Serge Brammertz, este de o importanță deosebită. Am stabilit o legătură strânsă și constantă cu acesta. De asemenea, comisarul Rehn a profitat de fiecare ocazie pentru a face apel la autoritățile Serbiei de a pune pe deplin în aplicare recomandările făcute de procurorul-șef în raportul său din decembrie 2008, adresat Consiliului de securitate al Organizației Națiunilor Unite.

Aceasta este calea cea mai sigură prin care Serbia poate realiza cooperarea deplină cu Tribunalul Penal Internațional și poate realiza progrese pentru îndeplinirea aspirațiilor sale de a deveni membră a Uniunii Europene.

2-469

**Sarah Ludford (ALDE).** – I am very supportive of Serbia making progress towards EU accession, as I am all of the Western Balkans, as a former member of the relevant European Parliament delegation.

The problem is that when we say Serbia's accession will depend on full cooperation with the ICTY, this begs the question of when exactly we will make this criterion bite.

I really want to try and get from the Commissioner the fact that no further progress will be made now, in the next few weeks, unless these fugitives are delivered.

Can he also tell me that no further progress can be made regarding Croatia's accession unless the ICTY is satisfied that there is full cooperation over evidence and witnesses regarding the Croatian invitees?



2-470

**Bernd Posselt (PPE-DE).** – Herr Präsident! Ich möchte mich der Frage der Kollegin Sarah Ludford anschließen. Der Kommissar hat zu Recht gesagt, dass das für Serbien ein Kriterium ist. Er hat aber nicht gesagt, ob Serbien dieses Kriterium erfüllt oder nicht. Das würde mich interessieren. Erfüllt Serbien das Kriterium einer vollen Kooperation? Bei Kroatien wissen wir, dass das Kriterium erfüllt ist.

2-471

**Leonard Orban, Member of the Commission.** – You are aware that in the Council there are different opinions concerning this issue and you know that there is no unanimity concerning the position of the Council on this issue. So, as I said in my answer we, the Commission, fully share the opinions of the Council – and I refer to the conclusions of the Council from April 2008 – that the full cooperation with the Tribunal is essential for following the process.

2-472

**Presidente.** – As perguntas n.º 43 e n.º 44 receberão uma resposta por escrito.

2-473

**Presidente.** – Pergunta n.º 45 do Deputado Yiannakis Matsis (H-0095/09)

Assunto: Usurpação de património de cipriotas gregos na zona ocupada de Chipre, com financiamento da Turquia

A antiga Ministra dos Negócios Estrangeiros de Chipre, Erato Markoulli, denunciou publicamente uma vaga de usurpação de património de cipriotas gregos na península de Karpasia, sob ocupação turca, com financiamento da Turquia.

A Sra. Markoulli participa nas conversações para a resolução da questão cipriota e, manifestamente, neste quadro, bem como com base noutras informações, teve conhecimento desta situação. A Turquia, país candidato à adesão à UE, que simultaneamente é a potencia ocupante de parte do território de um Estado-Membro da UE, a República de Chipre, organiza a usurpação do património propriedade de cidadãos europeus e viola deste modo o direito internacional, os direitos individuais e os valores e princípios da UE.

Como qualifica a Comissão esta política da Turquia? É esta política aceitável por parte de um país candidato à adesão à UE? Tenciona a Comissão tomar medidas contra a Turquia, e quais, por usurpação do património dos cipriotas gregos na zona ocupada de Chipre?

2-474

**Leonard Orban, Membru al Comisiei.** – Comisia a luat notă de folosirea proprietăților aparținând ciprioților greci în partea de nord a Ciprului. Comisia are cunoștință despre această problemă care s-a acutizat odată cu aderarea Ciprului la Uniunea Europeană, la 1 mai 2004, și împărtășește îngrijorarea distinsului membru al Parlamentului European.

În ceea ce privește cazurile specifice la care se referă distinsul membru al Parlamentului, Comisia nu deține nicio informație și, prin urmare, nu este în măsură să se pronunțe.

Comisia Europeană își reafirmă angajamentul său deplin de a susține eforturile liderilor comunității greco-cipriote și ai comunității turco-cipriote, în vederea identificării unei soluții cuprinzătoare privind problema cipriotă, sub auspiciile Organizației Națiunilor Unite. O astfel de soluționare ar determina rezolvarea problemelor în materie de proprietate pe insulă, probleme la care se referă distinsul membru al Parlamentului European.

2-475

**Γιαννάκης Μάτσης (PPE-DE).** – Κύριε Πρόεδρε, είμαι Κύπριος βουλευτής, υποστηρίζω την ένταξη της Τουρκίας στην Ευρώπη από την εποχή του Προέδρου Οζάλ και την υποστηρίζω και σήμερα.

Στην τέταρτη διακρατική προσφυγή το Δικαστήριο Ανθρωπίνων Δικαιωμάτων αποφάσισε ότι η Τουρκία είναι υπεύθυνη για το σφετερισμό των ελληνοκυπριακών περιουσιών. Επιτέλους, τι μπορεί να γίνει; Πώς μπορεί να ανεχόμαστε τόσα χρόνια αυτή την κατάσταση; Υπάρχουν πρώτης και δεύτερης κατηγορίας ανθρώπινα δικαιώματα ή η εφαρμογή τους εξαρτάται από το μέγεθος της χώρας;

2-476

**Leonard Orban, Member of the Commission.** – The Commission has always encouraged Turkey to implement all the decisions of the European Court of Human Rights. A debate will be held tomorrow in plenary, and this subject will also be discussed.

2-477

**Presidente.** – Pergunta n.º 46 do Deputado Vural Öger (H-0106/09)

Assunto: Abertura do capítulo "Energia" nas negociações da UE com a Turquia

A última crise do gás entre a Rússia e a Ucrânia evidencia, uma vez mais, a importância da diversificação das fontes energéticas e das vias de transporte de energia da UE. A Turquia, país candidato à adesão, é um país de trânsito estratégico e, nessa medida, muito importante para a segurança energética da UE. Por esse motivo, é extremamente importante que as

negociações da UE com a Turquia sobre o capítulo da energia sejam conduzidas sem atritos e não sejam bloqueadas por motivos políticos por parte de determinados Estados-Membros.

Tenciona a Comissão envidar esforços para que este capítulo seja aberto? Poderá apresentar um calendário para esse efeito? Qual é o principal obstáculo a uma abertura sem atritos das negociações sobre o capítulo da energia?

As perguntas n.º 47 e n.º 48 receberão uma resposta por escrito.

2-478

**Leonard Orban, Membru al Comisiei.** – Comisia Europeană consideră că Turcia este suficient de pregătită să înceapă negocierile pe marginea capitolului privind energia și, prin urmare, a recomandat deschiderea acestui capitol în primăvara anului 2007. Punctul nostru de vedere nu s-a modificat cu privire la acest subiect.

Cu toate acestea, deschiderea unui capitol necesită aprobarea unanimă, de către toate statele membre, ceea ce nu s-a întâmplat până în prezent. În contextul crizei energetice recente, suntem într-un acord cu dumneavoastră că atât interesele Uniunii, cât și cele ale Turciei, ar fi mai bine servite printr-o strânsă cooperare și prin alinierea Turciei la legislația comunitară în domeniul energiei.

Începerea negocierilor în domeniul energiei ar contribui în mod hotărâtor la atingerea acestui obiectiv.

2-479

**Vural Öger (PSE).** – Wird sich denn die Kommission dafür einsetzen, dass das Kapitel eröffnet wird, oder wird man erst einmal so lange warten, bis alle Mitgliedstaaten zusagen? Wird nicht von der Kommission auf die Mitgliedstaaten eingewirkt?

2-480

**Leonard Orban, Member of the Commission.** – These are the rules. The Commission made a proposal, and now it is up to the Council to decide unanimously whether the chapter is open or not.

So these are the procedures. We have to follow the procedures.

2-481

**Presidente.** – Pergunta n.º 49 da Deputada Marian Harkin (H-0041/09)

Assunto: Apoio ao mercado

No início de Janeiro, a Comissão comprometeu-se a tomar novas medidas de apoio ao sector dos produtos lácteos e aos rendimentos dos produtores em toda a Europa, num esforço para se opor a certas consequências negativas da crise económica actual neste sector. Tenciona a Comissão assumir compromissos idênticos para ajudar outros sectores e produtores agrícolas que também estão a ser atingidos pela actual crise económica?

Pergunta n.º 51 do Deputado Seán Ó Neachtain (H-0053/09)

Assunto: Sector dos lacticínios da UE

A Comissão apresentou medidas com vista a ajudar o sector dos lacticínios. A Comissão irá reintroduzir as restituições à exportação em favor da manteiga, do leite em pó magro, do leite em pó gordo e do queijo. Além disso, a Comissão irá comprar mais do que as quantidades fixas de manteiga e leite em pó magro, no caso de a situação do mercado o justificar. A Comissão considera que estas medidas serão suficientes para pôr termo à espiral da queda dos preços na UE e que afecta particularmente o sector dos lacticínios irlandês?

2-482

**Mariann Fischer Boel, Member of the Commission.** – The two questions by Mrs Harkin and Mr Ó Neachtain mainly concern the same subject. Thank you for giving me the opportunity to answer them together.

I am happy to say that the Commission has recently taken a number of measures within the dairy sector in an attempt to try to end the downward spiral of prices.

We have already introduced private storage earlier than we normally do, we have also started the intervention system whereby we hope to be able to stabilise the prices for butter and for skimmed milk powder, as this intervention system will certainly remove a lot of quantities from the market.

Originally we entered a level of 30 000 t of butter and 109 000 t of powder, but I have indicated recently that we will be able or willing to go higher than these figures by opening a tender.

Export refunds for the dairy sector were further alleviated recently. We can see that we are faced with a significant drop in the world market prices although Europe has not increased its production, despite the 2% increase of the milk quota which was agreed for last April.

So I think I can say to those people who argue that the drop in prices is due to the increase of the quota that this is not the case, because we can see that in spite of the 2% increase in the quota, production is staying at a lower level than we used to see before.

But with the introduction of the export refunds we should see a situation where we can increase the chances for the European Union's dairy producers to be present in the world market. At the same time this may also alleviate the imbalance within the dairy market.

In response to the specific question that Mr Ó Neachtain put forward, the Irish dairy sector with a relatively high share of milk processed into butter and into skimmed milk powder, and a relatively high share of export outside the European Union, will in particular benefit from the measures taken by the Commission.

I can promise you that we are closely following the situation in the dairy market; this can be seen from the fact that two weeks ago we actually increased the export refunds in the dairy sector, and we will be willing to take all the necessary steps.

Of course the sector itself also has a responsibility to adapt production to demand, in order to try to restore profitability, and Mrs Harkin wants to know if the Commission has similar plans for other sectors.

I gather that the question might be aimed at refunds for the pigmeat sector. But I must say that at present I do not see any justification for introducing export refunds in the pigmeat sector because we see that the number of pregnant sows and the number of piglets are decreasing; consequently the input on the European market will decrease, and therefore we hope that the result will be increasing prices.

We also have to take into account that for pork production the situation is totally different to the end of 2007 because today the feed input prices, and the energy prices, are considerably lower than when we introduced the export refunds for the pigmeat sector.

So please trust me that we will continue to keep an eye on the situation. I do not underestimate the difficulties in the dairy sector; I think it is decades since we experienced a situation like the one we are seeing today.

2-483

**Marian Harkin (ALDE).** – Thank you for your very detailed reply, Commissioner. You talked about the measures you have taken to stop the downward spiral of prices. As you are well aware, milk prices at the moment are below production prices. Many dairy farmers are hanging on by their fingernails.

I am very pleased to hear you say that you will be willing to take all the necessary steps. By that, are you saying that you would be prepared to make greater use of some of the dairy management tools that are at your disposal, such as export refunds, aid to private storage and intervention?

I would like you to clarify that for me, please.

2-484

**Seán Ó Neachtain (UEN).** – A Uachtaráin, ba mhaith liomsa freisin buíochas a ghabháil leis an gCoimisinéir as ucht an freagra cuimsitheach a thug sí. Ach, mar a thuigean sí, tá deacrachtaí móra ag táirgeoirí bainne. Cosnaíonn sé níos mó an bainne a tháirgeadh ná mar atá á fháil acu air.

Glacaim leis an méid a dúirt tú faoi Éirinn, ach an féidir aon bheartas breise a chur ar fáil – beartas idirghabhála – chun an praghas a ardú ag an bpointe seo? Mar ní féidir leanúint ar aghaidh mar atá feirmeoirí ag leanúint ar aghaidh ag táirgeadh bainne faoi láthair.

2-485

**Jim Allister (NI).** – Commissioner, what urgency and commitment does the Commission have towards ensuring that the dairy market bottoms out? Is there not a danger that, by piecemeal incremental measures, it will take even more time to turn the market? And yet time is the one thing we do not have. Is it not time to be bold with the export refunds? Because, Commissioner, our industry is dying on its feet.

2-486

**Jim Higgins (PPE-DE).** – I should like to thank you, Commissioner, and I particularly welcome your decision in relation to reintroducing intervention as a short-term measure only because we have a crisis situation.

Would the Commissioner not agree that we have four problems: firstly, the rate of exchange between the euro and the pound sterling; secondly, the reduction in production as a result of the melamine scandal in Asia and in China; thirdly, the 3% increase in production in the United States and, last but by no means least, our old enemy, Brazil? Would we not need to be constantly monitoring world trends in order to have our answer ready for these kinds of situations?

2-487

**Mariann Fischer Boel, Member of the Commission.** – First of all I have clearly signalled that I am ready to use the management tools that we have available. However, we have certain limits and it is very important that the decisions we might take do not mean that at the end of the day we shoot ourselves in the foot. We have to take into account the fact that intervention is a fine and – I was happy to hear – short-term measure. This is because we have to, I would not say get rid of it, but it has to apply to the market at a later stage, which rather prolongs the pain, but we cannot just dump it.

As I said previously, we did show our commitment by increasing export refunds, both on butter and on powdered milk, ten days ago, and we are monitoring the market.

Concerning compensation, it seems that quite a lot of dairy farmers have forgotten that, under the 2003 reform, they were actually compensated via the direct payment, and so an amount not linked to the dairy cow *per se*, but calculated on the basis of historic production between 2000 and 2002, is now incorporated into the direct payment.

I also sometimes have to remind some farmers that this compensation has already taken place. I know this is not a fully satisfactory answer in this difficult situation, but it has been taken into account.

I sent a very clear signal during the Green Week in Berlin at the beginning of January, saying that I was ready to spend some of the unspent money under the 2009 budget, and the Commission has made a proposal to spend EUR 1.5 billion in 2009 to cover the gap arising from the consequences of the health check not entering into force until 1 January 2010, when the package for trying to meet the new challenges comes into effect.

The question of whether Member States want to spend EUR 1.5 billion is not in my hands, but in those of the heads of state and finance ministers, and I hope it will also be possible, via a sort of lobbying by Members of the European Parliament on their national governments, to push for a solution.

I completely agree on the three reasons for the situation. For Ireland, exporting into the UK with an exchange rate that makes life even more difficult is of course a huge disadvantage specifically for Irish farmers. I do not under-estimate the spin-off consequences of the scandal in China, where some people might be much more cautious over the dairy products they eat and drink.

The increase on the world market does not come exclusively from the United States. We have seen a significant increase taking place in New Zealand, and this has been dropped on the world market with the consequences we have mentioned. I hope that in general, on the world market, production will go down, because this is a general problem and not one only affecting European dairy producers. It is very difficult to make money in the dairy sector at the moment. We will therefore not hesitate to use the tools available in an appropriate and balanced manner.

2-488

**Presidente.** – Pergunta n.º 50 do Deputado Liam Aylward (H-0051/09)

Assunto: Rotulagem dos produtos de carne de ovino

Actualmente não há legislação comunitária específica relativa à rotulagem de origem para o sector da carne de ovino. Por essa razão, há muitas técnicas diferentes de rotulagem dos produtos de carne de ovino no interior da UE.

Tenciona a Comissão introduzir regulamentação sobre a rotulagem dos produtos de carne de ovino que permita ao consumidor distinguir entre os produtos comunitários e os provenientes de países terceiros?

2-489

**Mariann Fischer Boel, Member of the Commission.** – I definitely think that European farmers can be proud of their standards and the Commission favours any initiative that helps farmers, not least in the livestock sector, to communicate with consumers about the origin of products.

As the honourable Member states, there is currently no specific EU legislation dealing with the issue of origin-labelling for the sheep meat sector.

Of course, the general internal market rules about labelling and advertising of foodstuffs also apply to sheep meat. These rules require mandatory origin-labelling in cases where consumers might be misled regarding the true origin or provenance of the foodstuffs.

It is not the Commission's view that there is a general problem of consumers being misled about the origin of sheep meat. Therefore, the recent Commission proposal for a regulation on food information to consumers does not extend the list to which compulsory origin-labelling applies.

I would like to underline that the origin-labelling for beef and beef products is a special case, and I think we all keep in mind from where it came, because it was a spin-off of the BSE crisis. Therefore, in order to rebuild consumer confidence in beef, it was necessary to make more information available to consumers by clear labelling of the product, including its origin.

It is also important to recall that already the existing legislation makes it possible to put in place voluntary labelling of sheep meat. If the whole supply chain could agree on such a labelling system, it could add value to their products to provide consumers with extra information.

For the internal market to function smoothly, the Commission's proposal for a regulation on food information to consumers introduced a framework for voluntary origin indications.

In particular, as regards sheep meat, when origin is mentioned, information on the different locations of birth, rearing and slaughter of the animal shall be provided. If these production steps took place in different Member States, all origins should be indicated.

Looking further ahead, the Commission is considering whether all different agricultural products should be labelled to show the place of farming and specifically whether EU farming requirements have been followed.

I am aware that, during the public consultation on the Green Paper on the quality of agricultural products, stakeholders in the sheep meat sector have advocated compulsory origin-labelling. In May 2009 the Commission will issue a communication, where we will seek to strike the right balance between simplification, transparency and product specification. A conference organised by the Czech Presidency will take place on this issue on Thursday and Friday this week, and I am sure we will have a lively and interesting discussion on labelling. It is important. It is not always easy, because nobody wants to read a novel on the back of food in supermarkets, so I think we should try to find a balance and the right solution. I am happy with all the comments that we have already had on the Green Paper.

2-490

**Liam Aylward (UEN).** – Thank you Commissioner. I particularly welcome the Conference that is going to take place and indeed we can be very proud of the standard of our food products in Europe – I certainly agree with you on that.

I want to refer, however, to the proposed compulsory electronic identification of sheep, which commences in January 2010, and which the Commission is determined to press ahead with despite the opposition of the Agricultural Committee members and the farming organisations. We have, as Members, challenged the operational and cost implications of the compulsory electronic identification, and the disastrous consequences for an industry already in serious decline. Would the Commission consider granting a further deferral or removing the compulsory nature of this proposal? Failing that, would the Commission consider meeting the additional costs of compulsory electronic identification?

2-491

**Mariann Fischer Boel, Member of the Commission.** – First of all, I should say that if you want an in-depth discussion on electronic ear-marking on sheep then, as you probably know, you have to invite another Commissioner – the Commissioner responsible for consumer protection – but I will be happy to give my remarks on this issue.

There seems to be unanimity now in the Council on this issue. I have the opportunity to travel quite a lot and I meet many people who consider that the electronic identification system will kill many smaller producers because of the cost. I think you have to look into the possibility of using rural development funding to try and alleviate the cost of electronic ear-marking. There is a line called 'approximation of standards' that can be used to call on rural development funding for these extra costs that will certainly be felt by many of the smaller sheep producers.

2-492

**Presidente.** – As perguntas que, por falta de tempo, não obtiveram resposta obtê-la-ão posteriormente por escrito (ver Anexo).

O período de perguntas está encerrado.

*(A sessão, suspensa, às 20h05, é reiniciada às 21horas)*

2-493

**IN THE CHAIR: Diana WALLIS**  
*Vice-President*

2-494

## 17 - Childcare facilities - Barcelona objectives (debate)

2-495

**President.** – The next item is the Commission statement on childcare facilities – Barcelona objectives.

2-496

**Vladimír Špidla, člen Komise.** – Vážená paní předsedkyně, vážené poslankyně, vážení poslanci, několik dní po 8. březnu, Mezinárodním dni žen, Komise vítá příležitost učinit před Evropským parlamentem prohlášení o zařízeních péče o děti v předškolním věku. Tato zařízení jsou totiž nezbytná pro prosazování rovnosti žen a mužů, lepší sladění profesního a rodinného života, ale také pro zajištění kvality života pro děti. Na zasedání Evropské rady v Barceloně v roce 2002 si členské státy vytkly ambiciózní cíle, které mají být splněny do roku 2010. V souladu se závazkem, který Komise přijala před Evropským parlamentem v roce 2007, předložila v říjnu 2008 zprávu o provádění barcelonských cílů. V ní Komise připomněla, proč je důležité do zařízení péče o děti více investovat.

Komise především připomněla, že barcelonské cíle se zaměřují na odstraňování překážek v přístupu na trh práce, zejména pokud jde o ženy. Více než 6 milionů žen v EU (ve věku od 25 do 49 let) uvádí, že kvůli svým rodinným povinnostem jsou nuceny nepracovat nebo pracovat pouze na částečný úvazek. Evropské hospodářství tak přichází o významný produktivní potenciál, a to v době, kdy musí čelit závažným hospodářským a demografickým výzvám, a sociální postavení rodin se tak oslabuje. Rozvoj zařízení péče o děti předškolního věku umožňuje rodičům svobodně se rozhodovat, jak si zorganizovat čas a jak lépe sladit pracovní a rodinný život. Cílem není „nutit“ rodiče, aby svěřovali své děti těmto zařízením. Cílem je, aby byla taková možnost poskytnuta rodičům, kteří si to přejí. Rozvoj služeb péče o děti přispívá rovněž k předcházení chudobě, zejména v rodinách s jedním rodičem, z nichž je více než třetina chudobou ohrožena.

V souvislosti s demografickým zpomalením, kterým Evropa prochází, podporuje dostupnost zařízení péče o děti rovněž uskutečňování rodinných plánů. Ukazuje se totiž, že nejvyšší porodnost mají právě ty členské státy, které zavedly nejvyspělejší politiky sladění profesního a rodinného života a které vykazují nejvyšší míru zaměstnanosti žen. Zařízení péče o děti samozřejmě také přispívají k rozvoji dítěte. Četné studie, zejména studie provedené OECD a UNICEF, prokázaly, že tyto služby sehrávají významnou úlohu v osobním rozvoji dítěte za předpokladu, že jsou kvalitní a dítě je jim svěřeno na přiměřenou dobu. Služby péče o děti mohou mít rovněž kladný vliv na studijní výsledky a budoucí profesní život.

Ve své zprávě Komise konstatuje, že navzdory všem uvedeným dobrým důvodům většina členských států zdaleka ještě nedosáhla cílů, jež byly v roce 2002 stanoveny. Velká část práce musí být ještě vykonána, zejména co se týče dětí mladších tří let. Kromě toho jsou některá zařízení provozována pouze po část pracovní doby, což omezuje možnosti rodičů v přístupu na trh práce. Komise však uznává, že v řadě členských států bylo dosaženo významného pokroku. Závazky, které členské státy přijaly na evropské úrovni, a výzvy Evropského parlamentu vyjádřené v řadě usnesení sehrály v tomto ohledu důležitou úlohu. Proto je třeba, aby se všechny zúčastněné strany, zejména vnitrostátní a místní orgány, spojily a vytvořily přístupnou, finančně dostupnou a kvalitní nabídku zařízení péče o předškolní děti.

V Plánu pro dosažení rovného postavení žen a mužů se Evropská komise zavázala k podporování úsilí, které členské státy vyvíjejí v této oblasti. Povzbuzuje členské státy, aby plně využívaly možností, které nabízejí strukturální fondy. Za účelem pomoci místním subjektům při zavádění opatření v této oblasti Komise kromě toho v loňském roce přijala informační brožuru o možnostech financování opatření na podporu rodin. Komise bude nadále podporovat výměny osvědčených postupů a bude pravidelně sledovat barcelonské cíle v rámci strategie pro růst a zaměstnanost. Bude se rovněž zabývat hodnocením rodinných politik, zejména politik sladění profesního a rodinného života, přičemž se bude opírat především o spolupráci s OECD. V neposlední řadě bude Komise v rámci strategie pro růst a zaměstnanost po roce 2010 podporovat zachovávání evropských cílů v oblasti služeb péče o děti.

Někdo možná pochybuje, zda je v době krize vhodné investovat do služeb péče o děti. Nicméně četné studie ukázaly, že pokud takové služby nejsou k dispozici, všichni na to doplácí. Je proto důležité jednat už dnes, aby byl zajištěn přístup ke službám péče o děti a aby tak byla podporována zaměstnanost a prosazovány rovnost, sociální začleňování a zájmy dětí.

2-497

**Philip Bushill-Matthews, on behalf of the PPE-DE Group.** – Commissioner, thank you for your statement. I was very encouraged by your words, but was very discouraged to notice that only 12 colleagues were here to hear it. That has now risen to the dizzy heights of 18 MEPs, to hear what is an important statement on an important subject.

I was curious though that there was no reference – unless I missed it – to the Council Presidency comments of a month or so ago, because I thought those remarks were also very helpful to the debate and they made the point very clearly that,

whilst the Barcelona objectives had not yet been reached – in some cases by a very long way – it was very clear that a number of countries did not have any immediate plans to reach them and did not see that as a particular problem. The reason for that is, and I quote from what the Czech Council Presidency said: ‘No one should criticise the decision of those countries that fail to fulfil the Barcelona objectives and do not intend to increase efforts for their fulfilment. There are countries whose citizens, based on their historical experience, are not interested in placing their children in day care’.

I think that is true. That does not mean, of course, that we should not try as hard as we can to encourage the provision of day care and make quality day care available for those who want to use it.

I hope that you will agree, Commissioner, that in the context of helping more women into the labour market, and in the context of helping people with the important role of childcare, that there are indeed many roads to Paradise – and there is not just the one road that we should exclusively concentrate upon. Let us please explore all routes, but let us keep Paradise in mind so that the objectives we all share can indeed be fulfilled.

2-498

**Zita Gurmai, on behalf of the PSE Group.** – Madam President, the financial crisis has become an economic crisis and we are now facing a recession in Europe, which is also affecting ordinary citizens: prices have been going up, unemployment is growing, investment is slowing down, credit is less available and thus the economy is slowing down.

It is a *trompe l'oeil* figure, which shows that, actually, men are hit first – and most – by unemployment due to the male domination in industry, such as the car industry. But women will be hit in the second wave of the redundancies, and we will suffer in the long term. Women with temporary and outsourcing contracts often fill posts in sectors where the need is great during good economic times but where the position is often very fragile during an economic downturn. This flexibility works in favour of the labour market but not for women who want and need social security, employment guarantees and reconciliation of private and professional life. It is even more worrying when conservative governments, such as the current Czech Presidency, talk about revising the Barcelona targets and going back to home childcare. The Barcelona targets, as PSE women demonstrated by our campaign in 2007, are beneficial for the whole of society and all children. It helps to give them an equal start in life and to eradicate poverty.

As Jacques Delors says: ‘in every child there is a treasure, and we have to give them the chance to explore and develop this treasure’. If I might add: every child needs an equal chance to develop their treasures. In this way, we can also ensure well-prepared and competent labour forces. The Barcelona objectives also help towards achieving the Lisbon objectives of having 60% of women in the labour market by making the reconciliation of public and professional life possible for women workers.

It is clear that governments may not cut back on public services, not even during the current crisis.

*(The President asked the speaker to speak more slowly.)*

Home childcare is important. Every woman should have the choice between home and public childcare, but it is the responsibility of every government to ensure this freedom of choice by providing good-quality, accessible and affordable childcare for everyone. I am glad that we have such a dedicated ally in keeping the Barcelona objectives.

2-499

**Karin Resetarits, im Namen der ALDE-Fraktion.** – Frau Präsidentin! Kinder und Politik – selten liegen die Interessen von Bürgern und Politikern so weit auseinander. Bei den Bürgern in ganz Europa steht das Thema Kind ganz oben. Für Politiker rangieren Kinderbelange unter „ferner liefen“, wie wir auch hier wieder feststellen können.

Ich kenne kein Land, in dem es ein eigenes Kinderministerium gibt. Auch in der Kommission gibt es keinen eigenen Vertreter für die Interessen unserer jüngsten Bürger. Im Parlament ist das Thema Kind über sämtliche Ausschüsse verstreut. Deshalb möchte ich die Kommission an dieser Stelle besonders hervorheben, da sie sich heute mit Kinderbetreuungseinrichtungen und dem Barcelona-Ziel beschäftigt. Dankeschön!

In unserer parlamentarischen Arbeitsgruppe „*Quality of childhood*“ haben wir Folgendes festgestellt: Unsere Kinder leben in einer sehr komplexen Welt. Die Zukunft eines Menschen, der hier, jetzt und heute Kind ist, ist vollkommen ungewiss. Ein Kind von heute kann auf der sozialen Skala ganz nach oben klettern oder ganz weit herunterfallen. Es kann in seinem eigenen Kulturkreis bleiben oder sich einen neuen suchen. Es kann einen ähnlichen Lebensweg wie seine Eltern einschlagen oder genau das Gegenteil tun. Es kann jemanden vom anderen oder vom eigenen Geschlecht heiraten. Das alles war vor mehr als 50 Jahren, als wir das vereinte Europa aus der Taufe hoben, noch vollkommen anders.

Die Vielfalt, die uns Europäer auszeichnet, ist bestimmender Faktor im Leben der Kinder geworden. Das Konzept der Vielfalt muss deshalb in die Pädagogik der Kindererzieher und der Lehrer Eingang finden. Das wird zurzeit noch viel zu wenig berücksichtigt. Die Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen Europas zerbrechen ja an der Herausforderung Integration. In Integrationsfragen müssen wir den Reset-Knopf drücken. Zurück auf Start.

Gehen wir dieses Thema noch einmal vollkommen vorurteilsfrei an, gemäß dem Motto: „Einheit durch Vielfalt“. Darüber hinaus bitte ich alle mir nachfolgenden Europaparlamentarier, sich nicht nur für Gender Mainstreaming einzusetzen, sondern auch für ein Kinder-Mainstreaming zu kämpfen – gerade jetzt in der Zeit der globalen Finanzkrise – weil wir unseren Kindern sonst unermessliche Schulden aufbürden.

2-500

**Roberta Angelilli**, *a nome del gruppo UEN*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, in tutti i documenti in cui si parla di lavoro, pari opportunità, si ricorda che l'affermazione dei diritti della donna passa attraverso la possibilità di poter usufruire di servizi adeguati per l'infanzia, senza i quali la conciliazione è di fatto impossibile e i diritti azzerati.

E ora più che mai di fronte ai problemi della crisi economica, queste questioni si aggravano ulteriormente. Nell'Unione europea oltre 6 milioni di donne dai 25 ai 49 anni dichiarano di essere costrette all'inattività o al lavoro a tempo parziale a causa delle loro responsabilità familiari. Per oltre un quarto di queste, all'origine della loro situazione vi sarebbe la mancanza di strutture di custodia per bambini o il loro costo eccessivo. Sei anni dopo l'adozione degli obiettivi di Barcellona, mentre si sta avvicinando la scadenza del 2010, risulta che la maggioranza degli Stati membri non raggiungerà probabilmente tali obiettivi, che pure non erano così ambiziosi: garantire al 30% dei bambini fino ai 3 anni l'accesso agli asili nido. Restano quindi da realizzare molti sforzi per raggiungere livelli soddisfacenti di disponibilità di servizi all'infanzia, proprio a partire da quei servizi che riguardano i bambini di età inferiore ai 3 anni.

Per questo sono comunque ben felice che il Consiglio "ECOFIN" di oggi ha approvato la possibilità per tutti gli Stati membri di ridurre l'IVA sui servizi per l'infanzia. Io credo che si tratti di un incentivo notevole e di un gesto di buon senso, che potrebbe contribuire al rilancio del piano asili e di un piano di servizi per l'infanzia e per la famiglia in tutta l'Unione europea.

2-501

**Hiltrud Breyer**, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Die Initiative der tschechischen Ratspräsidentschaft, die EU-Kinderbetreuungsziele zu verwässern, finden wir wirklich beschämend und lehnen sie natürlich entschieden ab. Es ist auch ein großer Erfolg, dass sich die EU-Familienminister aufgrund des Druckes, den das Europäische Parlament ausgeübt hat, nicht dieser Verwässerung der Kinderbetreuungsziele angeschlossen haben.

Ich finde es auch sehr bedauerlich, dass die tschechische Ratspräsidentschaft heute durch Abwesenheit glänzt und nicht in der Lage ist, ihren Versuch zur Verwässerung der Barcelona-Ziele hier mit uns zu diskutieren. Denn der tschechische Versuch ist ein ganz klares Rollback in der EU-Gleichstellungspolitik, und wir lehnen ein antiquiertes Frauen- und Familienbild, so wie es in dem Vorschlag der tschechischen Ratspräsidentschaft zum Ausdruck kommt, ganz klar ab.

Aber, Herr Kommissar Špidla, Sie haben davon gesprochen, dass es Finanzierungsmöglichkeiten gibt. Sie haben festgestellt, dass die meisten EU-Staaten die Ziele nicht erreichen, gerade bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Aber welche Initiative ergreift die Kommission, damit die Mitgliedstaaten aktiver werden? Da habe ich von Ihnen heute leider keine Antwort gehört.

Was wird die Kommission weiter unternehmen, um die Mitgliedstaaten zu ermutigen? Sie haben auch darauf hingewiesen, dass es Möglichkeiten zur Kofinanzierung gibt. Werden denn diese Möglichkeiten von den Mitgliedstaaten genutzt? Darauf bitte ich um eine Antwort. Wenn nein, warum werden sie nicht genutzt und wird die Kommission die Finanzierung für den Ausbau der Kinderbetreuung auch erhöhen?

2-502

**Eva-Britt Svensson**, *för GUE/NGL-gruppen*. – Fru talman! Jag uppskattade mycket att medlemsstaterna i Barcelonamålen antog målsättningar när det gäller barns tillgång till barnomsorg. Jag ansåg – och jag anser fortfarande – att målen var lågt satta, men det var ändå en början. Tillgång till god barnomsorg är grundförutsättningen för att kvinnor ska ha möjlighet till förvärvsarbete och det är också en grundförutsättning för jämställdhet.

Men nu oroar jag mig dels över att målsättningarna inte uppnås, dels, naturligtvis, över signalerna från det tjeckiska ordförandeskapet om att ersätta målsättningen om barnomsorg med vård i hemmet som ett fullvärdigt alternativ, och att man därför vill att målsättningen ska tas bort. Men jag vill också tacka kommissionär Špidla, som faktiskt har klargjort att kommissionen fortfarande anser att det är viktigt att man uppnår Barcelonamålen när det gäller barnomsorgen. Jag vill också tacka kollegan Retsetaris för förslaget om barn-mainstreaming. Jag tycker att vi tillsammans ska ta fasta på det.

2-503

**Kathy Sinnott**, *on behalf of the IND/DEM Group*. – Commissioner, many of my constituents are babies and very young children, and tonight I would like to speak on their behalf, especially as there are many very good speakers tonight who can speak effectively for women in the workplace.

The care a child receives in the earliest years will have an impact on him or her throughout life. Many students of child development, like Maria Montessori, have noted the need a young child has for the presence of his or her mother, or



mother substitute. Many of them have also noted a watershed in a child's development at two years and nine months, after which it becomes safe for a child to spend periods of time away from his or her primary care-giver.

In the last decade, brain-imaging technology has backed up those observations, demonstrating that there is a definite shift in the child's brain that allows him or her to internalise the primary care-giver, usually the mother, so that she is available to the child in active memory even when she is not present. At that time the child can understand that the mother, or the substitute primary care-giver, will come back and is not gone forever.

Of course, life is not like that and mothers often work outside the home. They may want to work, or choose to, and even if they do not they may need to earn because mortgages must be paid and food must be put on the table. Women have been a wonderful addition to the workforce. Their inclusion and equal treatment is a matter of fundamental rights. However, babies do not know, nor are they able to consider what their mothers must, or want to, do. They are hardwired to need what they need. Nature is a very powerful force.

There are always consequences when we go against nature. Having a loving invested mother is the ideal for a child, which we should make every effort to accommodate where a woman wants to be available to her child in those early years. This is because, if that young child needs the constant reassuring presence of its mother, not having her will have an impact, despite all the very worthy reasons for her absence. However, as I said, women work, and we must do our best to at least ensure that if someone other than the primary care-giver is taking care of the child below the age of two years nine months, that it is someone who can give the child as nurturing a care as possible.

Some children are fortunate enough to receive this care from secondary care-givers like fathers, grandparents, other relatives, close neighbours – people who are committed to them and part of their life on an ongoing basis. However, this is simply not the lot of most babies and toddlers who would be cared for in childcare facilities. It behoves us to ensure that those facilities are clean, safe, stimulating and, above all, nurturing, and are not just holding centres.

Children are our future. The foundation they receive is of utmost importance, but the time, space and nurturing children need to grow and develop fully is becoming a luxury afforded to fewer and fewer. For better or for worse we are shaping Europe's future by how we raise our children. I would ask the Commission to view this issue for a moment from a child's point of view. If you could ask a baby whether it wanted its mum or a day-care centre, it would always choose mum. We need to listen to that child as mothers do, and to help them find a way to reconcile home and work to the benefit of both.

2-504

**Irena Belohorská (NI).** – Pravdepodobne všetci bez výnimky uznáme, ako je dôležité implementovať všetky barcelonské ciele do každodenného života. Zosúladenie rodinného a pracovného života je podstatné pre uplatnenie princípu rovnosti v zamestnaní. Na druhej strane je prínosom aj pre deti v ich ďalšom zdravom vývoji.

Podpora rozšírenia služieb v oblasti predškolských a mimoškolských zariadení, centier pre rodičov, ako aj fungovanie širokospektrálnych multifunkčných denných komunitných centier zvyšuje dostupnosť, flexibilitu a rovnoprávnosť systému verejných sociálnych služieb pre rodiny tak, aby sa vytvorila ich konkurencieschopnosť a zvyšovala kvalita.

Situácia v oblasti zabezpečenia služieb dennej starostlivosti pre deti na Slovensku je dosť zložitá. Verejné zariadenia dennej starostlivosti pre najmladšie deti do dvoch - troch rokov prakticky zanikli, fungujú len výnimočne a súkromné zariadenia sú pre väčšinu rodičov cenovo nedostupné. Kompetencie v tejto oblasti prešli na mestá a obce, ktoré sa môžu, ale nemusia podieľať na zriaďovaní týchto zariadení.

Situácia s pokrytím detskej populácie vo vyššom veku, teda od troch do šesť rokov, teda tzv. škôlky, tiež nie je o moc priaznivejšia. Podľa odhadovaných štatistík v rámci Európskej únie, menej detí vo veku od troch rokov ako na Slovensku navštevuje už iba v Grécku, Litve, Poľsku a Slovinsku.

Krajiny so sociálnymi a rodinnými politikami, ktoré sú formované v zásade a v zmysle rovnosti žien a mužov, ako sú Fínsko, Švédsko, Francúzsko, majú v posledných rokoch vysoké miery plodnosti, kým krajiny podporujúce tradičné delenie rodičovských rolí čelia nízkej pôrodnosti a zvyšuje sa tam bezdetnosť, napríklad Nemecko, Španielsko, Taliansko.

Mnohé krajiny, ktoré majú vysoký podiel žien na trhu práce, ako sú napríklad severské štáty, majú zároveň aj najvyššie miery pôrodnosti a plodnosti. Na to, aby sa žena mohla uplatniť v zamestnaní, ale súčasne, aby mohla naplniť aj svoju túžbu byť matkou, je potrebná aj podpora zo strany štátu. Veď demografická situácia je výsledkom práve záujmu alebo nezájmu štátu o budúce pokolenie. Štát podporou rodinnej politiky vytvára nevyhnutnú podmienku pre rodinu. Doterajšia ignorácia týchto hodnôt a podpora spotrebného spôsobu života je pravdepodobne príčina terajšieho súmraku demografie.

Na druhej strane predškolské zariadenia sú mimoriadne dôležité aj pre problematické skupiny obyvateľstva, ako sú deti zo sociálne slabých skupín a rómske deti. Práve u týchto detí v predškolských zariadeniach dochádza k osvojeniu si

základných hygienických návykov, ale aj postupné oboznamovanie sa s pravidlami správania. Môžeme povedať, že barcelonské ciele by mali byť súčasťou národnej politiky štátu v starostlivosti o občanov.

2-505

**Edite Estrela (PSE).** – Quase sete anos depois do Conselho Europeu de Barcelona, a maior parte dos Estados-Membros está longe de cumprir os objectivos traçados. E, no entanto, as estruturas de guarda de crianças são condição essencial à conciliação da vida profissional, familiar e privada tanto para homens como para mulheres. E também é condição para a promoção da igualdade.

Recordo que as responsabilidades familiares afastam mais de seis milhões de mulheres europeias do mercado de trabalho. E, no entanto, há quinze Estados-Membros que apresentam uma taxa de cobertura inferior à média europeia que está longe das metas de Barcelona. Por exemplo, a República Checa, que preside actualmente ao Conselho Europeu, apresenta uma taxa inferior a 10% no que diz respeito à cobertura para o grupo etário inferior a três anos. Não admira, portanto, que no programa da Presidência checa seja proposto um debate sobre a revisão dos objectivos de Barcelona. E mais grave, a Presidência checa, e cito, “pretende tomar medidas no âmbito da guarda de crianças pelos pais “parental child care” e sua relação com as políticas de emprego, sublinhando a importância da guarda de crianças em casa “home child care” como uma verdadeira alternativa a uma carreira profissional”. Fim de citação.

Lê-se e não se acredita. Mas é verdade, a Presidência checa quer reenviar as mulheres para casa, quer que a Europa retroceda anos e anos e que as mulheres europeias deem fora o resultado de anos de luta em prol da igualdade. Sim, porque os autores de tal proposta não pretendem mandar os homens para casa para serem eles a tomar conta das crianças. Ora, as mulheres têm o mesmo direito que os homens à realização profissional.

Gostaria de dar o exemplo de Portugal, que lançou um ambicioso programa de construção de estruturas de guarda de crianças contribuindo para animar a economia e criar emprego e ao mesmo tempo cumprir as metas de Barcelona.

2-506

**Jan Tadeusz Masiel (UEN).** – Pani Przewodnicząca! Czasami odnoszę wrażenie, że im bogatszy kraj, tym mniej środków przeznacza się na opiekę nad dziećmi, ich wychowanie i kształcenie. A przecież Europie grozi kryzys demograficzny. Powinniśmy uczynić wszystko, by zachęcić kobiety i mężczyzn do zakładania rodzin i posiadania jak największej liczby dzieci.

W wielu krajach Unii w celu zagwarantowania dziecku miejsca w żłobku należy starać się o nie jeszcze przed narodzeniem dziecka. Jak w takim razie mówić o łatwym powrocie kobiety do pracy? Poza tym dla wielu kobiet poszukiwanie pierwszej pracy dokonuje się dopiero po urodzeniu dziecka.

Niech stosunek obywateli Unii Europejskiej do rodziny i dzieci będzie wyznacznikiem naszego poziomu kultury i cywilizacji.

2-507

**Μαρία Παναγιωτοπούλου-Κασσιώτου (PPE-DE).** – Κυρία Πρόεδρε, είναι αξιοπρόσεκτη η προσπάθεια της Ευρωπαϊκής Επιτροπής να βοηθήσει τις μητέρες να συμμετέχουν ενεργά στην αγορά εργασίας, προωθώντας την εφαρμογή όσων αποφασίστηκαν το 2002 στη Βαρκελώνη.

Θα ήθελα όμως να θυμίσω στον κύριο Επίτροπο ότι δεν είναι θέμα ιστορικής παράδοσης αλλά θέμα δημοκρατίας η ελεύθερη επιλογή, ιδιαίτερα όταν υπάρχει οικονομική πίεση. Ο καταναγκασμός να οδηγηθεί η μητέρα στη λύση αυτή δεν φέρνει καλό αποτέλεσμα· αντίθετα, το αποτέλεσμα πρέπει να έλθει αφού πεισθούν οι γονείς ότι αυτή είναι η ιδεώδης λύση για το παιδί τους. Και αυτό γίνεται, όπως είπε και ο προηγούμενος ομιλητής, με συνοδευτικές και συμβουλευτικές υπηρεσίες από την αρχή της δημιουργίας της ζωής.

Έτσι θα εξεύρουν την καλύτερη λύση οι γονείς και τη χρονική προσαρμογή των μέτρων φύλαξης, αμέσως μετά τη γέννηση, αργότερα, μετά από τρία χρόνια. Την προσφορά όμως πρέπει να την προσέξουμε, γιατί η ποιότητα συνοδεύεται από κόστος. Σήμερα, στις περισσότερες χώρες, η ποιότητα απαιτεί υψηλό κόστος· συνεπάγεται ιδιωτικά ιδρύματα. Αντίθετα, τα δημόσια ιδρύματα που είναι φθηνότερα ή δωρεάν – σπανίως δωρεάν – έχουν χαμηλό κόστος αλλά χαμηλή ποιότητα. Είναι λοιπόν αναγκαίο να προσέξουμε την εκπαίδευση του προσωπικού των ιδρυμάτων αυτών. Και πρέπει να αυξήσουμε την εμπιστοσύνη των γονέων έτσι ώστε να συμμετέχουν. Εγώ, όταν είχα το πρώτο από τα εννέα παιδιά μου, στο Παρίσι, πείστηκα για την ποιότητα και την προσφορά των ιδρυμάτων αυτών, που δεν μπορούσα εγώ ως μητέρα να δώσω.

Έτσι λοιπόν πρέπει να σεβαστούμε την εμπειρία των μητέρων και να τη θεωρήσουμε προϋπηρεσία, αν αυτή προσφέρεται αποκλειστικά στα παιδιά. Την περίοδο που η μητέρα προσφέρει υπηρεσία, θα μπορεί να εξυπηρετείται από τα μέτρα διά βίου μάθησης και κατάρτισης, έτσι ώστε να μπορεί μετά να εξασκεί το επάγγελμά της.

Επίσης, πρέπει να θυμηθούμε την έκθεση του Κοινοβουλίου για τα μέτρα φύλαξης παιδιών φοιτητών, γιατί μιλούμε για την εργασία αλλά η εργασία αρχίζει από τα επαγγελματικά προσόντα. Αν λοιπόν την περίοδο των επαγγελματικών προσόντων δεν έχουμε φύλαξη παιδιών, πώς θα συμμετέχουν στη συνέχεια οι γυναίκες στην αγορά εργασίας;

2-508

**Gabriela Crețu (PSE).** – Președinția cehă avea dreptate: obiectivele Barcelona au fost stabilite înainte de ultima extindere. Greșea însă fundamental atunci când afirma că specificul noilor state și experiența lor anterioară ar fi argumente împotriva acestor obiective.

Dimpotrivă, avantajele sunt importante: pentru părinți și egalitatea de gen, pentru economie și gradul de ocupare, pentru copii și viitor. Salariile relativ mici din țările noastre obligă ambii părinți să lucreze; nu este o opțiune, este o necesitate. De asemenea, numărul familiilor monoparentale este în creștere; în unele state, aproape o treime din copii se nasc în afara familiei tradiționale.

Politicile care stimulează mobilitatea forței de muncă, considerată factor de eficiență, nu pot ignora mereu că oamenii au copii. Mulți dintre ei trăiesc în familii sărace, fără condiții de hrană, sănătate și educative potrivite. Uneori, mediul este violent. Prin plecarea la muncă, rămân și singuri. Aceste servicii pot rupe lanțul sărăciei și oferi o alternativă pozitivă de socializare, sub îndrumarea unui personal specializat. Dar pentru a în deplini acest rol, creșele și grădinițele trebuie:

1. să fie disponibile, dar mai ales accesibile, gratuite sau având costuri suportabile și
2. să fie de calitate. Aici este esențială profesionalizarea personalului.

Pentru a combate criza, renunțăm la mașini aproape noi, ca să cumpărăm altele, noi nouțe, risipind importante resurse materiale. Este preferabil să investim în construcția de creșe și grădinițe și să creăm locuri de muncă stabile pentru cei care lucrează în domeniu. Calitatea resurselor umane este, de mult timp, un criteriu care face diferența între națiuni.

Propunem Comisiei să ia serios în calcul cheltuiuala publică pe copil în evaluarea programelor de ocupare a forței de muncă în fiecare stat. E adevărat că Jacques Delors afirma odată că în fiecare copil este o comoară, iar societății îi revine sarcina să o descopere. Aș adăuga însă ceva: în caz contrar, societatea își subminează viitorul, în ansamblul lui.

2-509

**Anna Záborská (PPE-DE).** – Zosúladenie medzi rodinnou zodpovednosťou matiek a otcov a profesionálnymi ambíciami zamestnancov má veľmi pozitívny a bezprostredný vplyv na celú spoločnosť. Navrhujem, aby bola zrevidovaná definícia práce, aby sa takto zviditeľnili výhody zosúladenia medzi rodinnou zodpovednosťou a profesnými ambíciami.

Rodinná zodpovednosť nemôže byť automaticky pokladaná za škodlivú pre budúcnosť matky len preto, že dočasne odchádza z formálneho trhu práce. Až doteraz národné politiky a politika európska vnímali občana len na základe požiadaviek trhu práce. Odpovede na demografickú krízu naopak vnímajú občana aj v jeho úlohe rodiča, matky a otca vo vzťahu zodpovednosti voči rodine.

Tu sa vynára principiálna otázka, ktorá dáva smer ďalším úvahám. Pýtam sa, aký model spoločnosti chceme presadzovať? Chceme mať rodiny prispôbené trhu a podnikom, alebo podniky a trh prispôbený rodinám? Toto vôbec nie je zbytočná otázka. Európska i národné politiky sú v tejto oblasti určované napätím medzi logikou trhu a logikou ľudskej prirodzenosti. Úlohou spoločnosti je preto, aby konala tak, že sa ženy a muži môžu slobodne rozhodnúť medzi dvoma logickými možnosťami, z ktorých každá má svoj dôvod existencie v širšej vízii, ako je vízia práce.

Logika politiky Európskej únie, ktorá sa týka životných cyklov, naberá osobitný význam, pokiaľ ide o špecifické zväzovanie aktívnych kategórií mužov a žien vo veku 15 až 49 rokov, aby mohli splniť svoju výnimočnú úlohu pri vyrovnávaní demografickej krízy. Na rozdiel od návrhov Európskej komisie, rozhodnutie dať život deťom nemôže byť jednoducho pokladané len za individuálny cieľ pre naplnenie túžby mať deti.

2-510

**Маруся Иванова Любчева (PSE).** – Колеги, акцент на европейската политика следва да бъде грижата за децата. Не защото понякога формално казваме, че децата са бъдещето на нацията, а защото реалността изисква от нас да мислим и работим за изграждането на утрешния ден на Европа. Свидетели сме на сериозна демографска криза, ниска раждаемост, старяване на населението, икономически и социални проблеми на обществото. Усилията ни трябва да бъдат насочени към създаване на подходящи условия за раждане, отглеждане, възпитание, материална осигуреност и социална реализация на децата. Нуждаем се от адекватно разпределение на правата, задълженията и отговорностите относно грижите за деца между държавата, местните власти и семейството, от подкрепа на детските институции, както в държавния, така и в частния сектор, от търсене на публично-частно партньорство в областта на грижите за деца и средства за тяхното реализиране. За да постигнем целите на Барселонския процес, трябва да предприемем конкретни стъпки, повишаване на обхващането на децата в детски ясли и градини, каквито трябва да се изграждат приоритетно; създаване на мрежи за комплексни услуги, консултации и обществена подкрепа за деца и родители.

В моята страна, България, грижата за децата стои на високо ниво. Приетите Национална стратегия за детето и Национална програма за закрила на детето поставиха не само целите, но и конкретни стъпки на изпълнителната власт по отношение на грижите за децата. Институциите за деца промениха своя облик, като се търсят решения за връщане на деца в семейна среда, приемат се принципите на приемните семейства, създават се защитени жилища, строят се детски градини и ясли. Но говорим за всичко това в условията на финансова и икономическа криза, когато е възможно да загубим постигнатото и да не постигнем плануваното. Ще направим ли инвестициите в децата в Европа?

2-511

**Zuzana Roithová (PPE-DE).** – Vážený pane komisaři, milé dámy, asi vás nepotěším. Barcelonské cíle mají za cíl zvýšit zaměstnanost matek, ale v žádném případě nemají za cíl zlepšit prostředí pro děti a nemají za cíl pomoci těmto dětem do budoucna lépe zvládat a překonávat životní krize. Zabývali jste se někdo tím, že například kojenci a batolata do dvou let potřebují mít vedle sebe každý den mámu nebo tátu nebo babičku nebo prostě chůvu, ale jednoho člověka a že tyto děti v žádném případě nepotřebují pro svůj zdravý vývoj žádné kolektivní zařízení. Zcela jiná situace je ovšem pro děti v předškolním věku a tady jsou barcelonské cíle zcela na místě a i Česká republika dokáže pro 90 % předškolních dětí zajistit kolektivní péči, protože tyto děti si umí spolu hrát a potřebují být v kolektivu. Ale, dámy a pánové, barcelonské cíle jsou politikou minulého století. Moderní rodinná politika 21. století musí hledět také na zdravý vývoj dětí. My z komunistických zemí máme bohatou zkušenost s kolektivními zařízeními jenom proto, že matky musely jít do práce už po čtvrtém nebo pátém měsíci, kdy se dítě narodilo. Prosím vás, přečtěte si něco také o historii Evropy.

2-512

**Katrin Saks (PSE).** – Minu erakonnal on kombeks igal aastal naistepäeva paiku käia lasteaedades ja tunnustada seal töötavaid inimesi. Käisin minagi sel aastal kümnes lasteaias ja igal pool kuulsin pikkadest järjekordadest. On selge, et Eesti ei suuda täita Barcelona eesmäärke vähemalt mitte kuni kolmeaastaste laste osas, aga komisjoni üleskutse on igati teretulnud ja aitab selle probleemi lahendamisele kaasa.

Aga ühte tahaksin veel rõhutada: laste päevahoiust räägitakse enamasti soolise võrdõiguslikkuse ja naiste tööhõive kontekstis, aga mina tahaksin rõhutada seda, et see pole mitte ainult hoiuteenus, vaid ka haridusteenus ja selle alusharidusega luuakse baas edukaks toimetulekuks koolis ja ka edasises elus. Ja selles kontekstis peame seda erakordselt oluliseks ja kindlasti mitte eelmise sajandi lähenemiseks, nagu just äsja kuulsime. See on selle sajandi lähenemine.

2-513

**Faviu Călin Rus (PPE-DE).** – Potrivit Raportului Comisiei Europene din octombrie 2008 privind punerea în aplicare a obiectivelor de la Barcelona, privind structurile de îngrijire a copiilor de vârstă preșcolară, țările membre nu au îndeplinit obiectivele vizate de către liderii Uniunii Europene.

În acest context, recomand următoarele acțiuni:

1. creșterea implicării guvernelor naționale în această problemă;
2. crearea, la nivelul guvernelor naționale, a unui corp de specialiști care să se ocupe în mod strict doar de această problemă;
3. dezvoltarea controlului UE asupra guvernelor statelor membre printr-un set de instrumente specifice.

Toate aceste măsuri ar contribui la asigurarea egalității de șanse între femei și bărbați, la ameliorarea calității vieții, precum și la compensarea îmbătrânirii demografice, deoarece ar stimula natalitatea.

2-514

**Catherine Stihler (PSE).** – Madam President, it is deeply disappointing that so many countries are not meeting the Barcelona targets – and perhaps if this debate had been at 9 a.m. rather than 9 p.m. we might have seen more colleagues in this Chamber.

Many have spoken about the economic crisis. This is not a time to dismiss childcare but to increase quality, affordable childcare for all. We need, like never before, to invest in our children. An investment in quality childcare will help families and children alike in providing families – mostly mothers – with an opportunity to work, by giving children the chance to a high-quality, nurturing environment akin to the home.

This weekend I heard a talk from a leading Scottish psychiatrist and also someone from Barnardo's. Their views concerned vulnerable children and it was shocking to find out that, if there is no intervention to help vulnerable children, a vulnerable child could be damaged irrevocably by the age of three. Childcare helps families and society as a whole, and it can help the most vulnerable children too. I urge the Commissioner to keep the pressure on.

2-515

**Nicodim Bulzesc (PPE-DE).** – Țara pe care o reprezintă a fost mult timp pe lista celor care nu au o politică socială de îngrijire a copiilor conform normelor europene. Treptat, lucrurile s-au îmbunătățit, adoptându-se metode calitative în urma specializării personalului de îngrijire. Obiectivele Barcelona au motivat instituțiile care au ca obiectiv protecția copilului și standardele de îngrijire au adus responsabilități și competențe, iar copiii se bucură de un tratament uman.

Acum, când rata natalității este în scădere, trebuie să oferim egalitate de șanse celor care au situație socială specială, iar atât statele membre, cât și Comisia Europeană trebuie să facă eforturi pentru educația lor, și apoi pentru integrarea lor în societate. Ei au complexe de inferioritate față de ceilalți crescuți în familie; de aceea, programe prin care să poată petrece timp în familie și să socializeze ar putea relansa șansa acestor copii asistați social.

2-516

**Silvia-Adriana Țicău (PSE).** – Implicarea femeilor în activitatea profesională, în politică și încurajarea acestora să își asume mai multe responsabilități depinde de existența facilităților de îngrijire a copiilor.

Femeile trebuie încurajate să își planifice cariera, iar acest lucru nu se poate face fără un sistem eficient pentru îngrijirea copiilor. Orice euro investit în facilitățile de îngrijire a copiilor înseamnă un beneficiu între șase și nouă euro pentru societate, prin crearea de locuri de muncă și condiții mai bune de educație.

Faptul că, în multe state membre europene, este nevoie să te înscrii, de exemplu la creșă, chiar înainte de nașterea copilului, sau că există cozi de așteptare de câteva luni pentru a te înscrie la grădiniță, arată faptul că facilitățile de îngrijire a copiilor în Europa nu sunt suficiente. Facilitățile de îngrijire a copiilor ajută nu doar femeile să își dezvolte cariera, dar mai ales dezvoltă abilitățile copiilor ca membri ai societății.

De asemenea, vreau să spun că în această perioadă de criză este important să investim în educație, sănătate, să investim practic în viitor.

2-517

**Ewa Tomaszewska (UEN).** – Pani Przewodnicząca! Żłobek to jest zawsze zło, czasem zło konieczne, ale zawsze zło. Ja nigdy nie zapomnę jak mojego trzymiesięcznego brata musiałam odnosić do żłobka, bo mama musiała wcześniej wyjść do pracy. Tego dziecka, które się przytula i nie chce, żeby je odebrano. Uważam, że jeżeli mówimy o tym czy ważne jest dobro dziecka czy kariera rodziców, to zawsze dobro dziecka powinno być pierwsze.

Potrzebne są przedszkola, potrzebne są żłobki, tam gdzie jest taka konieczność, absolutna konieczność. Ale przede wszystkim trzeba tym rodzicom, w szczególności matkom, które chcą pozostać ze swoimi małymi dziećmi w domu, które chcą zapewnić im opiekę i właściwy rozwój uczuć, dać szansę, pomóc. Potrzebna jest zarówno pomoc finansowa, jak i pomoc doradcza. I o tym trzeba pamiętać. Jeśli mówimy tu o opiece nad dziećmi, to mówmy o dzieciach, o tym, co im jest potrzebne, a nie co dla naszej wygody chcielibyśmy sobie urządzić.

2-518

**Zbigniew Zaleski (PPE-DE).** – Pani Przewodnicząca! Chcę powiedzieć dwa słowa, jako psycholog i jako polityk. Na naszych oczach zmienia się jakość życia: kobiety pracujące zawodowo są nowym fenomenem, ojcowie są coraz bardziej zajęci, kobiety walczą o swoje prawa. Wszystko brzmi logicznie i nowocześnie, a nawet socjalistycznie.

Jedna rzecz się jednak nie zmienia i jest twarda - to są indywidualne potrzeby psychiczne dzieci. Tutaj nie ma ani postępu, ani rewolucyjnych zmian. Żeby je zaspokoić, aby z tych dzieci wyrosli dojrzały obywatele, trzeba wysiłku normalnych kobiet i normalnych mężczyzn, bez ideologii, bez pretensji, bez *quasi* nowoczesnych metod, ale naturalnie, z troską, czasem z poświęceniem, nawet z częściową rezygnacją z siebie i własnych ambicji. To dla dobra dzieci, a przez to dla szczęścia rodziców, a w efekcie dla rozwoju normalnego społeczeństwa europejskiego, w którym chciałbym żyć.

2-519

**José Ribeiro e Castro (PPE-DE).** – Senhora Presidente, Senhor Comissário, eu pedi a palavra para discordar da minha colega Edite Estrela e foi, aliás, isso que me motivou a falar, quando caricaturou as intenções da Presidência checa. Ninguém quer mandar as mulheres para casa, o problema é que há mulheres que querem ou que gostariam de ficar em casa. Até há associações que as procuram defender! Mulheres que são ignoradas, desprezadas, discriminadas porque se querem dedicar à família e nós não as ouvimos. E isso é uma questão de liberdade, é uma questão de liberdade de escolha que a Esquerda tanto gosta de evocar mas que, aqui, esquece. Trata-se de respeitar ou não a liberdade de organização dos casais. Trata-se de poder proporcionar a quem o quer fazer assim mais qualidade de vida, mais paternidade e mais maternidade de qualidade. É isso que a nossa sociedade também precisa de fazer. Nós não vamos lá, não resolveremos os problemas da natalidade e da felicidade das pessoas com preconceitos. Resolvemos com políticas ajustadas à realidade e aos desejos espontâneos das pessoas. Não vamos lá com uma obsessão com o Estado e com o mercado. Vamos lá com um olhar justo sobre a família!

2-520

**Vladimír Špidla, člen Komise.** – Dámy a pánové, děkuji za debatu, která podle mého názoru byla mimořádně důležitá a hluboká. Je samozřejmě jasné, že rodina a i dětství procházely řadou změn v historickém období. Například středověk

naprosto nerozeznával dětství jako fázi, děti byly chápány jako malí dospělí a dá se konstatovat, že v podstatě koncepce dětství se vyvíjí v době osvícenství, v době Jeana Jacquese Rousseaua a jeho novely Emil. Čili z tohoto hlediska je nutné vždy brát v úvahu, že rodina souvisela se společností a společnost samozřejmě souvisela s rodinou. Barcelonská kritéria nepochybně nejsou politikou minulého století, jsou politikou, která je živě diskutována a bude jistě diskutována i nadále. Přesto všechno současná debata i na neformálním jednání ministrů práce a sociálních věcí vyzněla tak, že barcelonská kritéria jsou relevantní pro současnou dobu a že je správné je dále sledovat. Chci také zdůraznit, že obsahem barcelonských kritérií není vnutit komukoliv jedno jediné řešení nýbrž poskytnout reálnou volbu, reálnou volbu pro rodiče. Protože, dámy a pánové, v debatě to zaznělo také velmi podstatně a myslím, že v tom posledním příspěvku to bylo velmi zřetelné: skutečně hodnotní a milující rodiče mají samozřejmě velkou schopnost rozeznat, jak se v daném okamžiku, v dané rodinné fázi, v dané situaci rozhodnout tak, aby to bylo ke prospěchu jejich dítěte. A proto si myslím, že je dobré prostor pro volbu otevřít i prostřednictvím barcelonských kritérií.

Pokud jde o to, jakým způsobem Komise podporuje barcelonská kritéria, je to možné prostřednictvím strukturálních fondů. V nové perspektivě je to výslovně možné poprvé, dříve to bylo technicky možné, ale cesta byla poněkud zastřená a komplikovaná, čili tato možnost je otevřená. Komise také samozřejmě sleduje vývoj barcelonských kritérií, stejně tak jako může pomoci předáváním dobrých praktik a dobrých přístupů usnadňovat řešení pro jednotlivé členské státy. Dámy a pánové, myslím si, že barcelonská kritéria v žádném případě nejsou v rozporu se zájmy dítěte a chtěl bych zdůraznit to, co padlo z mnoha úst, že kritéria jako taková jsou z hlediska kvalitativního jistě určitý přístup k věci, ale že v žádném případě nelze zanedbávat kvalitativní stránku. Stejně tak je samozřejmě jasné, že základní rozhodování musí vždy zůstat u rodičů a musím říci, že já osobně, konec konců i na základě svých vlastních jednoduchých rodičovských zkušeností, rodičům věřím.

2-521

**President.** – The debate is closed.

#### *Written statements (Rule 142)*

2-522

**Siiri Oviir (ALDE), kirjalikult.** – Euroopa Liidu Lissaboni tippkohtumisel 2000. aasta märtsis seati ühenduse järgmise kümne aasta strateegilisteks eesmärkideks saavutada jätkusuutlik majandusareng, luua rohkem ja paremaid töökohti ning suurendada sotsiaalset sidusust.

Lähtuvalt nn Barcelona eesmärkidest, mille liikmesriigid endale 2002. aastal lastehoiuteenuste osas võtsid, peaksid liikmesriigid 2010. aastaks tagama lapsehoolduse vähemalt 90%le lastest 3. eluaasta ja kohustusliku kooliminimise vanuse vahel ning vähemalt 33%le alla 3-aastastest lastest.

Barcelona eesmärkide saavutamiseks rakendati avatud koordinatsiooni meetodit, kuid abinõud eesmärgini jõudmiseks jäid iga liikmesriigil enda valida. Nii tulebki täna tõdeda, et mitmed liikmesriigid on antud eesmärgi täitmisest veel küllaltki kaugel, mistõttu vajavad 2002. aastal heakskiidetud eesmärgid täna uuesti üle vaatamist.

Praegune majanduslangus tõendab, et finantsturu häiretel on märkimisväärsed negatiivsed kaasmõjud reaalmajandusele. Negatiivsed mõjud majanduskasvule ja tööhõivele on piisavalt tõsised ning mõjutavad liikmesriikides täna Lissaboni eesmärkide saavutamist.

Kuna enamik EL riike on suunanud oma tähelepanu ja ka rahalised ressursid hetkel ennekõike majanduskriisi vastu võitlemisele, siis on siinjuures oluline, et selle tegevuse raames ei unustataks ka Barcelona eesmäärke, läbi mille toetakse ju ka Lissaboni eesmäärke saavutamist.

Tänane olukord annab veel ka tunnistust sellest, et ainult Barcelona eesmärkidele uute tähtaegade seadmisega me seda eesmärki lõplikult liikmesriikides ei saavuta. Oluline koht liikmesriikidele on siinjuures ka ELi toetavatel abimeetmetel, et läbi selle paremini kaasa aidata lapsehoiuteenuse eesmärkide saavutamisele kõigis liikmesriikides.

2-523

### **18 - Children of immigrants (debate)**

2-524

**President.** – The next item is the debate on the oral question to the Commission on the children of immigrants, by Jan Andersson, on behalf of the Committee on Employment and Social Affairs (O-0023/2009 – B6-0014/2009).

2-525

**Rovana Plumb, Supleant al autorului.** – Doresc în primul rând să mulțumesc colegilor mei din Comisia pentru muncă și afaceri sociale, Secretariatului PES din cadrul Comisiei pentru promovarea acestui subiect privind copiii migranților, pe care astăzi îl dezbatem în plen, deoarece atunci când vorbim despre copii, vorbim despre viitorul nostru, despre viitorul Uniunii Europene.

Migrația forței de muncă este un fenomen în continuă creștere la nivel internațional, dar și în cadrul Uniunii. Migrația are un mare potențial pentru dezvoltare, dar prezintă și serioase provocări, atât în statele dezvoltate, cât și în cele mai puțin dezvoltate ale Uniunii Europene. Putem vorbi despre impactul pozitiv al migrației la nivelul economiei țărilor de origine ale muncitorilor migranți, pentru că aceasta poate reduce sărăcia și poate determina creșterea investițiilor în capitalul uman, dar situația copiilor migranților, care sunt lăsați singuri în țara de proveniență când părinții emigrează în căutarea unui loc de muncă în altă țară, este o chestiune care a cauzat îngrijorare în unele state membre în ultimii doi ani.

Deși există politici cuprinzătoare în vederea îmbunătățirii traiului și educației copiilor migranților care s-au mutat cu părinții în străinătate, fenomenului copiilor lăsați singuri acasă i s-a acordat mai puțină atenție. Plecarea părinților la muncă în străinătate reprezintă un fenomen social cu impact complex asupra dinamicii și funcționalității familiei, dar și a societății în ansamblu. Copiii cu părinți plecați la muncă în străinătate reprezintă un grup vulnerabil, aflat în situație de risc.

Complexitatea fenomenului, a cauzelor și a consecințelor, a dinamicilor și a modului în care dispozițiile legislative sunt implementate efectiv în teren, precum și a practicilor profesioniștilor, au constituit tot atâtea provocări, nu doar pentru pautorități, dar și pentru societatea civilă. În acest context, societatea civilă și mass media din România au prezentat studii care menționează faptul că, în România, sunt peste 350 000 de copii ai căror părinți sunt la muncă în străinătate, din care 126 000 de copii au ambii părinți plecați.

Consecințele negative ale plecării părinților sunt resimțite de copii în primul rând în plan psihologic. Sentimentul de deprimare, lipsa interesului pentru școală și pentru preocupările extrașcolare pot fi consecințe directe ale absenței părinților. O consecință directă a migrației părinților este cea a privării copilului de afectivitatea parentală și de supravegherea necesară dezvoltării normale a acestuia.

În condițiile plecării părinților și a rămânerii copiilor în grija unor persoane care nu pot oferi sprijin emoțional și educativ, aceste două consecințe pot produce la rândul lor efecte negative în ceea ce privește sănătatea și dezvoltarea psihică a copiilor, angrenarea lor în comportamente deviante sau neconcordanțe cu vârsta copiilor și supunerea lor la exploatare sau abuzuri de altă natură.

În calitate de mamă și de social-democrată europeană, pledez pentru respectarea drepturilor tuturor copiilor, a egalității de șanse a acestora, a rolului statului și pentru investiția privind formarea noilor generații. Identificarea celor mai vulnerabili, excluși sau marginalizați dintre copii trebuie să fie centrul de greutate al oricărui demers de cercetare, asigurându-se astfel crearea unei părgihii adecvate pentru susținerea eforturilor autorităților de a asigura drepturile tuturor copiilor.

Domnule comisar Špidla, doresc să vă mulțumesc foarte mult pentru contribuția pe care ați avut-o prin transmiterea mesajului video în cadrul conferinței europene pe care am organizat-o la București anul trecut în noiembrie, având această temă, a copiilor rămași singuri acasă.

Luând în considerare complexitatea acestui fenomen, mai ales în condițiile actualei crize economice și sociale, care afectează în primul rând categoriile vulnerabile din care fac parte și copiii, în numele Comisiei pentru ocuparea forței de muncă și afaceri sociale, doresc să vă întreb dacă se preconizează de către Comisie realizarea unui studiu pentru a evalua amploarea situației și dacă Comisia consideră că subiectul copiilor lucrătorilor migranți reprezintă o problemă doar pentru guvernul țării de origine sau și pentru guvernele țărilor gazdă care beneficiază de prezența migranților pe piața muncii.

2-526

**Vladimír Špidla, člen Komise.** – Vážená paní předsedkyně, vážené dámy, vážení pánové, znepokojivé důkazy vypovídají o tom, že se v řadě členských států objevuje relativně nový trend. Rodiče odcházejí ze své domovské země za prací do jiného členského státu – jde o takzvané „mobilní pracovníky“ – a zanechávají své děti doma v péči některého z příbuzných. Teoreticky jsou taková opatření pouze dočasná. Zdá se však, že se stávají často trvalejšími. To, zda jsou opatření týkající se doma zanechaných dětí formálního nebo neformálního rázu, závisí na délce období, po které rodiče zamýšlejí pracovat v zahraničí. Po nějaké době však některé z těchto dětí často končí v ústavní péči, neboť příbuzní již situaci z ekonomických či vztahových či jiných praktických důvodů nezvládají.

V členských zemích s vysokou mírou emigrace není tento jev zjevně ničím výjimečným. Začíná být dokumentován a také již získal pozornost médií. Komise zadala k provedení řadu studií, které pomohou shromáždit důkazy a najít řešení, ačkoliv tato řešení mohou být provedena pouze na vnitrostátní úrovni. V současné době není ještě dostatek pevných dat, abychom znali charakter, strukturu a hlavní typy tohoto fenoménu, i když, jak už jsem řekl, důkazy jsou již dostatečně znepokojivé. V rámci otevřených metod koordinace v sociální oblasti je boj proti chudobě a sociálnímu vyloučení dětí prioritou. Členské státy musí zesílit preventivní opatření a zaměřit se na nejzranitelnější rodiny. Konkrétně to znamená podporu projektů na posílení rodiny a rodičovské pomoci u rodin v obtížné situaci, aby se čelilo nebezpečí, že děti budou předčasně odděleny od svých rodičů.

Dalším aspektem, který je zapotřebí řešit, je skutečnost, že se tento jev často vnímá jako negativní důsledek mobility pracovníků. Komise se ve spolupráci se sítí EURES zaměří na to, jak účinněji pomoci těm, kterých se týká tento konkrétní problém dětí zanechaných doma rodiči (mobilními pracovníky), a poskytně uchazečům o zaměstnání a jejich rodinám informace o životních a pracovních podmínkách v zemích EU. Takový přístup by mohl přispět ke zmírnění negativních důsledků tohoto jevu, který je dnes oprávněně předmětem naší debaty.

2-527

**Μαρία Παναγιωτοπούλου-Κασσιώτου**, *εξ ονόματος της ομάδας PPE-DE*. – Κυρία Πρόεδρε, η πολιτική μου ομάδα συμμετείχε ενεργά στη συγγραφή αυτού του ψηφίσματος και βελτίωσε το κείμενο, έτσι ώστε να μη βρίσκει πια τόση κάλυψη η υποκρισία που υπάρχει στην εκμετάλλευση εργαζομένων από χώρες που δεν είναι κοινοτικές.

Ξέρουμε ότι οι γονείς παιδιών από κοινοτικές χώρες σε όποια άλλη χώρα και αν εργάζονται παίρνουν επίδομα για τα παιδιά τους. Ξέρουμε ότι οι χώρες που έχουν διμερείς σχέσεις μπορούν να έχουν την οικογενειακή σύνδεση. Γιατί λοιπόν εμφανίζεται αυτό το φαινόμενο, το οποίο ο Επίτροπος είπε ότι δεν μπορεί να μετρηθεί; Κι όμως έχουμε ταινίες, έχουμε ντοκουμέντα, που τα έχουν δείξει οι τηλεοράσεις όλου του κόσμου, και από τη Ρουμανία και από την Ουκρανία και από άλλες χώρες! Και εδώ στο Κοινοβούλιο έγινε προβολή μιας τέτοιας ταινίας και είδαμε την κατάσταση.

Είναι λοιπόν υποκρισία να λέμε πως δεν έχουμε στοιχεία, είναι υποκρισία να λέμε ότι δεν υπάρχει οικογένεια και γι' αυτό υπάρχουν τα εγκαταλελειμμένα παιδιά. Υπάρχει οικογένεια αλλά δεν υπάρχουν σωστές διμερείς σχέσεις και συμφωνίες ώστε να καλύπτονται οι γονείς και να μην εγκαταλείπουν τα παιδιά τους. Και δεν υπάρχει βοήθεια της Ευρωπαϊκής Ένωσης προς αυτές τις χώρες, για να φτιάξει τις υποδομές που θα βοηθήσουν όσα παιδιά βρέθηκαν σ' αυτή την κατάσταση να μπορέσουν να αποκατασταθούν, χωρίς να έχουν τα ίδια τραύματα για όλη τους τη ζωή.

Η ευαισθητοποίηση των γονέων όταν έρχονται στις χώρες μας και πίνουν δουλειά είναι νομίζω και δική μας υπόθεση. Αν ένα μέρος του σώματος πονάει, πονάει όλο το σώμα. Αν κάποιος συνάνθρωποί μας, και μάλιστα παιδιά, υποφέρουν στις γειτονικές μας χώρες, αργότερα θα τους δούμε να έρχονται εδώ με άλλους πιο απειλητικούς τρόπους και τότε θα τους βάλουμε στις φυλακές μας.

2-528

**Inger Segelström**, *för PSE-gruppen*. – Fru talman, kommissionär Špidla! Jag vill börja med att tacka kommissionären för svaret och utskottet för initiativet. Det är på tiden att denna fråga diskuteras i parlamentet. Med Lissabonfördraget blir ju barnfrågor ett mål i EU och får en legal grund. Parlamentet antog också i avvaktan på fördraget en barnstrategi för ett år sedan.

Det är en skandal att barn överhuvudtaget lämnas att leva själva. Självklart kan en mamma och pappa vara tvungna att flytta till ett arbete eller fly, men det är vi som EU-parlamentariker som måste ta ansvar för när vi t.ex. antar regler som säger att asyl får bara den sökande, och inte hans familj, för det är oftast män som flyr och kvinnor och barn som lämnas hemma. Eller när arbetsgivare importerar arbetskraft och inte låtsas, frågar eller bryr sig om att det finns barn hemma. Därför ställer jag mig helt och fullt bakom de krav som socialistgruppen har ställt i sin fråga. Det är bråttom och det är nödvändigt med en konsekvensanalys. Kommissionen måste utifrån den beställda studien som just kommissionären har beställt agera, och det är bråttom.

Det måste tas fram bättre information om barns rättigheter och skolgång. Vi måste också informera och se till att nuvarande barn som finns i denna situation får hjälp. Vi måste inkludera parterna och NGO:er och vi måste komma med förslag. Jag anser också att en relativt ny grupp, dvs. ensamma flyktingbarn, också skulle kunna tas med i sådant här arbete som kommissionären beskriver. Barn bör växa upp med värme och omsorg och är inte någonting som marknaden ska styra. Vi politiker har en skyldighet och vi måste anta den, så ge oss barn-mainstreaming och ge oss barnkonsekvensanalyser av detta enorma problem. Annars får vi skämmas inför nästa generation.

2-529

**Jean Lambert**, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I would like to thank the Commissioner for his willingness to embark upon studies and to expand the information on the EURES network, to provide greater information for individuals about family rights and the right of family reunion. Colleagues have raised the issues of why people feel the need to move to look for work. Certainly the need to increase progress on combating poverty within the European Union is an extremely important issue. We look forward to rapid progress on that, including the question of minimum income, so that people can live in dignity.

But we should also be aware that many of the parents who are moving are doing this in what they believe is in the best interests of their children, to provide greater opportunities for them. Indeed they often sacrifice their own careers, their own chosen path, as it were, in order to try and do this. While we are trying to sort out the children's problems, we need to beware of demonising parents who are moving.

2-530

**Alessandro Battilocchio (PSE)**. – Madam President, the European Commission should focus on this issue. As UNICEF and other organisations have underlined several times, it affects a huge amount of children in the world and in Europe.



The situation in which social and economic risks are made worse by the absence of parents who cannot meet their children's needs for care protection and education may lead to an increase in vulnerability. The primary responsibility for the development of the child rests with the parents; and parents, in fulfilling their responsibilities, are entitled to receive the necessary support from the community and the local authorities, whose efforts to meet their obligations unfortunately often fail. So we expect concrete action from the Commission in such an important field.

2-531

**Flaviu Călin Rus (PPE-DE).** – Conform studiului UNICEF și al Asociației „Alternative sociale”, în România, în cazul a aproximativ 350 000 de copii, unul dintre părinți lucrează în străinătate, iar în cazul a 126 000, ambii părinți. Aceste rezultate sunt îngrijorătoare. Consider că ameliorarea acestei situații s-ar putea realiza prin următoarele măsuri:

1. guvernele naționale de unde provin migranții, împreună cu guvernele țărilor care absorb forța de muncă, alături de Comisia Europeană, să creeze un program comun prin intermediul căruia lucrătorii migranți să aibă posibilitatea să acceseze servicii specifice de îngrijire a copiilor, sistem școlar și educațional, precum și cursuri de limbă, servicii accesibile tuturor segmentelor de lucrători migranți;

2. Comisia, împreună cu guvernele statelor angajatoare, să elaboreze o strategie prin care să ofere anumite facilități entităților angajatoare, astfel încât acestea să ofere angajaților și un pachet de servicii specifice prin intermediul căruia lucrătorii migranți să aibă posibilitatea de a-și duce copiii în țările unde aceștia lucrează.

Consider că aceste măsuri ar fi propice pentru dezvoltarea și creșterea armonioasă a acestor copii, deoarece și ei reprezintă viitorul Europei.

2-532

**Gabriela Crețu (PSE).** – Aș dori să subliniez un singur lucru: fluxul forței de muncă despre care vorbim este dinspre țările mai puțin dezvoltate spre țările mai dezvoltate ale Uniunii.

De obicei, posibilitatea de a intra pe piețele muncii din țările dezvoltate este considerată un mare avantaj oferit și se aduc permanent în discuție, drept argument, sumele ridicate care intră în țările de origine. Faptele expuse aici arată însă o altă fațetă: pe lângă costul mai scăzut al forței de muncă, țările dezvoltate externalizează unele din costurile aferente acesteia. Ele rămân în sarcina comunităților și statelor de unde muncitorii provin și sunt semnificative.

În acest context, politicile de coeziune și solidaritatea dintre statele membre nu trebuie considerată un fel de act de altruism al celor bogați față de cei săraci. Sunt politici absolut necesare, acte de dreptate pentru ca Uniunea Europeană să rămână consecventă cu valorile sale și să mențină atașamentul cetățenilor față de aceste valori.

2-533

**Nicodim Bulzesc (PPE-DE).** – Madam President, in the context of this debate I wish to take the opportunity to emphasise another aspect connected with the issues already mentioned. I was recently the shadow for the PPE-DE Group on the report on educating the children of migrants. That report was based on the communication from the Commission on ‘Migration and mobility: challenges and opportunities for EU education systems’.

That document was very well structured and summarised very well the problems connected with migration and education. However, one aspect was left out: the situation of thousands of European children left behind by parents who go to work in another European country, generally called the ‘migration orphans’, of which there are almost 350 000 in my country.

I have already tabled a written question to the Commission on this topic, but would like to take this opportunity to put that question again. So, Commissioner, could you please tell us whether the Commission thinks this is only a matter for national governments, or do we need European action in this field? If we do, what action has, or will be, taken by the Commission in order to help those children in their school years?

2-534

**Silvia-Adriana Țicău (PSE).** – În România avem o vorbă: spunem că un om bine crescut are cei șapte ani de acasă. Copiii minori trebuie să fie împreună cu familia, să beneficieze de supravegherea și grija nemijlocită a părinților. Părinții care decid să lucreze temporar în alte țări trebuie sprijiniți să-și regrepeze familia cât mai repede.

În multe state membre există facilități în cadrul școlilor pentru învățarea limbii din statul de rezidență. În unele state membre chiar, familiile care locuiau ilegal și-au putut reglementa situația dacă aveau copii înscrși la școală și au primit chiar și locuințe sociale.

Copiii sunt lucrul cel mai de preț pe care îl are societatea și suntem datori să le asigurăm condiții de dezvoltare armonioasă. Educația formală, afectivitatea, integrarea copiilor în societate sunt condiții esențiale pentru o Europă socială care oferă șanse egale tuturor cetățenilor săi.

Felicit pe doamna Plumb pentru inițiativă, este un subiect actual și de foarte mare importanță pentru viitor. Felicitări.

2-535

**Anna Záborská (PPE-DE).** – Pri migrácii pracovnej sily sú deti často obeťami zlepšenia ekonomickej situácie rodín. Bývalá Československá republika zažila veľkú vlnu migrácie hlavne do Spojených štátov v období medzi dvoma svetovými vojnami. Boli to však migranti, ktorí doma žili v extrémne chudobných podmienkach. Aj keď deti zostali prechodne v starostlivosti jedného rodiča, časový úsek bol obvyčajne obmedzený.

V dnešnej konzumnej spoločnosti a pri ohrozených rodinných vzťahoch sú prípady podstatne tragickejšie. Často to nie je extrémna chudoba, ktorá motivuje rodičov k práci v zahraničí. Často sa jeden alebo obaja rodičia nikdy nevrátia a osud ich detí je im ľahostajný. Starostlivosť u blízkych príbuzných je tým lepším riešením.

Na tento aspekt by sme mali pamätať v politike regionálneho rozvoja a snažiť sa eliminovať regionálne rozdiely hlavne v nových členských krajinách.

2-536

**Vladimír Špidla, člen Komise.** – Dámy a pánové, myslím si, že debata jasne prokázala, že sa jedná o významné téma, ktorému je treba sa venovať bez ohľadu na to, že v danom okamžiku ešte nejsou pohromadě dostatečně hluboké informace tak, abychom mohli mít uzavřený názor, ale přesto ty skutečnosti, které jsou známy, jsou dostatečně silné k tomu, aby bylo zřejmé, že se musíme otázkou zabývat a být aktivní. Konstatoval jsem, že Komise již připravila některé studie, jedna z nich bude ukončena ještě koncem tohoto roku. Myslím si také, že je zřejmé, že hlavní část odpovědi a hlavní část reakce je na členských státech, protože rodinná politika obecně je záležitostí členských států. Nepochybně ovšem existují i možnosti pro Evropskou unii jako takovou, protože otázky, které se týkají migrujících pracovníků, se týkají také jejich sociálního zabezpečení, přenášení sociálních dávek a řady dalších věcí. Čili moje odpověď na vaši otázku zní: je to především otázka pro členské státy, ale Evropská unie má svoji vlastní a podle mého názoru nikoli nevýznamnou úlohu.

2-537

**President.** – I have received one motion for a resolution<sup>1</sup> tabled in accordance with Rule 108(5) of the Rules of Procedure.

The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 12 March 2009.

2-538

## **19 - Risk to close down the company QIMONDA in Germany and Portugal and the loss of thousands of jobs in Europe (debate)**

2-539

**President.** – The next item is the Commission statement on the risk to close down the company QIMONDA in Germany and Portugal and the loss of thousands of jobs in Europe.

2-540

**Vladimír Špidla, člen Komise.** – Vážená paní předsedkyně, vážené poslankyně, vážení poslanci, podniky i pracovníci začínají zřetelně pociťovat dopady finanční a hospodářské krize. Přestože se situace v jednotlivých členských státech liší, stav zaměstnanosti se v Evropě obecně zhoršuje. V roce 2009 by se celková zaměstnanost mohla snížit o 1,6 %, což představuje ztrátu 3,5 milionu pracovních míst. Míra nezaměstnanosti v Evropské unii by se v roce 2010 mohla pohybovat kolem 10 %. Den co den podniky oznamují, že dojde k jejich restrukturalizaci nebo přemístění, jež často doprovází ztráty mnoha pracovních míst. Situace v podniku Qimonda, který oznámil uzavření závodu v Německu a v Portugalsku, bohužel není ojedinělá.

Komise si je vědoma negativních dopadů, které mohou mít restrukturalizace na pracovníky, jejich rodiny a hospodářskou a sociální strukturu daného regionu. Chtěl bych však zdůraznit, že Komise nemá pravomoc k tomu, aby zvrátila či oddálila rozhodnutí určitého podniku, a že podniky nejsou povinny o svých rozhodnutích Komisi informovat. Musím říci, že vedení společnosti Qimonda ani zástupci jejich zaměstnanců se na Komisi neobrátili.

V souvislosti s touto situací by Komise ráda připomněla několik bodů. Především je nezbytné lépe předjímat a řídit restrukturalizace prostřednictvím intenzivního dialogu se zástupci zaměstnanců a ostatními zúčastněnými stranami. Myslím si, že nově schválená směrnice nebo změněná směrnice o podnikových radách je jedním z velkých příspěvků EU v této věci. V této souvislosti je o to důležitější, aby dotyčné podniky dbaly na dodržení povinnosti vyplývající ze směrnic Společenství, které se týkají informování zaměstnanců a konzultací s nimi. Komise dále vyzývá podniky, aby zavedly opatření s cílem udržet v maximální míře pracovníky v zaměstnání prostřednictvím flexibilní pracovní úpravy a využívání dočasného propuštění z ekonomických důvodů.

Většina členských států zavedla cílené opatření ve snaze podpořit zaměstnanost a omezit dopady krize na občany. Tato opatření se týkají čtyř velkých oblastí: udržení pracovníků v zaměstnání, rychlého začlenění pracovníků zpět do práce,

<sup>1</sup> See minutes.

podpory nejzranitelnějších skupin prostřednictvím podpory příjmu, prodloužení doby vyplacení dávek v nezaměstnanosti nebo zvýšení rodinných příspěvků a posílení sociální ochrany a investic do sociálních a zdravotních infrastruktur.

S cílem pomoci členským státům při zvládání krize a jejích sociálních důsledků Komise posílila finanční nástroje na evropské úrovni. Evropský sociální fond, který každoročně pomáhá 9 milionům pracovníků, byl zjednodušen a mohly být tak uvolněny zálohy na projekty ve výši 1,8 miliardy EUR. Doufám, že Evropský parlament a Rada dosáhnou v této otázce rychlé dohody. Komise také podpoří ty členské státy, které by si přály přeprogramovat Evropský sociální fond. Členské státy mohou rovněž požádat o intervenci z Evropského fondu pro přizpůsobení se globalizaci ve prospěch propouštěných pracovníků. V Plánu evropské hospodářské obnovy Komise navrhla rozšíření kritérií způsobilosti, aby bylo možné lépe reagovat na současnou hospodářskou krizi. Doufám, že i zde Parlament s Radou dospějí k rychlému kompromisu. Komise je připravena posoudit společně s německými nebo portugalskými orgány veškeré případné žádosti o podporu z Evropských fondů. Komise rovněž podporuje sociální dialog na evropské úrovni, sociální partneři totiž mají při řízení krize rozhodující úlohu. Evropští sociální partneři by ostatně měli předložit společný příspěvek jak zvládat krizi na setkání tripartity dne 19. března.

Pro Komisi je důležité, aby se jednalo společně, neboť tak bude možné bojovat proti krátkodobým dopadům krize a pracovat na budoucí hospodářské obnově. Tento cíl měla Komise na paměti, když v rámci Plánu evropské hospodářské obnovy zahájila evropskou iniciativu na podporu zaměstnanosti. Komise také 4. března přijala příspěvek určený pro zasedání Evropské rady ve dnech 19. a 20. března, který se soustředí mimo jiné na potřebu a způsoby podpory pracovníků postižených krizí a osob zranitelných na trhu práce.

Komise rovněž vítá iniciativu českého předsednictví spočívající v uspořádání summitu věnovaného zaměstnanosti a sociálním věcem v květnu 2009. Cílem tohoto setkání bude zhodnotit situaci a stanovit konkrétní opatření. Měl by vést k zaujetí společného přístupu pro snížení sociálního dopadu krize, dosažení nového konsenzu se sociálními partnery a zúčastněnými stranami v otázce modernizace sociálních politik a stanovení konkrétních opatření k urychlení hospodářské obnovy a překonání krize prostřednictvím řešení strukturálních nedostatků na trhu práce.

2-541

**José Albino Silva Peneda**, *em nome do Grupo PPE-DE*. – Com o possível encerramento da Qimonda estão em risco quase 2000 postos de trabalho no Norte de Portugal que, em pouco anos, passou de uma das regiões mais industrializadas da Europa para uma das mais pobres da mesma Europa.

Há que entender que o tecido industrial do Norte de Portugal assentava em sectores tradicionais, onde o têxtil ocupava uma grande importância, e precisamente no momento em que se encontra numa fase decisiva de reconversão com processos de reestruturação que são sempre custosos e dolorosos é que surge este caso que, a ser concretizado, terá um impacto fortíssimo não só na região como também no país.

Eu sei que a continuação das operações da Qimonda depende sobretudo das forças de mercado e da vontade dos accionistas. Mas também não será difícil reconhecer que, sendo a Qimonda considerada uma das principais empresas exportadoras portuguesas e porque é também uma peça essencial na reconversão do tecido económico da região, não podemos aceitar que sejam apenas e só as forças do mercado a decidir sobre o seu futuro. É esta circunstância que explica que as autoridades de Portugal e da Alemanha tenham vindo a abordar a questão ao mais alto nível, nomeadamente e muito recentemente, através do Presidente da República Portuguesa e da Chanceler Merkel. E é também por isso, Senhor Comissário Špidla, que se o Governo português ainda não o convidou a visitar a região que vive uma verdadeira situação de emergência social, convido-o eu, quero que o Senhor Comissário possa constatar a gravidade da situação, apoiar os esforços que estão a ser feitos e mobilizar todos os instrumentos ao alcance da Comissão Europeia para evitar que a desconfiança se generalize ainda mais em toda a região.

2-542

**Edite Estrela**, *em nome do Grupo PSE*. – No actual contexto de crise financeira e económica global, a Qimonda é um caso paradigmático. É uma empresa que utiliza tecnologia de ponta, que emprega trabalhadores altamente qualificados e que promove a investigação. A Qimonda corresponde aos objectivos da Estratégia de Lisboa. O Governo português tudo tem feito para encontrar uma solução que viabilize esta empresa, mas a solução depende do envolvimento também do Governo Federal alemão e dos Governos estaduais da Baviera e da Saxónia. O Governo português já se propôs disponibilizar 100 milhões de euros para o efeito. Como disse, tudo tem feito e vai continuar a fazer, como foi, aliás, reconhecido pelos trabalhadores da Qimonda alemã durante a recente visita oficial do Presidente da República Portuguesa.

A Comissão Europeia e os Estados-Membros têm tomado medidas, e bem, para salvar muitas instituições bancárias e para apoiar determinadas indústrias como, por exemplo, a indústria automóvel. Porque não apoiar também a Qimonda? Deixar a Qimonda entregue à sua sorte terá consequências gravíssimas, não serão apenas milhares de trabalhadores que serão lançados no desemprego na Alemanha e em Portugal, mas também se perderá um património intelectual europeu inestimável e muitos fundos comunitários que foram aplicados na Qimonda. Manter em funcionamento a Qimonda na Alemanha e em Portugal é de uma tal importância estratégica para a Europa que bem justifica o apoio da União Europeia.

Senhor Comissário temos de ser coerentes e, se formos coerentes, tudo iremos fazer para salvar a Qimonda é que a Qimonda não é uma empresa qualquer!

2-543

**PRESIDE: ALEJO VIDAL-QUADRAS**

*Vicepresidente*

2-544

**Ewa Tomaszewska**, *w imieniu grupy UEN*. – Panie Przewodniczący! Niemiecki koncern Qimonda, jeden z największych producentów układów pamięci, ogłosił bankructwo. W roku ubiegłym otrzymał dotację w wysokości 325 mln euro. Pomoc ta nie była wystarczająca.

W 2007 r. Qimonda zatrudniała 13,5 tys. osób. W grudniu ubiegłego roku ich płace obniżono o 10 do 15% z zapewnieniem zwrotu potrąconych kwot do kwietnia bieżącego roku. Tymczasem 500 pracowników straciło pracę z dnia na dzień. Nie wypłacono im wynagrodzenia, rekompensat z tytułu niewykorzystanych urlopów ani należnych odpraw. Kolejne 500 osób straci pracę w ciągu najbliższego miesiąca. Dalsze 1500 pracowników jest także zagrożonych zwolnieniami.

Takich zakładów jest w naszych krajach więcej, choćby w Krośnie czy w Stalowej Woli w Polsce. Oczekujemy od Komisji Europejskiej spójnego programu ochrony miejsc pracy w okresie kryzysu.

2-545

**Elisabeth Schroedter**, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Pleite des Unternehmens Qimonda liegt am massiven Preisverfall bei veralteten DRAM-Chips. Eigentlich ist Qimonda in der Forschung zu Strom sparenden Chips der Konkurrenz um Monate voraus. Genau hier, in dieses Innovationspotenzial, sollte investiert werden. Wir hoffen darauf, dass die Kommission sich darauf konzentriert.

Nichtsdestotrotz könnte das bedeuten, dass nicht alle Arbeitsplätze erhalten bleiben. Der Kommissar hat es richtig gesagt: Da greift der Europäische Anpassungsfonds. Aber wir haben in Qimonda hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die durch eine wirklich ausgesuchte, spezifisch angepasste Qualifizierung neue Arbeitsplätze in neuen Zukunftsbranchen finden können. Das haben die Mitarbeiter bewiesen, die in die Solarindustrie gewechselt sind. Der Fall Qimonda zeigt, dass es auch an der Kommission liegt, dass in perspektivische Jobs umgeschult wird und nicht einfach nur mit der Gießkanne gestreut wird. Nur eine zielgerichtete Investition, ökologischer Umbau der Wirtschaft und dann eine entsprechende Qualifizierung des Personals geben den Menschen Hoffnung und reale Zukunftschancen.

2-546

**Gabriele Zimmer**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Es wird Sie sicher nicht verwundern, wenn ich Ihnen sage, dass ich mit Ihrer Antwort, die Sie uns gegeben haben, nicht zufrieden bin, zumal wir uns schon vor Wochen um Kontakt zu den verschiedensten Vertretern der Kommission, insbesondere auch zu Herrn Verheugen, bemüht und dort klare Antworten eingefordert haben. Es bestand also durchaus die Gelegenheit, heute schon viel präziser zu antworten und zu sagen, wie die Kommission selber ihre Verantwortung wahrnehmen will.

Für mich gibt es zwei Aspekte, die ich in diese Diskussion einbringen möchte: Erstens ist Qimonda in der Lage, der Europäischen Union einen entscheidenden technologischen Fortschritt bei Halbleitertechnik und Nanotechnologie zu sichern. Zweitens hat Qimonda keine Konkurrenten in Europa, aber sehr wohl in Asien, die dort mit Subventionen bis zu 70% gefördert werden – das macht den entscheidenden Unterschied aus. Drittens droht mit der Produktionseinstellung von Qimonda allein in einer Region wie Sachsen der Verlust des kooperativen Kerns eines Netzwerks von ca. 40 000 Beschäftigten.

Was erwarten Beschäftigte, Familienangehörige und Menschen aus den betroffenen Regionen von der Union? Sie erwarten in erster Linie eine klare und sofortige Zusage, dass die Kommission die jetzigen Standorte der europäischen Halbleiter- und Nanotechnologie halten will, dass sie diesen Zukunftsvorsprung nicht verspielen möchte und dass sie Aussagen für die künftige Forschungsaufwendung, insbesondere für das achte Forschungsrahmenprogramm trifft.

Zweitens erwarten wir, dass die Kommission, die Bundesregierung und die sächsische Landesregierung eine notwendige Lösung unterstützen, um die Produktionseinstellung zu verhindern. Viel Zeit bleibt nicht mehr, es sind nur noch wenige Tage. Bereits jetzt wandern Spitzenkräfte ab. Die Alternative zu einer Lösung bestünde darin, dass zukunftsfähige Forschungstechnologie nach Asien abwandert bzw. für einen Appel und ein Ei verkauft wird. Ich glaube, das kann nicht im Interesse der Europäischen Union sein.

2-547

**Joel Hasse Ferreira (PSE)**. – Senhor Presidente, Comissário, caros Colegas, a difícil situação na Qimonda foi agravada pela emergência da crise financeira e económica. O Governo português tem feito tudo o que julga adequado e útil para ajudar a resolver a situação. E gostaríamos que o Governo bávaro soubesse também actuar com grande sentido de

responsabilidade neste domínio. Salvar as instalações de Munique terá um impacto decisivo nas unidades de Vila do Conde e Dresden.

O próprio Ministro português Manuel Pinho afirmou o grande interesse em viabilizar esta empresa tão importante para Portugal e para a Europa referindo que a Qimonda pode ser uma empresa competitiva a nível mundial.

Senhor Presidente, manter-se-ão os esforços do Governo de Portugal no sentido de uma solução que garanta a viabilidade da empresa. Esperamos que o Governo alemão no plano federal e estadual se empenhe efectivamente na resolução deste problema.

Quanto a mim, gostava de voltar a sublinhar a importância estratégica da manutenção deste tipo de indústria em território europeu. Que nenhum executivo nacional ou estadual cometa o erro de deixar que esta empresa possa fechar instalações e liquidar postos de trabalho no território da União.

Caros Colegas, nós compreendemos a necessidade de ajudar à reestruturação dos grandes grupos da indústria automóvel, mas os fundos da União e as energias da Comissão Europeia não se podem esgotar nessas ajudas.

Caro Comissário, empenhar a Comissão no apoio à Qimonda, superando as possíveis falhas de comunicação, é o apelo que fazemos ao Comissário Vladimír Špidla ao qual nos ligam laços de trabalho e de solidariedade política e ao Presidente Barroso que não esquecerá nunca que é nosso compatriota e uma parte significativa dos trabalhadores da Qimonda.

Devemos salientar, antes de terminar, que o Presidente português Cavaco Silva, na Alemanha, afirmou recentemente que havia uma nova esperança relativamente à Qimonda e há ainda que referir a importância, como já foi feito por colegas, do próprio sector económico em que a Qimonda actua. Temos em conta, assim, que o Governo português se manifesta disponível para apoiar a Qimonda com aquilo que for necessário atendendo à dimensão económica do país.

Senhoras e Senhores ajudemos a salvar a Qimonda, o tempo urge!

2-548

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL).** – Senhor Presidente, Senhor Comissário, caros Colegas, neste importante debate que estamos a realizar é fundamental que se entenda que está em causa o futuro da estratégica indústria da nanotecnologia, a pesquisa e o desenvolvimento de um sector fundamental para o futuro da sociedade de informação, de que o núcleo central e o núcleo de pesquisa é o complexo da Qimonda na Alemanha com a sua fábrica de semi-condutores em Portugal. A União Europeia não pode continuar a deixar destruir as suas indústrias, designadamente numa área estratégica, e ficar dependente dos Estados Unidos e de países da Ásia que apoiam eles as suas indústrias. É lamentável que o Senhor Comissário Špidla tenha aqui demonstrado uma grande insensibilidade à questão da Qimonda como empresa produtora.

São muitos os empregos envolvidos neste processo: cerca de 2000 em Vila do Conde, 5000 na Alemanha, mais de 5000 por todo o mundo, além dos milhares de empregos indirectos que seriam afectados nas empresas fornecedoras e nos centros de pesquisa e de desenvolvimento de outros parceiros da Qimonda. É vasta a investigação ameaçada com o risco de encerramento da Qimonda na Alemanha e os respectivos reflexos que tal situação teria em Portugal. É inadmissível que a Comissão Europeia não se empenhe nesta questão, pelo menos, nos mesmos termos em que o fez com a banca. É preciso ter presente que Vila do Conde está no Norte de Portugal onde o desemprego mais cresceu, seja pelo encerramento de empresas no sector da têxtil e vestuário, seja pela deslocalização de multinacionais na área do calçado e das cablagens entre outras, sendo hoje uma zona de grave risco social se não forem tomadas medidas para travar o crescimento do desemprego e para garantir a produção.

Assim, é fundamental que se desenvolvam todos os esforços necessários de todas as formas possíveis a curto prazo incluindo ajudas estatais, apoios financeiros comunitários e garantias de crédito para manter uma indústria estratégica para a economia da União Europeia e, a médio prazo, para desenvolver esta área industrial e criar mais empregos com direitos. É bom que a Comissão Europeia e os governos dos nossos países entendam isto. Pela nossa parte continuaremos esta luta.

2-549

**Colm Burke (PPE-DE).** – Mr President, I commend the priority given to this debate. Losses of companies like Qimonda, due to their large size and importance as an economic anchor to regional and even national economies, have to be treated seriously by policymakers.

The demise or offshoring of these companies is often a function of globalising forces. Globalisation – normally a positive force that increases global welfare – can, unfortunately, wreak huge havoc on regional economies when large companies move location. This has happened in my own area in Ireland South, where Dell has announced layoffs of 1 900 of its staff at its factory in Limerick. Likewise, in Waterford, where Waterford Wedgwood may be closing in the not-too-distant future, and again, between that and downstream jobs, another thousand jobs may be lost.

This has to be treated seriously by policymakers. Therefore, I welcome Commissioner Špidla's resolution to do his utmost to deploy monies available in the European Globalisation Adjustment Fund and the European Social Fund. The EUR 500 million from the European Globalisation Adjustment Fund could provide huge benefits by giving a second chance to laid-off workers to upskill, retrain and become the entrepreneurs to drive us out of this recession.

The ball is firmly in national governments' courts to apply for this funding. It might be worthwhile in this context to push for 75% co-financing to make their applications easier and, therefore, deliver recovery on the ground to the affected workers rapidly and effectively.

2-550

**José Ribeiro e Castro (PPE-DE).** – Senhora Presidente, Senhor Comissário, nós há anos que falamos da Estratégia de Lisboa e os tempos que vivemos não são talvez os adequados para falar da Estratégia de Lisboa, mas sem dúvida que precisamos de uma estratégia. Uma estratégia que responda às dificuldades e aos desafios que a crise presente nos coloca. E é isso que esperamos também da Comissão. É indispensável que a Comissão não se afaste deste assunto e antes tenha capacidade para articular acções com o Governo de Portugal e os Governos da Alemanha e dos *Länder* da Alemanha. É indispensável ter presente que esta é uma indústria, como aqui já foi dito, que interessa à Europa pela sua qualidade e valor, pela investigação que desenvolve, pela qualidade ambiental também que lhe está associada e é indispensável que a Comissão não se afaste. Eu subscrevo o convite feito pelo meu colega Peneda para que o Senhor Comissário e a Comissão se desloque a Portugal.

É indispensável que a Comissão tenha presente que, nesta altura, os europeus estão a olhar para a Europa e esperam das autoridades europeias respostas, precisam de sentir que as autoridades europeias estão próximas. Os cidadãos europeus não entendem uma Europa que lava as mãos, antes querem uma Europa que tenha a ousadia de meter as mãos na massa e de pôr mãos à obra ajudando-os a vencer as dificuldades.

2-551

**Vladimír Špidla, člen Komise.** – Dámy a pánové, případ o kterém debatujeme, je významný a je součástí celkové ekonomické situace. Víte také velmi dobře, že strategií, kterou formuluje Komise, je jistá industriální politika, protože Komise je přesvědčena, že průmysl jako takový bude vždy tvořit podstatnou součást naší ekonomie, že je nositelem vysokých technologií. Je zřejmé, že krize, ve které se nacházíme, má strukturální prvky, a proto Komise ve svých strategiích a základních dokumentech formuluje jednak budoucí zelenou ekonomiku, „green jobs“, stejně tak jako velmi vysoký tlak na inovaci a modernizaci. Je také zřejmé, jak jsem uvedl na začátku, že hospodářské rozhodnutí je prostě podnikové rozhodnutí a Komise do těchto záležitostí nevstupuje.

Jiná věc ovšem je, že pokud se odehrává určitá restrukturalizace, určité rozhodnutí se svými sociálními a společenskými důsledky, existují nástroje a evropské politiky, které jsme samozřejmě vždy povinni mobilizovat a také je mobilizujeme. Pokud jde o dvojí oslovení, abych se na místě sám seznámil se situací; samozřejmě, že jsem k tomu připraven, protože to konec konců patří k běžné a základní povinnosti rozhodovat na základě možností. Byly zmíněny možnosti v rámci evropských fondů, byly zmíněny diskutované přístupy mezi portugalskou vládou a vládou Spolkové republiky Německo, v každém případě mohu konstatovat a mohu prohlásit, že Komise vždy využívá aktivně všech možností, které jsou v její dispozici, a že tak učiní i v tomto případě a nepochybně v dalších, které se budou objevovat.

2-552

**El Presidente.** – Queda sustanciado este punto.

2-553

## **20 - Plan de recuperación plurianual para el atún rojo del Atlántico oriental y el Mediterráneo (debate)**

2-554

**El Presidente.** – El punto siguiente es el debate sobre la propuesta de Reglamento del Consejo por el que se establece un Plan de recuperación plurianual para el atún rojo del Atlántico oriental y el Mediterráneo (COM(2009)0093 - C6-0081/2009 - 2009/0029(CNS)).

2-555

**Philippe Morillon, président de la commission de la pêche.** – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, la décision du Parlement d'accepter l'urgence demandée par le Conseil pour le traitement de ce dossier a été unanime, tant à la commission de la pêche, la semaine dernière, que ce matin, ici même, en plénière.

Nous sommes, en effet, tous conscients de la nécessité pour l'Union européenne d'honorer les engagements pris à Marrakech, en novembre dernier, par la commission internationale compétente, la CICTA. Il s'agit concrètement de donner effet aux recommandations adoptées par cette organisation afin d'enrayer le phénomène persistant de surpêche du thon

rouge dans l'Atlantique oriental et dans la Méditerranée et de faire face au danger sérieux qui en découle pour l'avenir de l'espèce et donc celui de la pêche elle-même.

Deux de nos collègues de la commission de la pêche, Mme Fraga Estévez et M. Romeva i Rueda, étaient présents à Marrakech et vont s'exprimer à ce sujet dans le cadre de ce débat. Je voudrais, pour ma part, rappeler l'importance que notre commission attache à ce dossier qui met en jeu les principales dimensions de la politique commune de la pêche: la gestion de la ressource, la gestion de la flotte, le respect des accords internationaux, régionaux et bilatéraux, les mesures techniques et surtout le contrôle – j'y reviendrai tout à l'heure. Ce dossier caractéristique fait par conséquent figure de test, à nos yeux, de la crédibilité de cette politique commune de la pêche.

Pour cette raison, il n'était évidemment pas question que la mise en place du nouveau plan de récupération se fasse sans la consultation du Parlement européen.

Je me réjouis donc que la Commission ait finalement choisi la seule voie juridiquement et politiquement acceptable pour la mise en œuvre des recommandations de la CICTA, à savoir celle d'une proposition de règlement en bonne et due forme sur la base de l'article 37 du traité.

La transposition, en droit communautaire, d'engagements pris par la Commission au nom de l'Union européenne dans les organisations régionales de pêche n'est pas, en effet, une opération anodine, et nous insistons pour qu'elle s'effectue toujours sous le contrôle démocratique de notre institution.

Sur le fond, je me réjouis des différentes mesures proposées qui, bien que contraignantes pour nos opérateurs, sont à la mesure des enjeux, et je souligne que les plus importantes de ces mesures sont certainement celles qui concernent et qui concerneront le contrôle, tant il est vrai que, sans contrôle, aucun plan de reconstitution ne peut présenter d'efficacité.

Je vous remercie donc, Monsieur le Commissaire, de cette proposition et je vous invite à faire preuve d'autant de détermination dans la mise en œuvre concrète du plan, lorsqu'il aura été entériné par le Conseil, que vous en avez mis dans la conclusion d'un accord satisfaisant au niveau de la CICTA.

2-556

**Joe Borg, Member of the Commission.** – Mr President, firstly I would like to stress the importance that the Commission attaches to the sustainability of the bluefin tuna stocks and fisheries, and also the importance of the European Parliament in this process.

Within the framework of the 2006 recovery plan for eastern bluefin tuna and on the basis of an evaluation of its implementation during the 2006, 2007 and 2008 fishing seasons and in the light of new scientific advice, ICCAT decided to adopt a new recovery plan. The ICCAT Scientific Committee clearly indicated its view that the 2006 recovery plan was insufficient to recover the stock and reiterated its concerns with respect to the level of TAC and excess of fishing effort.

Furthermore, ICCAT contracting parties identified certain failures in the implementation of the 2006 plan and so decided to adopt a new plan. This plan addresses the concerns of the Scientific Committee, notably by reducing the TAC level and by introducing new measures to address fishing and farming capacity.

It should also be noted that, at the initiative of the European Community, the new recovery plan introduced the obligation for annual fishing plans at ICCAT level. This is an effective instrument to avoid overfishing by identifying the vessels that are over 24 metres fishing for bluefin tuna and setting their individual quotas. I am convinced that the establishment of the annual fishing plan is a key tool in ensuring the full respect of the quota.

The new recovery plan also improves the existing one and introduces new control measures to address those failures identified by the contracting parties, to which Philippe Morillon referred.

The main measures introduced in the new recovery plan are a substantial reduction in the TAC from 27 500 to 22 000 tonnes in 2009 and further reductions to 19 950 tonnes for 2010 and 18 500 tonnes in 2011. The EC quota for 2009 is thus reduced to 12 406 tonnes from the 15 641 tonnes foreseen in the 2006 plan. The fishing seasons for all years are reduced, in particular for purse seiners, which account for the bulk of this fishery. The measures to freeze and reduce fishing and farming capacity are a brand new and decisive component of the new plan. Overcapacity has been identified for some time as a key driver of overfishing. Now is the time to address this issue in a real manner and the Community, like other ICCAT members, has to share in the effort to do so.

The introduction of the fishing plans I have already mentioned is another measure. Furthermore, the derogations to minimum size are adjusted. On the Atlantic, pelagic trawlers no longer benefit from derogations, while the derogations applicable to the artisanal coastal fishery have been removed, except for one case. Indeed, only bait boats still benefit from previous derogations. In the Mediterranean, the artisanal coastal fishery now benefits from a derogation. The control

measures are reinforced, in particular as regards joint fishing operations, the adoption of a general prohibition of transshipment at sea and the introduction of a regional ICCAT observer programme.

In conclusion, the situation of the eastern bluefin tuna is considered to be extremely serious. The overshooting of quotas, the lack of compliance, notably as regards data collection and transmission, undermine the recovery process. However, I am confident that our agreement to urgently adopt measures to eliminate overfishing and to ensure strict compliance with ICCAT measures can turn around the situation and bring the bluefin tuna stock to sustainable levels.

We need to ensure that situations similar to those that occurred last year do not happen again in the future. The best means to achieve this is the speedy adoption by the Council of the new recovery plan for bluefin tuna. Any delay in the adoption of this regulation should, therefore, be avoided, especially if we want to ensure the credibility of the Community at international level and to promote the process of the recovery of this stock. I am convinced that, if this plan is fully respected, it represents a realistic chance for the gradual recovery of bluefin tuna. Consequently, decisive and effective action is immediately needed at the European Community level.

After its adoption, the Commission is resolved to work closely with the Member States and with other ICCAT contracting parties to ensure and closely monitor the full implementation of the recovery plan.

Finally, I wish to express my appreciation for the constructive approach and the cooperation adopted by the European Parliament in dealing with this sensitive subject, reflecting our shared interest and commitment to ensuring that the Community fisheries policy and our international obligations are fully respected.

2-557

**Carmen Fraga Estévez**, *en nombre del Grupo PPE-DE*. – Señor Presidente, mi Grupo político ha votado a favor de la urgencia para el plan de recuperación del atún rojo porque es imprescindible que las nuevas medidas entren en vigor antes del comienzo de la campaña de abril.

Pero quiero recordar también que ningún plan de recuperación va a salvar al atún rojo mientras no disminuya la capacidad de pesca, empezando por la de algunas flotas comunitarias, bien conocidas y señaladas desde hace años en este asunto, años en que los Estados en cuestión han permitido que se multiplicaran sus buques hasta límites escandalosos ante la pasividad de la Comisión Europea, lo que nos ha llevado a esta situación casi sin salida.

Cuando se aprobó el plan de recuperación actual en el año 2007, yo presenté una enmienda, aceptada por este Pleno e incorporada por la Comisión a su texto final, para que se obligara a los Estados miembros a presentar planes de pesca que demostraran que la capacidad de su flota se ajustaba a la cuota concedida.

Pese a ello, en el año 2008 hubo que cerrar de nuevo anticipadamente la pesquería y antes, incluso, que el año anterior, al comprobar que solo en pocas semanas prácticamente toda la cuota comunitaria se había agotado, es decir, que fuimos aún a peor.

Ahora, el artículo 5 del nuevo plan de recuperación obliga a los Estados miembros con sobrecapacidad a eliminar al menos un 25 % de esta antes del año 2010. No solo la reducción me parece increíblemente suave para los excesos cometidos, sino que, vistos los precedentes, me preocupa extraordinariamente la capacidad de la Comisión y del Convenio Internacional para la Conservación del Atún del Atlántico (CICAA) para hacer cumplir esta obligación ante la evidente falta de voluntad política más que demostrada de los Estados miembros implicados.

Por ello, ruego y solicito al señor Comisario que nos dé aquí mismo garantías de que esa falta de voluntad política no se trasladará a la Comisión y que, esta vez, la Comisión va a actuar firmemente, más allá de un nuevo cierre adelantado de la pesquería esta primavera.

2-558

**Rosa Miguélez Ramos**, *en nombre del Grupo PSE*. – Señor presidente, la propuesta de Reglamento del Consejo por el que se establece un plan de recuperación plurianual para el atún rojo del Atlántico oriental y el Mediterráneo pone en práctica la decisión vinculante adoptada por consenso por la Comisión Internacional para la Conservación del Atún Atlántico (CICAA) en su reunión anual celebrada en noviembre de 2008.

Este Reglamento —ya se ha dicho— deberá entrar en vigor antes del inicio de la campaña de pesca en el mes de abril, lo que implica que esta consulta obligatoria al Parlamento Europeo se lleve a cabo en esta sesión plenaria, y en nuestro ánimo está contribuir a que efectivamente se alcance cuanto antes un acuerdo político en el Consejo acerca de este asunto que nos parece de la máxima importancia y nos merece la máxima consideración. De ahí que la Comisión de Pesca del Parlamento Europeo se pronunciase, por unanimidad, en favor de la urgencia.

Los planes de pesca anuales, la reducción de la temporada de pesca, el refuerzo del sistema de control, las zonas de desove en el Mediterráneo y la presencia de observadores de la CICAA en la pesquería de cerco y en las granjas de atún recogidos



en el Reglamento tienen como objetivo —y yo pienso que lo van a lograr— garantizar el respeto de las medidas de gestión adoptadas y asegurar la trazabilidad en todas las fases.

Cada parte contratante —y creo que es importante señalarlo— deberá presentar un plan de pesca para los buques pesqueros y las almadrabas que pescan atún rojo en el Atlántico oriental y en el Mediterráneo que identifique, entre otros, los buques de captura de más de 24 metros autorizados y las medidas establecidas, con el fin de garantizar que no se sobrepasa la cuota individual.

También es importante que, entre las medidas adoptadas, se reduzca la temporada de pesca, ampliando los periodos de veda del cerco, del palangre, de los buques de cebo vivo y curricaneros, de los arrastreros pelágicos y de la pesca de recreo. Asimismo son importantes los planes de ajuste para los países que tienen un exceso de flota y de granjas dirigidas al engorde del atún rojo.

Señorías, he leído estos días muchísimo sobre el atún, y me gustaría señalar aquí algunas cuestiones en el poco tiempo que me queda.

Unidos a una gobernanza casi inexistente frente a los intereses concurrentes de los países pescadores y al fuerte atractivo del mercado, numerosos factores de diferente naturaleza contribuyen a hacer tan precaria la situación del atún rojo, especie, hoy por hoy, fuertemente explotada.

Lo cierto es que la Unión Europea, o tres Estados miembros (Francia, España e Italia), realizan conjuntamente la mitad de las capturas mundiales de atún rojo, y por eso es fundamental que la Unión Europea esté en condiciones de proporcionar a la CICA estadísticas cuya calidad esté al mismo nivel que la pesca o que el esfuerzo de pesca que se ejerce, entre otras cosas porque las estadísticas son imprescindibles si se quieren llevar a cabo investigaciones que respondan a las necesidades o a los interrogantes que, hoy por hoy, nos plantea la biología y la ecología del atún rojo, y que constituyen para la investigación científica un verdadero desafío.

Si queremos salvar a esta especie, tenemos que conocerla mejor. Por eso, a mí, todo lo que se refiere a recolección de datos y estadísticas me parece especialmente importante.

2-559

**Raül Romeva i Rueda**, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. — Señor Presidente, ha llegado el momento de hablar claro. Creo que no estamos ante un plan de recuperación, sino claramente ante lo que podríamos llamar un certificado de defunción.

La falta de responsabilidad política de algunos gobiernos y de la Comisión, sumada a una cierta ceguera de una parte del sector, nos ha abocado a un escenario en el que, más que preguntarnos sobre si podremos o no recuperar los *stocks*, lo que tenemos que preguntarnos es cuándo dejaremos de ver y de encontrar atunes en nuestros mares y océanos. Y no estoy hablando de una década, estoy hablando de un lustro a lo sumo.

En ese contexto, la Comisión Internacional para la Conservación del Atún Atlántico, en realidad debería llamarse la Comisión Internacional para la Captura de Todo el Atún.

Gobiernos y Comisión han desoído las recomendaciones científicas que una y otra vez han estado alertando del colapso y esperando que hubiera una reacción política que nunca ha llegado. La consecuencia de esa actitud —no nos tenemos que engañar— supone un paso más hacia el abismo.

Llegados a este punto, me temo que pocas soluciones ya nos quedan para salvar al atún, pero hay alguna que todavía podemos utilizar: trabajar para que se incorpore el atún a la lista de la Convención CITES en tanto que especie en peligro de extinción y así, al menos, prohibiendo su comercialización, garantizar su futuro.

2-560

**Iles Braghetto (PPE-DE)**. — Signor Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, è stato opportuno affrontare con tutta l'urgenza necessaria la discussione sulle misure da adottare per tutelare gli stock di tonno rosso e sulla progressiva riduzione delle quote stabilite dall'ICCAT.

Deve proseguire infatti l'impegno dell'Unione europea per sostenere il piano di ricostituzione stabilito a Marrakech, accanto ad una azione di vigilanza da parte degli Stati membri per impedire la pesca illegale del tonno, particolarmente praticata nel Mediterraneo e testimoniata anche da inchieste recenti giornalistiche, televisive e non, e porre nelle sedi opportune il tema della concorrenza sleale da parte dei paesi della sponda sud del Mediterraneo.

Nella proposta di regolamento sono da sottolineare positivamente: la scelta di commisurare la capacità di pesca al contingente assegnato; l'impegno a produrre nei tempi indicati le informazioni sull'attuazione dei rispettivi piani di pesca annuali; il programma internazionale di ispezione reciproca per garantire l'efficacia del piano di ricostituzione; una

disciplina per la pesca sportiva e ricreativa. Un piano dunque più impegnativo del passato e più rigoroso, per disciplinare questa veramente ragguardevole attività di pesca.

2-561

**Ιωάννης Γκλαβάκης (PPE-DE).** – Κύριε Πρόεδρε, το σχέδιο κανονισμού για τη διατήρηση του κόκκινου τόννου στον Ατλαντικό και στη Μεσόγειο, το οποίο εκτάκτως συζητάμε απόψε, προβλέπει μείωση του επιπέδου των ποσοστώσεων μέχρι το 2011, περιορισμούς της αλιείας σε ορισμένες περιοχές και για ορισμένες περιόδους, νέο ελάχιστο μέγεθος, περιοριστικά μέτρα για την αγωνιστική και την ερασιτεχνική αλιεία, μείωση της αλιευτικής ικανότητας αλλά και της δυναμικότητας των μονάδων πάχυνσης, ενισχυμένα μέτρα ελέγχου καθώς και την εφαρμογή του προγράμματος κοινών διεθνών επιθεωρήσεων της ICCAT, προκειμένου να εξασφαλιστεί η αποτελεσματικότητα του σχεδίου.

Συμφωνώ με το πνεύμα του κανονισμού, καθώς η υπεραλίευση τόννου έχει φέρει τα αποθέματα σε πολύ επικίνδυνα επίπεδα. Μην ξεχνάμε ότι τα δύο τελευταία χρόνια η Επιτροπή επέβαλε εσπευσμένα την απαγόρευση της αλιείας τόννου πριν τελειώσει η αλιευτική περίοδος, διότι επισημάνθηκε υπεραλίευση από ορισμένα κράτη μέλη έως και 200%. Έτσι ζημιώθηκαν αισθητά αυτοί οι οποίοι δεν παρανόμησαν, όμως ήταν υποχρεωμένοι και αυτοί να σταματήσουν την αλίευση του τόννου.

Δύο πράγματα όμως με προβληματίζουν στο νέο κανονισμό:

Το πρώτο είναι το σφιχτό χρονικό περιθώριο που δίνεται στα κράτη μέλη, για να προσαρμόσουν την αλιευτική τους προσπάθεια. Η σύσταση της ICCAT προέβλεπε το 2010 ως έτος εφαρμογής, ενώ ο κανονισμός προβλέπει το 2009, φέτος, τώρα! Είναι πολύ μικρό το χρονικό διάστημα και φοβάμαι ότι θα υπάρξουν προβλήματα.

Το δεύτερο είναι το αυξημένο κόστος που συνεπάγεται το ενισχυμένο πρόγραμμα επιθεωρήσεων και το οποίο επιβαρύνει τα κράτη μέλη. Ίσως θα μπορούσε να εξεταστεί η περίπτωση, για να συνδράμει και η Κοινότητα προς αυτή την κατεύθυνση.

2-562

**Sebastiano Sanzarello (PPE-DE).** – Signor Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, così come si è evinto dagli interventi finora svolti, il piano dell'ICCAT ancora non è stato attuato in pieno, per cui il piano che regola la modalità di pesca del tonno, molto diverse fra di loro, che vanno dal sistema delle tonnare volanti fino alla pesca tradizionale mediante il sistema delle tonnare fisse, ha bisogno di ulteriore rifinitura per essere applicato in pieno; tant'è vero che una cattura indiscriminata di esemplari, che avviene con le tonnare fisse, a maggior ragione se ci sono alcune flotte che splafonano, che vanno al di fuori dei contingenti, che non sono sufficientemente controllate, come qualcuno ha affermato, bisogna che si differenzi invece da quella che è la pesca tradizionale delle tonnare fisse. La tonnara fissa per definizione è impossibilitata ad andare alla ricerca della preda: la sua è una stagione di pesca che dura da 50 a 60 giorni effettivi.

Per cui, nell'emanare le nuove norme, l'ICCAT deve tenere conto di questa diversità di sistema di pesca, anche perché ormai il sistema delle tonnare fisse rappresenta anche un momento culturale e storico, che non danneggia l'ambiente, che dà lavoro ad alcune migliaia di persone. Ritengo anche che sia opportuno che si pensi a una tutela di questo sistema di pesca anche da parte dell'Unesco, perché è un aspetto oltre che economico e occupazionale anche un aspetto culturale. Ritengo altresì che l'ICCAT deve prevedere nei suoi programmi ulteriori sistemi di controllo: non è possibile che i tonni vengano intercettati prima che entrino nel Mediterraneo in maniera indiscriminata; non è possibile che all'interno del Mediterraneo ci sia una pesca indiscriminata sotto la pressione del valore commerciale del tonno rosso. E ritengo – e concludo signor Commissario – che valga la pena di fare uno sforzo diplomatico per cercare di contenere la pesca all'interno del Mediterraneo ai Paesi rivieraschi del Mediterraneo stesso – impedendolo agli altri – che hanno l'interesse di salvaguardare il patrimonio peschereccio della fauna ittica del Mediterraneo, perché sono cointeressati al loro futuro di pesca.

2-563

**Joe Borg, Member of the Commission.** – Mr President, first of all I would like to thank Members for their comments and the points that have been raised in this debate, and also for accepting the request for urgency. As I stated at the start, the measures agreed in Marrakesh need to be transposed as soon as possible in order to apply from the start of this fishing season.

This year will clearly be a test of our ability to demonstrate our commitment to the sustainability of this endemic stock. I cannot emphasise enough the crucial importance for all contracting parties, not least our own fishers, to respect the newly-agreed measures. This is the only way to provide a chance for the survival of the stock. Not respecting the new recovery plan will have serious consequences and will lead to a collapse of the stock.

On the point that was raised by Mrs Fraga Estévez, I cannot agree more that, for the recovery plan to succeed, we need to bring about a reduction of capacity, in particular of the purse seine fleet, which is the one which causes most pressures on the bluefin tuna stock. In this regard, I would like to refer to the fact that last year we had agreed on a restructuring package which was triggered because of the fuel crisis and we are encouraging Member States to make use of this

restructuring package in order to bring about a reduction of the fleet, in particular of the purse seine fleet. We are hearing some encouraging news with regard to one particular Member State, France, which is undertaking to encourage certain fishers to decommission their vessels in order to bring about a reduction of capacity.

We need to see this happening also in the other Member States such as Italy in particular which suffers from a significant overcapacity. We are therefore at this present moment engaging in discussions with the Italian authorities in order to see whether they can effect something in this regard in the very short term.

I need to underline the fact that last year we closed the fishery early so as not to come under any pressure from any Member State or any group of Member States. We closed the fishery early: immediately when, according to our own calculations, the overall Community quota was exhausted. This year, also as a result of the annual fishing plans that have been agreed on the Community's insistence in Marrakesh, we are prepared to close the fishery early with regard to particular Member States. If the fleet of a particular Member State overshoots its quota, we will not hesitate to close the fishery for that particular Member State. In that way, only the fleet of that Member State will suffer the consequences of its overshooting, and not the fleet of the whole Community. I hope that will be enough to fine-tune our action even further during the course of the fishing season.

If we do not deliver on this new recovery plan, then in the years to come we will have to face the serious consequence that the whole fishery should not open at all in the coming years. I hope that we will be able to deliver on this plan.

Therefore I do not agree, regrettably, with what Mr Romeva i Rueda said that the recovery plan is a death certificate. I think that the recovery plan, if properly implemented, gives us a realistic and reasonable chance to see to it that the stock does recover. The fact that we have reduced quotas from 15 641 tonnes to 12 406 tonnes in 2009, the fact that by virtue of what we are discussing today and by virtue of the Council decision that hopefully will be taken later in the month, the fact that we are going to implement the Marrakesh Recovery Plan adopted in November, from this very fishing season, is indicative of the fact that we mean business. We are not prepared to accept any abuse of the fishing possibilities that are based on what was agreed in Marrakesh.

We have not waited for the natural implementation of the Marrakesh agreement, which would have come too late in the fishing season for bluefin tuna; we have decided to have all the parameters of the Marrakesh plan introduced from the very start.

I hope that these will be properly adhered to because in that way we will be able together to recover this endemic stock. If not, however, then next year we will have to speak another language.

2-564

**El Presidente.** – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar el jueves 12 de marzo de 2009, a las 12.00 horas.

2-565

## **21 - Orden del día de la próxima sesión: véase el Acta**

2-566

## **22 - Cierre de la sesión**

2-567

*(Se levanta la sesión a las 23.20 horas)*